



DIE LINKE

Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.

Aus dem Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE

5. Frieden und Gerechtigkeit – weltweit!

„Ich möchte Erde, Feuer, Brot, Mehl, Zucker, Meer, Bücher,
Heimat für alle.“ *Pablo Neruda*

Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher und sicherer geworden. Sie wird von vielfältigen Krisen erschüttert. Weltweit werden verstärkt Kriege um Ressourcen geführt. Der globale Kapitalismus hat die Finanzmärkte in den Abgrund und die Volkswirtschaften vieler Länder in eine tiefe Rezession gestürzt. In den Industrieländern sind damit fühlbare Wohlstandsverluste für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. In den nicht industrialisierten und rohstoffarmen Ländern erleben Armut, Hunger und Seuchen einen katastrophalen Anstieg.

Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Gute Außenpolitik, die den Interessen des eigenen Landes an einer auf Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit verpflichteten Weltordnung gerecht werden will, muss sich bewusst sein, was das eigene Handeln in der Welt bei anderen bewirkt: Für eine Bewohnerin der südlichen Halbkugel muss es völlig unbegreiflich sein, dass allein die EU-Staaten Rettungspakete für Banken schnüren, deren Summe sich auf zwei Billionen Dollar beläuft, während ein Bruchteil davon ausreichen würde, um die schlimmsten Plagen der Menschheit, vom Hunger bis zum Analphabetismus, zu besiegen. Diese unfassbaren Missverhältnisse müssen wirksam bekämpft werden.

Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland in wachsendem Maße den Charakter einer imperialen Rohstoff- und Energiesicherungspolitik. Die Konkurrenz um die noch verbliebenen Rohstoffe zieht immer öfter Gewalt und Kriege nach sich. Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise verschärfen die weltweite Ernährungs- und Grundversorgungskrise. Milliarden Menschen haben weder ausreichende Nahrung noch Zugang zu sauberem Wasser und elektrischer Energie. Von gesundheitlicher Versorgung und Bildung ganz zu schweigen. Eine auf Frieden orientierte Außenpolitik muss sich auch für die Reform des Weltwährungssystems und für eine Weltleitwährung einsetzen, die nicht auf einer nationalen Währung

basiert. Streben nach Vorherrschaft und Einsatz militärischer Stärke sind keine Grundlage für die Krisenbewältigung. Wer Kooperation erreichen will, muss das Völkerrecht und die Menschenrechte achten. Die zentrale Institution muss die UNO, ihre Beschlüsse müssen respektiert werden. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts und der Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen.

5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt, und die Utopie des gemeinsamen Glücks wäre materiell möglich.“ *Jean Ziegler, ehemaliger UN-Beauftragter für das Recht auf Nahrung*

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens. Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik müssen an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden. Eine wirksame deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt einen Systemwechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelspolitik sowie der Agrarpolitik voraus.

Die Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Industrieländer zielt bisher auf eigene wirtschaftliche Vorteile. Sie ist zu einem Anhängsel der Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik geworden. Ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen, Kapitalflucht und ungerechten Handel zurück in die reichen Länder. Die Bundesregierung hat zunehmend Entwicklungshilfe mit Rohstoffsicherung verknüpft; in der Europäischen Union treibt gerade die deutsche Regierung die Freihandelspolitik gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern voran, um Absatzmärkte zu erschließen. Nicht selten wird die Entwicklungshilfe dabei zum Faustpfand, um Marktöffnung zu erzwingen. Die jetzige Krise zeigt: Die Politik des Freihandels und der Liberalisierung ist gescheitert. Sie führt zu immer mehr Krisenanfälligkeit und noch mehr Abhängigkeit. Sie behindert die Entwicklung im Süden und die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Eine selbstbe-

In dieser Ausgabe

- Bundestagswahlprogramm / Außenpolitik
- Europawahlen und Linke
- Deutsche Linke und Nahost-Konflikt
- Iran-Politik von USA und BRD
- Asien, China und der Westen



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| ● DIE LINKE | 1 |
| → Bundestagswahlprogramm/Außenpolitik | 1 |
| → Parteivorstand: Eckpunkte zum israelisch-palästinensischen Konflikt | 5 |
| → Karin Kulow: Deutsche Linke und Nahost-Konflikt | 7 |
| ● Wahlen zum Europäischen Parlament | 9 |
| → Benjamin Hoff/Horst Kahrs: Wahlanalyse | 9 |
| → Oliver Schröder: Europawahl und EL | 25 |
| → Paola Giaculli: Europawahl in Italien | 26 |
| → Carsten Hübner: Europawahl und Rechtsextreme | 27 |
| → Stimmen zur Europawahl | 32 |
| → Erklärung des GUE/NGL-Vorsitzenden Lothar Bisky | 44 |
| ● Aus der internationalen Linken | 45 |
| → Thomas Kachel: Linke in Großbritannien | 45 |
| → Henning Süßner: Linke in Schweden | 49 |
| → Linke Ideen in der russischen Gesellschaft | 51 |
| → Heiko Kosel: Die KP der Slowakei | 52 |
| → Cem Sey: Die türkische Linkspartei ÖDP | 55 |
| → ZK-Tagung der Irakischen KP | 58 |
| → Michael Schied: Wahlen in Indien | 64 |
| → Sonja Blasig: Wahlergebnis der indischen Linken | 69 |
| → IV. Gipfel indigener Völker Lateinamerikas: Politische Erklärung; Brief von Evo Morales | 73 |
| → ALBA zum Klimawandel | 73 |
| → Bruno Mahlow: Interview zu Nicaragua | 74 |
| ● Internationale Umschau | 76 |
| → Rumänien – Moldova | 76 |
| → SWP: BRD und Iran | 78 |
| → Alte und neue Iran-Politik der USA | 81 |
| → China: Unruhen in Xinjiang | 85 |
| → China und USA: neue G2? | 86 |
| → Asiens Rückkehr und Dominanz des Westens | 87 |
| → Asien nutzt seine Chance | 88 |
| → Staatsstreich in Honduras | 90 |



stimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken, das sind hingegen vorrangige entwicklungspolitische Ziele für DIE LINKE.

Dazu muss Entwicklungspolitik die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise sorgen. Die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ist zu verstärken, auf Kosten der rein exportorientierten Agrarindustrie. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten sind vor Preis-Dumping und Verdrängungswettbewerb zu schützen, die durch die Agrarexportsubventionen der EU und durch Freihandelsabkommen begünstigt werden.

Frauen spielen für die beständige Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen, eine tragende und entscheidende Rolle. Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch aktive Frauenförderungspolitik. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit muss im Kern ausgerichtet sein auf die Befreiung von Armut, Analphabetismus, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Dabei sind weltweite soziale, ökologische und antimilitaristische Bewegungen, wie z.B. das Weltsozialforum, Gewerkschaften, lokal gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf kommunaler und regionaler Ebene, Selbsthilfegruppen und Nichtregierungsorganisationen, neben nationalen und supra-regionalen Institutionen, wichtige Bündnispartner.

DIE LINKE fordert:

- das Menschenrecht auf Nahrung und die Nahrungssouveränität verwirklichen: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung rücken;
- Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten: die Finanzmärkte regulieren, Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln unterbinden; den Import von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-Erzeugung ausschließen, bis die globale Nahrungsmittelversorgung nachhaltig gesichert ist;
- Frauenförderung zum entwicklungspolitischen Schwerpunkt machen: Geschlechtergerechtigkeit auf allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebenen konsequent fördern; bei der Vergabe von Geldern die jeweilige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, beispielsweise in der Agrarproduktion, berücksichtigen; in Frauenförderungsprojekte investieren, eine qualitativ gute Grundbildung für Mädchen und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen unterstützen;
- IWF und Weltbank demokratisch reformieren und vollständig in das UN-System einbinden; regional basierte und orientierte Einrichtungen für die Kreditvergabe stärken;
- gerechte Handelsstrukturen herstellen, Entwicklungsländer entschulden: die EU-Exportsubventionen abschaffen; die „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und andere Freihandelsabkommen neu verhandeln; faire Schiedsverfahren für insolvente Staaten schaffen;
- wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe gewährleisten: die Zahlungen für die internationale Nothilfe auf eine verbindliche Basis stellen und finanzkrisensicher machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische Auflagen gewähren;
- Entwicklungspolitik an zivile Konfliktprävention, Völker-



recht und Menschenrechte sowie aktive Friedenspolitik binden: Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Außen- und Sicherheitspolitik und die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit beenden; die demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen des Südens direkt stärken, die Zielgruppen der Projekte in die Planung und Umsetzung einbeziehen und internationale Hilfen besser koordinieren;

- Entwicklungsländern Lizenzen für preiswerte Medikamente zur Verfügung stellen;
- 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

5.2. Globale Lösungen erfordern globale Kooperation

„Unsere Aufgabe ist es, die Welt schöner, sicherer und besser zu machen, als wir sie angetroffen haben.“

Muhammad Yunus, Friedensnobelpreisträger

Das Völkerrecht ist die einzige Rechtsgrundlage zwischen den Staaten. Wenn es verletzt werden darf, gilt kein Recht mehr, sondern nur noch das Recht des Stärkeren. Deshalb wird DIE LINKE, im Gegensatz zu den anderen Parteien, keinem Bruch des Völkerrechts zustimmen.

Aber solange die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und ihre Verbündeten das Völkerrecht brechen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen, bleibt die UNO eher machtlos. Wir wollen, dass die UNO politisch gestärkt wird. UN-mandatierte Kriege wie auch eine weitere Militarisierung der UNO lehnen wir ab. Für soziale Entwicklung, Gesundheit und Bildung sowie zivile Konfliktlösung müssen die Mitgliedstaaten der UNO mehr Mittel und Kompetenzen geben.

Nur so kann die UNO bei internationalen Problemen helfen, weltweit Frieden und soziale Gerechtigkeit fördern und sichern. Unverzichtbar ist die Demokratisierung der Vereinten Nationen. Unabhängig von der ausstehenden UN-Reform muss die aktuelle Entwertung des Völkerrechts gestoppt werden. Es gibt keine „humanitären“ Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab. Kriege sind immer inhuman und die gravierendste Menschenrechtsverletzung. Deutschland und die EU müssen die „Millenniumsziele“ der UNO nachdrücklich unterstützen und dazu beitragen, dass die Reform der Weltwirtschaftsordnung nicht eine Angelegenheit der G8- und G20-Staaten bleibt, sondern auf die Agenda der UNO kommt. Eine wirksame globale Klimapolitik verlangt eine klimapolitisch aktive UNO.

Das bisherige System des Emissionshandels hat sich als weitgehend unwirksam erwiesen. Emissionsrechte wurden in der Regel verschenkt. Die Vorgaben zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes waren zu schwach. Entwicklungspolitische Steuerung war nicht vorgesehen. Globale Klimapolitik muss von dem Grundsatz der Gleichheit der Menschen ausgehen. Pro Kopf darf dann auf jeden Menschen nur die gleiche Menge CO₂-Ausstoß entfallen, die global auf Dauer klimaverträglich ist.

Wer diesen Grundsatz globaler Gleichheit ernst nimmt, erkennt, dass vor allem die industrialisierten Länder schnell und energisch handeln müssen.

Die linksorientierten Staaten Mittel- und Südamerikas zeigen, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Vorteil – ohne Ausplünderung und Ungerechtigkeit – funktio-

nieren kann. Die Bundesregierung muss mit den links orientierten Regierungen Lateinamerikas den Weg der Kooperation statt der Konfrontation suchen und die Blockade Kubas aufheben.

DIE LINKE fordert:

- deutsche Außenpolitik auf eine Stärkung der UNO orientieren: das Völkerrecht als vertragliche Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten anerkennen, durchsetzen und weiterentwickeln;
- die UNO demokratisch reformieren: die Instrumentalisierung der UNO für die Mandatierung von Kriegen beenden; Militärbündnisse der UNO unterordnen; der UNO-Vollversammlung mehr Rechte einräumen;
- die Millenniumsziele der UNO bis 2015 verwirklichen: die schlimmsten Geißeln der Menschheit – wie Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten, Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus – drastisch reduzieren und ihre Bekämpfung in völkerrechtlich verbindlichen Regelungen festschreiben;
- eine aktive Rolle der UNO bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung akzeptieren: eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht allein den mächtigen Staaten überlassen; die Finanzmärkte strikt regulieren; ein System fester Wechselkurse schaffen; in der Politik der Welthandelsorganisation (WTO) die Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels überwinden und entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftspolitik stärken;
- die UNO als globale Instanz bei der Bewältigung lebensnotwendiger Aufgaben wie Schaffung von Ernährungssouveränität, Zugang zu Wasser und Klimawandel stärken;
- die Ausgleichszahlungen für die Folgen des Klimawandels an die Staaten des Südens deutlich erhöhen;
- einen Wandel der Energieversorgung hin zu einer Energie-souveränität der südlichen Länder mittels eines Mixes aus erneuerbaren Energien und einem verstärkten globalen Wissens- und Technologietransfer.

5.3. Deutsche Außenpolitik: Friedenspolitik durchsetzen!

„Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen oder anderen ausländischen Brüder zu erheben, so erklären wir: ‚Nein, das tun wir nicht!‘“

Rosa Luxemburg, 25.9.1913 auf einer Kundgebung in Frechenheim (für diese „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und Anordnungen der Obrigkeit“ wurde sie 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.)

Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und Grünen militarisiert worden und zunehmend auf die imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland aktiv an Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.

Das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen als Kern des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist zu achten. Deutschland beteiligt sich jedoch entweder direkt (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt (Irak) an Militärinterventionen und völkerrechtswidrigen Kriegen. Als NATO-Mitgliedsstaat akzeptiert die Bundesrepublik Deutschland das Neue Strate-



gische Konzept der NATO, das die Verfolgung ökonomischer Interessen zu einer militärischen Aufgabe erklärt.

Die beiden großen Kriege der vergangenen Jahre sind der Afghanistan-Krieg und der Irak-Krieg, der ein Krieg um Öl ist. Insbesondere der Krieg in Afghanistan wird gegenüber jeder Kritik zäh verteidigt, weil die NATO im Falle eines Scheiterns ihre Interventionsfähigkeit in Frage gestellt sieht. Ihr eigentliches Kriegsziel ist, sich als globale Interventionsmacht zu zeigen. Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan deutlich schwieriger. Es gibt keinen militärischen Sieg im sogenannten Anti-Terror-Krieg.

Gemessen an den globalen Herausforderungen, ist die deutsche Außenpolitik kontraproduktiv. Die Bundesregierung orientiert sich außenpolitisch stärker an der Konfrontations- und Interventionspolitik der USA und der NATO als an der Aufgabe, kooperative Antworten auf globale Probleme zu finden.

DIE LINKE fordert:

- die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen;
- keine Auslandskriegseinsätze der Bundeswehr zulassen – auch nicht unter UN-Mandat: keine Militärberater zur Unterstützung autoritärer Regimes entsenden;
- den Verteidigungsetat verkleinern und den zivilen Friedensdienst ausbauen;
- sofort auf die Pläne zur militärischen Nutzung der Kyritz–Ruppiner Heide als Bombodrom verzichten: Kein Bombodrom nirgendwo!;
- die NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands: die Errichtung des „Raketenabwehrschildes“ in Polen und Tschechien verhindern; die zivilen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland ausbauen; die Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der früheren Sowjetunion unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;
- radikal abrüsten: die Wehrpflicht abschaffen; die Bundeswehr zu einer Verteidigungsarmee umgestalten und deutlich verkleinern; mit einem Konversionsprogramm des Bundes die Aufgabe von Militärstandorten und die zivile Nutzung aufgegebener militärischer Liegenschaften unterstützen; Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen; der Tendenz zur Privatisierung militärischer Dienste entgegenzutreten und insbesondere für das internationale Verbot von Privatarmeen eintreten;
- keinem Ausweitungsvorhaben der NATO zustimmen: die Beteiligung an der NATO Response Force (NRF) und multinationalen Rüstungsprogrammen ablehnen; keiner Ausweitung des NATO-Auftrages (Strategischer Seetransport, Katastrophenschutz, Energiesicherheit) zustimmen; NATO-Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen beenden; aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt unternehmen;
- die UN-Resolution 1325 „Frauen und Frieden“ umsetzen: Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen schützen und an Friedensprozessen aktiv beteiligen; nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 auflegen; die Herstellung, Nutzung und den Vertrieb von Streubomben und Landminen verbieten, den Bestand dieser Waffen vernichten;
- Rüstungsexporte verbieten;

- alle militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland schließen und alle Atomwaffen vernichten lassen.

5.4. Deutschland in Europa: Für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union

„Die internationalen Finanzmärkte haben heute einen Komplexitätsgrad erreicht, der dem Weltwetter in nichts nachsteht.“

Susan George, 1998

Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wahrung von Beschäftigteninteressen, für den sozial-ökologischen Umbau des europäischen Binnenmarktes, für die Lösung der globalen Herausforderungen und die globale Kooperation. Europa und die Europäische Union sind hierfür nicht gut gerüstet. Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Der Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen wurde gefördert, und die abhängig Beschäftigten der europäischen Staaten wurden gegeneinander ausgespielt.

Die Europäische Union hat bisher darauf verzichtet, die politischen Instrumente zu schaffen, um auf globale Krisen der Wirtschafts-, der Klima- und Energiepolitik sowie der Lebensmittelversorgung angemessen zu reagieren. Die Europäische Union, die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof sind bislang auf eine Politik festgelegt, die zu den Ursachen dieser Krisen zählt: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung. Das muss sich ändern.

DIE LINKE fordert:

- eine europäische Wirtschaftsregierung einrichten: Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren;
- die Europäische Zentralbank (EZB) gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung verpflichten: EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren;
- den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzen;
- eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern“ in europäische Verträge aufnehmen;
- eine europäische Verfassung durch Bürgerinnen und Bürger mitgestalten lassen und allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zugleich zur Abstimmung vorlegen;
- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklichen, Diskriminierungsschutz ausbauen: Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität europaweit ausschließen;
- die EU-Regional- und Strukturpolitik mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten: Auf- und Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa; die Zusammenarbeit in den Grenzregionen, zum Beispiel zwischen Deutschland und Polen und Tschechien, verstärkt entwickeln;



- die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen;
- die Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur ersetzen;
- militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beenden;
- die Zusammenarbeit mit den östlichen und südöstlichen europäischen Nachbarländern ausbauen; Deutschland zum Vorreiter für Versöhnung und Verständigung machen; die Verkehrsverbindungen zwischen West- und Osteuropa beschleunigt ausbauen;
- die regionale Zusammenarbeit der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzregionen durch den Bund unterstützen und verstärken.

6. Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden.

„Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. (...) Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für die Gemeinwohlorientierung zuständig.“ *Jürgen Habermas, November 2008*

In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise rufen selbst die neoliberalen Fundamentalistinnen und Fundamentalisten nach dem rettenden Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in der Krise die Gelegenheit versäumt, die Spielregeln grundlegend zu ändern, bereitet durch Unterlassung die nächste Krise vor. Er handelt verantwortungslos gegenüber den Mehrheitsinteressen: Arbeit, Einkommen, Wohlstand, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur in einer gut organisierten Gesellschaft, die in demokratischer Gleichheit aller über ihre öffentlichen Angelegenheiten entscheidet, statt von Banken- und Konzernmacht erpresst zu werden.

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Interessen der Lohnabhängigen und für die gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapitalismus Ausgegrenzten und Ausgemusterten.

DIE LINKE steht für ein friedliches und solidarisches Miteinander der Völker und Staaten, für ausschließlich zivile Konfliktlösungen. Dafür setzen wir uns ein, im Deutschen Bundestag und in der Gesellschaft.

Links wirkt! Das haben die vergangenen vier Jahre gezeigt. Auf eine erstarkte LINKE reagieren die anderen Parteien, weil sie uns und um ihre Wählerinnen und Wähler fürchten. Wenn jetzt auch andere Parteien mit Forderungen der LINKEN wie Mindestlohn, Börsenumsatzsteuer, längeres Arbeitslosengeld, Abschaffung der Lohndiskriminierung von Frauen, mehr Ausgaben für die Bildung um Wählerstimmen werben, dann ist das gut so, wenngleich schlimme Erfahrungen mit Wahlversprechen nicht vergessen sind. Wir werden sie beim Wort nehmen! Wir werden die Probleme zur Sprache bringen und unsere Vorschläge zur Abstimmung stellen!

Der Politikwechsel, der jetzt, mitten in der Krise notwendig ist, erfordert Entschiedenheit und Mut. Er erfordert auch politischen Druck aus der Gesellschaft, aus Vereinen, Betrieben und sozialen Bewegungen, aktives Einmischen. Unsere Fraktion wird auch in den kommenden vier Jahren offen sein für den Protest und die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinde-

rungen, der Frauenbewegung und der Erwerbslosen, von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und Religion sowie von sozial verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht.

DIE LINKE wirkt. Dafür brauchen wir Ihre Stimmen am Wahltag, mit denen Sie unsere Fraktion entsprechend verpflichten.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Eckpunkte für das Herangehen der Partei DIE LINKE an den israelisch-palästinensischen Konflikt

Beschlossen vom Geschäftsführenden Parteivorstand am 25. Mai 2009

Angesichts von Irritationen, die nach dem Gaza-Krieg und durch ihn in unserer Partei entstanden sind, sowie des Wahlsieges rechter bis ultrarechter Parteien in Israel sieht sich der Parteivorstand veranlasst, Eckpunkte des Herangehens unserer Partei an den israelisch-palästinensischen Konflikt noch einmal nachdrücklich zu umreißen.

Ausgehend vom Selbstverständnis der Partei DIE LINKE als konsequenter Antikriegs- und Friedenspartei sowie vor dem Hintergrund der antisemitischen Vergangenheit Deutschlands erachtet es der Parteivorstand als besondere Pflicht, unser bisheriges Engagement für die friedliche Beilegung dieses langwierigen und von großer Militanz geprägten Konflikts nachhaltig zu verstärken. Zugleich ist die Debatte in der Partei über reale Möglichkeiten einer politischen Linken außerhalb des Konfliktgebietes, dazu einen konstruktiven Beitrag zu leisten, verantwortungsvoll zu führen. Die endlos scheinende Spirale von Gewalt und Gegengewalt muss nach diesem mittlerweile siebten Krieg endlich durchbrochen werden, damit sich allen Völkern in der Region des Nahen Ostens nach Jahrzehnten voller menschlichen Leids die Aussicht auf eine friedliche Entwicklung eröffnen kann.

Unumstößliche Prämisse für uns ist, dass der Bundesrepublik Deutschland wegen der im deutschen Namen an Jüdinnen und Juden begangenen Verbrechen eine besondere Verantwortung gegenüber Israel obliegt, die nicht relativierbar ist. Aufgrund der Entstehungsgeschichte des Staates Israel stellt sich diese jedoch als Doppelverantwortung dar: die Garantie des Existenzrechts Israels und das gleichzeitige Bemühen um die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenserinnen und Palästinenser in einem eigenen, souveränen Staat. Gerade weil das nach dem Trauma des Holocaust im Mai 1948 Realität gewordene Existenzrecht des jüdischen Volkes in einem eigenen Staat, mit dem Trauma der Vertreibung für die Palästinenserinnen und Palästinenser einhergegangen ist. Und dies, obwohl das palästinensische Volk an dem tragischen Schicksal der Jüdinnen und Juden in Deutschland keinerlei Schuld trägt.

Einseitige Parteinahmen in diesem Konflikt leisten deshalb keinen Beitrag zu dessen Lösung; sie erweisen sich vielmehr als kontraproduktiv und werden demzufolge von uns abgelehnt.



Maßstab ist und bleibt für uns das Völkerrecht, insbesondere die relevanten UN-Sicherheitsratsresolutionen und die Genfer Menschenrechtskonventionen, denen alle Staaten und Konfliktparteien gleichermaßen verpflichtet sind. Niemand hat das Recht, sich über sie zu stellen und nach selbst definierten Standards zu handeln.

Der Parteivorstand bekräftigt: Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist mit militärischen Mitteln nicht herbeizuführen. Jegliche Versuche dieser Art werden von uns strikt verurteilt, denn sie führen nur zu immer größerer Feindschaft und gegenseitiger Gewaltbereitschaft. Und die Menschenrechte werden durch sie am eklatantesten verletzt.

Allein durch ernsthafte und ergebnisorientierte Verhandlungen bei Einbeziehung aller am Konflikt beteiligten Seiten, woran es bislang gemangelt hat, ist eine grundlegende Wendung zu erreichen. Dringend gefordert ist die aktive Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Vor allem die USA und die UNO sind gefragt, eine an den völkerrechtlichen Grundsätzen orientierte Vermittlerrolle zu übernehmen. Die EU und die Bundesrepublik dürfen sich nicht darauf beschränken, finanzielle Unterstützung, und sei diese noch so umfangreich, für die Palästinenserinnen und Palästinenser bereitzustellen, weil damit nicht zuletzt die Okkupationsstrukturen verstetigt werden. Vor dem Hintergrund der Geschichte und in Anbetracht der geographischen Nachbarschaft ist gerade für sie geboten, einen aktiven Beitrag zur friedlichen, dauerhaften Konfliktbeilegung zu leisten.

Eine tragfähige Regelung des Konflikts ist nur zu erreichen, wenn

- die von der UNO vorgegebene Idee der Zwei-Staaten-Lösung auf dem Boden des historischen Palästina umgesetzt wird;
- an der Seite Israels ein vollständig souveräner Palästina-Staat in den Grenzen von 1967, also in der Westbank und dem Gaza-Streifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlicher Gebietsaustausche, entsteht;
- dieser Staat ökonomisch und sozial lebensfähig ist, er die volle Kontrolle über die eigenen Ressourcen zu Land, Wasser und in der Luft sowie über den inner- wie zwischenstaatlichen Waren- und Personenverkehr besitzt und zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen ein verlässlicher Korridor besteht;
- zwischen den beiden Staaten – Israel und Palästina – die gegenseitige Anerkennung des jeweiligen Existenzrechts mit den entsprechenden Grenzen völkerrechtlich verbindlich verankert und international akzeptiert ist und die Frage der palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage der UN-Resolution 194 und im Verbund mit den arabischen Anrainer-Staaten geregelt wird.

Als erste notwendige Schritte auf diesem Weg erachten wir,

- den Bau jüdischer Siedlungen in der Westbank und damit verbundene weitere Landnahmen sowie die jüngste massenweise Zerstörung palästinensischer Häuser in Ost-Jerusalem unverzüglich einzustellen und zurückzunehmen;
- den palästinensischen Raketenbeschuss auf israelische zivile Ziele und die israelischen Militärangeriffe auf palästinensisches Gebiet sofort zu stoppen;

- die Okkupationspolitik Israels zu beenden, die Grenzen zum Gaza-Streifen zu öffnen und die von Israel innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete errichteten und den Personen- wie Warenverkehr erheblich beeinträchtigenden über 650 Straßensperren abzubauen;
- den israelischen Mauerbau auf palästinensischem Territorium zu beenden und deren Rückbau auf israelisches Staatsgebiet gemäß dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004 zu vollziehen;
- die Freilassung der politischen Gefangenen auf beiden Seiten, d. h., sowohl des gekidnappten israelischen Soldaten Gilad Shalit als auch der 40 Mitglieder des palästinensischen Legislativrates sowie der Mehrzahl der über 8 000 in israelischen Gefängnissen einsitzenden palästinensischen Häftlinge zu gewährleisten;
- die nationale Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas in Gestalt einer von den USA, der EU und anderen Staaten im Westen als politischer Verhandlungspartner anerkannten palästinensischen Einheitsregierung;
- die internationale Untersuchung der israelischen Kriegführung im Gaza-Krieg und die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen.

Gerade eingedenk der aus der deutschen Geschichte herührenden besonderen Verantwortung gegenüber Israel kann uns niemand das Recht streitig machen, an israelischer Politik, die eindeutig im Widerspruch zum Völkerrecht und universellen Menschenrechtsprinzipien steht, Kritik zu üben. Wenn eine solche Kritik an der Politik Israels jedoch mit anti-jüdischen Klischees und Stereotypen vermengt wird – von wem auch immer in Deutschland oder anderswo – so weisen wir dies strikt zurück. Das gilt insbesondere für jedweden Vergleich mit dem Holocaust. Kritik an Israel darf niemals antisemitisch sein. Antisemitismus ist keine politische Kritik; er ist, wie jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, schlechtweg menschenverachtend. Aufrufe zum Boykott israelischer Waren, wie sie im Rahmen der internationalen Kampagne „Boycott, Disinvestment and Sanctions“ gegen Israel erhoben werden, können von der Partei DIE LINKE auch aus historischen Gründen nicht mitgetragen werden. Stattdessen fordern wir die internationale Gemeinschaft auf, sich für ein Importverbot solcher israelischer Waren einzusetzen, die aus den Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten stammen. Diese Forderung entspricht einem EU-Beschluss, der erneuert und konsequent eingehalten werden muss. Ein konstruktiver Beitrag dazu wäre beispielsweise, palästinensischen Produkten eigene „Trademarks“ zu verleihen und den internationalen Handel mit solcherart gekennzeichneten Produkten zu fördern. Damit würde die wirtschaftliche Eigenständigkeit eines palästinensischen Staates international gefördert werden.

Der Parteivorstand fordert von der Bundesregierung, sich von ihrer bisherigen, einseitig zugunsten Israels ausgerichteten Nahostpolitik zu verabschieden. Bei der Zusammenarbeit mit Israel darf nicht länger ausgeblendet werden, dass es mit seiner seit mehr als vier Jahrzehnten andauernden Okkupation palästinensischer Territorien und damit einhergehender fortgesetzter Siedlungspolitik gegen das Völkerrecht verstößt und sich mit unverhältnismäßiger Kriegführung humanitärem Völkerrecht widersetzt.

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass Israel und andere Staaten der Region nicht länger mit Waffen und an-



derem Kriegsgerät beliefert werden. Vielmehr sollten die Bundesregierung und die EU darauf bedacht sein, die Voraussetzungen für einen solchen friedlichen Regelungsprozess befördern zu helfen, der im Einklang mit dem Völkerrecht steht und auch den Palästinenserinnen und Palästinensern ihr legitimes Recht auf nationale Selbstbestimmung endlich zugesteht. Ein wichtiges Instrument dabei könnte die Installation eines permanenten internationalen Mechanismus in Gestalt einer Nahost-Friedenskonferenz nach dem Vorbild des KSZE-Friedensprozesses sein, in die alle Staaten und Konfliktparteien, einschließlich Libanon, Syrien, Ägypten, Jordanien, Irak und Iran, einbezogen sind.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU und in der Kooperation mit Israel eindeutig und vernehmlich für die Durchsetzung der den palästinensisch-israelischen Konflikt betreffenden UN-Sicherheitsratsresolutionen einzusetzen und jegliche Verstöße gegen das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte unmissverständlich zu kritisieren. Das beinhaltet auch, die Einhaltung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, insbesondere die dortige Menschenrechtsklausel, anzumahnen oder sogar die Frage nach dessen zeitweiliger Aussetzung zu stellen, um so die notwendige Friedenssuche nachhaltig zu befördern. Und nicht zuletzt fordern wir zu überprüfen, inwieweit die reichlich bereitgestellten finanziellen Mittel tatsächlich der Konfliktlösung und Materialisierung des Friedens dienen. Zumindest dürfen diese weder an einseitigen Interessenlagen noch an westlich determinierter Einschätzung politischen Wohlverhaltens jeweiliger Empfänger ausgerichtet sein.

Einen konkreten Beitrag der Bundesregierung sieht DIE LINKE darin, den in Deutschland mit Duldungsstatus lebenden Palästinenserinnen und Palästinensern ein ständiges Bleiberecht einzuräumen.

Als Antikriegs- und Friedenspartei sehen wir es als unsere vordringliche Aufgabe an, das Lager der Friedenswilligen weiter zu verstärken und zu vergrößern. Dazu bieten wir allen zivilgesellschaftlichen Strukturen in Israel und Palästina sowie auf nationaler und internationaler Ebene unsere aktive Unterstützung und Kooperation an.

Unsere Partei wird auf allen Ebenen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, alles daransetzen, dass es endlich zu einer tragfähigen Verhandlungslösung unter Einbeziehung aller Konfliktparteien mit Blick auf die Gesamtregion kommt. Alle Gliederungen der Partei sind aufgerufen, sich in diesem Sinne mit kreativen Ideen einzubringen und entsprechende Vorschläge gemäß ihrem jeweiligen Wirkungsfeld zu unterbreiten. Von Städte-/Ortspartnerschaften über Familienpartnerschaften, Jugendaustauschen und Frauennetzwerken bis zu gemeinsamen kulturellen, künstlerischen wie wissenschaftlichen Projekten sowohl nach Israel als auch in die palästinensischen Gebiete.

Ein konstruktiver Beitrag zum parteiinternen nahöstlichen Diskurs

Wolfgang Gehrcke, Jutta von Freyberg und Harri Grünberg: „Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt – Eine notwendige Debatte“, PapyRossa, Köln 2009;

Rezensiert von Karin Kulow, AK Naher und Mittlerer Osten bei der BAG Frieden und Internationale Politik (FIP)

Schon allein dass sich Wolfgang Gehrcke, Jutta von Freyberg und Harri Grünberg dazu entschlossen haben, dieses nachweislich hochsensible Thema in einem Buch umfassender anzugehen, verdient eine ausdrückliche Würdigung. Dies umso mehr, als ihnen durchaus bewusst war, sich damit vielleicht auch „in die Nessel setzen“ (Seite 6) zu können. Warum sie sich aber dennoch von derlei Bedenken nicht haben abhalten lassen, ist ihrem löblichen Vorsatz zu danken, dazu beitragen zu wollen, „dass die Auseinandersetzungen und der Meinungsstreit um das Thema Israel und Palästina von Unterstellungen und Vorurteilen befreit werden, dass Kenntnis und Erkenntnis an die Stelle von Bekenntnissen tritt“ (Seite 8).

Das 270 Seiten umfassende Buch ist neben einer Einführung sowie einer Auswahl empfohlener zusätzlicher Literatur in die folgenden neun Kapitel gegliedert: I. Historische Wurzeln – die Entstehung des Zionismus; II. Die Arbeiterbewegung zur Judenfrage und zum Zionismus bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges; III. Schauplatz Palästina; IV. Der Weg zur Gründung Israels; V. Antizionismus, Antisemitismus, Wiedergutmachung; VI. Die arabische Revolution; VII. Israel und der Imperialismus; VIII. Der Nahost-Konflikt im Diskurs der deutschen Linken; IX. Der Weg zum Frieden und Aufgaben der Linken.

Der besondere Stellenwert dieses Buches resultiert sicherlich in erster Linie daraus, dass es zum aktuellen Nahost-Diskurs innerhalb der Partei DIE LINKE Stellung nimmt und Argumentationslinien für die Überwindung der dabei zutage getretenen strittigen Fragen anbietet bis dahin, eine kritische Auseinandersetzung mit verschiedensten gegen die Partei gerichteten antisemitischen Anwürfen zu führen.

Sein Vorzug besteht vor allem in dem Bemühen um eine differenzierte und ausgewogene Betrachtungsweise sowie im historischen Herangehen. Zum einen, um durch Vermittlung relevanter Fakten ein besseres Verständnis der Vergangenheit des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erreichen. Zum anderen, um dessen heutige Geschehnisse in ihrem historischen Kontext zu verorten. Wenn Rezensenten, wie beispielsweise Werner Pirker in der Jungen Welt vom 25.6.2009, in einem derartigen Zugriff generell einen Versuch zur Einschränkung der Solidarität mit den Palästinensern sehen wollen, so ist dies mindestens insofern fragwürdig, als damit nolens volens gefordert wird, die auf dem Boden des Zionismus basierende Existenz Israels zu delegitimieren und sich mithin auch vom Völkerrecht zu verabschieden.

Den Zionismus – dessen Entstehungsgeschichte und spezifische Genesis im Buch einer ausführlicheren Untersuchung unterzogen werden – als eine ambivalente politische Bewegung zu charakterisieren, ist unumgänglich, um der völker-

rechtlich begründeten Zwei-Staaten-Lösung eine Chance zu geben. Nämlich: Als Bewegung zur Emanzipation der Juden, „als eine Antwort auf den in der modernen bürgerlichen Gesellschaft erneut aufbrechenden Antisemitismus“ (Seite 19). Aber auch als kolonialistische Bewegung, da die Realisierung der eigenen Ziele von Anfang an zu Lasten der palästinensischen Nationalbewegung ging. Belegt beispielsweise damit, dass der 1920 in Haifa gegründeten Gewerkschaftsorganisation Histadrut eine doppelte Zielstellung auferlegt war: „die jüdischen Arbeiter zu organisieren und die Infrastruktur eines künftigen jüdischen Staates aufzubauen“ (Seite 25).

Bei einem solchen differenzierten Ansatz geht es den Autoren weder um die von Pirker behauptete Reklamierung einer Vorrangigkeit der Existenz Israels noch um die Delegitimierung palästinensischer Emanzipationsbestrebungen. Vielmehr dient er ihnen dazu, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenserinnen und Palästinenser in einem eigenen, souveränen Staat zu bekräftigen. Aber solange der Zionismus ausschließlich als kolonialistische Bewegung begriffen wird, ist damit letztlich auch die völkerrechtlich begründete Zwei-Staaten-Regelung in Frage gestellt. Und Hardliner auf beiden Seiten können sich auf diese Weise in ihren Maximalpositionen bestätigt sehen. So besorgniserregend die Ergebnisse der israelischen Okkupationspolitik in Gestalt des systematischen Raubs für den Palästina-Staat vorgesehenen Territoriums sind, darf jedoch auch nicht außer Acht gelassen werden, dass es für so genannte bi-nationale Optionen offenkundig auf beiden Konfliktseiten keine Mehrheiten gibt. Wohl niemand wird sich ernsthaft vorstellen können, dass es in Israel derzeit eine mehrheitliche Zustimmung zum Verzicht auf den eigenen jüdischen Staat gäbe. Aber auch auf palästinensischer Seite sprechen sich laut Umfragen des Jerusalemer Medien- und Kommunikationszentrums (JMCC) vom Juni 2009 reichlich die Hälfte, nämlich 55,2 Prozent – 55,4 Prozent in der Westbank und 54,9 Prozent im Gaza-Streifen – für eine Zwei-Staaten-Lösung aus. Während demgegenüber nur rund ein Fünftel (20,6 Prozent) für einen bi-nationalen Staat plädiert.

Dessen ungeachtet werden aber die Verantwortungen keinesfalls gleich verteilt. Vielmehr finden sich im Buch ausreichend Belege, die auf eine Entmystifizierung der Geschichte des Staates Israel, vor allem seiner Gründungsmythen, gerichtet sind und die das bisherige offizielle israelische Abstreiten von Mitverantwortung für die palästinensische Tragödie, kulminierend im Begriff der „Nakba“, nachhaltig ad absurdum führen. Indem u. a. darauf verwiesen wird, „dass die Zionisten durch militärische Aktionen 21 Prozent des von der UNO den Palästinensern zugesprochenen Territoriums erobert und besetzt haben – und zwar noch vor der Staatsgründung Israels“ (Seite 91). Oder auch mit Hinweis auf den israelischen Historiker Tom Segev, wonach der Gedanke des Bevölkerungstransfers tief in der zionistischen Ideologie verwurzelt ist. (Seite 100) Dadurch wird deutlich: Erst wenn Israel die Konditionen seiner Staatsgründung und die Nakba der Palästinenser in einem untrennbaren Zusammenhang sieht; wenn es respektiert, dass seine Entstehung mit der Umwandlung der Palästinenser in ein Volk von Flüchtlingen organisch verbunden ist, kann es eine erfolgreiche Suche nach einem tragfähigen Interessenausgleich zwischen den beiden Konfliktparteien geben.

Hervorhebenswert ist gleichfalls das Bestreben der Autoren, in den anscheinend nicht minder strittigen Komplex der

aus der antisemitischen Vergangenheit herrührenden spezifischen deutschen Verantwortung gegenüber Israel größere Klarheit zu bringen. Und damit zusammenhängend in die Frage, inwieweit der linken sozialistischen Bewegung diesbezügliche Versäumnisse anzulasten sind. Zu Recht polemisiert wird gegen die Unterstellung, wonach der linken sozialistischen Bewegung eine antisemitische Grundhaltung eigen sei. Ebenso gegen die These, dass sich dieser Antisemitismus im Antizionismus dokumentiere, da Antizionismus per se Ausdruck von Antisemitismus wäre. Eine Position, die sich ebenfalls bei der so genannten antideutschen linken Strömung findet, und mit der sich das Autorenkollektiv explizit kritisch auseinandersetzt. Deren Hyperidentifikation mit Israel, die offensichtlich auch den in der Partei DIE LINKE existierenden BAK Shalom beseelt, hat weniger mit dem Nahostkonflikt, als mit der Last der eigenen nationalen Geschichte zu tun. Wenn Israel Ausdruck des jüdischen Traumas ist, so geraten – gemäß dem Gedankenkonstrukt der „Antideutschen“ – die Palästinenser zwangsläufig in die Rolle, den deutschen Wahn zu verkörpern, indem von den Palästinensern als der Juden mordenden Volksgemeinschaft gesprochen und ihnen ein hemmungsloser, eliminatorischer Antisemitismus angedichtet wird. Deren Haltlosigkeit wird nicht nur angeprangert, sondern auch konstatiert, dass es keine Emanzipation geben wird, ohne das Recht der Unterdrückten, ihren Weg in die Zukunft selbst zu bestimmen und gegen Unrecht zu rebellieren. (Seite 240)

Insgesamt gesehen empfiehlt sich das Buch in seiner inhaltlichen Positionierung als eine Art „Pflicht“-Lektüre für den Nahost-Diskurs innerhalb der Partei DIE LINKE. Nachdrücklich zu unterstreichen ist auch die Aufforderung der Autoren an heutige marxistische Theoretiker, „die Kritik am Imperialismus wieder aufzunehmen und zu einer zeitgemäßen marxistischen Imperialismus-Theorie weiterzuentwickeln“ (Seite 231). Wie überhaupt zu allen Grundfragen heutiger internationaler Entwicklung ein derartiges theoretisches Fundament vonnöten wäre.

Dessen ungeachtet lassen sich aber auch einige Mängel nicht übersehen. Denn, was einerseits die Stärke des Buches ausmacht, erweist sich andererseits auch als eine gewisse Schwäche. Und zwar insofern, als durch den Rückgriff auf die Geschichte stets große zeitliche Bögen gespannt worden sind, die dann jedoch – in Anbetracht des sicherlich vom Verlag vorgegeben Seitenumfanges – zuweilen etwas zu fragmentarisch abgehandelt wurden. Hinzu kommt noch die eminente thematische Breite des Buches, wodurch die Aussagen mancher Kapitel den Anschein einer Selbstverständigung erwecken, beziehungsweise auch zu unbefriedigenden Verknüpfungen führen (wie beispielsweise die Darstellungen bezüglich des Verhältnisses SED/DDR-Israels). Exemplarisch hierfür ist insbesondere Kapitel VI, welches im Falle einer 2. Auflage inhaltlich doch etwas gründlicher durchgesehen werden sollte. Wie es sich vielleicht überhaupt anböte, die einzelnen Kapitel inhaltlich etwas zu straffen und am Ende eines jeden Kapitels jeweils ein kurzes Fazit zu ziehen, um so die Kernaussagen der Autoren noch etwas anschaulicher werden zu lassen.



Wahlen zum Europäischen Parlament

Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009

Von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs (gekürzt);
aus: www.rosalux.de

Zusammenfassung

Europäische Ergebnisse

Die EU wird konservativer und europaskeptischer: Die Rechte hat die Parlamentswahlen in den 27 Staaten deutlich gewonnen. Die Sozialdemokraten büßen mehr als 50 Sitze ein, besonders drastisch die britische Labour-Partei – die hinter die rechtspopulistische UKIP zurückfiel und vor einem Scherbenhaufen steht.

Die konservative EVP-ED-Fraktion erhält 265 von insgesamt 736 Abgeordneten. Daneben ziehen viele Vertreter EU-kritischer Parteien in andere Fraktionen ein. Größter Verlierer sind die Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) – sie stellen 184 Abgeordnete, 31 weniger als bisher.

Dazu kommen 88 Abgeordnete aus Parteien, die bisher keiner Fraktion angehören – oder nicht mehr, wie die konservativen Tories aus Großbritannien oder die gleichgesinnte ODS aus Tschechien. Beide Parteien haben in ihren Ländern gesiegt und angekündigt, aus der EVP-ED-Fraktion auszutreten, um mit der polnischen PiS eine eigene, europakritische Fraktion zu gründen. Würde man ihr Ergebnis in das der EVP-ED einrechnen, wäre der Rechtsruck in Europa noch offensichtlicher.

Leicht verloren auch die Liberalen – ihre ALDE-Fraktion hat künftig 84 Sitze, 18 weniger als bisher. Zulegen konnten die europäischen Grünen um zwölf auf 55 Abgeordnete.

Die rechtsgerichtete Fraktion Union Europa der Nationalen (UEN) kommt auf 30 Abgeordnete, 24 weniger als bisher. Hier sind wie in der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie (IND/DEM) keine deutschen Abgeordneten vertreten. IND/DEM hat dem ersten Ergebnis zufolge künftig 55 statt bisher 24 Parlamentarier.

Die Wahlbeteiligung rutschte EU-weit auf 43,39 Prozent gegenüber 45,47 Prozent im Jahr 2004. Insgesamt waren 375 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, die 736 Abgeordneten des Europaparlaments zu wählen.

Rechtsruck in Europa

In Ungarn gab es einen massiven Rechtsruck: Die oppositionelle national-konservative Fidesz gewann mit 56,4 Prozent mehr als dreimal so viele Mandate wie die regierenden Sozialisten. In Slowenien gewann die oppositionelle SDS.

Der Anti-EU-Trend zeigte sich vor allem in Österreich, wo die Liste des euroskeptischen Abgeordneten Hans-Peter Martin 17,7 Prozent erreichte und dritte Kraft wurde.

In den Niederlanden kann die rechtspopulistische PVV von Geert Wilders als zweitstärkste Kraft mit vier Sitzen rechnen.

In Ungarn kam die rechtsextreme Jobbik (Die Besseren) auf 14,7 Prozent, die rumänischen Ultrationalisten schafften 7 Prozent.

In Dänemark steigerte die rechtspopulistische DVP ihren Stimmenanteil von 6,8 auf 15,1 Prozent. In Irland allerdings kam die EU-feindliche Libertas auf nur 5,6 Prozent.

In Griechenland erreichte die rechtsextreme Bewegung LAOS mit einer Steigerung von fast 3 Prozent ein Ergebnis von zwei Sitzen.

Die Linke muss zurückstecken

Die europäische nicht-sozialdemokratische Linke geht aus dieser EP-Wahl nicht als Sieger hervor. Die Ergebnisse insbesondere in Italien, aus dem künftig kein Mitglied mehr in der Linksfraktion vertreten sein wird, und das weiterhin schwache Abschneiden in Osteuropa führen zu einer Schwächung der Linksfraktion im kommenden Europa-Parlament.

Andererseits sind auch positive Ergebnisse in vier Ländern vorzuweisen – wenngleich die Erwartungen in vielen Ländern deutlich höher gespannt waren: in Spanien, Frankreich, Portugal und Deutschland konnten die Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei bzw. Wahlbündnisse mit EL-Parteien ihre Ergebnisse verbessern.

Ergebnisse der EP-Wahl in Deutschland

Das Interesse an der Europawahl 2009 war in Deutschland stabil niedrig. Aufgrund der in einigen Bundesländern zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen lag die Wahlbeteiligung geringfügig höher als 2004. Sie hat offensichtlich dazu beigetragen, die Verluste der CDU zu erhöhen. Generell verlor sie in den Kommunalwahlländern stärker als im Durchschnitt.

Die Union ist der Wahlverlierer des Abends. Sie verlor 6,6 Prozent Stimmenanteile bzw. 13,2 Prozent ihrer Wählerschaft von 2004 und sieben Mandate.

Die SPD ist der Nichtsieger des Abends. In den Vorwahlumfragen deutlich höher gehandelt, gewann sie keine Stimmenanteile hinzu, verlor nochmals 0,7 Prozent und erreichte einen historischen Tiefstand bei bundesweiten Wahlen. Die SPD konnte nicht beweisen, dass das schlechte Ergebnis von 2004 ein Ausrutscher war. Sie hat eine deutlich und of-

| | Wahlbeteiligung | CDU | SPD | Grüne | FDP | LINKE |
|------------|-----------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| EP 2009 | 43,3% | 37,9% | 20,8% | 12,1% | 11,0% | 7,5% |
| EP 2004 | 43,0% | 44,5% | 21,5% | 11,0% | 6,1% | 6,1% |
| Sitze 2009 | | 42 | 23 | 14 | 12 | 8 |
| Sitze 2004 | | 49 | 23 | 13 | 7 | 7 |



fensichtlich dauerhaft abgeschmolzene Stammwählerschaft, etwa ein Drittel der Wählerinnen und Wähler bei der letzten Bundestagswahl. Der überwiegende Teil der sozialdemokratischen Anhängerschaft will offensichtlich von Wahl zu Wahl immer wieder neu mobilisiert werden, bleibt ansonsten den Wahlurnen fern. Anders noch als 2005 verfügt die SPD für die kommenden Bundestagswahlen über keine vergleichbare Zuspitzungsmöglichkeit. Sie stellt den Kanzler nicht, und ihr Kandidat kann nach diesem Wahlergebnis und den wenig glaubhaften Koalitionsmöglichkeiten nicht mehr als Konkurrent auf Augenhöhe für die Kanzlerin dargestellt werden. Als wenig erfolgreich hat sich das negative campaigning auf den Wahlplakaten erwiesen. Offensichtlich sorgten die drei Plakate für so viel Aufsehen, dass darüber die spätere positive Wahlwerbung der SPD nicht mehr durchdrang. Eine Aufholjagd, wie sie 2005 Schröder gelang, traut der SPD niemand zu, die Rückwirkungen dieser Wahlniederlage in die Mobilisierungsbereitschaft werden sich in den kommenden Wochen erst noch zeigen.

Die FDP ist zweifellos Gewinnerin des Wahltages. Sie profitiert von den Verlusten der CDU. Sie gewinnt 4,9 Prozent und fünf Mandate hinzu. Es gelingt ihr, wirtschaftsliberale Wähler und Wählerinnen von der CDU zu gewinnen. Wie DIE LINKE bleibt sie bei Europawahlen hinter ihren Umfrageergebnissen zurück, während die Grünen als dritte Oppositionspartei eher über ihren Umfragewerten liegen.

LINKE und Grüne sind die kleinen Gewinner des Wahltages. Sie gewinnen jeweils ein Mandat hinzu. Für DIE LINKE ist es ihr erstes echtes bundesweites Wahlergebnis. Bestätigt wurde, dass sich durch die Vereinigung von PDS und WASG das Verhältnis zwischen West- und Oststimmen von zwei zu acht auf über vier zu unter sechs verändert hat.

Die Bedeutung der EP-Wahl für den Ausgang der Bundestagswahl besteht vor allem in einer Art Zustandsbeschreibung der Parteien. Was schaffen sie, wenn es nicht darum geht, eine nationale Regierung und eine Regierungskonstellation zu wählen, was schaffen sie also für sich? Wie ist es um die Mobilisierungsfähigkeit der Themen und der Kampagne bestellt?

Ergebnisse der Wahl in den EU-Staaten

Ergebnisse der EU-weiten Vorwahlbefragung

Im Auftrag der Europäischen Union wurde durch TNS opinion zwischen dem 4. und dem 12. Mai 2009 in allen EU-Mitgliedstaaten eine Befragung von jeweils 1000 Wahlberechtigten durchgeführt.¹

Europaweit gaben 53 Prozent der Befragten an, dass sie an der EP-Wahl sehr interessiert bzw. interessiert seien. Der Spitzenwert lag in Irland bei 72 Prozent, Deutschland nahm mit 50 Prozent einen Mittelplatz ein und Lettland bildete mit 25 Prozent das Schlusslicht.

Auf die Frage, welches Bild von der EU vorherrsche, gaben im EU-Durchschnitt 48 Prozent der Befragten an, ein sehr positives bzw. ziemlich positives Bild von der EU zu haben, während 17 Prozent ein negatives bzw. sehr negatives Bild von der EU hatten. Beim positiven EU-Bild lag Zypern mit 63 Prozent Zustimmung an der Spitze, während wiederum Lettland mit 23 Prozent auf dem letzten Platz rangierte. Die Letten bewerteten jedoch die EU nicht am schlechtesten, sondern mit 36 Prozent hatten die Briten das schlech-

teste Bild von der EU. Die Zustimmung zur EU lag im Vereinigten Königreich mit 24 Prozent auf dem zweit schlechtesten Platz. Mit 40 Prozent derjenigen, die ein positives oder sehr positives EU-Bild hatten, lag Deutschland auf dem sechst-schlechtesten Platz, nur noch gefolgt von Ungarn, Österreich, Finnland und den beiden genannten Staaten Großbritannien und Lettland.

Über die EP-Wahl sehr gut oder gut informiert fühlten sich im EU-Durchschnitt 41 Prozent der Befragten, während sich 57 Prozent schlecht oder sehr schlecht informiert fühlten. Am besten informiert fühlten sich die Wahlberechtigten in Malta (68 Prozent : 30 Prozent), während in Schweden die Zahl der sich am wenigsten gut informierten Fühlenden am höchsten lag (22 Prozent : 77 Prozent).

In Deutschland gaben 39 Prozent an, dass sie sehr gut oder gut über die EP-Wahl informiert seien, während 60 Prozent sich wenig oder gar nicht informiert fühlten. Interessanterweise gab es nur zwei osteuropäische Länder (Rumänien und Tschechien, das immerhin den EU-Ratsvorsitz innehat), dessen Befragte sich weniger als im EU-Durchschnitt sehr gut bzw. gut über die EP-Wahl informiert fühlten, während die anderen Länder unter dem EU-Durchschnitt aus West- bzw. Nordeuropa kommen (Belgien, Portugal, Irland, Dänemark, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Spanien und Schweden).

Da zu erwarten war, dass auch im EU-Rahmen wieder eine große Zahl von Wahlberechtigten nicht an der Wahl zum EP teilnehmen würde, wurde nach den Gründen der Nichtteilnahme gefragt. Die Ergebnisse zeigen die im EU-Rahmen bestehende Skepsis gegenüber den Europäischen Institutionen, aber auch eine deutliche Skepsis gegenüber den nationalen Politikangeboten bzw. den nationalen politischen Institutionen.

Bei der Frage nach den Themen, die den EP-Wahlkampf dominieren sollten, stand die Überwindung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise klar im Zentrum. So votierte mit 57 Prozent die Mehrheit für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, 45 Prozent gaben an, dass Vorschläge zum Wirtschaftswachstum im Wahlkampf thematisiert werden sollten.

Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat zur EP-Wahl 2009 ein ausführliches Internet-Angebot bereitgestellt. Danach stellt sich die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlamentes wie in der Tabelle auf Seite 11 dar.

Ergebnisse aus ausgewählten EU-Staaten

● Bulgarien

Die Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (Gerb) des Sofioter Bürgermeisters Bojko Borissow ist erwartungsgemäß zur stärksten Kraft geworden. Sie erhielt fast ein Viertel der Stimmen.

Zweitstärkste Kraft wurde die Bulgarische Sozialistische Partei von Ministerpräsident Stanischew, die 18,5 Prozent erhielt.

Die einst dominierende sogenannte Zarenbewegung des ehemaligen bulgarischen Zaren Simeon II. erhielt knapp 8 Prozent und kann zwei Abgeordnete nach Brüssel entsenden.

Die EU-feindlichen Nationalisten der Ataka-Partei errangen knapp zwölf Prozent.

In Bulgarien findet am 5. Juli die erste Parlamentswahl



Tabelle: Zusammensetzung des künftigen Europäischen Parlaments

| Fraktion | Anzahl der Sitze | Ergebnis in Prozent |
|---|------------------|---------------------|
| EVP-ED : Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten | 265 | 36,0 |
| SPE: Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament | 184 | 21,6 |
| ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa | 84 | 11,0 |
| GREENS/EFA: Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz | 55 | 6,9 |
| UEN: Fraktion Union für das Europa der Nationen | 30 | 4,8 |
| GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke | 35 | 4,5 |
| IND/DEM: Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie | 55 | 2,7 |
| Andere (hier sind viele Parteien zugeordnet, die sich noch Fraktionen anschließen werden) | 28 | 12,2 |

nach dem EU-Beitritt des Landes 2007 statt. Die Europawahl wurde von Wählern wie Parteien als deren Probelauf verstanden. Wiederholt sich das Ergebnis der Europawahlen, werden im künftigen nationalen Parlament von Grund auf andere Mehrheitsverhältnisse als im jetzigen herrschen, das noch die Stimmung vor dem EU-Beitritt spiegelt.

Die Wahl wurde von Fälschungsvorwürfen überschattet: Es wurden Fälle von Stimmenkauf gemeldet. Dabei soll eine Wählerstimme bis zu 40 Lewa (20 Euro) gekostet haben, berichtete der Staatsrundfunk.

Tabelle: Bulgarien

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| GERB: Citizens for European Development of Bulgaria | 24,36 | 5 |
| BSP: Coalition for Bulgaria | 18,5 | 4 |
| DPS: Movement for Rights and Freedoms | 14,14 | 3 |
| ATAKA: National Union Attack | 11,96 | 2 |
| NDSV: National Movement for Stability and Progress | 7,96 | 2 |
| SDS-DSB: Blue Coalition | 7,95 | 1 |
| Andere | 15,13 | 0 |
| Gesamt | 100 | 17 |

● **Dänemark**

In Dänemark hat die euroskeptische „Junibewegung“ den Einzug ins Europaparlament erstmals seit 1994 verpasst. Dafür konnten die rechtspopulistische Dänische Volkspartei und die Sozialistische Volkspartei einen starken Zuwachs verzeichnen.

Die Dänische Volkspartei legte von 8,3 auf 14,8 Prozent zu, die Volkssozialisten, die zwar Beziehungen zur Partei DIE LINKE unterhalten, aber in der vergangenen Wahlperiode der Grünen EP-Fraktion beigetreten waren, von 7,3 auf 15,4 Prozent.

Die rechtspopulistische DVP fungiert seit 2001 als Mehrheitsbeschafferin für die bürgerliche Minderheitsregierung in Kopenhagen und gilt als treibende Kraft hinter der betont harten dänischen Ausländerpolitik.

Deutliche Verluste von 32,6 auf 20,9 Prozent mussten die oppositionellen Sozialdemokraten hinnehmen. Sie bleiben jedoch knapp stärkste Kraft vor den Rechtsliberalen von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, die auf 19,6 Prozent kamen.

Die Konservativen, Koalitionspartner der Liberalen, erreichten nur ein Mandat.

Tabelle: Dänemark

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| A: Sozialdemokratische Partei | 20,9 | 4 |
| V: Venstre – Liberale Partei | 19,6 | 3 |
| F: Sozialistische Volkspartei | 15,4 | 2 |
| O: Dänische Volkspartei | 14,8 | 2 |
| C: Konservative Volkspartei | 12,3 | 1 |
| N: Volksbewegung gegen die EU | 7,0 | 1 |
| J: Junibewegung – EU-Kritische Bewegung | 2,3 | 0 |
| Andere | 7,7 | 0 |
| Gesamt | 100 | 13 |

● **Estland**

In Estland liegt die oppositionelle Zentrumsparterie mit 26,7 Prozent vorn, gefolgt von der Reformpartei des Premiers Andrus Ansip mit 15,3 Prozent, der oppositionellen konservativen Res Publica (12,2 Prozent) und den mitregierenden Sozialdemokraten (8,7 Prozent).

Die Estnische Linkspartei, Mitglied der EL, konnte leider keinen Erfolg verbuchen und nicht in das EP einziehen.



Tabelle: Estland

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|----------|
| KE: Estnische Zentrumspartei | 26,7 | 2 |
| I. Tarand (Einzelkandidat) | 25,81 | 1 |
| ER: Estnische Reformpartei | 15,34 | 1 |
| IRL: Pro Patria und Res Publica Union | 12,21 | 1 |
| SDE: Estnische Sozialdemokratische Partei | 8,7 | 1 |
| EER: Grüne Estlands | 2,73 | 0 |
| ERL: Estnische Volksunion | 2,23 | 0 |
| EÜVP: Estnische Linkspartei | 0,83 | 0 |
| Andere | 6,08 | 0 |
| Gesamt | 100 | 6 |

● **Finnland**

Die nationalistische Partei „Wahre Finnen“ zieht ins Europaparlament ein. Die ausländerfeindlichen Rechtspopulisten und Europaskeptiker um den Spitzenkandidaten Timo Soini steigerten sich von 0,5 Prozent im Jahre 2004 auf 14 Prozent in einer Listenverbindung mit den Christdemokraten. Ministerpräsident Vanhanen sprach von einer „Niederlage“. Der Erfolg der „Wahren Finnen“ falle in die „Verantwortung“ der Regierungsmehrheit, sagte Vanhanen. Seine konservative Sammlungspartei KOK erhielt 23,2 Prozent der Stimmen, die mitregierende Zentrumspartei 19 Prozent; beide stellen drei Abgeordnete. Je zwei Sitze gehen an die Sozialdemokraten und an die Grünen, die bereits mit 15 Abgeordneten im finnischen Parlament und der Regierung vertreten sind.

Tabelle: Finnland

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| KOK: Sammlungspartei (konservativ) | 23,2 | 3 |
| KESK: Finnische Zentrumspartei – Nationale Koalition | 19,0 | 3 |
| SDP: Finnische Sozialdemokratische Partei | 17,5 | 2 |
| KD-PS: Wahlbund (Wahre Finnen, CD) | 14,0 | 2 |
| VIHR: Grüne Partei | 12,4 | 2 |
| SFP (RKP): Schwedische Volkspartei in Finnland | 6,1 | 1 |
| VAS: Linksbund | 5,9 | 0 |
| Andere | 1,9 | 0 |
| Gesamt | 100 | 13 |

● **Frankreich**

Die Präsidentenpartei UMP ist mit 27,8 Prozent erwartungsgemäß stärkste Partei geworden, die Sozialisten lagen mit 16,5 Prozent abgeschlagen zurück. Sie haben ihr Stimmenergebnis gegenüber der Wahl 2004 halbiert und mussten eine schwere Niederlage einstecken.

Überraschend erfolgreich schnitten dagegen die Grünen unter Führung von Daniel Cohn-Bendit mit 16,3 Prozent ab. Sie verwiesen die Zentrismbewegung „Mouvement démocrate“ (Modem) von François Bayrou mit 8,4 Prozent auf den vierten Platz.

Die Front National von Jean-Marie Le Pen kam auf 6,3 Prozent. Der UMP-Vorsitzende Xavier Bertrand sprach von einem „wichtigen Erfolg“ für das Präsidentenlager.

Im linken Lager konnte die KPF durch den gemeinsamen Antritt im Bündnis mit weiteren Parteien ihren Verbleib im EP sichern.

Tabelle: Frankreich

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| UMP: Union pour un Mouvement populaire | 27,8 | 29 |
| PS: Parti Socialiste | 16,48 | 14 |
| Europe écologie | 16,28 | 14 |
| MoDem: Mouvement Démocrate | 8,4 | 6 |
| FN: Front National | 6,3 | 3 |
| FG: Front de gauche pour changer l'Europe: PG, PCF, Gauche Unitaire, Gauche Alternative, ADS, GU (Linksfront) | 6,0 | 4 |
| NPA: Nouveau Parti Anticapitaliste | 4,9 | 0 |
| Libertas (Mouvement pour la France, Chasse Pêche Nature et Tradition) | 4,6 | 1 |
| Alliance des Outre-mers | 0,42 | 1 |
| Andere | 8,82 | 0 |
| Gesamt | 100 | 72 |

● **Griechenland**

Der Abschwung der seit 2004 allein regierenden konservativen Volkspartei Nea Dimokratia von Ministerpräsident Karamanlis setzt sich fort. Die sozialistische PASOK wurde mit über 36 Prozent stärkste Partei, Die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia schaffte nur 32 Prozent. Durch den Sieg der PASOK bei den Europawahlen ist auch die Wahrscheinlichkeit vorgezogener Neuwahlen gestiegen.

Die traditionell starken griechischen Kommunisten (KKE) erhielten 8,35 Prozent der Stimmen. Das Linksbündnis SYRIZA mit der EL-Mitgliedspartei Synaspismos erhielt 4,7 Prozent der Stimmen und damit ein Mandat.

Im neuen Europäischen Parlament werden auch die ultrakonservative LAOS und erstmals die griechischen Grünen vertreten sein.



Tabelle: Griechenland

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| PASOK: Panhellenic Socialist Movement | 36,65 | 8 |
| ND: New Democracy | 32,29 | 8 |
| KKE.: Communist Party of Greece | 8,35 | 2 |
| LAOS: Popular Orthodox Rally | 7,15 | 2 |
| SYRIZA: Coalition of the Radical Left (Renewd Communist Ecological Left, Internationalistic Labor Left, Communist Organization of Greece, Coalition of the Left, of the Movements and of the Ecology) | 4,7 | 1 |
| OP: Ecologist Greens | 3,49 | 1 |
| Andere | 7,37 | 0 |
| Gesamt | 100 | 22 |

● Großbritannien

Einen der drastischsten Abstürze einer Regierungspartei bei den Europawahlen legte in Großbritannien die britische Labour-Partei hin: von 19 Sitzen 2004 auf 13. Zum Vergleich: Die siegreichen Tories holten 25 Sitze.

Labour erzielte das schlechteste Ergebnis bei einer landesweiten Wahl seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie kann sich nach ihrer dramatischen Niederlage bei der Europawahl nicht mehr sicher sein, ob sie als national verbreitete Volkspartei weiter Bestand haben wird. Der Schock über die eigenen Verluste wird im Labour-Lager ergänzt um den Zorn, dass es der rechtsextremistischen British National Party erstmals gelang, bei einer landesweiten Wahl zwei Mandate zu erringen. Zwischen Cornwall im Westen und Kent im Osten errangen die Grünen mehr Stimmen als die Sozialdemokraten, aus manchen Orten und Kommunalparlamenten ist Labour vollständig verschwunden. Lediglich in einer einzigen Region, in den Industriestädten des Nordostens, behielt Labour den ersten Platz unter den Parteien. Doch auch dort schrumpfte der Stimmenanteil auf 25 Prozent.

Die Ergebnisse im wohlhabenden englischen Süden müssen andererseits auch den Konservativen zu denken geben: Nirgendwo vermochten sie mehr als gut ein Drittel der Stimmen auf sich zu lenken, in allen südenschottischen Grafschaften erreichte die Unabhängigkeitspartei Ergebnisse um 20 Prozent. Die antieuropäische Protestbewegung wiederholte bei dieser Europawahl einen Erfolg, der vor fünf Jahren noch als Ausrutscher bewertet worden war. Sie schöpft unter ihrem Anführer Nigel Farage aus dem gleichen Wählerpotential wie die Konservativen.

Die BNP-Nationalisten hingegen schöpften vor allem aus dem Milieu der gesellschaftlich Bedrängten. Sie errangen in zwei Regional-Wahlkreisen jeweils jenen Sitz, den Labour verlor. Der BNP-Führer Nigel Griffin siegt mit der Angst der weißen Arbeiter-Unterschicht vor muslimischer Einwanderung.

Auf Kosten von Labour feierten schließlich auch die Nationalisten in Schottland einen großen Sieg. Die Schottische

Nationale Partei, die seit drei Jahren in Edinburgh die Regionalregierung führt, hatte in jüngster Zeit unter ersten Abnutzungserscheinungen gelitten; jetzt verhalfen ihr der Spesen-skandal im entfernten Westminster und die Agonie der Labour Party unvermittelt zu einem Wahlerfolg

Tabelle: Großbritannien

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| Cons.: Conservative Party | 27,0 | 25 |
| UKIP: United Kingdom Independence Party | 16,09 | 13 |
| Lab.: The Labour Party | 15,31 | 13 |
| LD: Liberal Democrats | 13,36 | 11 |
| Greens: Green Party | 8,38 | 2 |
| BNP: British National Party – Protecting British Jobs | 6,04 | 2 |
| SNP: Scottish National Party: Protecting Scottish Jobs, working for recovery | 2,05 | 2 |
| Plaid: Plaid Cymru – The Party of Wales | 0,78 | 1 |
| SF: Sinn Féin | 0,65 | 1 |
| DUP: Democratic Unionist Party | 0,46 | 1 |
| UUP: Ulster Conservatives and Unionists – New Force | 0,43 | 1 |
| SDLP: Social Democratic and Labour Party | 0,41 | 0 |
| SSP: Scottish Socialist Party | 0,1 | 0 |
| Andere | 4,62 | 0 |
| Gesamt | 100 | 72 |

● Irland

Die liberal-konservative Fianna Fail von Ministerpräsident Brian Cowan rutscht auf rund 24 Prozent – ein Verlust von rund sechs Prozentpunkten, sie ist erstmals nicht mehr stärkste Kraft im Land. Die ebenfalls konservative Oppositionspartei Fine Gael kam nach den EU-Angaben auf rund 29 Prozent. Das Ergebnis ist national determiniert und stellt einen Denkkzettel für die Innenpolitik der Regierung Cowan dar. Die Finanzkrise hat die Insel besonders hart getroffen.

Die Europa-skeptische Libertas-Partei, deren Ziel die Verhinderung des Lissabon-Vertrages ist, kam nur auf den sechsten Platz. Sie erhielt 5,5 Prozent der Stimmen. Da in diesem Fall mit einer Einstellung der Kampagne gegen den Vertrag zu rechnen ist, steigen die Chancen für eine Annahme des Vertrages in der kommenden Volksabstimmung.

Die GUE/NGL-Mitgliedspartei Sinn Fein erhält ein Mandat.

Tabelle: Irland

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---------------------------------------|------------|-----------|
| FG: Fine Gael (Konservative) | 29,13 | 4 |
| FF: Fianna Fáil (Liberal-konservativ) | 24,08 | 3 |
| Lab.: Labour Party | 13,92 | 2 |
| SF: Sinn Féin | 11,24 | 1 |
| Libertas | 5,62 | 0 |
| SP: Socialist Party (Trotzkistisch) | 2,76 | 0 |
| GP: Green Party | 1,89 | 0 |
| Andere | 11,36 | 2 |
| Gesamt | 100 | 12 |

● **Italien**

Insgesamt festigt sich in Italien der Trend zu weniger Parteien, auch wenn die beiden großen Gruppen verloren haben.

Silvio Berlusconi hat mit seiner Partei „Volk der Freiheit“ (PdL) zwar die Europawahl in Italien gewonnen – aber das Ergebnis blieb weit hinter den von ihm geschürten Hoffnungen zurück. Bis zu 45 Prozent sollte sein „absoluter Sieg“ einbringen, aber die PdL erhielt am Sonntag nur gut 35 Prozent der Stimmen, damit 29 der 72 italienischen Sitze im Europäischen Parlament. Bei den Parlamentswahlen 2008 hatten die Vorgängerparteien seines Ende März dieses Jahres gegründeten „Volks der Freiheit“ noch etwa zwei Prozentpunkte mehr erhalten.

Um diesen Stimmenanteil legte die „Lega Nord“ zu; sie kam auf zehn Prozent der Stimmen und stellt damit neun Abgeordnete im Straßburger Parlament.

Das Ergebnis der oppositionellen „Demokratischen Partei“ Dario Franceschinis liegt etwa sechs Prozentpunkte unter dem der Wahlen von 2008; sie errang gut 26 Prozent der Stimmen und damit 22 Sitze im Europäischen Parlament.

Die politische Linke hätte Berlusconi womöglich gefährlich werden können, wenn es zumindest zu einer Vereinbarung zwischen den Reformkommunisten sowie der Gruppe „Die Linken und die Freiheit“ gekommen wäre; stattdessen blieben beide jeweils knapp unter der neuen Vier-Prozent-Hürde und werden somit nicht im Straßburger Parlament vertreten sein.

Die Wahlbeteiligung ging um fast acht Prozentpunkte auf 67 Prozent zurück, in L'Aquila im Erdbeben-Gebiet der Abruzzen wählten gerade einmal 30 Prozent.

Der Politologe Salvatore Patti von der Universität „La Sapienza“ argumentiert, die Demokraten hätten keinen Kontakt mehr zur Straße und in die Fabriken und hätten deswegen Stimmen an die „Lega“ abgegeben bzw. seien stärker von der Wahlenthaltung betroffen. Noch immer sei die Linke zu zersplittert, um der regierenden Koalition Paroli bieten zu können.

Tabelle: Italien

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| PdL : Volk der Freiheit (konservativ) | 35,25 | 29 |
| PD: Demokratische Partei (Mitte-links) | 26,13 | 22 |
| LN: Lega Nord (rechtsliberal, regionalistisch) | 10,2 | 9 |
| IdV-Lista Di Pietro: Italien der Werte/Liste Di Pietro (liberal) | 8,0 | 7 |
| UDC: Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten | 6,51 | 5 |
| PRC-PdCI-S2-CU: Partei der kommunistischen Wiedergründung, Partei der Kommunisten Italiens, Sozialismus 2000, Vereinte Verbraucher (linkes Parteienbündnis) | 3,38 | 0 |
| Sinistra e Libertà: Demokratische Linke. Für den europäischen Sozialismus, Vereinigung der Grünen, Sozialistische Partei, Union der Linken, Wiedergründung der Linken (linkes Parteienbündnis) | 3,12 | 0 |
| Andere | 10,52 | 0 |
| Gesamt | 100 | 72 |

● **Lettland**

Den Erwartungen gemäß hat die erst kürzlich gegründete Bürgerunion der früheren Außenministerin und kurzzeitigen EU-Kommissarin Sandra Kalniete die Wahl gewonnen. Gründe dürften der Unmut über die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sein, über die die Regierung von Ivars Godmanis im Februar stürzte.

Außerdem verzeichneten die beiden wichtigsten Parteien der russischsprachigen Minderheit erheblichen Zulauf: Sie wurden zur zweit-, bzw. drittstärksten Kraft und werden drei der acht lettischen Mandate im Europaparlament erhalten. Sie gewannen auch stark bei den parallel abgehaltenen Kommunalwahlen und werden künftig den Rigaer Bürgermeister stellen.

Die GUE/NGL-Fraktion erhält erstmals ein lettisches Mitglied aus dem Parteienbündnis Saskaņas Centrs.



Tabelle: Lettland

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|----------|
| PS: Bürgerunion (Partei der früheren Außenministerin Kalniete) | 24,32 | 2 |
| SC: Saskanas Centrs (sozialistisches/sozialdemokr. Bündnis) | 19,57 | 2 |
| PCTVL: Für Menschenrechte im vereinten Lettland (russischsprachiges Parteienbündnis) | 9,66 | 1 |
| LPP/LC: Erste Partei Lettlands/Lettischer Weg (liberal-kons.) | 7,49 | 1 |
| TB/LNKK: Für Vaterland und Freiheit/LNNK (nationalistisch) | 7,45 | 1 |
| JL: Neue Ära (liberal-kons.) | 6,66 | 1 |
| Libertas. Iv | 4,3 | 0 |
| SCP: Vereinigung für differenzierte Politik | 3,85 | 0 |
| LSDSP: Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei | 3,79 | 0 |
| ZZS: Bündnis Lettische Grüne Partei und Lettischer Bauernverband | 3,72 | 0 |
| Andere | 9,2 | 0 |
| Gesamt | 100 | 8 |

● **Luxemburg**

Tabelle: Luxemburg

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|----------|
| CSV: Christlich-soziale Volkspartei | 31,33 | 3 |
| LSAP: Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei | 19,42 | 1 |
| DP: Demokratische Partei (Liberale) | 18,71 | 1 |
| Déi Gréng: Die Grünen | 16,84 | 1 |
| ADR: Alternative demokratische Reformpartei | 7,37 | 0 |
| Déi Lénk: Die Linken. | 3,41 | 0 |
| KPL: Kommunistische Partei Luxemburgs | 1,54 | 0 |
| Ind.: Unabhängige | 1,37 | 0 |
| Andere | 0,01 | 0 |
| Gesamt | 100 | 6 |

Die Partei von Premier Jean-Claude Juncker hat sowohl die nationale Wahl als auch die Europawahl gewonnen. Die CSV kam auf rund 31 Prozent, die liberale DP und die sozialdemokratische LSAP auf je rund 19 Prozent, die Grünen auf rund 17 Prozent.

● **Niederlande**

Die Christdemokraten von Regierungschef Jan Peter Balkenende erreichten 20 Prozent, die mitregierenden Sozialdemokraten rund 12 Prozent.

Schon zum Auftakt der Europawahl hatte eine Partei triumphiert, die bisher nicht zu den etablierten Kräften zählte, aber in den Niederlanden auch nicht unbekannt ist: Die Anti-Islam-Partei des Filmemachers Geert Wilders wurde zweitstärkste politische Kraft des Landes. Die Freiheitspartei (PVV) kommt auf rund 17 Prozent. Die Partei ist die erste im niederländischen Parlament und dem EP, die keine Mitglieder hat. Damit soll nach Wilders Aussagen verhindert werden, dass die Partei von den falschen Leuten übernommen wird. Er könne sich aber vorstellen, dass sich die Partei nach einiger Zeit für Mitglieder öffnen werde. Interessierte können sich bei der PVV als Spender oder Freiwillige registrieren lassen. Eine solche Konstruktion wäre beispielsweise in Deutschland nicht möglich.

Die Sozialistische Partei ist weiterhin mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten.

Tabelle: Niederlande

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| CDA: Christdemokratischer Appell | 20,05 | 5 |
| PVV: Partei für die Freiheit (Rechtspopulistisch, anti-islamistisch, europaskeptisch) | 16,97 | 4 |
| PvdA: Partei der Arbeit (Sozialdemokratisch) | 12,05 | 3 |
| VVD: Volkspartei für Freiheit und Demokratie (liberal) | 11,39 | 3 |
| D66: Linksliberale | 11,32 | 3 |
| GroenLinks: GrünLinks (grün, linksliberal) | 8,87 | 3 |
| SP: Sozialistische Partei | 7,1 | 2 |
| ChristenUnie-SGP (christliches Bündnis) | 6,82 | 2 |
| Andere | 5,36 | 0 |
| Gesamt | 100 | 25 |

● **Österreich**

Die regierenden Sozialdemokraten (SPÖ) erlebten eine schwere Schlappe. Die SPÖ stürzte auf 23,8 Prozent ab, ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl – mit einem Minus von mehr als 9 Prozent. Für die Sozialdemokraten, in der Wahl 2004 mit 33,3 Prozent stärkste Kraft, bedeutete das Minus ein Desaster.

Die mitregierende Österreichische Volkspartei (ÖVP) sieg-



te mit knapp 30 Prozent, verlor aber rund drei Prozentpunkte. Die Liste des EU-Kritikers Hans-Peter Martin konnte fast vier Punkte auf 17,7 Prozent zulegen und blieb drittstärkste Kraft. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) gewann fast 7 Prozent hinzu und kommt auf 12,7 Prozent. Das von dem verstorbenen Jörg Haider gegründete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) scheiterte mit 4,6 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die Grünen rutschten von mehr als 12 auf 9,9 Prozent ab. Die konservative Bürgerplattform hat nach Prognosen die

Tabelle: Österreich

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| ÖVP: Österreichische Volkspartei | 29,98 | 6 |
| SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreichs | 23,74 | 5 |
| Martin: Liste „Dr. Martin – für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit“ | 17,67 | 3 |
| FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs | 12,71 | 2 |
| GRÜNE: Die Grünen – Die Grüne Alternative | 9,93 | 1 |
| BZÖ: BZÖ – Mag. Ewald Stadler | 4,58 | 0 |
| KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs – Europäische Linke | 0,67 | 0 |
| Andere | 0,72 | 0 |
| Gesamt | 100 | 17 |

● **Polen**

Tabelle: Polen

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| PO: Bürgerplattform (liberal) | 44,43 | 25 |
| PiS: Recht und Gerechtigkeit (rechtskonservativ) | 27,4 | 15 |
| SLD-UP: Bund der demokratischen Linken/Union der Arbeit (Mitte-Links) | 12,34 | 7 |
| PSL: Polnische Volkspartei (gemäßigt konservativ) | 7,01 | 3 |
| SO: Selbstverteidigung der Republik Polen (europaskeptische Bauernpartei) | 1,46 | 0 |
| PPP: Polnische Partei der Arbeit (sozialistisch) | 0,7 | 0 |
| Andere | 6,68 | 0 |
| Gesamt | 100 | 50 |

Wahl gewonnen. Die Partei von Ministerpräsident Tusk kam demnach auf knapp 45 Prozent der Stimmen. Die national-konservative Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ von Präsident Kaczynski erhielt demnach gut 27 Prozent. Auf die Demokratische Linksallianz entfielen gute 12 Prozent, auf die mitregierende Polnische Volkspartei 7 Prozent.

● **Portugal**

Die regierende Sozialistische Partei (PS) hat eine unerwartete Niederlage erlitten. Die Partei von Ministerpräsident José Sócrates erhielt knapp 27 Prozent, die oppositionelle bürgerlich-konservativ orientierte Sozialdemokratische Partei (PSD) rund 32 Prozent, in etwa wie vor fünf Jahren. Bei den EU-Wahlen vor fünf Jahren hatte PS hingegen noch 44,5 Prozent erhalten.

Der große Sieger in Portugal ist der Linksblock (BE), ein Zusammenschluss der radikalen linken Parteien und der Parteilosen: Mit mehr als 10 Prozent konnte der BE sein Ergebnis fast verdoppeln. Das traditionelle konkurrierende Bündnis aus Kommunisten und Grünen erhielt ebenfalls gute zehn Prozentpunkte und zwei Mandate.

Tabelle: Portugal

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| PPD/PSD: Sozialdemokratische Partei (konservativ) | 31,71 | 8 |
| PS: Sozialistische Partei (sozialdemokratisch) | 26,53 | 7 |
| BE: Linksblock (Parteienbündnis) | 10,72 | 3 |
| CDU (PCP-PEV): Demokratische Einheitskoalition (Parteienbündnis der Kommunistischen Partei Portugals, Grüne) | 10,64 | 2 |
| CDS-PP: Volkspartei (konservativ) | 8,36 | 2 |
| Andere | 12,04 | 0 |
| Gesamt | 100 | 22 |

● **Rumänien**

Die seit kurzem in Bukarest gemeinsam regierenden Sozialdemokraten (PSD) und Liberal-Konservativen (PD-L) haben bei der Europawahl mit jeweils etwas über oder unter 30 Prozent fast gleichauf gelegen; sie können daher elf, bzw. zehn Vertreter ins Straßburger Parlament entsenden. Drittstärkste Kraft ist mit rund 15 Prozent und damit fünf EU-Parlamentariern die oppositionelle PNL (Nationalliberale). Die Partei der ungarischen Minderheit UDMR kommt auf fast 9 Prozent.

Die Großrumänienpartei des Nationalisten Corneliu Vadim Tudor hat nach den Prognosen stark hinzugewonnen; sie kam ebenfalls auf über 8 Prozent der Stimmen.

Auch der Kandidatin Elena Basescu, der Tochter des rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu, gelang der Einzug ins Parlament; sie war als Unabhängige angetreten und hat 4,2 Prozent erreicht. Die Wahlbeteiligung lag über 20 Prozent.



Tabelle: Rumänien

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| PSD-PC: Wahlallianz – Sozialdemokratische Partei (PSD) und Konservative Partei (PC) | 31,07 | 11 |
| PD-L: Demokratisch liberale Partei | 29,71 | 10 |
| PNL: Nationalliberale Partei | 14,52 | 5 |
| UDMR: Demokratische Union der Ungarn in Rumänien | 8,92 | 3 |
| PRM: Großrumänische Partei (rechtsextrem) | 8,65 | 3 |
| Băsescu E. | 4,22 | 1 |
| Andere | 2,93 | 0 |
| Gesamt | 100 | 33 |

● **Schweden**

In Schweden hat die für kostenlose Downloads aus dem Internet eintretende „Piratenpartei“, die erstmals antrat, gut 7 Prozent der Stimmen errungen.

Die meisten Stimmen entfielen, wie schon 2004, mit gut 24 Prozent auf die im Stockholmer Reichstag oppositionellen Sozialdemokraten.

Die Konservativen von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt blieben mit knapp 19 Prozent deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die nach der Piratenpartei höchsten Gewinne erzielten demnach die Grünen, die sich um 5,8 auf 11 Prozent steigerten.

Tabelle: Schweden

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| S: Sozialdemokratische Arbeiterpartei | 24,41 | 5 |
| M: Gemäßigte Sammlungspartei (konservativ) | 18,83 | 4 |
| FP: Liberale Volkspartei (sozialliberal) | 13,58 | 3 |
| MP: Umweltpartei – Die Grünen | 11,02 | 2 |
| PP: Piratenpartei | 7,13 | 1 |
| V: Linkspartei | 5,66 | 1 |
| C: Zentrumspartei | 5,47 | 1 |
| KD: Christdemokraten | 4,68 | 1 |
| FI: Feministische Initiative | 2,22 | 0 |
| Andere | 7,02 | 0 |
| Gesamt | 100 | 18 |

● **Slowakei**

Die linksnationalistische Smer-SD des slowakischen Ministerpräsidenten Fico ist nach dem offiziellen Endergebnis mit 32 Prozent der Stimmen fast doppelt so stark wie die Christlichen Demokraten als stärkste Oppositionspartei. Schwach schnitten die mitregierenden rechtsextremen Nationalisten ab, die nur 5,5 Prozent erreichten. Die Wahlbeteiligung war mit 19,64 Prozent höher als vor fünf Jahren; damals lag sie bei 16,96 Prozent; das war Negativrekord aller EU-Länder.

Tabelle: Slowakei

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| SMER: Richtung – Sozialdemokratie | 32,02 | 5 |
| SDKÚ – DS: Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (christdemokratisch-konservativ) | 16,99 | 2 |
| SMK – MPK: Partei der ungarischen Koalition (Minderheitenpartei) | 11,34 | 2 |
| KDH: Christlich-demokratische Bewegung | 10,87 | 2 |
| L'S – HZDS: Volkspartei – Bewegung für eine demokratische Slowakei (Mitte-Rechts) | 8,98 | 1 |
| SNS: Slowakische Nationalpartei (rechtsextrem) | 5,56 | 1 |
| SAS: Freiheit und Demokratie | 4,72 | 0 |
| SZ: Partei der Grünen | 2,11 | 0 |
| KSS: Kommunistische Partei der Slowakei | 1,65 | 0 |
| SD: Demokratische Linke | 0,62 | 0 |
| Andere | 5,14 | 0 |
| Gesamt | 100 | 13 |

● **Spanien**

Der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat eine Schlappe erlitten. Für Zapatero ist dies schon das zweite Warnsignal nach dem Verlust Galiciens bei den letzten Regionalwahlen im März. Für den Chef einer Minderheitsregierung in Madrid dürfte die Suche nach rettenden Mehrheiten, zum Beispiel beim nächsten Staatshaushalt, noch schwieriger werden.

Die oppositionelle konservative Volkspartei (PP) wurde sowohl bei den Stimmen als auch den Mandaten (23) stärkste Kraft. Die Ursache dürfte weniger in der Kompetenz der Volkspartei als vielmehr in der Schwierigkeit der Sozialdemokraten liegen, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Spanien fest im Griff hat, zu bewältigen.

Der Trend zum Zweiparteiensystem bestätigte sich derweil. Die Grünen und Kommunisten konnten sich mit Verlusten gerade noch behaupten. Das gleiche galt für die gemä-



Bigten Regionalnationalisten in Katalonien und im Baskenland. Einen Ehrentreffer erzielte die aus der Sozialistischen Partei ausgetretene Rosa Díez mit ihrer neugegründeten Union für Fortschritt und Demokratie. Sie entsendet einen Vertreter nach Straßburg, genauso wie die radikalen Regionalnationalisten aus ganz Spanien zusammengenommen.

Tabelle: Spanien

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| PP: Volkspartei (konservativ) | 42,23 | 23 |
| PSOE: Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (sozialdemokratisch) | 38,51 | 21 |
| CpE: Koalition für Europa (Bündnis verschiedener Regionalparteien) | 5,12 | 2 |
| IU-ICV-EUIA-BA: Vereinigte Linke-Initiative der katalanischen Grünen-Vereinigte und Alternative Linke Katalaniens | 3,73 | 2 |
| UPyD: Union Fortschritt und Demokratie (sozialliberal, zentristisch) | 2,87 | 1 |
| EdP-V: Europa der Völker (Bündnis regionaler Parteien) | 2,5 | 1 |
| Andere | 5,04 | 0 |
| Gesamt | 100 | 50 |

● **Tschechische Republik**

Tabelle: Tschechische Republik

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|-----------|
| ODS: Demokratische Bürgerpartei | 31,45 | 9 |
| CSSD: Tschechische Sozialdemokratische Partei | 22,38 | 7 |
| KSCM: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens | 14,18 | 4 |
| KDU-SL: Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei | 7,64 | 2 |
| SZ: Partei der Grünen | 2,06 | 2 |
| Andere | 22,29 | 0 |
| Gesamt | 100 | 22 |

Bei der Wahl setzt sich das Patt im politischen System Tschechiens fort. Die bürgerlichen Parteien ODS und KDU-SL erringen zusammen 11 Mandate, die Sozialdemokraten mit den Kommunisten ebenfalls. Eine mehrheitsfähige politische Entwicklung jenseits der nationalen Expertenregierung lässt sich daraus nicht ablesen, zumal die tschechischen Sozialde-

mokraten zwar langsam auf die KP Böhmens und Mährens zugehen, deren innerparteiliche Auseinandersetzungen sie aber von einer Regierungsfähigkeit noch weit entfernt halten.

● **Ungarn**

In Ungarn hat es einen deutlichen Rechtsruck gegeben. Die regierenden Sozialisten (MSZP) verloren mehr als die Hälfte ihrer bisherigen Mandate, die rechten und rechtsextremen Oppositionsparteien errangen zusammen mehr als viermal so viele Sitze wie die Sozialisten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis ist der national-konservative Bund Junger Demokraten (Fidesz) mit 56,4 Prozent und 14 Mandaten, zwei mehr als vor fünf Jahren, klarer Gewinner der Wahl. Die MSZP erzielte mit 17,4 Prozent und vier Mandaten, fünf weniger als 2004, ihr schlechtestes Ergebnis bei einer landesweiten Wahl seit 1990.

Einen Durchbruch erzielte die rechtsextreme Partei Jobbik („Die Besseren“), die erstmals antrat und auf 14,8 Prozent der Stimmen kam. Die Partei entstammt einer Hochschulgemeinschaft antikommunistischer Studenten, die besonders an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten Ungarns sehr einflussreich war. 2004 haben sich die führenden Köpfe der Studentenbewegung zur Parteigründung entschlossen. Bei den Wahlen 2006 hat die Partei gemeinsam mit der rechtsradikalen Partei MIÉP kandidiert, aber der Einzug in das ungarische Parlament ist dem Wahlbündnis nicht gelungen. Der berühmteste Kopf der Partei ist die Universitätsdozentin Krisztina Morvai, die jahrelang als Frauenrechtlerin für die UNO arbeitete und mit antisemitischen Positionen bereits vor dem Wahlkampf auftrat.

Tabelle: Ungarn

| Parteien | Prozent | Sitze |
|--|------------|-----------|
| FIDESZ-KDNP: Fidesz – Ungarischer Bürgerbund/Christlich-Demokratische Volkspartei (konservativ) | 56,36 | 14 |
| MSZP: Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (sozialdemokratisch) | 17,37 | 4 |
| JOBBIK: Die Besseren – eigentlich: Gemeinschaft von rechtsgerichteten Jugendlichen – Bewegung für ein besseres Ungarn (rechtsextrem) | 14,77 | 3 |
| MDF: Ungarisches demokratisches Forum (liberal-konservativ) | 5,31 | 2 |
| LMP-HP: Eine andere Politik ist möglich – Humanistische Partei (Grüne) | 2,61 | 0 |
| Munkáspárt: Ungarische Kommunistische Partei | 0,96 | 0 |
| Andere | 2,62 | 0 |
| Gesamt | 100 | 22 |



● Zypern

Das Ergebnis der Europawahl in Zypern ist als Schwächung der Vereinigungsbefürworter zu bewerten. Die konservative oppositionelle Demokratische Versammlung (DISY) wurde im griechischen Teil der Insel, der allein der EU angehört, mit 35,65 Prozent knapp stärkste Kraft vor der linksgerichteten regierenden Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL), die der EL angehört und 34,9 Prozent bekam.

Im September vergangenen Jahres hatten zwischen Christofias und dem türkischen Volksgruppenführer Mehmet Ali Talat Gespräche über eine Wiedervereinigung der Insel begonnen. Talats Position war jedoch schon bei der Parlamentswahl in der nur von der Türkei anerkannten Türkischen Republik Nordzypern im April geschwächt worden.

Tabelle: Zypern

| Parteien | Prozent | Sitze |
|---|------------|----------|
| DISY: Demokratische Versammlung (konservativ-christdemokratisch) | 35,65 | 2 |
| AKEL: Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (links-sozialistisch) | 34,9 | 2 |
| DIKO: Demokratische Partei (liberal) | 12,28 | 1 |
| EDEK: Bewegung für Sozialdemokratie | 9,85 | 1 |
| Andere | 7,23 | 0 |
| Gesamt | 100 | 6 |

Die Ergebnisse der linken Parteien in Europa

Nach gegenwärtigem Stand wird die künftige GUE/NGL 35 Abgeordnete von 16 Parteien aus 15 Ländern umfassen, gegenüber bisher 41 MdEP von 18 Mitgliedsparteien aus 13 Ländern (siehe Tabelle Seite 20).

Die Mandatsverringerung resultiert vor allem aus dem Verlust der italienischen Delegation (7 Abgeordnete). Laut EP-Geschäftsordnung benötigt die Fraktion mindestens 25 Abgeordnete aus 7 Ländern, damit sind die Voraussetzungen für die Fraktionsbildung erfüllt. Die Zusammensetzung der neuen Fraktion nach Geschlecht: 11 Frauen und 24 Männer.

Die NGL-Komponente (mit SP der Niederlande) reduziert sich von 6 auf 4 Abgeordnete. Auffällig ist weiterhin die schwache Vertretung der osteuropäischen Linken im EP. Mit Ausnahme der traditionell recht starken Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens (KSCM) und dem neuen Mitglied der lettischen Sozialistischen Partei ist die osteuropäische Linke schwach und hat in ihren Ländern kaum eine nennenswerte gesellschaftliche Verankerung.

Die EL ist mit 21 Abgeordneten von 7 Mitglieds- und Beobachterparteien aus 7 Ländern in der neuen GUE/NGL vertreten und würde rechnerisch nur mit einem Sitz die Bildung einer eigenen Fraktion verfehlen – allerdings war dies nie das Anliegen der EL. In der bisherigen GUE/NGL-Fraktion war die EL mit 28 Abgeordneten von 9 Mitglieds- und Beobachterparteien aus 8 Ländern vertreten. Die EL-Bilanz muss

auf der einen Seite den dramatischen Einbruch der italienischen Linken und dem Verlust von zwei Mandaten bei der tschechischen KSCM bilanzieren, kann andererseits positive Ergebnisse in vier Ländern vorweisen: in Spanien, Frankreich, Portugal und Deutschland konnten die EL-Parteien bzw. Wahlbündnisse mit EL-Parteien ihre Ergebnisse verbessern.

● Dänemark

Die von der EL-Beobachterpartei Einheitsliste – Die Rot-Grünen unterstützte Folkebevægelsen mod EU (Volksbewegung gegen die EU) konnte ihr Ergebnis um 1,8 Prozent verbessern und ihr Mandat behaupten.

Die Sozialistische Volkspartei (SF) legte 7,3 Prozent zu und gewann einen Sitz mehr. Nachdem ihre Abgeordnete sich 2004 entgegen knappem Vorstandsbeschluss nicht der GUE/NGL, sondern der grünen Fraktion im EP anschloss, wird diese Praxis jetzt fortgesetzt.

● Estland

Die EL-Mitgliedspartei Estnische Vereinigte Linkspartei erreichte 0,83 Prozent. Damit haben sich die Hoffnungen, die in die Fusion (2008) der Estnischen Linkspartei mit der auf die russischsprachige Bevölkerung orientierten Verfassungspartei gesetzt wurden, nicht erfüllt.

● Finnland

Der finnische Linksbund (Vasemmistoliitto), Mitglied der GUE/NGL, verschlechterte sich von 9,1 auf 5,9 Prozent und verliert seinen Sitz.

● Frankreich

Ein neues Wahlsystem (acht Wahlbezirke, Verhältniswahl, 5-Prozent-Hürde) erschwert kleinen Parteien einen Einzug ins EP. Das neue Bündnis Front de Gauche (Linksfront) aus FKP, Französischer Linkspartei und weiteren kleinen Parteien konnte auf Anhieb 6 Prozent und 5 Mandate (davon eines aus den Übersee-Departements) erringen. Die FKP hatte bisher 3 Mandate inne.

Die Neugründung um die trotzkistische ehemalige LCR (1999 – 2004 Beobachterpartei in der GUE/NGL), Neue Antikapitalistische Partei, verfehlte mit 4,9 Prozent den Einzug ins EP. Ursprünglich waren ihr in Umfragen bis zu 10 Mandate vorausgesagt worden.

Das für die Europawahlen gegründete grüne Bündnis Europe Ecologie um Daniel Cohn-Bendit, das in Teilen auch ein pro-europäisches linkes Wählerspektrum anspricht, erreichte auf Anhieb 16,3 Prozent und 14 Mandate.

● Griechenland

Entgegen früheren Umfragen konnte sich das Bündnis SYRIZA, dem die EL-Mitgliedspartei Synaspismos angehört, nur leicht verbessern und bleibt bei einem Mandat. Die stalinistische KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) verlor 0,4 Prozent und ihr drittes Mandat.

Die Grünen ziehen erstmals ins EP ein. Es ist anzunehmen, dass dies Synaspismos, das sich auch als Bündnis der Ökologie betrachtet, wahrscheinlich Stimmen gekostet hat.

● Irland und Vereinigtes Königreich (Nordirland)

Die GUE/NGL-Mitgliedspartei Sinn Féin erhielt in Irland 11,24 Prozent und verteidigte ihr Mandat. Damit hat SF zu-



● **Tabelle: Ergebnisse europäischer Linksparteien im Verhältnis 2009 zu 2004 und 1999**
(Die Mitglieder der GUE/NGL-Fraktion sind grau unterlegt)

| Land | Partei | EPW 09 Prozent | Sitze | EPW 04 Prozent | Sitze | EPW 99 Prozent | Sitze |
|--|---|-------------------|----------------|-------------------|-----------|-------------------|-------|
| Dänemark | Sozialistische Volkspartei (SF)* | 15,4 | 2 | 7,9 | 2 | 7,1% | k. A. |
| | Volksbewegung gegen die EU | 7,0 | 1 | 5,2 | 1 | 7,3 | |
| Deutschland | DIE LINKE | 7,5 | 8 | 6,1 | 7 | 5,8 | k. A. |
| Estland | Estnische Vereinigte Linkspartei | 0,83 | – | – | – | – | k. A. |
| Finnland | Linksbund (VAS) | 5,9 | – | 9,1 | 1 | 9,1 | k. A. |
| Frankreich | Neue Antikapitalistische Partei | 4,9 | – | – | – | – | k. A. |
| | Linksfront (incl. PCF) | 6,0 | 5 | 5,2 | 3 | 6,8 | k. A. |
| Großbritannien/ Nordirland | Sinn Fein | 16,6 | 1 | k. A. | 1 | k. A. | k. A. |
| Griechenland | Kommunistische Partei (KKE) | 8,35 | 2 | 9,3 | 3 | 8,7 | k. A. |
| | Koalition der radikalen Linken (incl. SYN) | 4,67 | 1 | 4,0 | 1 | 5,2 | k. A. |
| Irland | Sinn Fein | 11,24 | 1 | 11,1 | 1 | k. A. | k. A. |
| Italien | Kommunistische Partei (PdCI) | 3,3 | – | 2,4 | 2 | 2,0 | k. A. |
| | Kommunistische Partei (RC) | | | 6,1 | 5 | 4,3 | k. A. |
| Lettland | Saskanas Centrs) incl. Sozialistische Partei) ** | 19,57 | 2 (1) | – | – | – | k. A. |
| Luxemburg | De Lenk | 3,41 | – | k. A. | k. A. | k. A. | k. A. |
| | Kommunistische Partei | 1,54 | – | k. A. | k. A. | k. A. | k. A. |
| Niederlande | Sozialistische Partei (SP) | 7,1 | 2 | 7,0 | 2 | 5,0 | k. A. |
| Österreich | Kommunistische Partei | 0,67 | – | k. A. | k. A. | k. A. | k. A. |
| Portugal | Linksblock (BdE) | 10,7 | 3 | k. A. | 1 | k. A. | k. A. |
| | CDU (incl. PCP) | 10,6 | 2 | 9,2 | 2 | 10,3 | k. A. |
| Schweden | Linkspartei (V) | 5,6 | 1 | 12,8 | 2 | 15,8 | k. A. |
| | Piratenpartei | 7,1 | 1 | – | – | – | k. A. |
| | Feministische Initiative | 2,2 | – | – | – | – | |
| Slowakei | Kommunistische Partei | 1,6 | – | – | – | – | k. A. |
| Spanien | Vereinigte Linke/Grüne (IU) *** | 3,7 | 2 (1) | 4,1 | 2 (1) | 5,8 | k. A. |
| Tschechien | Kommunistische Partei (KSCM) | 14,1 | 4 | 20,3 | 6 | – | k. A. |
| Zypern | Progressive Arbeiterpartei (AKEL) | 34,9 | 2 | 27,8 | 2 | – | k. A. |
| Zahl der Sitze der GUE/NGL-Fraktion | | | 35 (-6) | | 41 | | |

* Die Abgeordnete der SF schloss sich entgegen einem knappem SF-Vorstandsbeschluss für die GUE/NGL der grünen Fraktion im EP an – eine Mitgliedschaft künftiger SF-Abgeordneter bei GUE/NGL ist unwahrscheinlich.

** Ein Mitglied des Wahlbündnisses wird vmtl. der GUE/NGL beitreten, das weitere Mitglied den Sozialisten.

*** Ein Mitglied des Wahlbündnisses der IU saß bislang in der grünen und ein Mitglied in der GUE/NGL-Fraktion.



sammen mit dem Sitz für Nordirland wie vorher zwei Mandate. Insgesamt liegt das Ergebnis unter optimistischeren Erwartungen von bis zu vier Mandaten.

● **Italien**

Sowohl die Antikapitalistische Liste aus PRC, PdCI und weiteren, als auch die konkurrierend angetretene Sinistra e Libertà verfehlen den Einzug ins EP. Damit scheidet die ehemals starke italienische Komponente (PRC 5, PdCI 2 Mandate) aus der GUE/NGL aus. Die Krise der italienischen nichtsozialdemokratischen Linken findet kein Ende und verschärft sich.

● **Lettland**

Die Sozialistische Partei Lettlands, die in einem Wahlbündnis (Saskanas Centrs) mit der sozialdemokratischen Partei der Nationalen Harmonie und der Partei für Gleichberechtigung angetreten ist, das insgesamt 19,57 Prozent erhielt, entsendet einen Abgeordneten ins EP. Er wird der GUE/NGL beitreten, während der andere Abgeordnete des Bündnisses zur sozialdemokratischen Fraktion gehen wird.

● **Luxemburg**

Die EL-Mitgliedspartei Déi Lénk konnte einen Achtungserfolg von 3,41 Prozent verbuchen, gegenüber der konkurrierend antretenden Kommunistischen Partei mit 1,54 Prozent. Dennoch zieht keine der beiden Parteien ins EP ein. Déi Lénk gelang bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen der Wiedereinzug mit ein bis zwei Mandaten.

● **Niederlande**

Das GUE/NGL-Mitglied, die Sozialistische Partei (SP) konnte ihr Ergebnis halten, ist weiterhin ein stabiler Faktor im Parteiensystem, auch wenn die Partei die eigenen Erwartungen nicht ausgefüllt sieht und erneut zwei Mandate erhält.

● **Österreich**

Das Wahlergebnis der EL-Mitgliedspartei KPÖ bleibt mit 0,67 Prozent ohne Auswirkungen.

● **Portugal**

Der EL-Mitgliedspartei Linksblock gelang der Sprung von ehemals einem auf drei Mandate. Sie überholte damit den Hauptkonkurrenten, die Kommunistische Partei (PCP), die das dritte Mandat knapp verfehlte (wie bisher zwei Mandate).

● **Schweden**

Das GUE/NGL-Mitglied Vänsterpartiet (Linkspartei) hat ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl mehr als halbiert (von 12,8 auf 5,6 Prozent) und damit eines der beiden Mandate eingebüßt. Den Einzug ins Parlament schaffte auf Anhieb die schwedische Piratenpartei.

Stimmen gekostet haben wird die Linkspartei auch der – letztlich erfolglose – Antritt der Feministischen Initiative unter dem Vorsitz der früheren Linkspartei-Vorsitzenden.

Neben diesen Parteien werden eine Reihe weiterer Linksparteien nicht im Europäischen Parlament vertreten sein.

● **Slowakei**

Das Abschneiden der Kommunistischen Partei (KSS, EL-Beobachterpartei) mit 1,65 Prozent ist enttäuschend, spiegelt aber die gegenwärtige Situation der KSS realistisch wider.

● **Spanien**

Das Bündnis um Izquierda Unida erhält 3,7 Prozent und 2 Sitze. Wie bisher schließt sich der IU-Vertreter der Fraktion GUE/NGL, der Vertreter der Grün-Linken Initiative für Katalonien der Grünen Fraktion an.

● **Tschechien**

Die EL-Beobachterpartei KSCM, auf deren Liste auch Kandidaten der EL-Mitgliedspartei SDS kandidierten, verliert 6,2 Prozent und zwei Mandate. Das ist zwar eine Verschlechterung, stellt jedoch gegenüber den Nationalratswahlen 2006 eine Verbesserung um 2,7 Prozentpunkte dar. Wie auch in Deutschland wird die Europawahl in Tschechien als Testwahl für die Parlamentswahl am 9./10. Oktober 2009 angesehen. Alle vier Mandate werden von Männern besetzt, die KSCM-Mitglieder sind.

● **Ungarn**

Die ehemalige EL-Mitgliedspartei Munkáspárt (Austritt aus der EL am 1.5.2009) erreichte lediglich 0,96 Prozent. Der geplante Wahlantritt eines links-grünen Bündnisses unter Beteiligung der Munkáspárt-Abspaltung Munkáspárt 2006 scheiterte am Zulassungsverfahren.

● **Zypern**

Die EL-Beobachterpartei und zypriotische Präsidialpartei AKEL konnte ihr Europaergebnis um 7 Prozent verbessern. Sie hat weiterhin zwei Sitze inne, liegt jedoch äußerst knapp auf dem zweiten Platz im Parteienspektrum.

Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland

Die politische Stimmung in Deutschland vor der Wahl

Im Vorfeld der Europawahl hat Infratest-dimap die Stimmung innerhalb der Bevölkerung getestet.² Dabei wurde deutlich, dass auch in diesem Jahr von einem hohen Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ausgegangen werden musste.

Deutlich wird, dass die wesentlichen Gründe der Nichtteilnahme in einer Kritik der politischen Parteien in Deutschland bestehen und weniger an der vermeintlichen Ferne von Brüssel bzw. dem Handeln der EU selbst. Diese Kritik trifft alle demokratischen Parteien und zeigt Aufgaben für die anstehenden Wahlkämpfe für die Landtage und den Bundestag.

Dementsprechend wenig überraschend ist, dass die Stimmabgabe bei der EP-Wahl zu einem wesentlichen Teil auf bundespolitischen Motiven beruht und weniger auf europäischen Beweggründen. Gegenüber Infratest-dimap gaben 56 Prozent der Befragten an, dass die Bundespolitik für sie wahlentscheidend sei und nur 26 Prozent, also weniger als die Hälfte, dass die Europapolitik maßgeblich für die Stimmabgabe sei. 13 Prozent gaben an, dass Bundes- und Europapolitik gleichermaßen wahlentscheidend sei.

Der LINKEN war es ausweislich Infratest-dimap von den Parteien am besten gelungen, ihre Anhänger/-innen vor der Wahl zu mobilisieren.

Wahlentscheidung nach sozialen Gruppen

Die beiden Wahlforschungsinstitute, Infratest-dimap und Forschungsgruppe Wahlen, haben in ihrer Ergebnisdarstel-



lung unterschiedliche Formen der Aufschlüsselung nach Altersgruppen vorgenommen. Die Darstellung (Tabelle) von Infratest-dimap erlaubt einen Vergleich zwischen 2009 und 2004.

Daraus wird deutlich, dass die Unionsparteien insbesondere bei den Erst- und Jungwähler/-innen verlieren. Nachdem sie bereits 2004 im Verhältnis zu 1999 um 9 Prozent absanken, verlieren sie bei dieser Wahl 11 Prozent in dieser Altersgruppe. Im Vergleich zu 1999 sind dies 20 Prozent Verlust in dieser Gruppe.

Die SPD kann bei den Erst- und Jungwähler/-innen um 5 Prozent zulegen. In den anderen Altersgruppen verharrt sie im Wesentlichen auf dem Niveau von 2004, nachdem sie damals im Vergleich zu 1999 zwischen 10 Prozent und 12 Prozent verloren hatte.

Auch die Grünen verzeichnen im Vergleich zu ihrem historischen Ergebnis von 2004, bei dem sie mit Ausnahme der Altersgruppe 60+ zwischen 6 Prozent und 9 Prozent zulegen, keine tiefgreifenden Veränderungen. Sie verlieren sogar und zwar am stärksten bei der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen.

Demgegenüber kann DIE LINKE auf niedrigem Niveau zulegen und verbessert sich auch in den für sie sonst schwierigen Altersgruppen der Jung- und Erstwähler/-innen sowie der 25- bis 34-Jährigen. Sie legt aber vergleichsweise am stärksten in ihrer mittlerweile fast traditionell stärksten Gruppe, der 45- bis 59-Jährigen zu.

Die Liberalen, die ein historisches Bestergebnis erreichen, legen in allen Altersgruppen zu. Konnte die FDP bei der EP-Wahl 2004 in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen am stärksten zulegen, gelingt ihr dies fünf Jahre später am stärksten in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen.

In der nachfolgenden Tabelle wird, basierend auf Daten

von Infratest-dimap wiederum ein Vergleich zwischen 2009 und 2004 vorgenommen, in diesem Falle bezogen auf das Merkmal Tätigkeit.

Die Unionsparteien, die bereits 2004 im Verhältnis zu 1999 bei den Selbständigen um 11 Prozent absanken, verlieren in dieser Altersgruppe erneut um 8 Prozent, also insgesamt um 19 Prozent gegenüber 1999. Darüber hinaus verlieren sie am stärksten in der Gruppe der Auszubildenden.

Die SPD kann, nachdem sie 2004 bei der Gruppe der Arbeiter/-innen um 16 Prozent absank, auf niedrigstem Niveau zulegen, ebenso auf geringem Niveau bei den Arbeitslosen, bei denen sie 2004 einen Anteil von 15 Prozent abgeben musste. Bei den Rentnern verliert sie erneut um 3 Prozent und damit im Vergleich zu 1999 um 12 Prozent.

Die Grünen verlieren im Vergleich zu 2004 um 6 Prozent bei den Selbständigen und büßen damit über die Hälfte des Zuwachses in dieser Tätigkeitsgruppe aus 2004 gegenüber 1999 ein.

DIE LINKE legt auch bei den Tätigkeitsmerkmalen auf niedrigem Niveau zu und kann nur in der Gruppe der Arbeitslosen deutlich, um 6 Prozent zulegen – dies ist mehr als der Zuwachs in allen anderen Tätigkeitsgruppen zusammengekommen.

Die Liberalen legen in allen Tätigkeitsgruppen, insbesondere jedoch bei den Selbständigen, der traditionell sichersten Wähler/-innengruppe der Freidemokraten zu.

Beim Bildungsabschluss sind innerhalb der Elektorate keine wesentlichen Unterschiede in den Parteien feststellbar, sieht man einmal von den erheblich unterschiedlichen Zustimmungswerten für die Parteien in Ost- und Westdeutschland, insbesondere bei Grünen und LINKEN ab. Bei der Differenzierung zwischen den Berufsgruppen fällt ins Auge, dass in Gesamt- und Westdeutschland die Gruppe der Arbeiter/-

Tabelle: Stimmenergebnisse nach Altersgruppen im Verhältnis 2009 zu 2004 (in %)

| Alter | CDU/CSU | | SPD | | Grüne | | DIE LINKE | | FDP | |
|--------------|---------|---------|------|---------|-------|---------|-----------|---------|------|---------|
| | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. |
| 18 – 24 | 27 | -11 | 21 | 5 | 18 | +/-0 | 7 | 1 | 11 | 3 |
| 25 – 34 | 31 | -9 | 17 | +/-0 | 16 | -1 | 6 | 1 | 14 | 5 |
| 35 – 44 | 32 | -6 | 19 | +/-0 | 17 | -3 | 6 | +/-0 | 13 | 7 |
| 45 – 59 | 33 | -8 | 22 | +/-0 | 14 | +/-0 | 9 | 2 | 12 | 6 |
| 60 und älter | 47 | -6 | 24 | -1 | 5 | 1 | 7 | 1 | 9 | 4 |

Quelle: Infratest-dimap

Tabelle: Stimmenergebnisse nach Tätigkeit im Verhältnis 2009 zu 2004 (in %)

| Tätigkeit | CDU/CSU | | SPD | | Grüne | | DIE LINKE | | FDP | |
|----------------|---------|---------|------|---------|-------|---------|-----------|---------|------|---------|
| | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. | in % | Differ. |
| Arbeiter | 38 | -5 | 23 | 1 | 7 | +/-0 | 10 | 2 | 10 | 5 |
| Angestellte | 34 | -6 | 21 | -1 | 16 | -1 | 5 | +/-0 | 13 | 6 |
| Selbstständige | 38 | -8 | 13 | 3 | 15 | -6 | 4 | 1 | 23 | 9 |
| Rentner | 45 | -6 | 23 | -3 | 6 | 2 | 9 | 2 | 8 | 3 |
| in Ausbildung | 22 | -9 | 21 | 2 | 22 | -2 | 6 | +/-0 | 13 | 4 |
| Arbeitslos | 21 | -8 | 20 | 3 | 9 | -3 | 22 | 6 | 10 | 4 |

Quelle: Infratest-dimap



Tabelle: Stimmenergebnisse nach Bildungsabschluss (in %)

| | CDU/CSU | | | SPD | | | Grüne | | | DIE LINKE | | | FDP | | |
|----------------|---------|----|----|------|----|----|-------|----|----|-----------|----|---|------|----|----|
| | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W |
| Hauptschule | 45 | 40 | 46 | 28 | 22 | 29 | 4 | 3 | 4 | 5 | 19 | 3 | 8 | 6 | 9 |
| Mittlere Reife | 39 | 33 | 42 | 19 | 16 | 20 | 10 | 5 | 11 | 8 | 20 | 4 | 11 | 11 | 11 |
| Abitur | 33 | 29 | 34 | 20 | 17 | 21 | 18 | 10 | 19 | 7 | 21 | 4 | 12 | 10 | 12 |
| Studium | 29 | 26 | 30 | 18 | 16 | 19 | 23 | 12 | 26 | 9 | 29 | 4 | 13 | 9 | 14 |

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Tabelle: Stimmenergebnisse nach Beruf (in %)

| | CDU/CSU | | | SPD | | | Grüne | | | DIE LINKE | | | FDP | | |
|--------------|---------|----|----|------|----|----|-------|----|----|-----------|----|---|------|----|----|
| | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W | Dtl. | O | W |
| Arbeiter | 37 | 33 | 39 | 28 | 18 | 29 | 6 | 4 | 7 | 5 | 19 | 3 | 8 | 6 | 9 |
| Angestellte | 36 | 30 | 37 | 21 | 17 | 23 | 14 | 9 | 15 | 7 | 25 | 4 | 11 | 9 | 12 |
| Beamte | 41 | 31 | 43 | 24 | 17 | 25 | 15 | 7 | 16 | 5 | 27 | 2 | 8 | 11 | 8 |
| Selbständige | 39 | 35 | 41 | 11 | 10 | 12 | 16 | 11 | 17 | 5 | 15 | 3 | 17 | 18 | 18 |

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

innen die stärkste Wähler/-innengruppe der LINKEN darstellt, während in Ostdeutschland die Gruppe der Beamten deutlich stärker ausgeprägt ist.

Wählerwanderung

Die nachstehende Wähler/-innenwanderungstabelle, basierend auf den Daten von Infratest-dimap³ zeigt, dass alle Parteien Stimmen an das Nichtwähler/-innenlager abgegeben haben.

Die FDP gewinnt – mit Ausnahme der LINKEN, an die rund 10 000 Wähler/-innen abgegeben werden – von allen Parteien.

Die Union gibt an FDP und Grüne insgesamt 200 000 Stimmen ab, gewinnt jedoch von der SPD und der LINKEN rd. 600 000 Stimmen hinzu. An andere Parteien gibt die CDU noch einmal 350 000 Stimmen ab und kommt somit – die Nichtwähler/-innen unberücksichtigt – auf eine weitgehend ausgeglichene Bilanz im Parteienwettbewerb.

Während die SPD an alle Parteien verliert, können die Grünen von der LINKEN, der Union und der SPD Stimmen gewinnen. Im Vergleich zum Zugewinn der SPD stellen die Zugewinne von Union und LINKEN Marginalien dar.

Der LINKEN gelingt es ebenfalls nicht, Nichtwähler/-in-

nen zur Wahl zu motivieren – im Gegenteil, sie muss ebenfalls beträchtliche Stimmen an dieses Lager abgeben und zwar ungefähr so viel wie die Liberalen und deutlich stärker als die Grünen.

Das Ergebnis der Europawahl 2009 in Deutschland in den Ländern

Die Union ist in 14 von 16 Ländern wieder stärkste Partei geworden. In Brandenburg kam sie mit 22,5 Prozent gegenüber 26 Prozent für DIE LINKE lediglich auf den dritten Platz, in Bremen wurde sie von der SPD auf Platz zwei verwiesen. In ihren „Stammländern“ Baden-Württemberg und Bayern verlor die Union gegenüber den letzten EP-Wahlen überdurchschnittlich, ebenso in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die SPD konnte hiervon nicht profitieren, zum Teil verlor sie ebenfalls Stimmenanteile. Die überdurchschnittlichen Stimmenverluste der Union führten fast überall zu überdurchschnittlichen Gewinnen der FDP. In Bayern gewannen die Freien Wähler.

In Bayern zeigte sich die CSU von der Niederlage bei den Landtagswahlen leicht erholt und schaffte den Sprung über die bundesweite 5 Prozent-Hürde. Die Freien Wähler erziel-

Tabelle: Zu- und Abgänge der Wählerinnen und Wähler

| | CDU/CSU | SPD | Grüne | DIE LINKE | FDP | Andere | Nichtwähl. |
|------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------|------------|
| CDU/CSU | | 550.000 | -30.000 | 40.000 | -160.000 | -350.000 | -6.010.000 |
| SPD | -550.000 | | -650.000 | -200.000 | -330.000 | -560.000 | -7.880.000 |
| Grüne | 30.000 | 650.000 | | 40.000 | -20.000 | -270.000 | -1.160.000 |
| DIE LINKE | -40.000 | 200.000 | -40.000 | | 10.000 | -230.000 | -1.193.000 |
| FDP | 160.000 | 330.000 | 20.000 | -10.000 | | -230.000 | -1.192.000 |
| Nichtwähl. | 6.010.000 | 7.880.000 | 1.160.000 | 1.930.000 | 1.920.000 | 760.000 | |

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen



ten in Bayern ihr bestes Ergebnis, scheiterten aber an der Sperrklausel.

Die SPD schaffte es nur in Bremen, zur stärksten Partei zu werden. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen landete sie auf dem dritten Platz. In neun westdeutschen Bundesländern behauptete sie Platz zwei, teilweise nur knapp vor den Grünen (Hamburg, Bayern). In Brandenburg schaffte sie es knapp, die CDU von Platz zwei zu verdrängen. Die Stimmenverluste gegenüber der letzten EP-Wahl liegen in den süddeutschen Ländern und im Saarland deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gewann die SPD Stimmenanteile.

Die Grünen wurden in Berlin erneut zur zweitstärksten Partei. In den beiden anderen Stadtstaaten erreichten sie ebenfalls deutlich über zwanzig Prozent der Stimmen. In Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein konnten sie ihre guten zweistelligen Ergebnisse behaupten oder ausbauen.

Die FDP wurde in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zur drittstärksten Partei vor den Grünen, in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zur viertstärksten vor den Grünen.

DIE LINKE blieb in Brandenburg stärkste Kraft, in den anderen ostdeutschen Flächenländern zweitstärkste Kraft und in Berlin auf Platz vier. In den westdeutschen Ländern erreichte sie in Bremen, Hamburg und dem Saarland deutlich über fünf Prozent, im Saarland sogar ein zweistelliges Ergebnis, während sie in den anderen westdeutschen Ländern unter fünf Prozent blieb.

Bei einer bundesweit kaum veränderten Wahlbeteiligung von 43,3 Prozent war sie in Brandenburg mit 29,9 Prozent am niedrigsten, im Saarland mit 58,6 Prozent am höchsten. Wie erwartet, lag sie in den Ländern, in denen gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden, um Teil deutlich höher (Baden-Württemberg 51,9 Prozent, Rheinland-Pfalz 55,6 Prozent, Saarland 58,6 Prozent, Thüringen 53 Prozent, Sachsen 47,6 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 46,7 Prozent. Die Teilkommunalwahlen in Sachsen-Anhalt führten zu keiner landesweit höheren Wahlbeteiligung.

Der vorangegangene Vergleich der absoluten Stimmen in den westdeutschen und ostdeutschen Ländern (Tabelle) zeigt eine seit den Wahlen 2005 stabile, nur leicht rückläufige Verschiebung. Kamen 2004 noch fast 80 Prozent der Stimmen für die PDS aus den ostdeutschen Ländern, so waren es bei der Bundestagswahl 2005 nur noch gut 56 Prozent, bei der EP-Wahl 2009 geringfügig mehr (59 Prozent).

Ein Vergleich der absoluten Zahlen bei der Bundestagswahl 2005 mit denen bei der EP-Wahl 2009 zeigt deutliche

Unterschiede in der Fähigkeit der Parteien, ihre Anhänger zu mobilisieren. Grünen, FDP und Union gelingt es am besten, ihre Anhänger zu mobilisieren, die SPD kann nur rund ein Drittel ihrer Anhänger davon überzeugen, dass es wichtig ist die Partei ins Europa-Parlament zu wählen. Für alle Parteien sind die Unterschiede für Länder mit Kommunalwahlen (farblich unterlegt) und ohne Kommunalwahlen erkennbar. Allerdings liegt er in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Sachsen-Anhalt bei der LINKEN gleichwohl unter dem Bundesdurchschnitt.

DIE LINKE hat im Gegensatz zu den beiden anderen Oppositionsparteien im Bundestag erkennbare Mobilisierungsprobleme bei den EP-Wahlen gehabt, die nur noch von denen der SPD übertroffen werden. Die Spannweite liegt zwischen einem Mobilisierungsgrad von 35,4 Prozent in Hessen und 62,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Autoren /Danksagung

- Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.
- Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Die Autoren bedanken sich bei Andreas Günther, dem Referenten des EL-Vorsitzenden Lothar Bisky, Anne Quart, der Leiterin des Bereiches Internationale Politik beim Parteivorstand für die Unterstützung, insbesondere die Bereitstellung von Daten zu den Wahlergebnissen und Hintergründen der Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten.

Beide Autoren geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. (Stand: 10. Juni 2009)

Anmerkungen

- 1 Vgl. http://www.elections2009-results.eu/de/index_de.html – sofern nicht anders angegeben, basieren die in diesem Abschnitt dargestellten Daten auf dieser Quelle. Die Ergebnisse aus Italien und Luxemburg wurden aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.
- 2 Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/europatrend/2009/mai-ii/> – sofern nicht anders angegeben, basieren die in diesem Abschnitt dargestellten Daten auf dieser Quelle.
- 3 <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/eu/flash/index.html>

Tabelle: Verteilung der Stimmen für PDS und LINKE zwischen Ost und West

| | West | Ost | Gesamt |
|---------------|-----------|-----------|-----------|
| EP 04 | 324.887 | 1.254.222 | 1.579.109 |
| EP 09 | 805.017 | 1.163.308 | 1.968.325 |
| BTW 05 | 1.795.917 | 2.322.277 | 4.118.194 |
| EP 04 | 20,6% | 79,4% | |
| EP 09 | 40,9% | 59,1% | |
| BTW 05 | 43,6% | 56,4% | |



Zum Abschneiden linker Parteien bei den Europawahlen

Von Oliver Schröder, Mitarbeiter im Bereich
Internationale Politik des Parteivorstandes der LINKEN;
aus: Disput, Nr. 6, 2009

Das Wahlkampfgetöse ist verklungen, die Stimmen sind ausgezählt, die genaue Zusammensetzung des Europaparlaments zeichnet sich ab: Europa hat gewählt. Sicher ist, dass sich die Linke in Europa intensiv mit dem Wahlergebnis auseinandersetzen muss.

Die Erkenntnis, dass die Anzahl linker Mandate bezogen auf die EU der 27 nicht verteidigt oder gar ausgebaut werden konnte, sondern in einigen Ländern abgenommen hat oder eine Reihe von Parteien nicht die nationalen Prozenthürden überwinden konnten, wiegt schwer. Die Wahlen zum Europaparlament waren kein „Befreiungsschlag“, die Krise des kapitalistischen Systems hat nicht zu einer parlamentarischen Stärkung der politischen Linken geführt, das Sommermärchen für die Linke ist ausgeblieben.

Schaut man sich nun die einzelnen Wahlergebnisse der Linken an, so fällt auf, dass es wesentliche Unterschiede im Abschneiden gibt: Der portugiesische Linksblock, die französische Linksfrente (Front de Gauche, Wahlbündnis der Kommunistischen Partei, der Linkspartei und zwei weiterer kleiner Parteien) und auch DIE LINKE konnten ihr Ergebnis verbessern.

Das griechische Bündnis Synaspismos/Syriza, die spanische Linke und die AKEL aus Zypern konnten ihr Ergebnis halten, leichte Verluste gab es für die immer noch starke Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSCM). Die Komponente der Nordisch Grünen Linken (mit der SP der Niederlande) verringert sich von 6 auf 4 Abgeordnete. Ein wesentlicher Punkt für den Verlust von Mandaten für die neue linke Fraktion im EP ist im Ausgang der italienischen Wahlen zu finden: Weder die gemeinsam antretenden Rifondazione Comunista (PRC) und Communisti Italiani (PdCI) noch die Formation „Linke für die Freiheit“ konnten die erstmals bei Europawahlen gültige 4-Prozent-Hürde nehmen: Beide Formationen sind bei um die drei Prozent gelandet – damit fallen die sieben Abgeordneten der 6. Legislatur weg.

Während sich also die Präsenz und Problematik politischer Ausstrahlungsfähigkeit der linken Parteien in Osteuropa (außer der KSCM gelang nur der Lettischen SP von den mittel- und osteuropäischen linken Parteien der Sprung ins EP) nicht grundlegend verbessert hat und die bittere Niederlage der italienischen Linken das Bild insgesamt trübt, haben die Parteien der Europäischen Linken insgesamt – wenn auch die Erwartungen in einigen Ländern höher gestellt waren – ein doch akzeptables Ergebnis erreicht: 21 Abgeordnete aus 7 Mitglieds- und Beobachterparteien sind im neuen EP vertreten. Das heißt, das Ziel, mit einer gemeinsamen Wahlplattform das Profil und die erarbeiteten Positionen für einen Wechsel in Europa erkennbar zu machen und im Wahlkampf zu vermitteln, ist aufgegangen.

Insgesamt wurde deutlich, dass Bemühungen um gemeinschaftliche Wahlantritte belohnt wurden: Während die Front de Gauche mit sechs Prozent und fünf Abgeordneten ein tolles Wahlergebnis erzielte, zeitigte die Spaltung von Rifondazione das bittere Wahlergebnis in Italien.

Bedrückend ist das Erstarren von rechtsextremen und rechtspopulistischen/nationalistischen Parteien. Der Stimmenanteil für solche, die EU größtenteils rigoros ablehnende Parteien aus Österreich, Ungarn, Bulgarien, Italien, aus den Niederlanden und Griechenland ist derart gestiegen, dass ein erneuter Versuch zur Bildung einer rechtsradikalen Fraktion im Europaparlament zu befürchten ist. Hier sind alle Parteien gefragt, entschlossene Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit, Faschismus und Ultra-Nationalismus zu initiieren. Die Linken werden sich deshalb sicherlich sehr rasch für die Bekräftigung und Aktualisierung der Charta für ein nicht-rassistisches Europa – parteiübergreifend – stark machen.

In Zusammenhang mit dem erfolgten Rechtrück steht sicherlich auch die weiter abnehmende, z. T. erschreckend niedrige Wahlbeteiligung: Der EU-Durchschnitt liegt bei 43,1 Prozent, was ein schlechter Fingerzeig für die Zukunft der demokratischen Entwicklung Europas ist.

Hier die Zusammensetzung der neuen linken Fraktion GUE/NGL im EP:

● Dänemark

→ Volksbewegung gegen die EU (1)
(für die sich die EL Beobachterpartei Rot-grüne Einheitslisten engagierte)

Søren Bo Søndergaard

● Deutschland

→ DIE LINKE (8)

Lothar Bisky
Cornelia Ernst
Thomas Händel
Jürgen Klute
Sabine Lösing
Helmut Scholz
Sabine Wils
Gabi Zimmer

● Frankreich

→ Linksfrente (5)

Jean-Luc Mélenchon (PG)
Patrick Le Hyaric (PCF)
Jacky Hénin (PCF)
Marie-Christine Vergiat (PG)
Elie Hoarau (PG)

● Großbritannien/Nordirland

→ Sinn Fein (1)

Bairbre de Brún

● Griechenland

→ KKE (2)

Giorgios Toussas
Athanasios Pafilis
Nicos Houndis

→ Synaspismos (1)

● Irland

→ Sinn Fein (1)

Joe Higgins

● Lettland

→ Sozialistische Partei

Alfred Rubiks

● Niederlande

→ Sozialistische Partei (SP) (2)

Denis de Jong
Kartika Liotard

● Portugal

→ Linksblock (3)

Miguel Portas
Marisa Matias
Rui Tavares



- CDU (PKP und Grüne) (2) Ilda Figueiredo
João Ferreira
- **Schweden**
- Linkspartei (1) Eva-Britt Svensson
- **Spanien**
- Vereinigte Linke (1) Willy Meyer Pleite
- **Tschechien**
- KSCM (4) Miloslav Ransdorf
Vladimir Remek
Jiri Mastalka
Jaromir Kohlicek
- **Zypern**
- AKEL (2) Takis HatziGeorgiou
Kyriacos Triantaphyllides

Insgesamt: 35 Abgeordnete

Viel für die politische Durchsetzungskraft der gemeinsamen Linksfraktion für eine soziale, friedliche, solidarische und demokratische Perspektive in der EU und darüber hinaus in ganz Europa und einen wirksamen Beitrag der europäischen Linken für eine andere Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, als es Kommission und die Regierenden in der EU der 27 bisher tun, wird jetzt davon abhängen, wie gemeinsame Schwerpunkte in Projekte und konkrete Politik umgesetzt werden. Das Ziel ist klar: Eine starke linke Fraktion im EP für einen Politikwechsel in der EU!

Zu den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament in Italien

Von Paola Giaculli, Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Mitglied der BAG FIP

Nach der schweren Niederlage bei den Parlamentswahlen 2008 (3,1 Prozent) bleibt die italienische Linke auch diesmal draußen. Mit 3,4 bzw. 3,1 Prozent verfehlen die „antikapitalistische und kommunistische Liste“ von PRC und PdCI sowie die neue Formation „Sinistra e Libertà“ (Linke und Freiheit) die erst ein paar Monaten vor der Europa-Wahl eingeführte Sperrklausel von 4 Prozent. Jetzt sitzen keine linken Abgeordneten aus Italien mehr im Europa-Parlament. Auch bei den Kommunalwahlen, die zeitgleich mit der Europa-Wahl am 7. Juni stattfanden, konnten leider wenig Erfolge verzeichnet werden. Dies ist auf die allgemeine Situation des linken Lagers in Italien zurückzuführen, aber auch auf grobe und durchaus vermeidbare Fehler der sogenannten radikalen Linken.

Seit dem unerwarteten Scheitern bei den Parlamentswahlen letzten Jahres, nach dem die Linke erstmalig seit der Nachkriegszeit nicht mehr im Parlament vertreten ist, stecken die linken Parteien weiter tief in der Krise. Der Parteitag der PRC vom letzten Jahr in Chianciano brachte keine nüchterne Debatte hervor. Die Niederlage des Wahlbündnisses der Regenbogenlinken entfesselte politische Widersprüche und interne Querelen, die teilweise schon früher bestan-

den. Jetzt äußerten sie sich in Form einer Abrechnung mit den angeblichen Verantwortlichen der Krise – Bertinotti und denjenigen, die seine politische Linie vertreten hatten. Auf dem Kongress von Venedig 2005 besaßen diese Kräfte noch eine Mehrheit von 60 Prozent. So geriet Chianciano zu einem großen Schlachtfeld, das die politischen Visionen im Hintergrund ließ.

Die bunt gemischte Mehrheit von PRC-Parteichef Paolo Ferrero, die in eine stärkere kommunistische Identität der Partei investieren wollte, ist nach der Europa-Niederlage gescheitert. Aber auch die abtrünnigen Teile der Strömung um Vendola, auf dem letzten Parteitag fast die Hälfte der Partei (47 %) und Unterstützer des Projektes einer breiteren Linken, hatten mit ihrem Wahlbündnis Sinistra e Libertà (SL – ehemalige PRCLer, Grüne, ehemalige Linksdemokraten, Sozialisten) keinen Erfolg. Die Wahlaufufe unterschiedlichster linker Persönlichkeiten zur Geschlossenheit der Linken blieben ungehört, die Linke trat zersplittert zur Europa-Wahl an. Es ist offensichtlich, dass die verschiedenen Gruppierungen die Gefahr ihrer Auslöschung völlig unterschätzt haben. Jeder Teil war trotz schwankender Umfragen fest davon überzeugt, die Sperrklausel zu schaffen. Dies sagt viel darüber aus, wie groß der Realitätsverlust der italienischen Linken inzwischen geworden ist.

Die Zersplitterung wirkt noch absurder angesichts der Zahl der absoluten Stimmen: Bei den Parlamentswahlen 2008 (Wahlbeteiligung: 80,5 %) hatte die Regenbogenlinke 1 124 428 (3,1 %) Stimmen erhalten. Bei der Europa-Wahl (Wahlbeteiligung: 65 %) erzielten die PRC-PdCI und Sinistra e Libertà (SL) 1 038 284 (3,4 %) bzw. 958 507 (3,1 %) Stimmen. Offenbar konnten die WählerInnen für eine linke Politik besser mobilisiert werden. Die Linke verdoppelte insgesamt ihre Stimmenzahl, aber leider ist keine politische Partei und kein Wahlbündnis in der Lage, die Erwartungen der Wählerschaft konkret und realistisch zu erfüllen.

Letztes Jahr hatten sich die Stimmen der linken WählerInnen auf die PD (Demokratische Partei) konzentriert bei dem Versuch, eine neue Regierung Berlusconi zu verhindern (voto utile, nützliche Stimme). Bei der Europa-Wahl hat die PD an die Linken rund 500 000 Stimmen verloren (La Stampa, 9. Juni). Die Linken haben vor allem im Zentrum (PRC/PdCI 4,5 %, SL 3,6 %) und in Süditalien (4 %, bzw. 5,2 %) relativ gut abgeschnitten, hier insbesondere dank der Popularität von Apuliens Ministerpräsident Nichi Vendola. Dieser behauptet, das Ergebnis sei ermutigend (L'Altro, 9. Juni) und im Interview mit Gennaro Migliore (L'Altro, 10. Juni) schreibt der Journalist, trotz Quorumverfehlung sei die SL eine Erfolgsgeschichte. Eine Million Stimmen seien ziemlich viel für ein junges Projekt, meint Migliore. „Das muss man in ein politisches Projekt investieren, das wachsen wird, weil es mit der Perspektive der Linken in diesem Land zu tun hat“. Andererseits nennt PRC-Parteichef Ferrero (Liberazione, 17. Juni) die Spaltung der Linken und die Macht der Rechten als Gründe für die Niederlagen. Die politische Linie des Parteitages von Chianciano sei nicht falsch gewesen. Er schlägt einen „Polo der alternativen Linken“ (Polo della sinistra alternativa) vor, der allen Linken links von der PD offen stehen soll. Aber er will nicht auf eine zentrale Koordinierung mit der PdCI verzichten. Den Vorschlag haben inzwischen sozialistische Vertreter der SL abgelehnt, bei den Grünen herrscht Zwiespalt. Aber auch bei der PRC hat sich die Mehrheit von Chianciano inzwischen gespalten, obwohl der Rücktritt von Ferrero im



Nationalkomitee der Partei bis auf wenige Ausnahmen abgelehnt wurde. Selbstkritik ist von den Spitzen der Partei- oder des Wahlbündnisses allerdings nicht zu hören.

Bei der PD (26 Prozent, ein Verlust von 7 %, d. h., ca. vier Millionen Stimmen) freut man sich, nicht so viel verloren zu haben wie vermutet und streitet sich jetzt um den zukünftigen Parteivorsitzenden. Laut Rossana Rossanda, Mitbegründerin von „Il Manifesto“ und Mitunterzeichnerin des Wahlpapells für die Einheit der Linken hätten insbesondere Ferrero und Diliberto (PdCI-Vorsitzender) einen einheitlichen Wahlantritt abgelehnt (Il Manifesto, 9. Juni). Dadurch hätten sie den Kommunismus bestimmt nicht gerettet. „Der PD, Rifondazione und Sinistra e Libertà empfehlen wir, ihre Parteivorstände und Vorsitzenden so bald wie möglich zu entlassen“. „Eine neue linke Partei“ ist andererseits die provokatorische Empfehlung des ehemaligen PRC-Vorsitzenden Fausto Bertinotti. Früher hätte es zwei Linke gegeben wie die Sozialdemokratie und die radikale Linke, jetzt gebe es gar keine mehr. Folglich müsse man sich auflösen und im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen 2013 in einer Partei vereinen, und zwar alle, die sich als Linke betrachten.

Sieger der Wahl sind die IDV (Italia dei Valori, Italien der Werte) von Ex-Staatsanwalt Di Pietro und die Lega Nord. Die IDV stellt im öffentlichen Empfinden die einzige Opposition zu Berlusconi dar. Dadurch konnte sie viele linke WählerInnen ansprechen und trotz der vielen WechselwählerInnen (53 %) ihren Stimmenanteil prozentual verdoppeln (von 4,4 auf 8 %, von rund 1,6 auf 2,5 Millionen Stimmen, siehe Il Riformista, 9. Juni). Die IDV wurde von angesehenen linken Intellektuellen und Schriftstellern wie Claudio Magris und Andrea Camilleri und sogar von Gewerkschaften unterstützt, da die Partei ihren legalistischen Ansatz sozial aufpoliert hat. Fast eine Million PD-WählerInnen sind bei der Europawahl zur IDV gewechselt, bei den Linken waren es 91 000. Wiederum wechselten von der IDV zur Linken 88 000 WählerInnen (SL 45 000, PRC + PdCI 43 000). Bei den Nichtwählern landeten fast eine halbe Million Stimmen, wiederum gaben 290 000 Nichtwähler der IDV ihre Stimme.

Die rassistische Lega Nord konnte sich von 8,3 auf 10,2 % verbessern (von 3 024 758 auf 3 126 922) und die starken Verluste des rechten Lagers wenigstens prozentual in Grenzen halten. Aber die PDL (Popolo della Libertà) von Berlusconi büßte ca. 2,9 Millionen Stimmen ein (von 37,4 % und 13 629 69 Stimmen auf 35,3 % und 10 807 794 Stimmen – siehe La Stampa, 9. Juni): Der Ministerpräsident hat mit seinen Skandalen besonders katholische WählerInnen aus dem Süden enttäuscht. Besorgniserregend ist der Anstieg der Lega in den traditionell „roten“, d. h., linken Regionen: In Emilia-Romagna, verbesserte sich die Lega von bereits hohen 7,76 % auf 11,08 % (in Reggio Emilia 18 %). Hier bleibt die PD stärkste Partei (38,9 %), aber sie verliert 7 %, ebenso wie in der Toskana. In Umbrien und Marken (-11 %) wird sie von der PDL überholt: Hier konnte sogar die Lega Zuwächse verbuchen. In Städten wie Pesaro und Urbino erzielte sie mehr als 10 % (siehe Sole 24 Ore und Corriere della Sera, 9. Juni). Historisch ist der Sieg des rechten Kandidaten zur Kommunalwahlen in Prato: die toskanische Textilindustriestadt mit einer großen chinesischen Gemeinschaft hat zum ersten Mal seit 63 Jahren einen rechten Bürgermeister. Beim guten Abschneiden der Rechten hat Fremdenfeindlichkeit in vielen Fällen eine große Rolle gespielt. Übrigens hatte auch die Mitte-Links-Politik in den letzten Jahren in diesen Regionen

fremdenfeindlichen Maßnahmen den Weg geebnet. Die Lega entwickelt sich überregional und ist auf dem Weg, nicht mehr nur im Norden gut verankert zu sein. Das verdankt sie auch einer ziemlich traditionellen sozial vernetzten Parteilarbeit, die gut bei enttäuschten ArbeitnehmerInnen ankommt, die Migranten als ihre Konkurrenz sehen. Laut Gewerkschafter Mario Agostinelli (Terra, 11. Juni) bestehe eine enge Verbindung zwischen den Kleinindustrieregionen und dem Zuwachs der Lega, dem Untergang der PD und dem langsamen Verschwinden der Linken.

Die PD stürzt von 33,2 auf 26,1 Prozent ab (von rund zwölf auf acht Millionen Stimmen), wobei satte 2,5 Millionen PD-WählerInnen sich diesmal nicht an der Wahl beteiligt haben (La Stampa, 9. Juni). Im Nordwesten und im Zentrum verliert sie ungefähr ein Drittel ihrer Wählerschaft. Im Zentrum und im Süden sind jeweils bis zu 50 und 60 % der Stimmen verloren gegangen. Trotz der Verluste der Berlusconi-PDL hat das rechte Lager das Land noch fest im Griff. Bei den Lokalwahlen konnte die Rechte 34 Landkreise (Province) von 62 erobern (2004: 50 zu 9). Eine Mitte-Links-Koalition, meistens unterstützt von PRC + PdCI und SL, regiert jetzt nur noch in 14 Provinzhauptstädten von den 30, wo gewählt wurde (Stand 2004: 25). In der Lombardei verliert die PD Städte wie Cremona, Bergamo, Pavia, Lodi und Lecco und den Landkreis Mailand, in Venetien den Landkreis Venedig. Im märkischen Landkreis Ascoli wollte ein Teil der Partei den scheidenden Vorsitzenden (PRC) als Mitte-Links-Kandidat nicht wieder unterstützen. Dann spaltete sich die Koalition, und der rechte Kandidat gewann. Laut politischen Experten handelt es sich dabei um einen „Strukturbruch“ (Corriere della Sera, 13. Juni), der in der Analyse vom Istituto Cattaneo aus Bologna auf einen „Glaubwürdigkeitsverlust des politischen Ansatzes der PD“ zurückzuführen ist. Seit der Entstehung der PD aus der Fusion zwischen Linksdemokraten und der christlich-liberalen Margherita herrscht große Unsicherheit über deren Parteiidentität. In Bologna definiert der lokale Parteivorsitzende die PD als „stärkste katholische Partei“, in Rom plädiert Ex-Ministerpräsident und Außenminister Massimo D'Alema für ein „stärker linkes Profil“.

Die wirtschaftliche und soziale Krise wird immer tiefer, die Arroganz der Macht Berlusconis unerträglich, aber ein Ausweg aus dem Sumpf, in dem die Linke und die Opposition zur Zeit ersticken, ist leider nicht in Sicht.

Die extreme Rechte nach der Europawahl

Von Carsten Hübner. Der Autor befasst sich seit mehr als zwanzig Jahren mit der extremen Rechten. Er betreibt das Watchblog www.eurorex.info, das über das rechtsextreme Spektrum in Europa und seine Netzwerke berichtet. Der Beitrag erschien am 1. August 2009 auf der Themenseite der Tageszeitung „junge Welt“.

Die Europawahlen Anfang Juni 2009 haben dem rechten Lager in vielen Ländern deutliche Stimmenzuwächse beschert. Die ungarischen Rechtsextremisten von Jobbik brachten es aus dem Stand auf 14,8 Prozent. In den Niederlanden kam die Partij voor de Vrijheid (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders sogar auf 17 Prozent und wurde damit zur zweit-



stärksten Kraft hinter den Christdemokraten. Selbst die noch vor wenigen Jahren von Beobachtern abgeschriebene neofaschistische British National Party (BNP) erzielte rund sechs Prozent und entsendet nun erstmals in ihrer über fünf- undzwanzigjährigen Geschichte zwei Parlamentarier nach Brüssel.

Insgesamt 55 Abgeordnete und damit 7,5 Prozent des neugewählten Europaparlaments sind klar dem nationalistischen und rechtsextremen Spektrum zuzurechnen. Weitere 44 Sitze fielen an rechtskonservative Parteien wie die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS), die tschechische Demokratische Bürgerpartei (ODS) oder den ungarischen Fidesz, womit der Anteil des rechten Lagers zusammen bei 13,5 Prozent liegt; damit fiel mehr als jedes achte Mandat an eine Rechtspartei.

Berücksichtigt man darüber hinaus den Umstand, dass Rechtsparteien überhaupt nur in 16 der 27 EU-Mitgliedsstaaten das Quorum für ein oder mehrere Mandate erfüllen konnten, wird der Rechtstrend in Teilen Europas noch deutlicher. Denn bezogen auf die 505 Parlamentssitze dieser Ländergruppe liegt der Anteil des nationalistischen und rechtsextremen Spektrums sogar bei 10,1 Prozent. Weitere 8,5 Prozent sind den Ultrakonservativen zuzurechnen. Zusammen genommen ging hier nahezu jedes fünfte Mandat an ausgewiesene Rechtsparteien.

So kamen der Fidesz und Jobbik in Ungarn auf 71,2 Prozent. Im Vereinigten Königreich lagen die BNP, die nationalistische United Kingdom Independence Party (UKIP) und die nordirischen Loyalisten der Democratic Unionist Party (DUP) insgesamt bei 22,6 Prozent. In Polen wiederum holte die PiS der Gebrüder Kaczyński im Alleingang 27,4 Prozent. Bei der Europawahl 2004 hatte sie bei 12,7 Prozent gelegen. Die rechtsextreme Liga Polnischer Familien (LPR), die vor fünf Jahren noch 16 Prozent erreichte, ist hingegen nicht mehr im Europaparlament vertreten. Tschechiens rechtskonservative ODS verbesserte sich leicht auf 31,5 Prozent.

In weiteren Ländern scheiterte eine zweite oder dritte Rechtspartei nur knapp an der jeweils geltenden Prozenthürde. Etwa in Österreich, wo das im Jahre 2005 von Jörg Haider aus der Taufe gehobene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) wider Erwarten den Einzug in das Europaparlament verpasste. Mit 4,7 Prozent lag die Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Ewald Stadler deutlich unter dem Ergebnis der Nationalratswahl vom September 2008, als sie noch auf 10,7 Prozent kam. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hingegen konnte sich zumindest im Vergleich zur Europawahl 2004 deutlich auf 12,7 Prozent verbessern und ist künftig mit zwei statt bisher einem Angeordneten vertreten.

Auch in Bulgarien, wo die Partei Ataka des Antisemiten Volen Siderov auf zwölf Prozent und die rechtskonservative Blaue Koalition (SDS-DSB) auf rund acht Prozent kamen, verfehlten die Nationalisten der Partei Recht, Gesetz und Gerechtigkeit (RZS) mit 4,7 Prozent einen Sitz in Brüssel. Ebenso erging es der belgischen Front National (FN-B), die landesweit etwas mehr als 1,3 Prozent erreichte, während die flämischen Nationalisten des Vlaams Belang (VB) 9,9 Prozent (zwei Sitze) und die rechtspopulistische Liste Dedecker (LDD) immerhin noch 4,5 Prozent (ein Sitz) einfuhren.

Verluste bei der Front National und dem Vlaams Belang

Im Gegensatz zu den meisten Rechtsparteien musste vor allem die französische Front National (FN) empfindliche Stimmeinbußen hinnehmen. Die seit mehreren Jahren von Personalquerelen um die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen und damit verbundenen Richtungsstreitigkeiten erschütterte Partei fiel von 9,8 Prozent (2004) auf 6,3 Prozent, was nur noch für drei statt bisher sieben Abgeordnete reicht. Die bisher für sich in Anspruch genommene Führungsrolle im offenen rechtsextremen Spektrum des Europaparlaments wird sie vor diesem Hintergrund nur schwerlich halten können. Einen Dämpfer erhielt auch der Vlaams Belang. Zwar blieb der Anteil der Rechtswähler im flämischen Teil Belgiens konstant und lag landesweit wie schon 2004 bei rund 14 Prozent. Doch die rechtspopulistische Konkurrenz der Liste Dedecker nahm den Völkischen davon rund 4,5 Prozent ab, was sie eines ihrer vormals drei Mandate kostete.

DVU und REP spielen keine Rolle

Die beiden deutschen Rechtsparteien Deutsche Volksunion (DVU) und Die Republikaner (REP) blieben bei der Europawahl bedeutungslos. Die DVU erreichte mit 0,4 Prozent nicht einmal die für die Parteienfinanzierung neuralgische Schwelle von 0,5 Prozent. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei in Brandenburg mit 1,7 Prozent, gefolgt von Sachsen (1,1 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils einem Prozent. Die DVU, deren neues Führungstrio Matthias Faust, Andreas Molau (beide Ex-NPD) und Patrik Brinkmann (Kontinent Europa Stiftung) einen Modernisierungskurs angekündigt hatte und die seither den Zusatz „Die Neue Rechte“ führt, will im Herbst dieses Jahres zum dritten Mal in Folge in den Landtag von Brandenburg einziehen. Die dortige Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth kandidierte als Spitzenkandidatin zur Europawahl.

Als Reaktion auf das Wahldebakel der DVU kündigte die NPD den zwischen beiden Parteien im Jahre 2005 geschlossenen „Deutschlandpakt“ auf, der Konkurrenz kandidaturen verhindern sollte. Nur wenig später folgte die Ankündigung, ebenfalls zur Landtagswahl am 27. September 2009 in Brandenburg antreten zu wollen. Im Gegenzug kandidiert nun auch die DVU bei der eigentlich der NPD zugesprochenen Bundestagswahl.

Die REP schnitten mit bundesweit 1,3 Prozent nur wenig besser ab als die rechte Konkurrenz, obwohl ihre Kampagnenseite im Internet unter der Adresse www.uschi-rettet-europa.de große Ambitionen erkennen ließ. Das zentrale Motto des Wahlkampfes lautete „Raus aus dieser EU!“. Spitzenkandidatin war das geschäftsführende Bundesvorstandsmitglied Ursula Winkelsett, die nach der Wahl allerdings einräumen mußte: „Das Ergebnis ist unter unseren Erwartungen geblieben. Es ist uns nicht gelungen, in ausreichendem Maße Nichtwähler zu erreichen, die von den sogenannten Volksparteien enttäuscht sind.“ Dennoch „haben wir unser Minimalziel erreicht und uns gegenüber anderen ‚sonstigen Parteien‘ klar behauptet“, so Winkelsett weiter. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten die REP in Sachsen (2,6 Prozent), Thüringen (2,2 Prozent), Rheinland-Pfalz (2,0 Prozent), Baden-Württemberg (1,9 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (1,4 Prozent). Bei der Europawahl im Juni 1989 war es den REP als bisher einziger rechtsextremer Partei seit



● **Tabelle 1: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im neuen Europaparlament**

| Land | Partei | Europawahlergebnis 2004/2007 | | Europawahlergebnis 2009 | | Fraktion 2004 – 2009 |
|--|---|---------------------------------|-------|----------------------------|-------|-------------------------|
| | | Prozent | Sitze | Prozent | Sitze | |
| Österreich | Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) | 6,3 | 1 | 13,1 | 2 | ITS ¹ |
| Belgien | Vlaams Belang (VB) | 14,3 | 3 | 10,2 | 2 | ITS ¹ |
| Bulgarien | Natsionalen Sayuz Ataka (Ataka) ² | 14,2 | 3 | 12,0 | 2 | ITS ¹ |
| Rumänien | Partidul România Mare (PRM) ³ | 4,2 | – | 8,7 | 3 | ITS ¹ |
| Frankreich | Front National (FN) | 9,8 | 7 | 6,3 | 3 | ITS ¹ |
| Frankreich | Mouvement pour la France (MPF) | 6,7 | 3 | 4,6 | 1 | IND/DEM |
| Dänemark | Dansk Folkeparti (DF) | 6,8 | 1 | 14,8 | 2 | UEN |
| Italien | Lega Nord (LN) | 5,0 | 4 | 10,2 | 9 | UEN |
| Italien | Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MS-FT) | 0,7 | 1 | 0,8 | 0 | ITS ¹ |
| Italien | Alternativa Sociale - Lista Mussolini (AS) ⁴ | 1,2 | 1 | – | – | ITS ¹ |
| Lettland | Tevzemei un Brīvībai/LNNK | 29,8 | 4 | 7,5 | 1 | UEN |
| Litauen | Tvarka ir teisingumas (TT) | 6,8 | 1 | 12,2 | 2 | UEN |
| Polen | Liga Polskich Rodzin (LPR) | 22,2 | 14 | 12,2 | 2 | UEN |
| Griechenland | Laïkós Orthódoxos Synagermós (LAOS) | 4,1 | 1 | 7,2 | 2 | IND/DEM |
| GB | United Kingdom Independence Party (UKIP) | 16,1 | 12 | 16,5 | 13 | IND/DEM |
| GB | British National Party (BNP) | 4,9 | – | 6,2 | 2 | neu |
| Niederlande | Partij voor de Vrijheid (PVV) | – | – | 17,0 | 4 | neu |
| Belgien | Lijst Dedecker (LDD) | – | – | 4,8 | 1 | neu |
| Ungarn | Jobbik Magyarorszáért Mozgalom (Jobbik) | – | – | 14,8 | 3 | neu |
| Slowakei | Slovenská národná strana (SNS) | 2,0 | 0 | 5,6 | 1 | neu |
| Finnland | Perussuomalaiset (PS) ⁵ | – | – | 9,8 | 1 | neu |
| Nordirland | Democratic Unionist Party (DUP) | 32,0 | 1 | 18,2 | 1 | – |
| Rechtsextremes und nationalistisches Spektrum | | 57 | | 55 | | |

Anmerkungen

- 1 ITS: Die offen rechtsextreme Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) bestand von Januar bis November 2007.
- 2 „Ataka“ zog mit dem Beitritt des Landes zur EU zum 1. Januar 2007 zunächst mit einem Abgeordneten in das EU-Parlament ein. Die Nachwahlen im Mai 2007 brachten der Partei dann 14,3 Prozent und 3 Sitze.

- 3 Die „Großrumänienpartei“ (PRM) zog am 1. Januar 2007 zunächst mit 5 Abgeordneten in das Europaparlament ein. Bei den Nachwahlen im November 2007 scheiterte die Partei an der in Rumänien geltenden 5-Prozent-Hürde.
- 4 Die Partei „Alternativa Sociale“ von Alessandra Mussolini hat sich vor wenigen Wochen gemeinsam mit der postfaschistischen Alleanza Na-



● **Tabelle 2: Nationalistische und rechtskonservative Parteien im neuen Europaparlament**

| Land | Partei | Europawahlergebnis 2004/2007 | | Europawahlergebnis 2009 | | Fraktion 2004 – 2009 |
|------------|--|------------------------------|-------|-------------------------|-------|----------------------|
| | | Prozent | Sitze | Prozent | Sitze | |
| GB | Conservative and Unionist Party (Tories) | 26,7 | 27 | 27,7 | 25 | EVP-ED |
| Tschechien | Obcanská demokratická strana (ODS) | 30,0 | 9 | 31,5 | 9 | UEN |
| Lettland | Pilsoniska savieniba (PS) | – | – | 24,3 | 2 | UEN |
| Litauen | Lietuvos valstieciū liaudinink u sąjunga (LVLS) | 7,4 | 1 | 2,1 | – | UEN |
| Polen | Prawo i Sprawiedliwosc (PiS) | 12,7 | 7 | 27,4 | 15 | UEN |
| Ungarn | Fidesz – Magyar Polgári Szövetség, Kereszténydemokrata Néppárt | 47,4 | 12 | 56,4 | 14 | EVP-ED |
| Finnland | Kristillisdemokraatit-Perussuomalaiset (KD-PS) | 0,9 | – | 14,0 | 2 | neu |
| | | 56 | | 67 | | |

Bestehen der Bundesrepublik gelungen, bei einer bundesweiten Wahl die Fünfprozenthürde zu überwinden. Damals zogen sie unter Franz Schönhuber mit 7,1 Prozent und sechs Abgeordneten ins Europaparlament ein.

Weiteren europäischen Rechtsparteien gelingt der Parlamentseinzug nicht

Neben DVU und REP verpassten mehrere andere europäische Rechtsparteien den Einzug in das Europaparlament. So scheiterten die luxemburgischen Rechtspopulisten der Alternativ Demokratesch Reformpartei (ADR) mit beachtlichen 7,4 Prozent – was allerdings nicht für einen der nur sechs Sitze Luxemburgs reichte. Die nationalistischen Schweden- demokraten (SD) konnten ihr Ergebnis von 2004 sogar auf 3,3 Prozent verdreifachen. Im Süden des Landes erreichten sie zum Teil Ergebnisse von bis zu zehn Prozent, bleiben aber ebenfalls ohne Mandat. Im Gegensatz dazu verlor die Slowenische Nationale Partei (SNS) gegenüber der Europawahl 2004 mit 2,1 Prozent fast die Hälfte ihres Stimmenanteils und kommt nur noch auf 2,9 Prozent, was wiederum nicht für ein Mandat reichte. Die italienischen Neofaschisten der Forza Nuova (FN), die gemeinsam mit der NPD und anderen neonazistischen Parteien in der Europäischen Nationalen Front (ENF) zusammengeschlossen sind, kamen auf ganze 0,47 Prozent.

Bisherige Rechtsfraktionen im EU-Parlament haben keinen Bestand

Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode hat es im Europaparlament zwei, zeitweise sogar drei Rechtsfraktionen bzw. Fraktionen mit rechter Beteiligung gegeben. Neben dem offen rechtsextremen Zusammenschluss Identität, Tradition, Souveränität (ITS), der allerdings nur von Januar bis Novem-

ber 2007 Bestand hatte, waren dies die Union für ein Europa der Nationen (UEN) und die Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (IND/DEM). Im Gegensatz zur ITS waren sowohl die UEN als auch IND/DEM voll in die Arbeit des Parlaments integriert, was weniger manifesten ideologischen Unterschieden zur ITS geschuldet war als dem Umstand, dass ihre Mitgliedsparteien aktuell oder in der Vergangenheit bereits in nationale Mitte-Rechts-Regierungen eingebunden waren oder diese zumindest geduldet haben, sie also als Teil des politischen Establishments angesehen werden.

Aufgrund der Anhebung des Quorums zur Gründung einer Fraktion von bisher 20 auf nunmehr 25 Abgeordnete aus sieben statt bisher sechs Ländern, dem Ausscheiden mehrerer Mitgliedsparteien und einer Umgruppierung im rechten Lager konnte jedoch keine dieser beiden Fraktionen fortgeführt werden. Stattdessen haben sich nationalkonservative Parteien der UEN mit Rechtsabweichlern der christdemokratischen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und Parlamentsneulingen zur Gruppierung Europäische Konservative und Reformisten (ECR) zusammengeschlossen.

Die Fraktion Europäische Konservative und Reformisten

Die am 22. Juni 2009 offiziell gegründete ECR geht auf die Initiative der britischen Konservativen zurück, deren Parteichef David Cameron bereits 2006 angekündigt hatte, die EVP aufgrund ihres Pro-EU-Kurses nach der Europawahl 2009 verlassen zu wollen. Als das Vorhaben schließlich konkrete Züge annahm, schloss sich den Tories auch die nationalkonservative tschechische ODS an und trat Anfang des Jahres aus der EVP aus. Die dritte große Mitgliedspartei der mit insgesamt 55 Parlamentariern viertstärksten Fraktion des Parlaments ist die polnische PiS, die, wie der Einzelabge-



ordnete der lettischen Partei Vaterland und Freiheit (TB/LNNK), bisher der UEN angehörte. Ebenfalls dem rechten Lager zuzurechnen sind die zwei Abgeordneten der christlich-fundamentalistischen ChristenUnie aus den Niederlanden, bisher IND/DEM, und der neu im Parlament vertretenen Liste Dedecker aus Belgien.

Nicht eindeutig aus diesem Spektrum stammen zwei weitere ECR-Mitgliedsparteien mit jeweils einem Sitz: die Wahlaktion der Polen Litauens (LLRA) und das konservativ-liberale Ungarische Demokratische Forum (MDF).

Das besondere Potential der ECR ergibt sich nicht nur aus dem Umstand, dass erstmals in der Geschichte des Europaparlaments traditionsreiche konservative Parteien aus der EVP ausgeschieden und ein explizit rechtskonservatives und europakritisches neues Projekt konstituiert haben, sondern vor allem daraus, dass diese Parteien gute Chancen haben, in absehbarer Zeit die nationalen Regierungen von drei großen EU-Staaten zu führen.

Die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie

Die zweite Fraktionsgründung am rechten Rand firmiert unter den Namen Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD). Sie hat gegenwärtig 32 Abgeordnete, die alle dem nationalistischen und extrem rechten Spektrum angehören. Mit Ausnahme der Parlamentsneulinge der Wahren Finnen (PS) und der Slowakischen Nationalpartei (SNS) waren ihre Mitgliedsparteien zuvor in der UEN oder bei IND/DEM organisiert. Die stärkste Delegation stellt die nationalistische United Kingdom Independence Party mit 13 Abgeordneten, gefolgt von der Lega Nord mit neun Mandaten. Ebenfalls der EFD angeschlossen haben sich die neofaschistische Partei LAOS aus Griechenland, der Abgeordnete der christlich-fundamentalistischen Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP) aus den Niederlanden und jeweils zwei Parlamentarier der Dänischen Volkspartei (DF) und der litauischen Partei Ordnung und Gerechtigkeit (TT). Ein weiterer Einzelabgeordneter gehört dem nationalkonservativen Mouvement pour la France (MPF) an.

Auch die FPÖ war um Aufnahme in die EFD bemüht, scheiterte aber am Widerstand mehrerer Mitgliedsparteien, die um ihren Ruf fürchteten. Bereits Anfang des Jahres hatte sie versucht, sich auf einem Treffen europäischer Rechtsparteien in Wien den Weg in eine der etablierten Rechtsfraktionen zu ebnet. Zu dieser Zeit waren die Signale seitens der Lega Nord und der Dänischen Volkspartei durchaus positiv gewesen, innerhalb der UEN ein gutes Wort für die Österreicher einzulegen. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich von den EFD-Parteien vor allem die britische UKIP gesperrt hat. Auch die SGP soll eine Zusammenarbeit mit der FPÖ verweigert haben.

Die EVP-Fraktion und die extreme Rechte

Nationalkonservative Parteien und Parteien, die offen mit der extremen Rechten kooperieren, finden sich aber nicht nur in den zwei Rechtsfraktionen ERC und EFD, sondern auch in der christdemokratischen EVP-Fraktion. Die legt zwar großen Wert darauf, sich nach rechts abzugrenzen, nimmt es bei den eigenen Mitgliedsparteien aber offensichtlich nicht allzu genau. So vertritt der ungarische Fidesz nicht nur ausgewiesene nationalkonservative Positionen und griff gegenüber den regierenden Sozialisten in Ungarn wiederholt zur Bürgerkriegsrhetorik. Auch seine fehlende Distanz zu den

Neofaschisten von Jobbik und deren Miliz, der inzwischen verbotenen Ungarischen Garde, sorgte in der Vergangenheit immer wieder für Aufsehen. Dennoch arbeiten beide Parteien in einigen Regionen des Landes weiterhin zusammen. Ähnlich verhält es sich mit Silvio Berlusconi's neuer Partei Volk der Freiheit (PdL), die nicht nur gemeinsam mit der Lega Nord die Regierung stellt – und im Zuge dessen neofaschistische Schlägertrupps als Bürgerwehren legalisiert und eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik zu verantworten hat. Schon die Gründung der PdL wirft erhebliche Fragen auf. Denn neben Berlusconi's Forza Italia (FI) und der angeblich demokratisch gewandelten postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN) von Gianfranco Fini waren daran auch die bekennenden Neofaschisten der Azione Sociale von Alessandra Mussolini beteiligt. Die Duce-Enkelin, die als Europaabgeordnete Anfang 2007 noch die offen rechtsextreme ITS-Fraktion mit aus der Taufe gehoben und diese im November desselben Jahres mit rumänienfeindlichen Äußerungen wieder zur Implosion gebracht hatte, sitzt heute für das PdL im italienischen Parlament.

Ebenso wenig Berührungsängste zeigen die finnischen Christdemokraten (KD), denen der Einzug ins Europaparlament nur dank einer gemeinsamen Liste mit den rechtsextremen Wahren Finnen (PS) gelang. Danach trennten sich die Wege wieder. Den Abgeordneten der PS verschlug es in die Rechtsfraktion EFD, sein Kollege der KD gehört ganz selbstverständlich der EVP an.

Sogar auf drei Europafraktionen verteilt sich die rechtsliberale dänische Regierung, wenn man die rassistische Dänische Volkspartei (DF) mal hinzuzählt, die die Mitte-Rechts-Koalition bereits seit 2001 toleriert. Während die DF traditionell der UEN angehörte und sich nun der EFD angeschlossen hat, ist die nationalliberale Partei von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und ihr kleiner Koalitionspartner, die Konservative Volkspartei, wiederum Teil der EVP. Und erst am 27. Juli konstituierte sich in Bulgarien eine weitere konservative Regierung, die auf eine Duldung von rechts baut. Bojko Borissov, dessen Partei GERB ebenfalls Mitglied der EVP ist und die absolute Parlamentsmehrheit bei den nationalen Parlamentswahlen am 4. Juli mit knapp 40 Prozent um fünf Sitze verfehlte, steht künftig einer Minderheitsregierung vor. Als verlässlichster Partner bot sich dabei die rechtsextreme Partei Ataka des Antisemiten Volen Siderov an, die beim jüngsten Urnengang auf 9,4 Prozent der Stimmen kam und seither 21 Parlamentssitze hält. Als einzige Parlamentsfraktion trägt sie vorbehaltlos ein von Borissov unterbreitetes Memorandum mit und sicherte ihm ihre „feste, kategorische und prinzipielle Unterstützung“ zu. Die beiden anderen Rechtsformationen, die Blaue Koalition, ebenfalls Mitglied der EVP, und die Partei Recht, Ordnung und Gerechtigkeit (RZS), verweigerten hingegen ihre Unterschrift, stehen einer Zusammenarbeit mit Borissov grundsätzlich aber abgeschlossen gegenüber. Insgesamt hatte das rechte Lager Anfang Juli rund 60 Prozent der Stimmen auf sich vereint.

Fraktionsbildung des offenen rechtsextremen Spektrum gescheitert

Das bisherige ITS-Spektrum, also die Gruppe der offenen rechtsextremen Parteien, ist voraussichtlich nicht in der Lage, in dieser Legislaturperiode eine eigene Fraktion ins Leben zu rufen. Ohne Fraktionsbindung sind derzeit die



Abgeordneten der FPÖ (2), des Vlaams Belang (2), der Front National (3), von Ataka (2) und der Großrumänienpartei (3). Dazu kommen die grundsätzlich kooperationsbereiten Parlamentsneulinge von Jobbik (3), der British National Party (2) sowie ein Abgeordneter der nordirischen Loyalisten von der Democratic Unionist Party (DUP). Zusammen sind dies 20 Abgeordnete, was für eine Fraktionsbildung nicht reicht. Bisher grundsätzlich nicht an einer Zusammenarbeit interessiert ist Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid, die weitere vier Sitze hält.

Doch auch ohne eine solche Fraktion steht zu befürchten, dass im Europaparlament künftig verstärkt rechte Töne angeschlagen werden. Ein zentrales Thema der nächsten Monate dürfte die Flüchtlingspolitik im Mittelmeerraum sein. Dann wird sich zeigen, was die Abgrenzungsbeschlüsse der EVP wert sind oder ob nicht doch eine Mehrheit rechts der Mitte gesucht wird, um die Bedingungen für Zuwanderer weiter verschärfen zu können. Auf nationaler Ebene haben sich Parteien wie die Lega Nord oder die Dänische Volkspartei jedenfalls längst als erfolgreiche Einpeitscher bewiesen.

Stimmen zur Europawahl aus Parteien, Gewerkschaften und Presse

Zur Gesamtlage

Europa ohne Seele, denn es erscheint heute entrückt, missgünstig und feindlich

Interview mit Walter Cerfeda, Mitglied des EGB-Sekretariats (gekürzt); aus: Rassegna Sindacale, Italien, Nummer 23, 11.-17. Juni 2009

Erstmalig zeigen die Ergebnisse der Europawahlen ein hinreichend homogenes Bild. Bereinigt man dieses Bild um einige Ausnahmen (Griechenland), dann zeichnet sich ein Vormarsch der konservativen Kräfte, die im zukünftigen EP die Mehrheit bilden werden, und ein Niedergang der progressiven, vor allem derjenigen Kräfte ab, die sich auf sozialistische Wurzeln beziehen und nur noch zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Wählerschaft vertreten. Kurz gesagt, die Sozialisten sind eine Minderheitenströmung geworden“. Mit dieser bitteren Feststellung beginnt die Analyse von Walter Cerfeda am Tag nach den Wahlen.

● Was passiert in Europa?

Das ist der Effekt von zwei immer augenfälligeren Phänomenen. Das erste hängt mit der eindeutig konservativen Zusammensetzung des Europäischen Rates über die zurückliegenden fünf Jahre zusammen, denn 22 von 27 Ländern Europas werden von Mitte-Rechts-Regierungen geführt. Das hat dazu beigetragen, dass sich die Initiativen der EU von den Bedürfnissen der Bürger sowie der Gemeinschaft gelöst haben. Europa erscheint damit weiter entfernt, feindlicher und abstoßender im Vergleich zum Europa von Delors und Prodi in den Neunziger Jahren, als der Aspekt des wirtschaftlichen Wettbewerbs abgeschwächt wurde durch die Aufmerk-

samkeit für soziale Probleme. Dieses sich Entfernen von Europa und die Sprödigkeit proeuropäischer Ansichten wurden durch die Stimmenthaltungen bestätigt: drei Punkte weniger Wahlbeteiligung, ohne Fälle wie Polen zu betrachten, wo sich nur 20 Prozent der Stimmberechtigten an den Wahlen beteiligten. Auch für die italienischen Wähler, deren Beteiligung im Vergleich zu allen anderen deutlich höher ausfällt, stellt Europa keinen positiven Wert mehr dar.

● Und das zweite Phänomen?

Ganz offensichtlich hat dieses missgünstige Europa ohne Bezug zu den Bedürfnissen der Bürger den fortschrittlichen Kräften keinen Vorteil gebracht, da diese nicht in der Lage waren, ein alternatives Projekt vorzulegen. Der Einbruch der britischen Labour Partei, die Niederlage der PS in Frankreich (die nunmehr auch die Vorsitzende Aubry mit in den Strudel reißt), der Rückgang von SPD und PD in Deutschland, bzw. Italien, die Zugewinne der konservativen Partido Popular in Spanien zu Lasten des Sozialisten Zapatero – alle diese Entwicklungen sagen uns, dass diese Kräfte nicht in der Lage waren, die Enttäuschung über so unsoziale Maßnahmen wie die Bolkestein-Direktive und die Arbeitszeitregelungen wett zu machen.

● Welche Rolle hat die Weltwirtschaftskrise gespielt, mit der wir uns jetzt konfrontiert sehen?

Die Zustimmung wurde durch sie nicht nach links sondern nach rechts getrieben. Fünf Jahre Neoliberalismus haben die Bürger von Europa entfernt. Nunmehr haben auch die Werktätigen die nationale Abschottung gewählt. Das zeigen Lösungen wie „Britische Arbeitsplätze den Briten“, oder „Arbeit für Katalanen“, für Basken usw.

● Erweitert oder verengt sich der Aktionsraum für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB)?

Es fällt schwer, sich gegenwärtig einen größeren Geltungsanspruch gewerkschaftlicher Aktionen vorzustellen. Dass die Gewerkschaft eine gesellschaftliche Opposition sein könnte, die eine heimliche Funktion in Richtung einer unzureichenden politischen Opposition ausübe, diese Idee hat noch nie große Ergebnisse gebracht. Der zentrale Punkt auf der Tagesordnung des EGB sowie seiner nationalen Mitgliedsgewerkschaften ist, wie eine Verbindung zwischen den Zielen, die wir erreichen wollen, sowie Initiativen und konkreten Ergebnissen hergestellt werden kann. Ab heute besteht die zentrale Frage darin, welche Forderungen aufgestellt und welche Ergebnisse mit dem neuen Parlament erreicht werden können. Auch das traditionelle parallele Vorgehen des EGB, Lobbyarbeit auf der einen Seite und Kundgebungen auf der anderen Seite, gerät durch die Wahlergebnisse in die Krise. Es wird in der Tat schwierig sein, mit einer Kommission Lobbyarbeit zu machen, die das Abbild derjenigen Kräfte ist, welche die Wahlen gewonnen haben.



Die Stunde des Beharrens

Auch die Gewerkschaft läuft Gefahr, sich an die Dominanz nationaler Interessen sowie nationalistischer Engstirnigkeit anzupassen. Das wäre die falsche Antwort.

Von Roberto Treu; aus: Rassegna Sindacale Nummer 23, 11. – 17. Juni 2009 (gekürzt)

Man kann ruhigen Gewissens feststellen, dass in fast allen Ländern auf der Basis der nationalen und weniger der europäischen Politik gewählt wurde. Die Wahlergebnisse verdeutlichen mit aller Klarheit die Enttäuschung über das Europäische Parlament oder noch allgemeiner über die Europäische Union als einer Instanz, die nicht in der Lage ist, eine führende Rolle bei der Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise zu übernehmen.

Der Wahlkampf zu den Europawahlen war in allen Ländern der Union von nationalen Themenstellungen und weniger von einer europäischen Sicht auf die Probleme, vor allem von einer Unterschätzung des Europäischen Parlaments gekennzeichnet. Dieses wurde als ein weit vom Alltagsleben der Bürger entferntes Zentrum und weniger als ein demokratisches Gremium gesehen, das in der Lage ist, eine europäische Politik zu entwickeln und die Regierungen zu beeinflussen. Aus den Wahlen gehen die progressiven Kräfte (Großbritannien, Ungarn, Deutschland, Spanien, Slowenien) geschwächt hervor, während in vielen Fällen die Mitte-Rechts-Koalitionen, die in der Mehrzahl der europäischen Länder regieren, bestätigt oder belohnt werden.

Die Beteiligung von Vertretern fremdenfeindlicher und rassistischer Parteien stellt die schlechte Nachricht dieser Wahlen dar. Das Wahlergebnis ist Ausdruck von Ängsten und Befürchtungen angesichts des Fehlens einer europäischen Politik zu den großen Themen der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der Niedriglöhne und nicht zuletzt der Immigration. Die erzielten Stimmenanteile sind auch das Ergebnis der geringen Wahlbeteiligung, bleiben aber trotzdem beunruhigende Signale einer radikalen Tendenz, die nicht unterschätzt werden sollte.

Welche Perspektiven eröffnen sich für Europa? Es zeichnen sich neue Szenarien sowohl hinsichtlich der traditionellen Führung des Europäischen Parlaments durch die beiden großen Parteien (PSE und Volkspartei) als auch hinsichtlich der Nominierung der neuen Europäischen Kommission ab. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines grundlegenden Überdenkens der Europäischen Union, ihrer Rolle, des Verhältnisses zwischen den europäischen Institutionen und den nationalen Regierungen. Eine vereinfachte Interpretation der Wahlergebnisse könnte zu einer noch restriktiveren Revision des europäischen Einigungsprozesses führen, statt diesen zu stärken. Eine aufmerksame Analyse der Wahlergebnisse hingegen würde zeigen, dass gerade die Schwäche Europas von den Wählern abgelehnt wurde. Die Alternative ist somit ein grundlegendes Überdenken der europäischen Idee, welche die Fähigkeit erfordert, eine zwingende und verbindliche Politik zu entwickeln.

Für die europäischen Gewerkschaften ist das Wahlergebnis sehr beunruhigend, denn die Stärkung der konservativen Kräfte birgt die Gefahr, dass Errungenschaften und Rechte sowie das bisher bekannte Modell des sozialen Zusammenhalts zur Disposition gestellt werden. Auch die Gewerkschaft läuft Gefahr, sich an die Dominanz nationaler Interessen so-

wie nationalistischer Engstirnigkeit in dem Glauben anzupassen, auf diesem Wege das bestehende Sozialmodell in jedem Land besser verteidigen zu können. Das wäre eine kurzfristige und unzulängliche Entscheidung, um der vorhersehbaren europäischen Politik zur Einschränkung der Rolle der Werktätigen zu begegnen, es wäre aber vor allem eine falsche Antwort auf die aktuelle Wirtschaftskrise und das Erfordernis, ein anderes Wirtschaftsmodell durchzusetzen.

Deutschland

Konservative Mehrheit in Deutschland und Europa

Aus: Berlin Aktuell, IG Metall (gekürzt)

Die Europawahl hat den Trend der letzten Landtagswahlen und auch der Meinungsumfragen bestätigt: Union und FDP liegen bundesweit bei den Wählern vorn. Schwarz-Gelb ist deshalb auch für die in knapp vier Monaten stattfindende Bundestagswahl das wahrscheinlichste Ergebnis.

Die Auseinandersetzung in und mit der Bundespolitik muss sich an der Linie Schwarz-Gelb ausrichten – dieses Ergebnis der Bundestagswahl zu verhindern muss das vorrangige Ziel sein.

Die Parteien jenseits von Schwarz-Gelb dürfen sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern müssen das Hauptaugenmerk auf die Verhinderung von Schwarz-Gelb richten.

Die äußerst geringe Wahlbeteiligung unterstreicht erneut, dass die EU demokratischere Strukturen bekommen muss.

Die Europawahl war die erste größere Wahl in der Wirtschafts- und Finanzkrise. In vielen Ländern hat sich der Unmut der Wähler gegen die jeweiligen Regierungen gerichtet. Die konservativen Parteien sind Wahlsieger im Europaparlament. Aber auch sie sind keine politischen Gewinner, denn sie haben in wichtigen Ländern verloren. Eine politische Bewegung, die eine Mehrheit für eine neue Politik aus der Krise heraus formiert, gibt es zur Zeit nicht. Deshalb ist es umso positiver, festzustellen, dass rechtsradikale oder europafeindliche Parteien nur vereinzelt gewählt wurden.

Zentrales Wahlkampfthema der fünf stärksten Parteien war die grundsätzliche Rolle, die die EU zukünftig spielen soll. Im Mittelpunkt stand bei SPD, Grünen und Linken die Frage, wie die EU zukünftig sozialer, demokratischer und insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise „markt-regulierender“ gestaltet oder ausgerichtet werden kann. CDU und CSU haben auf die starke Rolle Deutschlands innerhalb der EU gesetzt, diese gelte es zu wahren. Die FDP hat den „freien Wettbewerb im marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen“ hervorgehoben. Auf die Erwähnung sozialer Rechte oder die Gestaltung von Lebens- und Arbeitsbedingungen haben die Liberalen im Wahlprogramm gänzlich verzichtet.

Analog zur Frage, welche „Grundsatzaufgaben“ das Europäische Parlament übernehmen soll, nahm in den Programmen zur Europawahl der Vertrag von Lissabon einen zentralen Platz ein. CDU, SPD, Grüne und FDP befürworten den Vertrag von Lissabon. Sie begrüßen die darin vorgesehene Stärkung des Europäischen Parlaments in der europäischen Gesetzgebung. Die Linke lehnt den Vertrag von Lissabon und den vereinbarten Vertragsprozess ab. Sie plädiert stattdes-



sen für eine von den Bürgern und Bürgerinnen gestaltete EU-Verfassung, die zeitgleich in allen Mitgliedstaaten abgestimmt werden soll. Als institutionelles Ziel formuliert die Linke, dass das Europäische Parlament völlig gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden kann und das Initiativrecht erhalten muss. Zudem fordert die Linke die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments bei Kompetenzüberführung einzelner Politikbereiche in die Europäische Union. Kommissionspräsident und Kommission sollten der Linken zufolge direkt durch das Parlament gewählt werden. Auch die Grünen wiederholen im Wahlprogramm Teile ihrer am Vertragswerk geäußerten Kritik – zu sperrig, zu komplex, dadurch nicht bürgernah – dennoch bildet der Vertrag für sie die Grundlage für eine demokratischere und handlungsfähigere EU sowie die Voraussetzung für eine gute Klimaschutzpolitik und eine soziale Gestaltung der Globalisierung.

Rechtsruck im EU-Europa

Presseerklärung der DKP (gekürzt)

Mit einer Beteiligung von etwas über 43 Prozent wurde bei dieser Wahl des Europäischen Parlaments ein Negativrekord aufgestellt. Seit der Direktwahl des EU-Parlaments im Jahr 1979 ist ein stetiger Abwärtstrend zu verzeichnen. Die niedrige Wahlbeteiligung ist aber nicht nur auf „Desinteresse“ zurückzuführen, sondern auf den tiefgehenden Frust, den viele Wählerinnen und Wähler gegenüber der EU-Politik empfinden. Sie glauben nicht, dass sie die Wahl über die Entwicklungsrichtung der Europäischen Union haben. Die Kluft zwischen der Politik der EU und dem Wollen und den Hoffnungen der Menschen ist zu groß, um sie noch für dieses Projekt begeistern zu können. Andererseits ist das Wahlergebnis Resultat des Handelns des EU-Parlaments und der Kommissare, die Bevölkerung nicht einzubeziehen in die Diskussionen und Entscheidungen der Verträge von Lissabon. Nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden sowie in Irland, ist die Wahlbeteiligung eine Quittung mit dem Stimmzettel. Da diese Wahl im Vorfeld auch zu einer Abstimmung über die Lissabon-Verträge hochstilisiert wurde, ist die gesunkene Wahlbeteiligung auch als klare Absage an das Vertragswerk zu werten.

In den Ländern der EU wurde unterschiedlich gewählt. Hauptergebnisse sind:

Die EU rückt nach rechts. Mit gut hundert Parlamentssitzen Vorsprung konnten die Konservativen die Europawahl für sich entscheiden. Zwar erzielten auch sie schlechtere Resultate als 2004, aber sie konnten sich besser halten als die Sozialdemokraten, die regelrecht abstürzten. Besorgniserregend sind die teils starken Stimmenzuwächse für offen reaktionäre, rechtspopulistische und neonazistische Parteien und für Gruppierungen mit ausländerfeindlichen, rassistischen und antiislamistischen Orientierungen.

Die Kommunisten und andere linke Parteien wurden geschwächt. Stärkste Fraktion im EU-Parlament wird wieder die Europäische Volkspartei. Zugleich muss man feststellen, dass es den linken Parteien nicht gelungen ist – unabhängig davon, ob es sich um linksreformistische, kommunistische oder andere linke Parteien und Organisationen handelt –, ihre Vorstellungen für einen Weg aus der Krise und für ein anderes Europa überzeugend zu vermitteln. Die linken Parteien stellen noch keine glaubwürdige Alternative dar, um die be-

ginnenden sozialen Widerstände und Proteste in ein alternatives Projekt zu transformieren.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Wahlbeteiligung mit 43,3 Prozent ebenfalls weit unter 50 Prozent. Die Partei „Die Linke“, die 2004 ein Ergebnis von 6,1 Prozent erreicht hatte, konnte prozentual 1,4 Prozent und an ein Mandaten zulegen. Wir beglückwünschen die Partei „Die Linke“ zu diesem Ergebnis. Wie fragil die Parteienlandschaft in Deutschland geworden ist, belegt die Tatsache, dass über 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler andere Parteien als die bisher genannten gewählt haben.

Die DKP hat nach 2004 erneut an einem EU-Wahlkampf mit einer Liste, mit Kandidatinnen und Kandidaten und einem Wahlprogramm „Der Mensch geht vor Profit“ teilgenommen. Sie hat 25 587 Stimmen (0,1 Prozent) erhalten und im Vergleich zu 2004 (37 160) an Stimmen abgenommen. Ein Drittel weniger als 2004. Die DKP hat ihre Möglichkeiten für eine Darstellung ihrer ureigensten Positionen in den TV- und Rundfunkwerbespots, mit ihrem Wahlprogramm, mit Informationsveranstaltungen, Informationsständen, Flugblättern und ihren Kandidatinnen und Kandidaten genutzt. Der Wahlkampf hat viele DKP-Mitglieder zur Teilnahme an den wichtigeren außerparlamentarischen Aktionen motiviert: Wir zahlen nicht für eure Krise am 28. März in Frankfurt/Main und Berlin, am 4. April gegen die NATO in Kehl und Straßburg, an Ostern, am 1. Mai, am 16. Mai bei der europaweiten Demonstration der Gewerkschaften in Berlin.

Die DKP wird weiter für ein Europa kämpfen, in dem der Weg zum Sozialismus geöffnet wird. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit den vielen anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften, die für ein friedliches, demokratisches, soziales, feministisches und ökologisches Europa kämpfen, erreichen. Aus diesem Grund werden wir unsere Mitarbeit in den Bewegungen verstärken sowie die bilaterale Zusammenarbeit mit linken und kommunistischen Parteien in Europa und unsere Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken intensivieren. Alle Kräfte müssen vereint werden, um jetzt erst recht ein Europa des Friedens, der Verwirklichung aller sozialen und demokratischen Grundrechte, ein solidarische Europa mit offenen Grenzen durchzusetzen.

Finnland

Die Europawahl und der Linksbund

Information auf der 2. inoffiziellen Konferenz linker Parteien, Syninge, Schweden, 26.–27. Juni 2009

Von Turo Bergman, Internationaler Sekretär

Sieger der Europawahl 2009 in Finnland waren die Wahren Finnen. Mit euroskeptischen und migrationsfeindlichen Positionen haben sie nach 0,5 Prozent im Jahre 2004 jetzt fast 10 Prozent der Stimmen erhalten. Ihr Vorsitzender erzielte das beste Ergebnis eines Einzelkandidaten.

Auch die Grünen haben 2 Prozent zugelegt und einen weiteren Sitz im EP gewonnen. Die großen Parteien haben alle in unterschiedlichem Grade verloren.

Der Linksbund hat seinen einzigen Sitz im EP eingebüßt und ist unter den 13 Abgeordneten Finnlands jetzt nicht mehr vertreten. Er hatte seinen Wahlkampf mit Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr staatlichen Mitteln



und besseren Dienstleistungen für die Armen, Konjunkturmaßnahmen zur Verhinderung eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit und radikalen Veränderungen in der Weltwirtschaft geführt. Auch die Klimapolitik stand im Mittelpunkt unseres Programms. Gemeinsam mit den Parteien der Nordischen Grün-Linken Allianz (NGLA) haben wir unser „grünes“ Profil geschärft, was unserem Jugendverband eindeutig größere Unterstützung gebracht hat.

Das Wahlergebnis war eine Katastrophe für die Partei und ihre Mitglieder. Kritik wurde vor allem gegen den Vorsitzenden Martti Korhonen laut. Obwohl die Beschlüsse zum Wahlkampf von der ganzen Führung getragen wurden, trat der Vorsitzende am 10.6. zurück. Der Parteirat wählte am 27.6. den Parlamentsabgeordneten und bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Paavo Arhinmäki zum neuen Parteivorsitzenden.

Nach dem Verlust des EP-Sitzes wurde über die künftige Europapolitik der Partei diskutiert. Sanna Lepola von unserer Partei ist zur stellvertretenden Generalsekretärin der Fraktion GUE/NGL gewählt worden, so dass wir den Kontakt zur Fraktion werden halten können. Der Linksbund wird auch die Zusammenarbeit mit der Partei der Europäischen Linken künftig verstärken. Wir wollen die bilateralen Beziehungen zu einigen linken Parteien in Europa vertiefen und werden uns auch an der Tätigkeit des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF) aktiver beteiligen. Unsere enge Zusammenarbeit in der NGLA wird natürlich fortgesetzt werden.

Frankreich

Hoffnungsträger Linksfront

Erklärung des Exekutivkomitees der Französischen Kommunistischen Partei, 7. Juni 2009 (gekürzt)

Die vorliegenden Ergebnisse für Frankreich sind wie in zahlreichen anderen europäischen Ländern durch eine Rekord-Wahlenthaltung gekennzeichnet. Sie sind zum einen Ausdruck des Misstrauens der Wählerinnen und Wähler gegenüber einer Auffassung von Europa, die sich beharrlich der Notwendigkeit einer sozialen und demokratischen Neugründung der EU verweigert. Andererseits sind die Ergebnisse auch Ausdruck der weiterhin vorherrschenden Schwierigkeiten, dieses Misstrauen für eine starke und glaubwürdige Alternative zur neoliberalen Politik nutzbar zu machen.

Lediglich vier von zehn Wahlberechtigten haben sich in unserem Land zum Urnengang entschlossen. Dazu muss festgehalten werden, dass die Herrschenden wie auch ihre Fürsprecher in den Medien nichts unversucht ließen, um die wichtigen Fragen hinter einer Nebelwand verschwinden zu lassen und zu verschleiern, worum es bei dieser Stimmabgabe eigentlich ging, um eine wirkliche Aussprache zu hintertreiben und so die Politik des Neoliberalismus, der rücksichtslosen Konkurrenz und des Sozialabbaus fortzusetzen, die Kennzeichen der EU sind.

Dazu gehört, dass prozentual gesehen etwas mehr als ein Viertel der Wähler seine Unterstützung für Nicolas Sarkozy und die Liste seiner Partei UMP zum Ausdruck gebracht hat. Ganz systematisch wurde die Frage verwirrt, wie wählen, wie am klarsten abstimmen gegen die neoliberale Politik in Frankreich und Europa. Und die Sozialistische Partei? Ihr deutlicher Stimmenverlust ist Ausdruck des Auseinander-

klaffens der Erwartungen der linken Wähler und der gegenwärtigen Politik der Partei.

Unter diesen Bedingungen stellen die Wahlergebnisse der Linksfront das einzige Hoffnungszeichen für die Linke dar. Ihr Wahlkampf war eine konstruktive Aussprache über die Bedingungen für eine linke Alternative und schuf eine politische, auf einheitliches Handeln gerichtete Dynamik, die auf wachsendes Interesse stieß. Die Herangehensweise der Linksfront hat bewiesen, dass eine entschlossene Linke, die sich als verlängerter Arm der sozialen Bewegungen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Mitbürger einsetzt, ihren Platz hat.

Dafür ist noch viel zu tun, und eine solche Perspektive ist nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen in Frankreich und in Europa notwendiger denn je. Die französischen Abgeordneten der Linksfront verstärken die Fraktion Vereinigte Europäische Linke im Europäischen Parlament. Die Französische Kommunistische Partei, die in den kommenden Tagen die Ergebnisse sorgfältig analysieren wird, ist bereit, mit dem fortzufahren, was sie zu Beginn der Wahlkampagne begonnen hat: Mit der Errichtung einer vielgestaltigen, einheitlichen politischen Front, die mit ihren alternativen Vorschlägen und Vorhaben die Linke überzeugen und auf die sozialen und demokratischen Erwartungen unseres Volkes eine Antwort geben kann.

Sarkozy wackelt, aber fällt nicht

Von Elisabeth Gauthier, Mitglied des Nationalrates der FKP; aus: Sozialismus, Nr. 6, 2009 (gekürzt)

Seit dem Wahlabend wird die Idee vom „großen Erfolg“ der Regierungsmehrheit verbreitet, welche zwar an erster Stelle steht, aber nur 28 Prozent (2004: 16,64 Prozent) auf sich vereinigen konnte. Sarkozy hat persönlich Wahlkampf für die UMP gemacht und versucht das Ergebnis als Bestätigung seines Kurses und als Aufforderung zu einem „Weiter so!“ zu interpretieren, sozusagen als Antwort an „die Straße“, auf der protestiert wird. Wenn das Wahlergebnis auch keineswegs als Quittung für die vom Staatspräsidenten verfolgte Politik bezeichnet werden kann, wird doch ein Abbröckeln der sozialen Basis sichtbar. Insgesamt kommt die Rechte bei Addition aller Komponenten, inklusive der Front National (FN), nur auf 42 Prozent. Gleichzeitig zeigen die schlechten Ergebnisse von Bayrou – der als scharfer Kritiker Sarkozys nicht dessen Mehrheit zugerechnet werden kann – und auch der Sozialisten, dass allein die Gegnerschaft zu Sarkozy kein mobilisierendes politisches Angebot darstellt. In Ermangelung einer glaubwürdigen Alternative scheinen sich die Wähler in der Krise auf keine Experimente einzulassen. Bayrous Absicht, sich für die Präsidentenwahl 2012 als gemäßigte Alternative zu Sarkozy aufzubauen, scheint fürs erste gescheitert. Und die Vorstellung der Sozialistischen Partei (PS), sich auf der Welle der Sarkozy-Kritik als ernstzunehmende Opposition profilieren zu können, wurde zunichte gemacht.

Die Sozialistische Partei erleidet dramatische Einbrüche (16,8 Prozent nach dem außergewöhnlich guten Ergebnis von 28,9 Prozent im Jahre 2004). Analysen der Wählerwanderungen werden zeigen, ob die PS vor allem Wähler an Europe Ecologie (Grüne), an die Nichtwähler oder die Linke verloren hat. Bereits vor der Wahl sprachen alle Beobachter von viel Bewegung der Wähler zwischen PS, Bayrou und



Europe Ecology. Nach der Wahl meinte PS-Vorsitzende Martine Aubry, mit neoliberaler Politik sei kein Staat zu machen, und die Gespräche mit der Linken müssten wiederaufgenommen werden.

Europe Ecology kam bei dieser Wahl mit 16,2 Prozent (2004: 7,4 Prozent) nur knapp hinter der PS an die dritte Stelle, im Pariser Raum sogar auf den 2. Platz. Ein Mix von unterschiedlichen Kandidaten aus Kreisen von Greenpeace, aus dem anti-neoliberalen Spektrum (José Bové, Bauernaktivist und bekannter Akteur der Kampagne gegen die europäische Verfassung), aus Gruppierungen der Linken, dazu Eva Joly, eine gegenüber Wirtschaft und Politik unbeugsame Richterin, ermöglichte es den Grünen diesmal, Wähler unterschiedlichster Herkunft und Motivation anzusprechen. Die starke Präsenz der Umweltfragen ließ offenbar die Widersprüche dieser Liste, in der sich Fürsprecher und Gegner des neoliberalen europäischen Verfassungsvertrages zusammenfanden, in den Hintergrund treten. José Bové machte die damalige Haltung des Spitzenkandidaten Cohn-Bendit vergessen.

Im Gegensatz zur „Front de Gauche“ (Linksfront – FKP und Partei der Linken), deren Werte langsam anstiegen, ging Besançonots „Neue Antikapitalistische Partei“ (NPA) in den Umfragen schon in den letzten Wochen zurück. Er selbst versuchte in der letzten Phase des Wahlkampfes wieder verstärkt persönlich einzugreifen. Ein zentrales Ziel, bei dieser Wahl seine Führungsposition innerhalb der kritischen Linken zu etablieren, ist damit gescheitert. Die NPA hat die Rolle des Europäischen Parlaments von Anfang an negiert und den Wahlkampf ausschließlich als Ausdruck sozialen Protestes konzipiert. Die Weigerung, sich an einer breiten Front der Linken zu beteiligen, wurde für ihn offenbar zu einem Hindernis.

Die keineswegs aufregenden aber doch eindeutig positiven Ergebnisse der „Front de Gauche“ sind als günstig für die Linke insgesamt zu werten. In den letzten Wochen wuchs ihre Unterstützung durch Gewerkschafter und linke Intellektuelle, von denen einige die NPA bei ihrer Gründung unterstützt hatten. Hauptargumente der Front de Gauche waren die Notwendigkeit eines radikalen Politikwechsels in Frankreich und in Europa sowie das Erfordernis, ein neues linkes Politikangebot zu entwickeln. Das ist nur durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppierungen in offenen aber permanenten Formen möglich. Viele Wähler wollten einen solchen Neuanfang aktiv unterstützen. Trotz des Boykotts der Medien konnte sich auf dieser Basis eine von Aktivisten entwickelte Dynamik etablieren.

Griechenland

Zum Abschneiden des Wahlbündnisses SYRIZA bei den Europawahlen

Erklärung des Vorsitzenden der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS), Alexis Tsipras (gekürzt)

Wir danken den Tausenden Wählern, die unserem Wahlbündnis SYRIZA ihre Stimme gegeben haben, den Tausenden Linken, die überall in Griechenland für diese Wahlen gearbeitet haben, um die radikale Linke Europas zu stärken. Bei den

letzten Wahlen haben wir erklärt, für SYRIZA zu stimmen, sei eine Prüfung. Alles, was danach folgte, ist für uns eine Prüfung gewesen.

Das Wahlergebnis erfüllt nicht die Erwartungen der europäischen und der radikalen Linken. Es bleibt hinter unseren Zielen zurück. Wir haben uns mehrfach gegen die Strömung, gegen den Wind gestellt. Das bedauern wir nicht. Wir haben gegen unsere eigene Schwäche gekämpft, was uns nicht immer gelungen ist. Jetzt ist der Moment, da wir in einer offenen Diskussion, auf kollektive und demokratische Weise herausfinden müssen, wie wir diese Schwäche überwinden können. Es ist der Moment, unsere Verantwortung zu erkennen und zu Entscheidungen zu kommen, wie wir weiter vorwärtsgehen. Wir geben die Hoffnung nicht auf.

Da die Regierung Verluste erlitten hat und die Ergebnisse der beiden großen Parteien einen Tiefstand erreicht haben, sind nach wie vor die Voraussetzungen vorhanden, das bestehende politische System zu stürzen, wenn es der Linken und der Umweltbewegung gelingt, durch koordinierte Schritte eine neue, einige und starke Front der Linken auf der politischen Bühne unseres Landes zu etablieren. Die Zunahme konservativer Tendenzen unter den Wählern ist eine negative Erscheinung. Die Antwort auf die Krise kann aber nicht Unterdrückung, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung sein.

Ebenso negativ ist die niedrige Wahlbeteiligung. Wir müssen weiterhin konsequent all jene ansprechen, die dem politischen System bewusst den Rücken gekehrt haben. Ab morgen stehen wir wieder in der vordersten Linie des Kampfes, wenden wir uns wieder ihren Problemen und Sorgen zu. Wir sind sicher, wenn wir ihnen auch nicht an der Wahlurne begegnet sind, so werden wir ihnen doch in diesen Kämpfen wiederbegegnen.

„Erneuerer“ treten gegen „Radikale“ an, Streit in griechischer Linksallianz eskaliert. Differenzen um Haltung zur EU

*Von Anke Stefan, Athen;
aus: Neues Deutschland, 26. Juni 2009*

Das Ergebnis war ein Desaster. Statt der wenige Monate zuvor in Umfragen signalisierten zehn bis zwölf fuhr das griechische Linksbündnis SYRIZA bei den Europawahlen Anfang Juni nur 4,7 Prozent ein. Wenig mehr, als dessen stärkste Kraft SYNASPISMOS (SYN), Schwesterpartei der deutschen LINKEN, vier Jahre zuvor allein geholt hatte. Als „Konsequenz eigener Fehler“ reichte der Vorsitzende der Parlamentsfraktion von SYRIZA, Alekos Alavanos, daraufhin in der vergangenen Woche seinen Rücktritt von Vorsitz und Parlamentsmandat ein – den er aber am Montag nach eindringlichen Bitten seiner Parteifreunde wieder zurücknahm.

Mit der Debatte um einen Rücktritt von Alavanos wurde die eigentliche Krise von SYRIZA, ein seit geraumer Zeit ausgetragener und bereits wenige Stunden nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses eskalierender Streit innerhalb von SYN um die grundlegende Orientierung der Partei, erst einmal überdeckt. Das Spiel „Realos gegen Fundis“ heißt in der griechischen Variante „Erneuerer gegen Radikale“. Wobei letzterer Begriff keineswegs diffamierend gemeint ist.

Die etwa ein Drittel der Partei ausmachenden „Erneuerer“ suchen innenpolitisch den Schulterchluss mit der sozialde-



mokratischen PASOK. Denn wer die Verhältnisse ändern wolle, müsse bereit sein, auch Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Auf EU-Ebene plädieren sie seit langem für ein „klareres Bekenntnis“ der Partei „zu Europa“. Der aus ihren Reihen stammende bisherige EU-Parlamentarier wurde allerdings in der parteiinternen Abstimmung über die Kandidatenaufstellung von einem EU-Skeptiker auf den wenig aussichtsreichen dritten Platz verdrängt.

Platz zwei war den kleineren Partnerorganisationen in SYRIZA vorbehalten und wurde ausgerechnet mit der Kandidatin einer für den Austritt Griechenlands aus der EU eintretenden Organisation (der KOE) besetzt. Das schlechte Abschneiden von SYRIZA ist daher vor allem dadurch zu erklären, dass die Unterstützer des Kurses der „Erneuerer“ der Wahl ferngeblieben sind.

Die Mehrheit der Partei dagegen wirbt für den Ausbau von SYRIZA, einem breiten Bündnis linkssozialdemokratischer bis antikapitalistischer Kräfte. Hier ist man strikt gegen jede Option einer Regierungsbeteiligung mit der PASOK, zumindest solange sich deren Führung wie bisher beispielsweise für Privatisierung bei Bildung und Gesundheitswesen einsetzt. Zu den „Radikalen“ gehörte zunächst auch Alavanos, der als Vorsitzender des SYN seit 2004 bei der Gründung von SYRIZA eine wichtige Rolle spielte. Auch der im Februar 2008 als Vorsitzender des SYN gewählte Alexis Tsipras vom Radikalenflügel war von Alavanos selbst als Nachfolger empfohlen worden. Alavanos als Vorsitzender der Parlamentsfraktion von SYRIZA und Tsipras als Vorsitzender von deren stärkster Kraft SYN bildeten seitdem so etwas wie eine Doppelspitze des Linksbündnisses.

In den letzten Monaten aber zeichnete sich ein Bruch zwischen Alavanos und Tsipras ab. Während letzterer auch im Europawahlkampf mehrmals jede Aussicht auf eine Koalition mit der PASOK zurückwies, brüskierte ihn Alavanos mit einem sechs Punkte Programm für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Bei SYN war es nicht Tsipras, sondern Alavanos, der angesichts einer drohenden Spaltung der Partei versuchte, „Erneuerer“ und „Radikale“ zu Kompromissen zu bewegen.

SYRIZA sei gescheitert, heißt es nun aus den Reihen der „Erneuerer“. Die „Radikalen“ hingegen sehen das Projekt nach wie vor als den richtigen Weg zum Aufbau eines „dritten Pols der Linken“.

Italien

Italien nach der Wahl

Auszüge aus dem Referat von Paolo Ferrero, Vorsitzender der Partei der kommunistischen Wiedegründung (PRC), auf der Tagung der Nationalen Leitung; aus: Liberazione, 11. Juni 2009

Die Lage in Europa

Folgende Elemente werden im Ergebnis der Wahlen mit großer Intensität sichtbar: das Voranschreiten der Rechten, ein Erfolg der extremen Rechten außerhalb des Spektrums der traditionellen konservativen Parteien (mit Ausnahme von Italien, wo die extreme Rechte Teil der Regierung ist), das Scheitern der Sozialdemokraten (katastrophal in Großbritannien aber generell in ganz Europa), die Verteidigung der Posi-

tionen der Parteien der alternativen Linken, die einige bescheidene Fortschritte erzielen, aber keinen Durchbruch erreichen können.

Die schwerwiegendste politische Tatsache ist das Voranschreiten der reaktionären und fremdenfeindlichen Kräfte. Unsere früheren Analysen haben sich bestätigt: Die neoliberale Politik der Regierung der europäischen Großen Koalition hat eine soziale Krise hervorgebracht, die die Sozialdemokratie mit sich fortreibt und, da keine starke Reaktion von links erfolgt, in einen Krieg unter den Armen mündet. Der generelle Rückgang der Wahlbeteiligung ist in diesem Rahmen zu sehen. Die sozialen Schichten, die der Krise am meisten ausgesetzt sind, können in der Politik kein geeignetes Instrument erkennen, um ihre Lebensbedingungen zu verändern.

Italien nach der Wahl

Das Wahlergebnis ist ein Schlag gegen die beiden letzten Projekte zur Aushebelung der institutionellen Ordnung in Italien. Berlusconi hat sein Plebiszit nicht bekommen und sieht sich in seinem politischen Agieren, welches über die Demonstage der Klassengewerkschaft und den Maulkorb für die Richterschaft hinaus zielte, eingeschränkt. Berlusconi hat versucht, einen weiteren Qualitätssprung durchzusetzen, in dem er das Parlament in seiner Funktion als Bindeglied zwischen dem Chef und den Massen zur Disposition stellte. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Rechte geschlagen wurde: Die Regierung ist unverändert stark und hinsichtlich der Werte und Ziele deutlich radikalisiert. Die Auseinandersetzung innerhalb der Rechten hat zumindest momentan die Lega Nord gewonnen. Das hat Konsequenzen für die Gesamtbewertung: der Rückschlag für das Berlusconi-Projekt darf auf keinen Fall mit einer Niederlage der Rechten verwechselt werden. Diese Wahl war auch ein Schlag gegen den Versuch der Demokratischen Partei (PD), mit der Durchsetzung eines Zweiparteiensystems einen Ausweg aus der Krise des politischen Systems zu finden. Das Wahlergebnis zeigt uns kein Zweiparteienland. Die PD hat eine schwere Niederlage erlitten, die nur durch den Rückschlag der Berlusconi-Projekte überdeckt wird.

Die Wahlergebnisse der Linken

Die provozierte Spaltung der Rifondazione (PRC) und die Entscheidung für ein Wahlbündnis mit nicht-alternativen Linken, wie der Sozialistischen Partei, sind der Grund dafür, dass die 4-Prozenthürde nicht genommen werden konnte. Ohne diese Spaltung würden wir heute über die gewählten Abgeordneten sprechen. Ich finde die Erklärungen einiger Vertreter von Sinistra e Libertà (Linke und Freiheit – Abspaltung der Bertinotti-Anhänger von der PRC – d. Ü.), die von ihren Ergebnissen als einem unerwarteten Erfolg sprechen, skurril und in gewissem Sinne lehrreich. So, als wären sie zur Wahl angetreten, nicht um die 4-Prozent-Hürde zu nehmen, sondern um zu versuchen, die Linke außerhalb der PD weitgehend zurückzudrängen, ausgehend von der Zwangsvorstellung, alles, was links ist, erst zu zerstören, um es dann wieder aufbauen zu können. Ein Wiederaufbau keiner alternativen Linken, sondern einer Linken ohne Adjektive, zusammen mit der PD. Dem liegt die Idee zugrunde, dass der Unterschied zwischen der moderaten und der alternativen Linken überwunden und nur noch für eine einzige, nicht weiter spezifizierte Linke Platz sei. Dieses Projekt erscheint mir nicht



nur falsch, sondern auch ohne Grundlage, denn innerhalb der PD gibt es zwar Spannungen, aber keine qualitative Veränderung der politischen Ausrichtung.

Unsere Wahlergebnisse

Ungeachtet des großen und intensiven Einsatzes unserer Genossen und Genossinnen ist unser Wahlergebnis negativ. Ich möchte insbesondere auf die Ergebnisse im Norden eingehen, die uns vor ein großes Problem stellen. Wir haben das Problem der Krise begriffen und erkannt, dass die Politik wieder eine größere Rolle spielen muss. Wir haben diese Linie allerdings nicht adäquat umgesetzt. Im Norden haben wir ein Riesenproblem: Es ist uns nicht gelungen, die Krise aufzuhalten, wie es erforderlich wäre. Bei den Antikrisenkomitees, die wir als Vorschlag für ein offenes Bündnis lanciert haben, sind wir nicht vorangekommen. Kurz gesagt, wir sind mehr Beobachter der Krise, als dass wir konkrete Antworten geben könnten.

Es gibt auch ein Zeitproblem, das uns nicht geholfen hat: der Parteitag, der im Juli beendet wurde, die schleichende Spaltung, dieses ständige Tröpfeln, welches sich bis Anfang des Jahres hinzog. Es gibt Orte, da haben wir immer noch keine Führungsgremien. All das rechtfertigt allerdings nicht unsere Rückstände.

Kommunist zu sein wurde vor allem als Zugehörigkeit zu einer Geschichte verstanden, zu der ich mich, damit das klar ist, bekenne. Aber dabei handelt es sich nur um eine Seite der Sache. Es ist uns nicht gelungen, unseren kommunistischen Charakter in radikale Vorschläge umzusetzen. Wir haben nicht vermitteln können, wie wir uns der sozialen Notlagen annehmen wollen, was der populistischen Rechten offenbar gelingt, wie wir einen Bruch mit diesem politischen System herbeizuführen gedenken. Wir wurden nicht als Kraft wahrgenommen, die in der Lage ist, Alternativen zu diesem ökonomischen und politischen System anzubieten.

Eine intensive Diskussion in der Nationalen Leitung der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI)

Aus: *La Rinascita della sinistra*, 18. Juni 2009

Es war kein Routinetreffen der Nationalen Leitung am 13. Juni in Rom. Es ging um die Auswertung der Ergebnisse der Europawahlen, bei denen es zu einem Wachstum der kommunistischen Wählerschaft gekommen ist, die Hürde von 4 Prozent jedoch nicht genommen werden konnte. Nach dem Rücktritt des Sekretärs (Vorsitzenden – d. Ü.) Oliviero Diliberto, der vom Politbüro nicht akzeptiert wurde, trat außerdem die Nationale Leitung zusammen.

Diliberto selbst eröffnete die Tagung mit einer Analyse der Wahlen. Er schätzte ein, dass die politische Landschaft „aufbricht und immer weniger bipolar ist“. Das zeige sich in dem Rückschlag für Berlusconi und der in den Erfolgen der Lega sichtbar gewordenen Radikalisierung der rechten Stimmen. Die Stimmenverluste der PD veranlassen diese Partei, eine Erweiterung in der Mitte und auf der Linken vorzuschlagen, wodurch die Phase der Beschränkung auf sich selbst zu Ende gehe. Das sei ein schwieriger Weg, der die bisherige Linie der PD auf den Kopf stellen würde. Für Diliberto sind die Versuche, ein neues Wahlgesetz vom Stapel zu lassen

„unrealistisch“, da viele Parteien vom gegenwärtigen Wahlsystem profitieren. Die Wahlen zeigten, dass es einen Bedarf an Opposition gebe. Heute liege das Wählerpotential der Linken zwischen 7 und 8 Prozent, dem alten Einflussbereich von Rifondazione vor den verschiedenen Spaltungen. Darüber hinaus versteht sich ein großer Teil der Wählerschaft der IDV von Di Pietro und ebenso ein Teil der PD als links. Wähler, die bei den nationalen Wahlen „nützlich stimmten“, sind nach links zurückgekehrt und von Sinistra e Libertà aufgefangen worden. Das Ergebnis von Sinistra e Libertà übertraf dank einer von der PD organisierten Unterstützung durch die Medien sowie starke lokale Listen die Prognosen.

Diliberto unterstrich, dass die kommunistische Liste (PRC und PdCI) allein mehr erhalten habe als die Regenbogenlinke bei den nationalen Wahlen, dass das erzielte Ergebnis aber „unzureichend und enttäuschend“ sei. Für Diliberto ist das Symbol von „Hammer und Sichel eine unentbehrliche Vorbedingung, die aber allein nicht ausreicht“. Das Ziel der aktuellen Phase bestehe darin, das in diesem Wahlkampf politisch und menschlich Erreichte nicht zu verspielen. „Mit Rifondazione (von der sich die PdCI 1998 abspaltete – d. Ü.) haben sich die Beziehungen im Verlaufe der Wahlkampagne verbessert, die Idee der Vereinigung beider Parteien ist als politisches Projekt vorangekommen, die Basis beider Parteien hat sich wieder getroffen“.

Wir brauchen die Linie des Parteitages nicht zu verändern, sagte Diliberto. Die Einheit der beiden kommunistischen Parteien ist die Voraussetzung für jedwede andere Option der Linken und zugleich die einzig praktikable Linie. Die von Fausto Bertinotti angeregte neue Linkspartei (nach dem Beispiel der deutschen LINKEN – d. Ü.) nannte Diliberto ein „bizarres Gebilde“: „Sein Vorschlag besteht darin, nachdem man die mangelnde Bereitschaft der Ansprechpartner dieses Projektes verifiziert hat, in die PD einzutreten.“ Für den PdCI-Sekretär ist es wichtig, „die beiden Parteien, die sich am ähnlichsten sind, auf der Basis der Übereinstimmung bei Programmen und Symbolen zusammenzubringen“. Die erste Sitzung des Koordinierungsgremiums der kommunistischen und antikapitalistischen Liste hat entschieden, das vorläufige Symbol, mit dem man bei den Wahlen angetreten ist, beizubehalten. Diliberto unterstrich, dass jetzt auf allen territorialen Ebenen Koordinierungsgremien aufgebaut werden. Die Feste der Parteizeitungen werden gemeinsam durchgeführt. Der Prozess „ist unaufhaltsam und unumkehrbar“. Es sei aber erforderlich, Rifondazione zu drängen, die Widerstände zu überwinden. Es geht jetzt darum, mehr gemeinsame Initiativen zu ergreifen und, wo es möglich ist, auch gemeinsame Niederlassungen aufzubauen, denn „die Ausgaben zu verdoppeln wäre Wahnsinn“.

Nach intensiver Diskussion fasste Diliberto die Aufgaben der Partei wie folgt zusammen: für die Einheit der Kommunisten arbeiten, Beziehungen zur gesamten Linken aufbauen; einen demokratischen Damm gegen Berlusconi und die Rechte zur Verteidigung der Verfassung errichten, ohne dies sofort in programmatische oder Regierungsvereinbarungen umzusetzen. Initiativen sollten vor allem in Kultur und Bildung ergriffen werden. „Wir können es schaffen“, sagte Diliberto zum Abschluss, „aber alle müssen sich der Aufgabe stellen. Das schulden wir unseren Genossen, die den Wahlkampf mit einer Begeisterung geführt haben, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Unser einziger Ehrgeiz ist, sie nicht zu enttäuschen.“



Eine weitere verpasste Chance

Interview mit Luciana Castellina; aus: La Repubblica, 8. Juni 2009

Luciana Castellina, historische Stimme der Neuen Linken, langjährige Abgeordnete und renommierte Autorin der linken Wochenschrift „Manifesto“, hat vor den Wahlen einen Aufruf veröffentlicht und versucht eine Reihe von Treffen zu organisieren. „Wir hätten eine von den Parteien losgelöste Liste gebraucht, um Persönlichkeiten und Vertretern der Linken, die sich nicht notwendigerweise mit einer spezifischen Kraft identifizieren, Platz einzuräumen. Als Start, um ein neues Subjekt ins Leben zu rufen.“

● **Und nun, nichts dergleichen. Vendola (Sinistra e Libertà) auf der einen Seite und Ferrero (PRC) auf der anderen. Und die Zahlen sagen, keiner der Beiden nimmt die Sperrklausel.**

Mein Aufruf wurde leider nicht aufgegriffen. Der Grund dafür ist, dass Politik in Italien eine sehr kleinteilige Angelegenheit geworden ist, die sich auf das Bewerben von Listen, auf die Anwesenheit im Parlament reduziert.

● **Wir sprechen also auch bei der Linken von Kasten, von Selbstbezogenheit?**

Nein, so würde ich es nicht sagen. Die Mitglieder von Sinistra e Libertà haben, im Gegenteil, Posten aufgegeben, die sie hatten. Andere wiederum haben durchaus komfortable Stellungen in der PD verlassen. Nein, die Frage ist komplizierter. Es fehlt an der Bereitschaft, die Vergangenheit aufzuarbeiten und langfristige Prozesse in Gang zu setzen. Dazu kam die spezifische Situation des Wahlkampfes.

● **Das heißt?**

Sinistra e Libertà, der meine ganze Sympathie gehört, ist ein neues Symbol, unbekannt, ohne Hammer und Sichel, ohne Finanzmittel und ohne Präsenz im Fernsehen. Aber mit einem bemerkenswerten Angebot an Neuem, wozu Rifondazione leider nicht in der Lage war.

● **Müsste man angesichts der aktuellen Ergebnisse nicht wieder beginnen miteinander zu reden?**

Eine geeinte Linke ist nötig, aber eine neue Linke. In unserem Land besteht ein politisches Vakuum. Politik macht man im Fernsehen. Es ist ein neues Subjekt nötig, das den Mut hat, klar, deutlich und ein für alle mal zu erklären, dass die Auflösung der IKP für unser Land ein veritables Unheil war.

Die Ohrfeigen der Wahlergebnisse Von Rossana Rossanda

Aus: II Manifesto, 9. Juni 2009 (gekürzt)

Die Europawahl vom 7. Juni hat in Italien einige heftige Ohrfeigen verteilt. Die erste ging an die beiden rauflustigen Bruchstücke von Rifondazione comunista (PRC). Keines der beiden hat die 4 Prozent erreicht mit dem Ergebnis, dass 6 Prozent der abgegebenen Stimmen vergeudet wurden. Die zweite Ohrfeige hat die PD vom Sheriff – Partei Italien der Werte (IDV) – kassiert. Mit ihrem verpfuschten Programm musste sie den gleichen Schlag einstecken wie alle anderen

europäischen Sozialdemokratien ohne eigenständige Ideen. Die dritte Ohrfeige hat Berlusconi erhalten, dessen Traum vom Überschreiten der 40 Prozent, um mit Hilfe der Lega allein regieren zu können, sich als nicht umsetzbar erwies. Seine PDL hat die 35 Prozent nicht erreicht, während die Lega, dieser nationale Ausdruck einer besonders hässlichen europäischen Rechten, sich überall festsetzt und der PDL die Bedingungen diktiert, statt umgekehrt. Und die Leute von Fini (Parlamentspräsident, gewendeter Ex-Faschist – d.Ü.) haben sich nicht sonderlich für Berlusconi ins Zeug gelegt. Sie arbeiten für ihren Chef, der sich eifrig bemüht, den Eindruck einer präsentablen Rechten aufzubauen, was für Berlusconi und Bossi nicht möglich ist.

Ein paar Worte zum Verschwinden der radikalen Linken, die unter anderen auch meine Stimme vergeudet hat. Asor Rosa hat nicht recht, wenn er gegenüber dem Corriere della Sera erklärt, niemand habe versucht, dieses Straucheln zu verhindern. Viele von uns haben es versucht, ohne für uns selbst etwas zu wollen, nur aus Angst, dass das geschieht, was sehr wahrscheinlich war und nun auch geschehen ist. Wir haben vorgeschlagen, dass man nicht misslungenen Parteien sondern einer Einheitsliste und somit einem anderen linken Verständnis, auf jeden Fall aber Würde, Treue und Kompetenz eine gewisse Repräsentanz gibt. Sie haben es nicht gewollt. Man verbessere mich, wenn ich falsch liege, aber ich sage, besonders Ferrero und Diliberto haben es nicht gewollt. Damit haben sie den Kommunismus nicht retten können. Der PD, PRC und Sinistra e Libertà empfehlen wir, ihre Parteivorstände und Vorsitzenden so schnell wie möglich zu entlassen. Sollte es unter ihnen ernsthafte und vernünftige Personen geben – wir wissen, dass es sie gibt – fordern wir, dass sie schnellstmöglich darüber nachdenken, wie ohne viele grobe Fehler die Probleme anzupacken sind, die das Jahr 2009 der Linken auf die Fahnen schreibt.

Österreich

Enttäuschendes Abschneiden der KPÖ – doch an unserem Engagement für eine solidarische Gesellschaft ändert sich nichts!

Erklärung des Bundesausschusses der KPÖ, 11. Juni 2009

Die Rahmenbedingungen berücksichtigend – vollständige Ausgrenzung durch den ORF, 10 000 Euro Wahlbudget, wovon 4 000 für die Einreichung der Kandidatur notwendig waren – war das Wahlergebnis für unsere Partei bei der EU-Wahl keine große Überraschung. Wir werden auch nach Auszählung aller Wahlkarten leichte Stimmenverluste gegenüber der EU-Wahl 2004 zur Kenntnis nehmen müssen.

Selbstkritisch müssen wir anmerken, dass es uns nicht gelungen ist, die Wichtigkeit der EU-Wahl bei einem Teil unserer bisherigen WählerInnen zu verdeutlichen. Es gelang uns auch zu wenig, uns als Alternative zum Block der kritikalosen BefürworterInnen des „Europas der Konzerne“ von SPÖ, ÖVP und Grünen wie auch zum fremdenfeindlichen Block der Rechtsparteien von FPÖ, BZÖ und Konsorten zu präsentieren. Es ist zu vermuten, dass viele unserer WählerInnen zu den NichtwählerInnen abgewandert sind und kritische SPÖ-WählerInnen auch bei dieser Wahl in der KPÖ keine politische Alternative sahen.



Die Themen der KPÖ – wirtschaftspolitische Fragen und wie sinnvollerweise auf die Wirtschaftskrise zu reagieren wäre – spielten im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Mit unserer radikalen Kritik am Kapitalismus und unserem Hinweis, dass die EU nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist, konnten wir offensichtlich nur einen sehr kleinen Kreis politisch interessierter Menschen erreichen. Wir haben aber trotzdem wichtige Aufklärungsarbeit für kommende Wahlen geleistet.

Die FPÖ bestimmte durch ihre Provokationen und ihre unerträglichen antisemitischen und rassistischen Äußerungen, denen von den Medien großer Raum eingeräumt wurde, weitgehend die Themensetzung des Wahlkampfes. Viele Protestwähler votieren – wegen bzw. trotz des Wissens um den Rassismus der FPÖ – für den medial aufgebauten Führer, der nun Stracher heißt. Zugleich registrieren wir, dass auch FPÖ und BZÖ ihre Klientel nicht vollständig mobilisieren konnten. Im Vergleich zur Nationalratswahl haben die Zwillinge des Rechtsextremismus rund 900 000 ehemalige WählerInnen nicht zur Stimmabgabe bewegen können.

Das gute Abschneiden von Hans Peter Martin geht in erster Linie nicht auf den Abzug von FPBZÖ Stimmen, sondern auf SPÖ-Stimmen zurück. Es kann daher auch keine Entwarnung bezüglich des Stimmenpotentials für den Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geben.

Gegen das Europa der Konzerne und Generäle Widerstand zu entwickeln, ist auch nach diesen Wahlen mindestens so wichtig wie davor. Angesichts der aktuellen Krise ist es dringend nötig, dass die Linke eine überzeugende gesellschaftspolitische Alternative zum neoliberalen Mainstream entwickelt, um derart den Rechtspopulisten von ÖVP bis FPÖ/BZÖ das Wasser abzugraben. Dazu ist es notwendig, unsere Vision von einem anderen Europa weiter zu schärfen. Entscheidend ist aber, wie wir unsere Positionen angesichts sehr geringer finanzieller Mittel und medialer Ausgrenzung einem breiteren Publikum besser darlegen.

Spanien

Politischer Bericht des Bundeskoordinators der Izquierda Unida

Madrid, 27. Juni 2009 (Auszüge)

Ergebnisse auf europäischer Ebene

Bei diesen Europa-Wahlen hat die Nicht-Teilnahme gewonnen, gefolgt von immer extremeren und anti-sozialeren Positionen. Die Sozialdemokratie hat aufgrund ihrer Übereinstimmung mit den neoliberalen Positionen der Europäischen Volkspartei (EVP) an politischem Gewicht verloren und einen Teil ihrer enttäuschten Wähler, die in der alternativen Linken noch nicht die Lösung sehen, für die sie ihre Stimme abgeben, zur Stimmenthaltung gezwungen. Es ist sogar möglich, dass einige – so irrational dies auch ist – in der politischen Rechten selbst einen Ausweg aus der Krise suchen. Angesichts der neuen Zusammensetzung des Europa-Parlaments, das zu zwei Dritteln durch Parteien mit antidemokratischen und autoritären, euroskeptischen, liberalen und konservativen Konzeptionen beherrscht wird, wird der Ausweg aus der Krise für in jedem Falle für die Werktätigen noch härter, falls dies möglich ist, und negativer für die Umweltinteressen.

Ergebnisse in Spanien

In Spanien haben wir den schlimmsten Wahlkampf seit Wiederherstellung der Demokratie erlebt. Er hat sich auf die Konfrontation zwischen der PP und der PSOE um die Macht im Zweiparteiensystem und auf die Korruption konzentriert. Letzteres war ein Nebelvorhang, um die grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich des europäischen Wirtschaftsmodells und der Architektur der EU, die beide Seiten teilen, ihre Zustimmung für Barroso als Kommissionspräsident sowie ihre mögliche Partnerschaft in nationalistischen Koalitionen zu verdecken und zu verschleiern. Der Absturz der PSOE¹ um 5 Prozentpunkte und der Sieg der PP² – die trotzdem einen Abgeordnetensitz verliert – ist in den Gesamtrahmen des Vormarsches der Rechten in ganz Europa und den Absturz der sozialistischen Parteien wie auch in die politische Entwicklung in Spanien mitsamt den Entscheidungen und Fehlern der PSOE-Regierung hinsichtlich der Krise einzuordnen.

... Da es auch keine Stimmengewinne für die Linke gab, ist zu erwarten, dass der Druck der sozialen und wirtschaftlichen Rechten auf die Regierung zugunsten eines anti-sozialen Auswegs aus der Krise weiter zunehmen wird. Leider gibt es seitens der PSOE bereits eine lange Geschichte des Zurückweichens vor den neoliberalen Offensiven, was sich beispielsweise beim Nachgeben gegen den Druck der CiU (liberales Parteienbündnis in Katalonien) zeigte. Der Bruch des zuvor vereinbarten Abkommens mit der Izquierda Unida und der ICV (Initiative für Katalonien – Grüne) verdeutlicht, dass die PSOE weder klare Vorstellungen von einem Ausweg aus der Krise und den dazu notwendigen finanzpolitischen Maßnahmen noch den politischen Willen für eine Erhöhung der Steuern auf die höchsten Einkommen und das Kapital besitzt. Das ist eine lange Tradition der PSOE.

... Im Mittelpunkt der Wahlbotschaft der PP standen Steuerensenkungen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes, sie hat ihre Wählerschaft mit diesen Botschaften mobilisiert und die Wahlen überdies zu einer Art „Testwahl“ instrumentalisiert. Das Bild des Wohlstandes und des ökonomischen Wachstums in den Regierungsjahren der PP, das sich auf ein Entwicklungsmodell der Immobilienspekulation stützte und von der PSOE fortgeführt worden war, hat den Weg für eine immer stärker destrukturierte und individualistisch geprägte Gesellschaft bereitet. Das Wirtschaftswachstum jener Jahre wurde nun als das Verdienst der PP dargestellt. Eine konstruierte „Gemeinschaft der Opfer“ der Regierung Zapatero angesichts von Korruptionsuntersuchungen wie im „Fall Gürtel“ (gegen die PP) verfolgte das Ziel, einen wichtigen Teil der Gesellschaft um ihre Vorstellungen und Werte zusammenzuschließen.

... Insgesamt bestand das Ergebnis in einer Rechtsentwicklung der Gesellschaft und der Konsolidierung des Zweiparteiensystems. Im Angesicht der Krise haben die linken Alternativen es nicht vermocht, mehr Unterstützung zu erreichen. Das Anwachsen der UPyD (Unión Progreso y Democracia, 2007 gegründete zentristisch-liberale Partei – d. Ü.), das einzige Merkmal, das gegen das Zweiparteiensystem spricht, stellt letztendlich ein weiteres Anzeichen für die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft dar, da sich ein Teil der sozialen Unzufriedenheit angesichts der Krise und der fruchtlosen Zweiparteienherrschaft dieser ideologisch zwispältigen Gruppierung zuwendet, die sich zwischen PP und PSOE zu plazieren versucht. ...



Von fundamentaler Bedeutung für eine linke Alternative und um zu erreichen, dass die Menschen unseren Werten und Vorschlägen folgen, sind Fortschritte bei einem partizipativen Gesellschaftsmodell und hinsichtlich unser Vorschläge zur gesellschaftlichen und institutionellen Umgestaltung durch konkrete linke Politik. Diese muß die Arbeitszentren, die Betriebsorganisationen, die Gesamtheit der organisierten Arbeiterbewegung und der sozialen und nachbarschaftlichen Bewegungen erreichen. Dazu müssen wir den organisatorischen Zusammenhalt verbessern und nicht nur unsere politischen Vorschläge. Wir müssen kleinere Frage beiseite lassen und uns über das Wesentliche einigen, *das Programm* und die Strategie für seine gesellschaftliche Entfaltung, mit mehr Organisation, mehr Aktivität und mehr Mobilisierung. ...

Unser Wahlkampf war der sparsamste unserer Geschichte und wir waren für die Massenmedien quasi unsichtbar. Dafür haben wir uns auf klare Aussagen und konkrete Vorschläge konzentriert, wie dies bei den einzigen beiden Fernsehdiskussionen in (den Sendern) Canal Sur und TVE sichtbar wurde. Die geleistete Arbeit hat es uns ermöglicht, die vorangegangenen Stimmverluste abzubremesen und unsere parlamentarische Vertretung aufrecht zu erhalten. Im Verbund von IU-ICV (Izquierda Unida – Initiative für Katalonien – Grüne) haben wir unsere beiden Abgeordnetensitze, die wir 2004 gewonnen hatten, behauptet wie auch den bei den allgemeinen Wahlen 2008 erreichten Stimmenanteil. Gleichzeitig bedeutet dies einen Verlust von 54 800 Stimmen im Vergleich zu den vorangegangenen Europawahlen.³ ...

Dieses Ergebnis ist auch Folge unterschiedlichen Handelns in den einzelnen Parteiorganisationen. In einigen Strukturen gab es Stimmengewinn, oder zumindest wurden die Ergebnisse der vorangegangenen Europa-Wahlen behauptet, während andere an Einfluß verloren haben. Wenn man davon ausgeht, dass unsere Argumentation überall einheitlich war, dann müssen wir die Ergebnisse nach internen und territorialen Gesichtspunkten analysieren und kommen dabei zu der Schlussfolgerung, dass die umfassende Mobilisierung der Strukturen ein Element sein kann, dass zu den positiven Ergebnissen beigetragen hat. Das heißt, dort wo sich die Partei in einer Tür-zu-Tür-Kampagne bewegt hat, gab es bessere Ergebnisse. Es ist deshalb unverzichtbar, eine Analyse-Gruppe zu organisieren, die die einzelnen Ergebnisse untersucht und Vorschläge für Wahlstrategien erarbeitet. Zusammengefasst, wir sind weiterhin die drittstärkste politische Kraft auf nationaler Ebene, auch wenn wir die weiterhin existierenden großen Defizite unserer Organisation – in der Hälfte Spaniens existieren wir überhaupt nicht – nicht verstecken wollen oder können. Es existiert die paradoxe Situation, dass angesichts des Scheiterns des Kapitalismus die Hauptkräfte, die das neoliberale Projekt voran getrieben haben, heute ihr wirkliches politisches Profil verstecken und sich besorgt um die sozialen Probleme der Menschen geben. Die Aufgabe besteht darin, das Unwohlsein in der Bevölkerung angesichts des Scheiterns des Kapitalismus umzuwandeln in eine glaubwürdige Alternative für die breiten gesellschaftlichen Sektoren, die unsere Botschaft bisher nicht erreicht. Wir haben die Voraussetzungen, um dies zu erreichen, dies ist unser Ziel und eine der Herausforderungen für unsere Neugründung. ...

Was können wir tun?

Verbesserung unseres Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Bei Respektierung der Autonomie der Gewerkschaftsorganisationen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Mehrheit der IU-Mitglieder dem Gewerkschaftsdachverband CCOO angehören, müssen wir normale Beziehungen zu den übrigen Gewerkschaftsorganisationen (UGT, CGT, USO, STES) pflegen und danach versuchen, ein institutionelles Vehikel in allen jenen Fragen zu sein, in denen wir programmatisch oder punktuell übereinstimmen und die den Rechten und Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter entsprechen.

Im Gegensatz zur Strategie der Rechten verteidigen wir weiterhin die Idee des Generalstreiks gegen die wirtschaftliche Macht und eine sie unterstützende Regierung, die sich weiterhin und mit Unterstützung durch die Rechte weigert, fortschrittliche finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, die durch die Bürger mit den höchsten Einkommen zu finanzieren sind, um ... einen linken und sozialen Ausweg aus der Krise zu erreichen. ...

Wir müssen, jetzt mehr als je zuvor, unsere antikapitalistische Argumentation aufrecht erhalten – in Übereinstimmung mit den strategischen Zielen wie sie der IX. Kongreß umrissen hat und entsprechend der konkreten Lösungen, wie sie angesichts der Krise erarbeitet werden.

Wir müssen eine wirkliche Politik der Verbreiterung und des Wachstums der Partei in Angriff nehmen. ...

Konzentration unserer Anstrengungen auf zwei oder drei Punkte, im Mittelpunkt steht dabei die Kampagne zur Unterschriftensammlung für folgende drei Forderungen:

- für existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse und die 35-Stunden-Woche
- für ein Gesetz über die Sicherung und Entwicklung der sozialen Rechte im Verfassungsrang
- für ein gerechtes, proportionales und repräsentatives Wahlrecht
- Unterstützung der Kampagne für ein Abtreibungsrecht, die von der Frauenbewegung der IU getragen wird.

Anmerkungen

- 1 Nach den vorläufigen Ergebnissen hat die PSOE absolut fast 600 000 Stimmen verloren, was einem Rückgang um knapp 5 Prozentpunkten entspricht: von 6 741 112 auf 6 141 784 Stimmen. Diese Verluste waren aber nicht im ganzen Land gleich verteilt. Nach den Autonomen Gemeinschaften und Regionen hat die PSOE lediglich auf den Balearen etwas mehr als 10 000 Stimmen hinzugewonnen sowie im Baskenland lediglich 1 000 Stimmen. Die härtesten Verluste in absoluten Wählerstimmen gab es in Katalonien, Madrid und Andalusien.
- 2 Die PP hat in absoluten Zahlen 277 040 Stimmen seit den letzten Wahlen hinzugewonnen, dies sind 1,02 Prozentpunkte, und ist damit von 6 393 192 auf 6 670 232 Stimmen gewachsen. Ihre Ergebnisse waren jedoch nicht homogen. Nach den Autonomen Gemeinschaften und Regionen betrachtet hat die PP in acht Regionen absolut verloren: Kastilien-León, Baskenland, Katalonien, Asturien, Navarra, Balearen, Kantabrien und La Rioja. Die größten absoluten Zugewinne gab es in Andalusien, Valencia, Kastilien-La Mancha, den Kanaren und Madrid.
- 3 Als Izquierda Unida haben wir 588 248 Stimmen oder 3,73 Prozent erhalten. Dies ist ein Rückgang um 54 888 Stimmen oder 0,42 Prozent im Vergleich zu den letzten Europa-Wahlen und entspricht unserem Stimmanteil bei den allgemeinen Wahlen. Unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Nachzählung der Briefwahl-Stimmen gab es die größten Verluste in Katalonien (32 782 Stimmen oder etwas mehr als 1%), im Baskenland (16 340 oder 2,25%) in Madrid (8 793), Valencia (6 145) Asturien (3 841). Gewonnen hinsichtlich abgegebener Stimmen und Stimmenanteil haben wir in Andalusien (11 027), Kastilien – La Mancha (3 807) Aragón (1 704) und Murcia (739), leicht hinzu gewonnen haben wir auf den Balearen (553) und in der Extremadura (325). In den übrigen Autonomen Gemeinschaften und Regionen haben wir uns behauptet.



Einschätzung des Exekutiv-Komitees der KP Spaniens zu den Ergebnissen der Wahlen zum Europäische Parlament

Kommunistische Partei Spaniens, 20. Juni 2009 (gekürzt)

Die Europawahlen spiegeln die politische Wirklichkeit des heutigen Europas wider. Insgesamt ist die politische Rechte die meist gewählte Option, in einigen Ländern mit Zuwächsen für die extreme Rechte bzw. Organisationen, die zwar nicht als rechtsextrem gelten, dies aber auf Grund ihrer reaktionären und fremdenfeindlichen Programme de facto sind. Das gilt unter anderem für die Lega Nord in Italien. Die politische Mitte, hauptsächlich die Sozialdemokratie, erfährt einen starken Rückgang, auch wenn es große Unterschiede zwischen ihren Gruppierungen gibt.

Eine erste Schlussfolgerung: Auch wenn politische Rechte und politische Mitte beide die kapitalistische Politik der neoliberalen Globalisierung befürworten, so profitieren davon immer am stärksten jene Kräfte, die am deutlichsten diese Politik vertreten: die konservativen Parteien. Die einen wie die anderen tragen aufgrund ihres Handelns oder ihrer Versäumnisse in ihrem Maße die Verantwortung für die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise, weil sie durch Spekulationen und Korruption blind einen Finanzmarkt ohne Regeln akzeptiert, verteidigt, und dabei die eigenen Gesetze der repräsentativen Demokratie verletzt haben.

Die europäischen Grünen – heterogen, mit widersprüchlichen Gruppierungen und Politiken von links bis rechts – sind besonders dank ihrem starken Zuwachs in Frankreich im Kommen.

Die gemeinsame Linksfraktion GUE/NGL, der auch die IU angehört, wird hauptsächlich auf Grund des Ausscheidens der finnischen und der italienischen Delegation reduziert. Der Bruch der italienischen Rifondazione Comunista (Partei der Kommunistischen Neugründung) hat dazu geführt, dass zwei Listen kandidierten, von denen keine die notwendigen 4 Prozent erreichte. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KS M) aus der Tschechischen Republik hat etwas verloren. In anderen Ländern (Portugal, Frankreich, Griechenland, Zypern und Deutschland) gibt es einen Zuwachs, in Dänemark und den Niederlanden erreichte man ähnliche Ergebnisse wie bei der letzten Wahl.

In Spanien stand die Konfrontation zwischen PP und PSOE und die Möglichkeit von Zwei-Parteien-Koalitionen mit nationalistischen Bündnissen als potentielle Koalitionspartner im Mittelpunkt der Wahlkampagne.

Die PSOE muss einige Verluste hinnehmen, was allerdings angesichts der Krise und der über die Krise verbreiteten Lügen eine eher geringe Strafe ist. Die PP gewinnt etwas hinzu.

Die Iniciativa Internacionalista (Internationalistische Initiative) gewinnt ihre Stimmen im Baskenland und legt sogar ein wenig zu. Die Antikapitalistische Linke erzielt erwartungsgemäß wenig Stimmen (25 000), entgegen einigen Vermutungen, sie würde den Raum der alternativen und antikapitalistischen Linken, den die IU einnimmt, besetzen.

In Europa insgesamt und auch in Spanien beweist die breite Stimmenthaltung einmal mehr die große Distanz der Bürger zu diesem Europa des Kapitals und des Marktes, der wirtschaftlichen und ideologischen Unterwerfung unter die USA und der politischen Feigheit – gerade angesichts der großen globalen Probleme. ... Ohne eine starke, solide und

glaubhafte Linke in Europa wird es schwer sein, diese Verhältnisse zu ändern.

Der Stimmenrückgang für die IU ist gestoppt worden. Wir sind von 4,15 Prozent bei 3,73 Prozent angekommen (bei den nationalen Wahlen erhielten wir 3,77%). Knapp 60 000 Stimmen sind verloren gegangen, die Hälfte davon in Katalonien (32 782), im Baskenland (16 340), in Madrid (9 772), Valencia (6 115) und Asturien (3 841). Wir gewannen einen Zuwachs an Stimmen und Prozenten in Andalusien (11 027), Castilla la Mancha (3 807) und Aragon (1 704); etwas schwächer in Extremadura, auf den Balearen und in der Region Murcia. In den anderen Gebieten haben wir die Ergebnisse von 2004 halten können. Dies brachte Erleichterung und eine gewisse Zufriedenheit bei unseren Genossen, die zum ersten Mal seit langer Zeit keine Wahlnacht der Niederlage erlebten. Das hatte auch damit zu tun, dass sie sich in den Reden unserer Kandidaten und Führungspersönlichkeiten widergespiegelt fühlten.

... Dieses Gefühl der Erleichterung kann nicht die großen Defizite verbergen, die es immer noch in unserer Organisation gibt:

Es ist uns nicht gelungen, die wirtschaftliche Krise als das Hauptthema unserer Wahlkampagne darzustellen. Die großen Massenmedien haben die Wahlkampagne der PP und der PSOE begleitet, die auf gegenseitige Korruptionsanschuldigungen fokussiert und dabei die aktuelle Lage in Europa und Spanien vernachlässigt haben. Dazu hat auch der fehlende soziale Druck in Spanien beigetragen.

Wir haben es nicht vermocht, unsere Organisation zu straffen, brauchten lange, um in die Wahlkampagne hineinzufinden, die auch danach nicht optimal verlief. Es wurde vergessen, dass es bei diesen Wahlen nicht darum ging, dieser oder jener Führung die Unterstützung zu geben, sondern vielmehr um die Festigkeit der Argumentation und die Unterstützung der aus der letzten Generalversammlung hervorgegangenen Führung, was sowohl Cayo Lara als auch der Europakandidat Willy Meyer sehr positiv zum Ausdruck gebracht haben.

Wir haben unsere natürlichen Sozialpartner nicht einbezogen, speziell kritische Gewerkschaftler und Jugendliche, die sich in den Universitäten gegen den Bologna-Prozess gewehrt haben.

Wir haben immer noch keine kohärente Aussage zur Staatsform.

Es gibt zwischen den verschiedenen Regionen noch sehr große Unterschiede in der Organisation.

Die Rolle der Partei entsprach dem wie für die IU beschriebenen Niveau. Hinzu kommt die Lage in Konfliktregionen, in denen die Partei ausgegrenzt wurde.

Ausgehend von diesen ersten Einschätzungen können wir einige erste und vorläufige Schlussfolgerungen ziehen:

Es ist jetzt notwendiger denn je, unseren antikapitalistischen, republikanischen und föderalen Diskurs aufrecht zu erhalten und dabei nicht der Versuchung zu erliegen, den Raum zu besetzen, den die PSOE und die Sozialdemokratie aufgeben könnten. Weder sind wir, noch wollen wir, Sozialdemokraten sein. Wir wollen auch nicht sozial-liberale Politik praktizieren, sondern betrachten uns als antikapitalistisch und alternativ. Wenn die Krise härter wird, müssen unsere antikapitalistische Botschaft, unsere Identität und unser politisches Programm um so klarer sein.

Wir müssen eine wirkliche Politik der Verbreitung und or-



ganisatorischen Verstärkung betreiben. Das bedeutet keine Werbeaktion von Neumitgliedern, sondern die Erarbeitung eines Planes, um die bestehenden Basis-Organisationen zu strukturieren und zu stärken, eine territoriale Ausweitung in den „weißen Flecken“ herbeizuführen und dabei den aktiven Kern unserer Führungsgenossen einzubeziehen.

Wir müssen soziale Bündnisse wiedergewinnen, unsere Beziehungen zu den Gewerkschaften und den Bewegungen stärken, die für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, für öffentlich garantierte Bildung und Gesundheit, für ein menschenwürdiges Wohnen, für Arbeitnehmerrechte und für eine Welt des Friedens, der Solidarität und des Internationalismus kämpfen.

Wir müssen zu unserer föderalen und republikanischen Linie zurückfinden, die durch das Bündnis mit nationalistischen Kräften in einigen Gebieten Spaniens verwässert wurde. Zu einem Föderalismus, der nicht mit dem zentralistischen Gerede der PP, aber auch nicht mit der Zersplitterung der PSOE zu tun hat, sondern der solidarische Beziehungen zwischen den verschiedenen Körperschaften Spaniens zum Ziel hat.

Es ist dringend notwendig, zu einer Lösung der internen Konflikte zu kommen, die immer noch die Arbeit der IU in vielen Regionen erschweren.

Alle diese Elemente müssen der Kernpunkt unseres Einsatzes für die Neugründung (Refundación) der IU sein, die zum jetzigen Zeitpunkt, mit mehr Zeit und innerer Ruhe betrachtet, sehr viel wichtiger und notwendig erscheint.

Zypern

Einschätzung des Politbüros des ZK der AKEL

Nikosia, 16. Juni 2009 (gekürzt)

Das Politbüro schätzt ein, dass die Wahlergebnisse einen bedeutsamen Erfolg des von der AKEL geführten Linksbündnisses darstellen. Wir haben das Spitzenergebnis von 34,9 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Das ist eine Steigerung von sieben Prozent gegenüber den letzten Europawahlen und von 3,9 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 2006. AKEL ist eine der ganz wenigen Regierungsparteien in der EU, der es gelungen ist, ihren Stimmenanteil zu verbessern.

Der Erfolg ist zu einem großen Teil auf das richtige, verantwortungsvolle und patriotische Vorgehen des Präsidenten der Republik, Demetris Christofias, in der Zypernfrage und auf die erfolgreiche Politik seiner Regierung zurückzuführen. Die Stärkung des von AKEL geführten Linksbündnisses bei den Europawahlen verleiht unserer Partei die Kraft, die Politik der Regierung Christofias für eine gerechte Lösung der Zypernfrage und eine gerechtere Gesellschaft im Lande noch wirksamer fortzusetzen.

Das Wahlergebnis hat in der Praxis bewiesen, dass das Volk Antikommunismus, AKEL-Feindlichkeit und die Verleumdung unserer Partei als angeblich „euroskeptisch“ ablehnt. Im Gegenteil, das Volk hat das langjährige Engagement von AKEL für Zypern belohnt. Es unterstützt unser Eintreten für ein demokratischeres Europa, das eine reale Sozialpolitik betreibt und frei von Atlantismus ist.

Im Wahlkampf haben wir nicht nur die Zypernfrage und innenpolitische Probleme sondern auch Fragen in den Vor-

dergrund gestellt, die Europa und die europäischen Völker betreffen. Leider haben andere sich dafür entschieden, ausschließlich die Zypernfrage anzusprechen oder innere Fehden auszutragen, um auf diese Weise AKEL und dem Präsidenten der Republik zu schaden. Eine beträchtliche Zahl von Massenmedien haben sich dieser Linie angeschlossen, wodurch europäische Themen nicht ausreichend diskutiert wurden.

AKEL übersieht und unterschätzt nicht die niedrige Wahlbeteiligung. Dass dies ein allgemeiner Trend in Europa ist, sollte uns nicht beruhigen. Im Gegenteil, es sollte uns zum Nachdenken Anlass sein, da wir in Zypern im Hinblick auf Wahlen eine andere politische Kultur haben. AKEL muss die Gründe für die hohe Wahlenthaltung sorgfältig untersuchen. Vor allem für diese Haltung bei Wählern der Linken. Klar ist jedoch, dass die EU und ihre Institutionen die Menschen nicht haben überzeugen können, was zu einem großen Teil an der Politik gegen die Interessen der Völker liegt, die von den konservativen Kräften Europas und den Brüsseler Bürokraten betrieben wird. Auch die systematische Abwertung der Beteiligung der Menschen an politischen und sozialen Kämpfen, die von diesen Kräften und Teilen der Massenmedien betrieben wird, hat dazu beigetragen.

Mit Bedauern und Nachdenklichkeit sieht AKEL das Aufkommen rechtsextremer Kräfte in einer Reihe europäischer Länder. Die Wirtschaftskrise, für die der Neoliberalismus und die Politik der konservativen Rechten in Europa verantwortlich sind, die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Verteidigung und Durchsetzung dieser Politik, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus, die von den traditionellen Rechten kultiviert werden – all das hat den Interessen und Zielen der rechtsextremen, profaschistischen Kräfte genützt.

AKEL bekräftigt, dass sie im Europäischen Parlament auch weiterhin für die Rechte Zyperns und die Interessen unseres Volkes, insbesondere der arbeitenden Menschen, der unteren und mittleren Schichten eintreten wird. In der Fraktion Vereinigte Europäische Linke wird AKEL sich weiterhin für ein Europa der Völker, für die Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen Europas, für eine demokratischere, ökologisch verantwortungsvollere EU einsetzen, die frei von aggressiver, militaristischer Politik ist.



Krisenbewältigung in der EU nicht zu Lasten der Ärmsten

Interview mit Lothar Bisky, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, 30. Juni 2009; aus: www.die-linke.de

● **Ein wenig mehr als zwei Wochen nach der Europawahl hat Dich die neue Linksfraktion in Brüssel bereits zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Verglichen mit anderen Entscheidungsprozessen in der EU legt die Linke ein Wahnsinns-tempo vor.**

In diesem Falle ist es nicht die Linke allein, die temporeiche Entscheidungen vorgelegt hat. Andere Fraktionen waren genauso schnell. Das Europäische Parlament will handlungsfähig sein, immerhin haben sich die Regierungschefs und -chefinnen auf eine Zustimmung zu Barrosos zweiter Amtszeit geeinigt, nur geht dies nicht ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Zum anderen steht der Wechsel der Ratspräsidentschaft an und dies ist immer mit einem vollmundigen Arbeitsprogramm verbunden, zu dem sich das Parlament in Beziehung setzen muss. „Taking the challenge“ lautet die Überschrift der Schwedischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte. Die Wirtschaftskrise, wachsende Arbeitslosigkeit, aber auch der Klimawandel brauchen politische Antworten. Und die Iren sind aufgefordert, noch einmal über Lissabon abzustimmen. Es geht erneut um die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union.

● **Wurde Dein Integrationstalent in Brüssel bereits gefordert?**

Nun, die Fraktion ist kleiner als erhofft. Das heißt zuerst und auch in Zukunft gemeinsam die Kräfte der unterschiedlichen linken Parteien in Europa zu bündeln. Zugleich kann die allgemeine Hoffnung z. B. gegenüber der wachsenden deutschen Linken bei einer recht großen Delegation dann auch mal konkret in Befürchtungen umschlagen. Es geht um eine Integration besonderer Art, eine, die deutlich macht, dass man – egal wie groß die Delegation ist –, solidarisch miteinander umgeht. Wir sind die einzige konföderale Fraktion im Europaparlament und sollten unbedingt an den vertrauensvollen Arbeitsstil anknüpfen, der unter Vorsitz meines Vorgängers Francis Wurtz gepflegt wurde. Die Fraktion hat eine Mitverantwortung für die Konsolidierung der linken Kräfte, die in dieser Legislatur nicht im Europaparlament vertreten sind und auch für linke Parteien aus osteuropäischen Ländern, die nicht Mitglied der EU sind.

● **Viel Zeit zur Selbstfindung hat die neue Fraktion ja auch nicht. Europa steht angesichts der internationalen Krise vor gewaltigen Herausforderungen. Mit welchen Initiativen wird die neue Fraktion nach der Konstituierung des Parlaments am 14. Juli ihre fünfjährige Arbeit beginnen?**

Wir müssen dort weitermachen, wo wir wichtige Sachen angeschoben haben: beim Kampf gegen die Arbeitszeitrichtlinie, beim Verbraucherschutz, bei einer Verantwortung für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen, bei Schritten zu einer solidarischen Außenhandelspolitik, bei abrüstungspolitischen Klarheiten. Wir haben ein ehrgeiziges

Wahlprogramm und die Plattform der Partei der Europäischen Linken (EL), und wir haben klar gesagt: Die Linken werden in Europa eine Politik der Krisenbewältigung machen, in der nicht die Ärmsten die Zeche bezahlen und der Klimaschutz noch ein bisschen warten muss. Wir müssen uns fachpolitisch schnell einfuchsen, denn zum Beispiel die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik oder die Haushaltsreform werden die kommende Legislatur prägen, und da kann linke Politik nicht stumm bleiben.

Ein Projekt für DIE LINKE und die GUE/NGL ist auch das Vorantreiben einer Charta der gemeinschaftlichen Güter, die rechtlich verankert müsste. Damit würden wir für unsere Forderung des Ausbaus der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen neue verbindliche Grundlagen schaffen. Damit wäre auch Rekomunalisierung einfacher. Solche Rahmenseetzungen schafft man nicht von heute auf morgen, aber man muss damit anfangen. 2010 wird die Lissabon-Strategie neu ausgerichtet, dafür wäre solch eine Charta ein kluger Beitrag. Hier sehe ich auch große Möglichkeiten, um mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

In ganz Europa sind aus den Wahlen am 7. Juni konservative und rechte Parteien gestärkt hervorgegangen. Inwieweit gibt es zwischen der jetzt 35 Abgeordnete zählenden Linksfraktion einerseits und Grünen und Sozialdemokraten andererseits überhaupt Anknüpfungspunkte, um im Europaparlament ein Gegengewicht zu Konservativen und Rechten aufzubauen?

Vor der Wahl hatte ich ja schon deutlich gesagt, dass wir die Sozialdemokraten und die Grünen nicht aus ihren Bekennnissen zu einer sozialen Fortschrittsklausel entlassen, die sie vollmundig in den Wahlkampf gerufen haben. Da sind Anknüpfungspunkte und wir werden Druck machen. Auch hörte man oft genug, dass Steueroasen ausgetrocknet werden sollen und uns nur eine andere Geldpolitik aus der Krise führt. Jetzt ist die Chance – auch hier mehr für Beschäftigung und den sozial-ökologischem Umbau zu tun.

● **Alle drei Fraktionen haben angekündigt, Barroso nicht zu wählen. Kannst Du Dir einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorstellen?**

Warum nicht, wenn er nicht Barroso heißt und wenn er dafür stünde, marktradikale Politik zu beenden und eine soziale und friedliche Europäische Union voranzubringen.



Aus der Internationalen Linken

Die Linke in Gordon Browns Großbritannien

Von Thomas Kachel, Sprecher der LAG FIP in Sachsen;
aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke
in Europa. Analyse linker Parteien und Parteilanzen, Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin 2009*

In einem Sketch der BBC-Comedy Show Rory Bremners treffen Gordon Brown und Tony Blair ein Jahr nach Blairs Abtritt aufeinander. Brown: „Du hast es gut getroffen. Genau zur richtigen Zeit hast du dich davon gemacht.“ Blair daraufhin: „Gut getroffen? Du dachtest doch nicht, dass das ein glücklicher Zufall war? Bescheuert bin ich nicht.“ In der Tat beendete Tony Blair seine Regierungszeit zu einem Zeitpunkt, als in mehr als einer Hinsicht klar wurde, dass der historische Status quo, auf dem New Labour seine Dominanz in der britischen Gesellschaft begründete, zum Ende gekommen war. Sowohl Liberale wie David Marquand als auch Linke wie Anthony Barnett sehen die größte Herausforderung in der Gleichzeitigkeit eines Vertrauensverlust in traditionelle Institutionen und dem Zusammenbruch neoliberaler „Gewissheiten“. ¹ So sind jetzt 70 Prozent der Briten der Meinung, Super-Reiche würden nicht ausreichend zum Gemeinwesen beitragen, und ihr Einkommen solle wesentlich höher besteuert werden. Mehr und mehr Briten werden sich nun auch über den volkswirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Reichtumsakkumulation, Spekulation und Krise bewusst. ²

Die einzige unmittelbare positive Folge der Krise ist ein Dämpfer für den einstmals noch als sozialistisch firmierenden schottischen Nationalismus – die SNP. Seit 1989 beschwor man ein neoliberales schottisches Wirtschaftswunder im Falle der Unabhängigkeit und spielte mit antienglischen Ressentiments. Der unerwartete Sieg Labours in den Nachwahlen des Unterhausabgeordneten für Glenrothes im Oktober 2008 könnte ein Signal sein, dass schottische Wähler zu verstehen beginnen, dass in der „schönen neuen Welt“ der Krise der Satz: „small is beautiful“ nicht mehr gilt. Dies bedeutet Zeitgewinn für die Idee vom multinationalen, multi-kulturellen Großbritannien und für eine hoffentlich wiederer-starkende Scottish Socialist Party. Es stellt sich aber generell die Frage: Ist die Linke in Großbritannien in der Lage, von dieser Legitimationskrise zu profitieren?

In diesem Artikel sollen die drei wichtigsten Akteure in diesem Spannungsfeld verortet werden: Die (Linke in der) Labour Party, die Linke in den britischen Gewerkschaften und die Linke in den Partei-Koalitionen links von Labour, vor allem in der Respect-Koalition. Um die Bedingungen ihres Agierens zu erhellen, bietet sich zunächst ein kurzer Exkurs über New Labour unter Gordon Brown an.

1. A „New“ New Labour? Die Finanzkrise und Labours Re-Sozialdemokratisierung „wider Willen“

So sehr das New Labour Projekt auch von Linken gehasst wurde und wird, so führt doch an der Labour Party kein Weg vorbei. Dafür sorgt schon das Mehrheitswahlrecht, das generell nur je zwei Kandidaten Chancen auf einen Sitz im Unterhaus einräumt. In der Labour Party gibt es gerade an der Parteibasis eine Reihe engagierter linker Mitglieder, und eine Vielzahl innerparteilicher Organisationen, die sich der Propagierung linker Inhalte – von globaler Gerechtigkeit über Feminismus bis hin zur Gewerkschaftsarbeit – verschrieben haben. Aber der sichtbare Widerspruch zwischen linkem Herzen der Basis und rechter Regierungspraxis führt zum weiteren Ausbluten der Partei: Auf dem Höhepunkt der New Labour-Popularität 1997 hatte die Partei 405 000 Mitglieder, Ende 2007 nur noch 176 000, ein historisches Allzeit-Tief, wie konservative Beobachter bemerken. ³

Beim Wechsel von Blair zu Brown als Galionsfigur der Regierungspartei 2007 machten sich nur wenige, wie etwa Polly Toynbee von der linksliberalen Tageszeitung The Guardian, Hoffnungen auf umfangreiche Korrekturen in der New Labour-Programmatik. Die Hoffnung auf eine eigenständige Kehrtwende erfüllte sich jedoch nicht. Blair mit seiner charismatischen Wirkung vor allem auf konservative Wähler steht nicht mehr zur Verfügung, aber Brown weigert sich standhaft, dies durch eine linkere Profilierung bei der traditionellen Labour-Wählerschaft wieder wett zu machen. Im Gegenteil: Die Erhöhung des Prozentsatzes für den Einkommenssteuersatz von 10 auf 20 Prozent im letzten Jahr traf vor allem die Einkommensschwachen und führte zu einem PR-Desaster für den Premier. Auf europapolitischer Ebene setzte sich Brown bis vor kurzem, wie Blair, für eine weitere Deregulierung der Finanzmärkte ein, und er war noch Anfang 2008 der wichtigste Gegner jeder zahmen Idee der Steuerharmonisierung.

Infolgedessen ist die Partei in den Meinungsumfragen stetig auf dem Rückzug. Im Januar 2009 lag Labour 12 Prozent hinter der konservativen Partei. Dies macht entweder ein Patt im Parlament oder einen konservativen Wahlsieg im nächsten Jahr wahrscheinlich. ⁴ Die Parteiführung reagiert auf diese Entwicklung überwiegend mit Durchhalte-Rhetorik, ohne dass die Verantwortung der Führung für die Praxis der vergangenen Jahre parteiintern thematisiert würde.

Umso erstaunlicher ist die ordnungspolitische Kehrtwende, die New Labour seit dem Herbst 2008 vollzieht. So boten Premierminister Brown und Schatzkanzler Darling allen Finanzinstitutionen in hoher Geschwindigkeit einen praktisch unbegrenzten Bürgschaftsschirm an. Einige, darunter die Großbanken HBOS und RBS, wurden durch mehrheitliche Anteilskäufe verstaatlicht – ein in der marktgläubigen Ökonomie Großbritanniens einmaliger Vorgang. Man entschied sich für eine massive Neuverschuldung, um ein antizyklisches Wirtschaftsrettungsprogramm zu finanzieren: Im Laufe des Jahres 2009 soll eine Stimulation der Inlandsnachfrage durch eine Senkung der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte und andere Maßnahmen erreicht werden. Allein dies entspricht einer zusätzlichen Kreditaufnahme von 21 Milliarden Pfund, was die Staatsverschuldung 2010 auf etwa 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen lassen wird. ⁵ Damit wird deutlich, dass die New Labour Führung einige Grundsätze der neoliberalen makroökonomischen (Nicht)Steuere-



rung verlässt. Ist das nun „die Linke“ auf dem Vormarsch? Mit Sicherheit nicht. Denn dieses Handeln ist nicht Folge von Einsicht oder neuen politischen Meinungsbildungsprozessen in der Regierung, sondern es ist aufgezwungen.⁶ Trotzdem oder gerade deswegen verstärken sich in der Öffentlichkeit, und auch innerparteilich, die Hoffnungen auf einen „Linksruck“ innerhalb der Partei. Sind diese Hoffnungen berechtigt?

2. Die Labour-Linke

Das wichtigste organisatorische Zentrum der traditionellen Linken in der Partei ist die Socialist Campaign Group. Sie besteht zurzeit aus ungefähr 20 bis 30 Unterhausabgeordneten. Ihre bekanntesten Gesichter sind die Londoner Abgeordneten Diane Abbot, Jeremy Corbyn, und John McDonnell. Die Gruppierung entstand in den 1980er Jahren als Reaktion auf die Aufweichung des Programms der Partei durch die sogenannten Reformer um Neil Kinnock. Der damalige Gründervater der Gruppierung war Tony Benn, der noch immer als spiritus rector der traditionellen Linken in GB geachtet wird.⁷ Politische Prinzipien sind das Eintreten für die Verteidigung öffentlichen Eigentums, die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum, die Erreichung von Bildungsgleichheit, die Gegnerschaft zu Kriegen und dem Besitz und der Anwendung von Atomwaffen, aber für einige auch die Gegnerschaft zum „gemeinsamen Markt“ EU.

Die interessante Entwicklung der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Socialist Campaign Group ist jedoch die Gründung des Labour Representation Committee (LRC). Vorsitzender ist der Unterhausabgeordnete John McDonnell. Die Organisation wurde 2004 von maßgeblichen Protagonisten der Socialist Campaign Group gegründet mit dem Ziel, „die Zehntausende anzusprechen, die sich von Labour in Verzweiflung und Desillusionierung abgewandt haben“.⁸

Zweifellos dem Impuls der Anti-Irak-Proteste folgend entwickelte sich damit eine eigene linke Struktur auch in der Basis und im Umfeld der Labour Party.⁹ Auch die Gründung des Wissenschaftler-Gremiums Left Economics Advisory Panel (LEAP) im Rahmen des LRC war ein solcher Schritt nach außen. Seit dem Eintritt in die akute Krise gibt LEAP, dessen Mitglieder auch Verbindung zur deutschen Memorandum-Gruppe unterhalten, regelmäßig „Red Papers“ heraus: Aufsätze und Analysen zur Krise, die neokeynsianische Alternativen zum Handeln der New Labour-Regierung verdeutlichen sollen.¹⁰ Aber innerparteilich ist das LRC selbst für eine Sperrminorität zu schwach.¹¹

Die Unzufriedenheit mit dem Kurs der New Labour-Führung geht aber weit über das Umfeld der traditionellen Sozialisten hinaus. Im Jahr 2003 gründete sich auch die Gruppe Compass, die dem New Labour Projekt kritisch gegenübersteht, die sich aber nicht vorrangig auf Umverteilungsfragen konzentriert. Fragen ökologischer Nachhaltigkeitspolitik wie auch die Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten unter New Labour gehören zu den vorrangig thematisierten Kritiken. In verschiedenen britischen linken Blogs wird aber zuweilen die Meinung vertreten, dass Compass die Funktion habe, persönliche Konflikte zwischen der Führung und Middle Labour, dem Zentrum der Partei, zu kitten.¹² Zwei weitere Organisationen, die sich innerhalb der Partei gegen die New Labour-Vorherrschaft stellen, sind die Grassroots Alliance und Save the Labour Party. Beides sind im wesentlichen Aktivistengruppen, die etwas für die Demokratisierung der Partei tun wollen. Sie lasten den Niedergang der Partei

(-mitgliedschaft) dem autoritären Führungsstil der New Labour-Funktionäre an. Durch eine Koordination ihrer Bemühungen vor allem mit dem LRC konnten in den letzten Jahren einige linke Kandidaten bei den Wahlen zum Parteivorstand, dem National Executive Committee, durchgesetzt werden. 2008 gelang dies sogar bei 4 von 6 zu wählenden Sitzen.

Wenn sie auch inhaltlich voneinander abweichen, ist die grundsätzliche Taktik aller vier Formationen die gleiche: Es ist der Versuch, innerhalb der Labour Party relative Mehrheiten für linke bzw. traditionell sozialdemokratische Inhalte zu bauen, um eine strukturelle Mehrheit herzustellen, mit der dann ein politischer Richtungswechsel durchgesetzt werden kann. Dafür sind die gewählten Parteigremien jedoch zu weitgehend entmachtet. Auch wenn eine solche Wiederaneignung der Parteigremien gelingt, ist es sehr zweifelhaft, ob die Mehrheiten selbst für Mitte-Links-Positionen in der Partei noch vorhanden sind. Die Demokratie-Kampagne innerhalb der Partei erreichte 2007 erstmals, dass wenigstens der stellvertretende Parteivorsitzende direkt von den Mitgliedern gewählt werden kann. Dennoch verlor der hoffnungsvolle „centre-left“ Kandidat Jon Cruddas, der von den meisten großen Gewerkschaften unterstützt wurde und als „Verbindung zwischen der Führung und der Parteibasis dienen“ wollte, gegen die Brown-Getreue Harriet Harman. Labours „Linksschwenk“, wann immer er überhaupt möglich gewesen wäre, ist vorüber, ehe er begann.

3. Aus Selbstzurückhaltung in der Defensive – Die Trade Unions

Die im TUC zusammengefassten Gewerkschaften beheimateten 2008 ungefähr 7 Millionen Erwerbstätigen. In den Jahren der Blair-Ära konnte der Mitgliederrückgang der Unions zwar gestoppt werden. Die Unwilligkeit der Blair-Regierung, jegliche Art von Anti-Gewerkschaftsgesetzen aus der Thatcher-Periode zurückzunehmen, hat aber die praktische Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften in der privaten Wirtschaft bei einem Organisationsgrad von 17,8 Prozent zementiert.¹³ Auch der Einfluss auf die Gestaltung der politischen Prämissen der Regierung war so gering wie noch unter keiner anderen Labour-Regierung. In die Regierungszeit Gordon Browns starteten die Gewerkschaften zunächst mit Hoffnungen, die aber schnell durch die verächtliche Haltung der New Labour Führung enttäuscht wurden. So verweigerte Brown sowohl die zentrale gewerkschaftliche Forderung, Solidaritätsstreiks innerhalb eines Unternehmens wieder zuzulassen als auch die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie in britisches Recht.

● Organizing contra partnership

Bisher haben die führenden Funktionäre des TUC, allen voran Generalsekretär Brendan Barber, nicht erkennen lassen, dass sie von der auch unter Blair geübten Selbstzurückhaltung unter dem Social Partnership-Abkommen abweichen wollen. Zwar profilieren sich inzwischen alle Gewerkschaftschefs öffentlich im Vorfeld ihrer Gewerkschaftskonferenzen als die großen Mahner, doch politische Konsequenzen aus der offensichtlichen Ignoranz New Labours haben nur die wenigsten gezogen: Die Feuerwehrgewerkschaft FBU schied 2002 nach einem bitteren Arbeitskampf aus der Labour Party aus, und stellte ihre Unterstützungszahlungen ein. 2004 folgte der schottische Teil der Eisenbahngewerkschaft RMT diesem Beispiel, indem sie sich entschied, die schottischen



Sozialisten zu unterstützen. Dafür wurde die gesamte Gewerkschaft aus der Labour Party ausgeschlossen, diese entschloss sich daraufhin, das LRC finanziell zu unterstützen. Die wichtigen und mitgliederstarken Gewerkschaften bleiben jedoch weiterhin entscheidende finanzielle Unterstützer der Labour Party. So hat sich zum Beispiel die größte Gewerkschaft, die Dienstleistungsgewerkschaft Unite, gerade entschieden, Labour eine Spende von 11 Millionen Pfund zukommen zu lassen, um die Finanzschwierigkeiten der Partei zu überwinden. Unite ist auch bekannt für einen rabiaten Umgang des New-Labour-nahen Apparats mit linken Obleuten und Aktivisten.

Der TUC hat mittlerweile versucht gegenzusteuern: Mit der Einrichtung einer Organizing and Activist academy werden shop stewards und andere Gewerkschaftsvertreter aus den Betrieben geschult, um nicht nur Ansprechpartner für andere zu sein, sondern auch wieder aktiv Mitglieder zu werben. Denn ein weiterer entscheidender Grund für die politische Behäbigkeit der Gewerkschaftsführung geht auf die Mitgliedschaft zurück: Die RMT konnte ihre Loslösung von Labour auch damit begründen, dass nur 500 der 40 000 Gewerkschaftsmitglieder persönliche Mitglieder der Labour Party sind.

● Neue Probleme – neue Lösungen? Das Beispiel Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die horrenden Arbeitslosenvoraussagen von bis zu 3,4 Millionen für 2010 zeigen die Hohlheit der New Labour-Phrase vom Erfolg Großbritanniens als Service-Ökonomie. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sind von der Rezession genau so betroffen wie solche in der Industrie.¹⁴ Ein zentraler sozialer Konfliktpunkt sind aktuell bereits die Konflikte um die Einstellungspolitik britischer Unternehmen. Mehrere tausend Arbeiter insbesondere in Nordengland, Schottland und Wales protestieren zurzeit mit illegalen Ausständen gegen den bevorzugten Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Mit Verweis auf das Laval-Urteil des EuGH, einem Grundsatzurteil zum Verhältnis von nationalem kollektiven Arbeitsrecht und Europarecht, versucht eine Reihe großer Arbeitgeber mittels des Einsatzes von Migranten, gewerkschaftlich organisierte Belegschaften zu unterminieren. Zudem wird die Aufhebung der britischen Beschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit 2004 zu massiven Lohnsenkungen missbraucht.¹⁵ Es blieb insbesondere weitblickenden linken Aktivisten in der Basis und im Apparat der Einzelgewerkschaften vorbehalten, auf das Ausspielen in- und ausländischer Arbeiter zu reagieren.¹⁶ Eines der ersten Erfolgsprojekte für dieses schwierige Unterfangen kann die GMB für sich verbuchen. Für Südengland wurde 2006 ein Unterverband für osteuropäische Migranten gegründet, der mit Hilfe polnischer Aktivisten den Ankömmlingen heimatssprachliche Beratung und Englischkurse anbietet. Dadurch konnten innerhalb von eineinhalb Jahren mehrere Hundert Migranten gewerkschaftlich organisiert werden.¹⁷ Zum zweiten beginnt die Gewerkschaftsführung nunmehr mit einer politischen Kampagne unter den eigenen Mitgliedern. Damit soll der rassistischen Propaganda der rechtsextremen BNP begegnet werden, die den massiven Versuch unternimmt, die Auseinandersetzungen für sich zu instrumentalisieren.¹⁸

4. Respect und die außerparlamentarische Linke – Scheidung und neues Glück?

Die Gründung der Respect-Koalition kann als die wichtigste Entwicklung innerhalb der britischen Linken unter New Labour bewertet werden. Weil im Prozess der Bildung dieses Wahlbündnisses viele der Stärken und Grenzen der britischen außerparlamentarischen Far Left aufscheinen, soll dieses Projekt hier beispielhaft beschrieben werden.

Der Impuls, der zur Gründung von Respect führte, war die erfolgreiche Kampagne der Anti-War-Coalition gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003. Deren Erfolgsrezept, die Pluralität, sollte auch das Erfolgsrezept der 2004 gegründeten Partei werden. Die wichtigsten konstituierenden Teile des Bündnisses waren die trotzkistische, aber hoch öffentlichkeitswirksame Socialist Workers Party (SWP), einige Protagonisten der Muslim League of Britain (MAB) und die Vertrauten um George Galloway. Der Ex-Labour-Abgeordnete, der über seine Anti-Irakkriegs-Haltung aus der Labour Party ausgeschlossen worden war, konnte 2005 seinen größten Sieg feiern, als er als erster Abgeordneter links von Labour seit 1945 ins Unterhaus gewählt wurde. Weitere Achtungserfolge der Respect folgten auf kommunaler Ebene, so vor allem in Wohnbezirken mit hohem muslimischen Anteil oder Migrantenanteil wie Tower Hamlets (Ost-London) und Birmingham, wo Selma Yacoob in den Kommunalwahlen 2006 in ihrem Wahlbezirk 49 Prozent der Stimmen erreichte. Ein großer Durchbruch jedoch blieb aus. Bereits bei den Europa-Wahlen 2004, noch unter dem Eindruck des Irak-Krieges, erreichte die Partei aber nur enttäuschende 1,5 Prozent der Stimmen.¹⁹

In der Folge kam es 2007 zu einer internen Auseinandersetzung, die zwar einen personalpolitischen Anlass hatte, aber sehr klare politisch-strategische Differenzen symbolisierte. George Galloway bemühte sich, vor allem von wahlstrategischen Gesichtspunkten geleitet, gezielt um die Gruppe der islamischen Einwanderer. Daraus ergab sich eine andere Gewichtung der strategischen Ausrichtung der Partei als z. B. für John Rees und die meisten seiner SWP-Genossen. Diese hielten mit Schwerpunkt auf den Widerstand gegen weitere Privatisierungen und die Unterstützung von Arbeitskämpfen an einer oft recht militant verstandenen sozialistischen Ausrichtung fest. In der straff geführten Kaderpartei SWP, in der immer noch das Prinzip des demokratischen Zentralismus herrscht, ist angesichts des Ausgangs dieses Konflikts inzwischen Selbstkritik angesagt. Drei Mitglieder wurden wegen Verstoßes gegen das Parteiprogramm ausgeschlossen und John Rees trat als oberster Parteisekretär zurück. Über längere Zeit war es zudem zu Unzufriedenheit gekommen, weil die Basis bestimmte Aussagen und Voten Galloways im Unterhaus nicht länger tolerieren wollte. Galloway wurde „Kommunalismus“ vorgeworfen: Um die muslimische (traditionelle) Wählerschaft anzusprechen, sei er bereit, linke Inhalte zurückzustellen. SWP-Papiere kritisierten schon zur Kommunalwahl 2006 das „Agieren bestimmter Teile von Respect als klassenübergreifende Partei, nur einer Bevölkerungsgruppe dienend“²⁰ Viele Gay rights activists waren empört über sein (Nicht-)Abstimmungsverhalten bei mehreren Abstimmungen über Gleichstellungsfragen, obwohl Respect als Partei hierzu eine klare (positive) programmatische Positionierung hat. Auch seine einseitige Konzentration auf den Nahost-Konflikt, und seine Position der bedingungslosen So-



lidarität mit den Palästinensern hat ihm Vorwürfe eingebracht, berechnete wie unberechnete.²¹

Galloway ist und bleibt dennoch, durch seine rhetorische Begabung und seine Mediengewandtheit der derzeit bekannteste und durchsetzungsstärkste Politiker der außerparlamentarischen Linken in Großbritannien.

5. Ausblick

Angesichts der Zustände, in denen sich die drei größten Lager der Linken in Großbritannien befinden, kann man den Schluss ziehen: Die derzeitige Krisensituation ist günstig für die Linke, aber sie trifft sie unvorbereitet und in einem Stadium intensiver Selbstbeschäftigung. Dies ist auch der Grund, warum z. B. der Impuls, den die Wahlsiege bzw. Erfolge der deutschen und französischen Linken seit 2005 gesetzt haben, nicht wirklich wahrgenommen wird. Die Europäisierung der Linken findet in der britischen Debatte kaum statt.²²

Die Krise wäre eine gute Gelegenheit, auch hier neu zu beginnen. Die Ansatzpunkte müssen aber insbesondere nach dem Respect-Desaster erst neu erstritten werden. Dazu ist eine neue Betriebsamkeit mit einer Vielzahl von Treffen, Kampagnen und Diskussionen ausgebrochen. Die RMT, die noch im vorigen Jahr Avancen Galloways zu seiner Unterstützung im Londoner Wahlkampf zurückgewiesen hatte, machte vor kurzem den Vorschlag einer sog. People's Charter: Die Festschreibung von Inhalten wie Anti-Privatisierungskampf, Antirassismus/Antifaschismus, Stärkung der Kommunen und Gemeinschaften soll Gelegenheit zur Schaffung einer Programm-Plattform bieten, um im Anschluss die organisatorischen Hürden anzugehen. Die Plattform Progressive London bietet ein cross-over von Labour-Linken und hauptstädtischen Aktiven an, die vor allem emanzipatorische Inhalte geltend machen.

Konkrete neue Wahlbündnisse sind zur Europawahl 2009 nicht zu erwarten, während die wahrscheinlich im Frühjahr stattfindenden Unterhauswahlen 2010 durchaus zu einer neuen Koalition führen könnten. Einig ist man sich bereits in dem, was es zu bekämpfen gilt: Die Sorge, die BNP könnte die Krise zum Sprungbrett für die nächsten Unterhauswahlen machen, vereint alle wesentlichen Kräfte. Die Kampagne Hope not Hate, getragen von dem linken Musiker Billy Bragg und dem antifaschistischen Magazin Searchlight, wird von fast allen Gewerkschaften unterstützt.

Sicherlich bietet die jetzige Situation der britischen Linken die beste Chance seit Jahrzehnten, den politischen Diskurs und die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig nach links zu verschieben und einen neuen institutionellen Kern zu schaffen. Die Frage, inwieweit das Zeitfenster dafür genutzt werden kann, wird die Zukunft beantworten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. David Marquand: How did we get here?, in: New Statesman, 10. April 2008; Gerry Hassan/Anthony Barnett: Breaking out of Britain's neoliberal state, in: Compass thinkpiece no. 43, 5. Januar 2009.
- 2 Vgl. ICM Poll, November 2008, in: The Guardian vom 14. Januar 2009.
- 3 Das „First-past-the-post“-System erwächst aus der seit dem Mittelalter tradierten strikten territorialen Repräsentanz der Abgeordneten. Ein Listenwahlrecht nach Parteien gibt es für das Unterhaus nicht. Ein Abgeordneter wird gewählt, um ein Territorium (constituency) zu vertreten. Dass er/sie zugleich Parteienvertreter ist, ist für die Wahl selbst unerheblich.
- 4 Vgl. ICM-Umfrage vom 25. Januar 2009, in: The Guardian, 26. Januar 2009.
- 5 Vgl. ICM-Umfrage vom 25. Januar 2009, in: The Guardian, 26. Januar 2009.

- 6 Jackie Ashley, linksliberale Kolumnistin beim Guardian, stellt verwundert fest: „Die Linke mag wieder still und im Schneckengang auf dem Vormarsch sein, aber nicht in neuen Parteien oder neuen Persönlichkeiten, sondern in den mutierenden Persönlichkeiten der heutigen Minister“, in: Jackie Ashley: In this economic cauldron, a new Labour is being forged, in: The Guardian, 8. Dezember 2008.
- 7 Tony Benn schied 2001 aus dem Parlament aus, um, wie er sagte, „mehr Zeit der Politik zu widmen“.
- 8 Vgl. About the LRC, in: <http://www.l-r-c.org.uk/about/>, abgerufen am 18.2.2009.
- 9 Ungefähr 30 territoriale Unterorganisationen der Labour Party sind dem LRC bisher beigetreten, und auch vier traditionell linke Gewerkschaften. Vgl. <http://www.l-r-c.org.uk/>.
- 10 Im Moment leisten diese Papiere z.B. Argumentationshilfe gegen eine rassistische Interpretation der irregulären Streiks in der nordenglischen Ölraffinerie Lindsey, vgl. <http://leap-lrc.blogspot.com/>.
- 11 Der Vorsitzende des LRC, John McDonnell, wollte Brown 2007 bei der Wahl zum Parteiführer herausfordern, konnte aber noch nicht einmal 24 seiner Fraktionskollegen dazu bewegen, seine Kandidatur zu unterstützen.
- 12 Der Vorsitzende des LRC, John McDonnell, wollte Brown 2007 bei der Wahl zum Parteiführer herausfordern, konnte aber noch nicht einmal 24 seiner Fraktionskollegen dazu bewegen, seine Kandidatur zu unterstützen.
- 13 Aktuell zeichnen Gary Daniels und John McIlroy ein pessimistisches Bild, was die Wirksamkeit der Gewerkschaften am Arbeitsplatz betrifft: „Ein wirkliches Ringen (um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnabschlüsse) findet nicht mehr statt“, in: Daniels/McIlroy (eds.): The British Trade Unions and New Labour, Routledge 2008, S. 23.
- 14 Vgl. National Office of Statistics: Labour Market Statistics, January 2009, zitiert in: The Independent, 21.1.09. Auch IMF-Sprecher Oliver Blanchard nennt als „Voraussetzung“ für die Erholung des Finanzsektors in GB „einen markanten Rückgang der Beschäftigung in diesem Sektor“. (BBC-Interview, 23. Dezember 2008)
- 15 Einer der ersten, die sich diesem Thema zuwandten, ist der SWP-Aktivist und Regisseur Ken Loach. Sein Film „It's a free world“ zeigt ungeschminkt, wie die viel gepriesene Freiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Großbritannien zu grenzenloser Erpressbarkeit und erbärmlichen Lebensverhältnissen der Migranten geführt. Ein Thema, dem sich auch die außerparlamentarische Linke bis vor kurzem – wohl aus einer falsch verstandenen political correctness heraus – nicht zuwenden wollte.
- 16 Vgl. Organising Migrant workers : evidence from TUC funded work, in: <http://uin.org.uk>, abgerufen am 10.2.2009.
- 17 Vgl. Thomas Kachel/Joanna Luczyn: Sprachkurse zum Mitgliederfang, in: Neues Deutschland, 7.11.2008.
- 18 Die GMB, die maßgeblich handwerkliche Berufe vertritt, ist die größte Gewerkschaft, die Billy Braggs neue antifaschistische Kampagne „Hope not Hate“ unterstützt. Vgl. Daily Telegraph, 1. Februar 2009.
- 19 Vgl. European Election: United Kingdom Result, in: <http://news.bbc.co.uk>, abgerufen am 18.2.2009.
- 20 Siehe dazu ausführlicher: Thomas Kachel: New Labours zweite Legislatur, in: Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, rls Texte 30, Berlin 2006.
- 21 Berechtigt sicherlich vom linken Standpunkt aus der Vorwurf des „single issuism“ – der Reduzierung auf ein Thema, das auch Galloways Wahl-Opportunismus anzulasten ist. Unberechtigt ist der Vorwurf des Antisemitismus – wer Galloways Reden kennt, weiß, dass ethnische Zuschreibungen in den Begründungszusammenhängen seiner politischen Argumentation nie eine Rolle gespielt haben.
- 22 Eine Ausnahme sind natürlich Andrew Coates, ehemaliger linker Labour-Europaabgeordneter mit seinem Blog <http://tendancecoatesy.wordpress.com/> und die Enthusiasten der Initiative for a European Left in England <http://eurleft.wordpress.com/>.



Schweden: Langer Marsch in die Koalition

Von Henning Süßner, Mitglied der Linkspartei (Schweden),
Rektor der Volkshochschule Kvarnby in Malmö;
aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke
in Europa. Analyse linker Parteien und Parteiallianz, Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin 2009*

Am 7. Dezember 2008 traten die Parteivorsitzenden der drei schwedischen Oppositionsparteien an die Öffentlichkeit und verkündeten, dass Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei mit einer gemeinsamen Wahlplattform zur Reichstagswahl 2010 antreten werden. Erst kurz zuvor hatte der Parteivorstand der Linkspartei dem Projekt grünes Licht gegeben. Das Ziel des politischen Programms der jetzigen Opposition ist es, die rechte Regierungsallianz in der nächsten Reichstagswahl (2010) zu besiegen und mit einer rot-grünen Koalitionsregierung zu ersetzen. Diese Nachricht schlug in den schwedischen Medien und in den Reihen der Mitglieder der Linkspartei wie eine Bombe ein.

Zum einen, weil es kurz zuvor noch ganz anders geklungen hatte. Am 8. Oktober 2008 hatten die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP), Mona Sahlin, und die zwei Sprecher der Grünen (Miljöpartiet), Maria Wetterstrand und Peter Eriksson, der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass SAP und Grüne eine langfristige Zusammenarbeit vereinbart hätten, mit dem Ziel, im Jahr 2010 die Regierungsmacht zu übernehmen. Die Linkspartei stand außen vor, und Mona Sahlin erteilte einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei (Vänsterpartiet) mit dem Hinweis auf die „fundamentalistische Haltung“ der Linken zur Finanzdisziplin ein sehr eindeutiges Nein. Wenig später begannen Sahlin, Eriksson und Wetterstrand demonstrativ eine politische Rundreise durch Schweden, während Lars Ohly, Vorsitzender der Linkspartei, zwar seine Bereitschaft beteuerte, „konstruktiv“ an den Zukunftsdiskussionen der Opposition teilnehmen zu wollen, aber Zuhause bleiben musste.

Kurz danach protestierten jedoch Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen das kategorische Nein Sahlins zur linken Zusammenarbeit und nach wachsendem Druck aus den Reihen der eigenen Partei und auch aus Gewerkschaftskreisen sah sie sich widerstrebend dazu gezwungen, die Gespräche mit Lars Ohly und der Linkspartei wieder aufzunehmen. Kurz darauf war die politische Sensation perfekt und die Linkspartei der Gewinner des Rennens.

Eine Sensation war das Ganze jedoch auch aus grundsätzlicheren Gründen: Ein Wahlsieg der neuen rot-grünen „Allianz für Vollbeschäftigung, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Umwelt“ würde die erste linke Koalitionsregierung Schwedens schaffen. Zum ersten Mal überhaupt konnte der Sozialdemokratie ein Koalitionsversprechen schon vor einer Wahl abgerungen werden, und obendrein hat nun die schwedische Linkspartei zum ersten Mal die Aussicht Regierungspartei zu werden. Dies wäre in der Tat ein historisches Ereignis und es liegt in Reichweite: Mit einem zweistelligen Vorsprung vor der regierenden Rechtskoalition, so die aktuellen Wahlumfragen, scheint der Machtwechsel in Stockholm geradezu vorprogrammiert.

Bei so viel Geschichtsträchtigkeit ist es kaum verwunderlich, dass es lange dauerte, bis sich die drei beteiligten Par-

teien das Koalitionsversprechen abringen konnten. Für den Part der Linkspartei eröffnet der eventuelle Schritt in die Regierungsverantwortung nun ein weiteres Kapitel der langen und schmerzvollen Revision ihres Selbstbildes. Dieser Prozess wurde in den 1990er Jahren eingeleitet, führte vor nicht allzu langer Zeit fast zur Spaltung der Partei und gipfelt nun in der Bildung einer festen Wahlallianz mit Grünen und Sozialdemokraten, die von einer grundlegenden Reform der Parteiarbeit begleitet wird.

Erdrutsch im politischen System

Dass sich der Vorsitzende der postkommunistischen Linkspartei Schwedens Ende 2008 als politischer Sieger im Ringen um die Einigung der Opposition vor den Kameras der schwedischen Presse im Stockholmer Reichstag präsentieren konnte, ist ein direktes Resultat des letzten Reichstagswahlkampfes in Schweden. SAP, Grüne und Linkspartei waren nämlich bereits seit 1998 eine immer engere, allerdings auch zunehmend kompliziertere Zusammenarbeit in Regierungsfragen eingegangen. Diese Zusammenarbeit begann damals mit der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Diese wurde 2002 mit einer Art Absichtserklärungsprogramm für die damalige Mandatsperiode vertieft und 2006 mit der eindeutigen Aussage, diese Zusammenarbeit nach der Wahl fortsetzen zu wollen, untermauert.

Diese Form der Zusammenarbeit erlitt jedoch im September 2006 eine geradezu traumatische Absage durch die schwedischen Wähler. Daher wurde damals ein Schritt vollzogen, der das Ende einer Epoche der schwedischen Parteienpolitik und den Übergang in ein bipolares Parteiensystem vollzieht.

Die schwedische Politik ist nun in der Praxis dual und findet zwischen zwei politischen Allianzen statt, die jede Möglichkeit der blocküberschreitenden Zusammenarbeit per se ausschließen. Damit ist eine über 70 Jahre andauernde Phase der schwedischen Parteienpolitik im Prinzip abgeschlossen worden. Bis zur Wahl 2006 gab es zwar in der Praxis auch zwei politische „Blöcke“, das „Epizentrum“ der Reichstagspolitik war jedoch die SAP, die kein Interesse daran hatte, sich langfristig oder zu fest an bestimmte politische Partner zu binden. Stattdessen wurden die kleineren Mitte-Parteien und die Opposition links der Sozialdemokratie regelmäßig gegeneinander ausgespielt, und somit die politische Rechte (lange Zeit erfolgreich) von der politischen Macht ferngehalten. In der Konsequenz regierten sozialdemokratische Regierungen jahrzehntelang entweder mit eigenen Mehrheiten oder in Minderheit, indem sie mit bürgerlichen Mitte-Parteien verhandelten bzw. sich von Abgeordneten der Kommunisten/Linkspartei¹ tolerieren ließen.

Das frühere Dilemma der Linkspartei

Ein interessantes Phänomen war dabei, dass die Linkspartei in einigen Perioden, beispielsweise in den 1970ern, sozialdemokratische Kabinette hätte stürzen können, es in Realität jedoch nie dazu kommen ließ, da dies bedeutet hätte, einer Rechtskoalition den Weg an die Regierungsmacht zu ermöglichen. Das Wissen um dieses politische Dilemma der Linken ermöglichte den jeweiligen sozialdemokratischen Regierungen, politische Kompromisse in Fragen von größerem Gewicht mit Liberalen und Zentrum einzugehen, beispielsweise, um die parlamentarische Durchsetzung wirtschaftlicher Strukturereformen zu sichern. Gleichzeitig konnte sich die



SAP-Regierung nahezu darauf verlassen, die Unterstützung der Linkspartei zu erhalten, wenn es darauf ankam und wenn man keine Einigung mit der politischen Mitte erzielen konnte. Die Tolerierung sozialdemokratischer Regierungen durch die Linke erfolgte so gut wie automatisch.

Erst in den 1990ern sollte sich an diesem lange eingearbeiteten Muster etwas ändern. Anfang der 1990er Jahre leitete der neue Parteivorstand der gerade umbenannten Linkspartei eine postkommunistische Neuorientierung des Parteiprofils ein. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Linkspartei in einer tiefen Krise. Die Partei drohte an der 4-Prozenthürde zum Reichstag zu scheitern, und das politische Grundgesetzprogramm war nach kaum 3 Jahren von der Geschichte überholt worden, denn der Eurokommunismus war aufgrund des Zusammenbruchs des real existierenden Staatssozialismus im Prinzip tot. Obendrein war die Mitgliedschaft der Partei überaltert und traditionell in den nördlichen Regionen Schwedens konzentriert, die nach mit der Öffnung des schwedischen Markts für internationale Kapitalinteressen immer mehr ins Abseits geraten waren.

In dieser schweren Situation gelang es der ambitionierten Parteivorsitzenden Gudrun Schyman, der Partei ein in den Medien sehr erfolgreiches, neues feministisches Profil zu verleihen. Gleichzeitig wurde die traditionelle Programmatik der Partei Schritt für Schritt revidiert, und seit 1995 ist die Linkspartei laut Statut eine „sozialistische und feministische“ Partei. Damit erschloss sich die Linkspartei neue Wählergruppen und verbesserte kontinuierlich die Stimmenanteile in den Reichstagswahlen. Hand in Hand mit einer Vertrauenskrise der Sozialdemokraten kam die Linkspartei so zu ihrer historischen Rekordwahl im Jahr 1998, in der sie 12 Prozent der Stimmen erhielt und zur drittgrößten Partei im Stockholmer Reichstag wurde.

Die Erfolge der Linkspartei zwangen die regierende Sozialdemokratie zwar an den Verhandlungstisch, allerdings wurden zu Beginn noch Grüne und Linkspartei gegeneinander ausgespielt. Interessant hierbei war der Umstand, dass es den Grünen trotz erheblich schlechterer Wahlergebnisse gelang, bessere Verhandlungsergebnisse zu erzielen, indem sie sich auch mit der bürgerlichen Opposition an den Verhandlungstisch setzten. Die Linkspartei hingegen hatte einen sehr viel geringeren Handlungsspielraum, da sie nur mit Sozialdemokraten verhandelte. Aus dieser Erfahrung heraus zwangen sie, zusammen mit den Grünen, die regierenden Sozialdemokraten nach der Reichstagswahl 2002 zum ersten Mal in eine langfristige und vertraglich gesicherte Zusammenarbeit.

Nach der Wahl 2002 bekamen die beiden kleinen „Stützparteien“ Berater in den Ministerien sowie jeweils einen Regierungspräsidenten (Gotland und Jämtland) zugesprochen, während SAP weiterhin eine eigene Regierung bildete. Dieses Übereinkommen garantierte den sozialdemokratischen Machterhalt, nahm den Grünen Verhandlungsspielraum und gab der Linken zum ersten Mal indirekten Einfluss auf die Regierungsarbeit.

Der wesentlich weiter reichende Effekt war die Etablierung eines rein dualen Systems im Reichstag, da SAP, Grüne und Linkspartei nun geschlossen im Parlament auftraten und die Opposition aus vier bürgerlichen Parteien bestand, die ebenfalls eng zusammen arbeiteten. Während die linke Seite jedoch keine größere Einigkeit in Grundsatzfragen erstrebte – ganz im Gegenteil stellte man fest, dass es keine Möglichkeit gebe, sich in der Haltung zur schwedischen EU-Mitglied-

schaft oder in der grundsätzlichen Analyse der schwedischen Wirtschaft zu einigen – arbeiteten die bürgerlichen Parteien systematisch darauf hin, Einigkeit in Grundsatzfragen zu erreichen, um eine feste Wahlallianz 2006 bilden zu können.

Diese Allianz wurde 2005 gebildet, sie erreichte ihr Ziel, die zwölfjährige Machtperiode der SAP zu brechen und übernahm im Herbst 2006 die Regierung. Der große Verlierer der Wahl war die SAP, für die wesentlich kleinere Linkspartei war die Wahl jedoch eine Katastrophe. Mit 5,85 Prozent der Stimmen lag die Partei plötzlich in der Nähe des Niveaus, auf dem man sich zu Zeiten der Identitätskrise der frühen 1990er Jahre bewegt hatte.

Warum? fragte sich nicht nur der Parteivorstand und wollte sich diesmal nicht damit begnügen, die feindlichen bürgerlichen Medien für den Wahlverlust verantwortlich zu machen. In einer ersten Wahlanalyse des Parteivorstandes wurde konstatiert, dass die Wahlkampagne der Linken unfokussiert gewesen sei, und dass die zentralen Fragen der Linkspartei in den medialen Hintergrund geraten seien. Außerdem, so monierte die Analysegruppe, sei die Wahlarbeit der Partei halbherzig gewesen und die Nähe zu den Wählern nicht ausreichend gesucht worden.

Was tun?

Auf der Basis der Einsicht, dass die lokalen Parteistrukturen der Linkspartei häufig schwach seien und von schlechten nationalen Wahlergebnissen² besonders stark belastet würden, wurde im Jahr 2007 eine Gruppe gebildet, die nach positiven Beispielen linker Politik in Europa suchen sollte. So sollten Ansätze neuer Politik nach Schweden importiert werden. Die Gruppe erhielt den programmatischen Namen „Die Kunst eine Partei aufzubauen“. Parallel dazu erhielt die Programmkommission der Partei den Auftrag, das Parteiprogramm grundsätzlich zu reformieren. Im Reichstag wurde danach gestrebt, Einigkeit innerhalb der Opposition anzustreben.

Das Ziel des politischen Programms ist es, die rechte Regierungskoalition in der nächsten Reichstagswahl (2010) zu besiegen und durch eine rot-grüne Koalitionsregierung zu ersetzen. Dieses politische Ziel ist, wie eingangs gesagt, seit dem 7. Dezember 2008 in greifbare Nähe gerückt. Das Vorbild dabei ist die Linkskoalition, die im Nachbarland Norwegen seit 2005 regiert. Wie in Norwegen wurde die sozialdemokratische Parteiführung von den Industriegewerkschaften fast dazu gezwungen, eine gemeinsame Wahlplattform zusammen mit der Linkspartei zu erarbeiten. Wie dort wurden zu diesem Zweck im Januar 2009 parteiübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die die Eckpunkte dieser Wahlplattform erarbeiten sollen. Wie dort wurde versucht, ein günstiges Verhandlungsklima zu schaffen, indem das eigene Parteiprogramm konkretisiert und von überlebtem politischem Jargon befreit wurde. Die politische Zielsetzung ist im Großen und Ganzen damit schon jetzt erfolgreich verwirklicht, und die Linkspartei Schwedens scheint auf dem Weg in die Regierungsverantwortung zu sein.

Die Ambition des derzeitigen Erneuerungskurses ist jedoch wesentlich weitreichender: Die Partei soll grundsätzlich reformiert werden, und es sollen neue Strukturen für die tägliche Parteiarbeit und das Politikverständnis der Parteimitglieder geschaffen werden. Ein wichtiger Ausgangspunkt hierbei ist die nüchterne Konstatierung, dass sowohl Zahl als auch Aktivitätsgrad der Mitglieder in den letzten Jahren ge-



sunken ist³, was auf Dauer die Existenz der Linkspartei gefährden könnte.

So wird festgehalten, dass das Parteileben außer während Wahlkampagnen weitgehend von einem recht kleinen Kern von aktiven Mitgliedern aufrecht erhalten wird. Auf diese Weise ist die politische Alltagsarbeit der Linkspartei synonym geworden mit kommunaler Politikverwaltung und im besten Fall routinierte, altmodische Wahlkampfarbeit. Die Aktivitäten der Partei erschöpfen sich darüber hinaus häufig in der Mitarbeit in parlamentarischen Gremien, die manchmal nur mit Mühe und Not gefüllt werden können. Gleichzeitig werden jedoch im Selbstverständnis der Partei nach wie vor außerparlamentarische Aktivitäten, beispielsweise die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften, der Mieterbewegung und anderen, hervorgehoben.⁴

Um dieses Dilemma, das in der Vergangenheit periodisch zu wenig konstruktiven Konflikten zwischen Fürsprechern von Real- bzw. Grundsatzpolitik⁵ geführt hat, zu lösen, soll nun versucht werden, von positiven Beispielen wie dem der Sozialistischen Partei der Niederlande zu lernen. Indem die Linkspartei hin zu einer lokal verankerten, bürger- und bewegungsnahen Partei entwickelt werden soll, möchte man verhindern, dass das Parteiprofil undeutlich wird und von der nicht immer positiven Medienrezeption gesteuert wird. So sollen also gleichzeitig Bürgerpartizipation ermöglicht und ein Weg aus der politischen Anonymität gefunden werden. Das Ziel ist es, die Partei weniger anfällig für politische Konjunkturen und Misserfolge in parlamentarischen Wahlen zu machen. Nach niederländischem Vorbild soll dies beispielsweise durch Bürgerbefragungen und Politikerhausbesuche regelmäßige Präsenz vor Ort gezeigt werden.

Die Zukunft der Linkspartei soll außerdem in einer Art Rekonstruktion der Partei als Bewegung liegen. Die Linke soll in den außerparlamentarischen Bewegungen präsent werden, die in den letzten Jahren auch in Schweden wieder stärker geworden sind. Das ist natürlich eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie andere europäische Linksparteien zu stellen hat, und eine Aufgabe, die womöglich leichter gedacht als getan ist. Demzufolge hat sich die Partei in der letzten Zeit bewusst gegenüber offenen und radikalen politischen Netzwerken geöffnet, und sie kann bereits darauf verweisen, eine aktive Rolle beim Europäischen Sozialforum in Malmö 2008 gespielt zu haben und im jungen radikalen Umweltaktionsnetzwerk „Klimax“ präsent zu sein.

Ob dieses ehrgeizige Erneuerungsprogramm flächendeckend verwirklicht und die Linkspartei neu gedacht und neu belebt werden wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch schon jetzt zu sehen, dass die Parteiarbeit zumindest in den urbanen Zentren der schwedischen Linken wie Lund/Malmö, Göteborg, Stockholm, Uppsala belebter geworden ist. Dies ist nicht zuletzt der Werbung neuer und in der Regel jüngerer Mitglieder zu verdanken, die Erfahrungen in außerparlamentarischen Bewegungen mitbringen, und die jetzt angesichts ihrer Abneigung gegen die gegenwärtige Regierungspolitik bewusst den Schritt in die Parteimitgliedschaft wagen.

Anmerkungen

1 Die Linkspartei (Vänsterpartiet) wurde im April 1917 als Schwedens sozialdemokratische Linkspartei (SSV) gegründet und schloss sich 1919 der Kommunistischen Internationale an. Mit der Annahme der berühmten 21 Thesen der Komintern wurde die Partei 1921 zu Schwedens Kommunistischer Partei (SKP). 1967 wurde die Partei in „Linkspartei-Kommunisten“ (VPK) umgetauft, 1990 erfolgte schließlich die Umbenennung in Linkspartei.

2 In diesem Zusammenhang soll angemerkt werden, dass Kommunal-, Regional- und Reichstagswahlen in Schweden gleichzeitig durchgeführt werden.
3 Die Anzahl der Mitglieder der Partei lag Ende 2008 bei rund 11 000, im Jahr 2002 waren es noch 14 000.
4 Dies ist ein Phänomen, das seit langem bekannt ist. Vgl. Hans Arvidsson: Medan revolutionen dröjer. Kritik avett parti i motvind, Stockholm 1987 und Herman Schmid: „Från folkrörelse till mediaparti“, in: Socialistisk Debatt, 1–2/1996. Auch die interne „Organisationsanalyse“ des Parteivorstands der Linkspartei 1998 kam zu einem ähnlichen Schluss.
5 Vgl. Henning Süßner: „Good-bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998–2005“, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006.

In der russischen Gesellschaft dominieren linke Ideen

Von Sergej Tschernjachowski; aus dem Internet-Journal *Nowaja Politika* (www.novopol.ru), zit. nach der Website der KPRF (<http://kprf.ru>)

Wenn man die Dinge objektiv betrachtet und sich nicht von ideologischen Vorlieben leiten lässt, kommt man zu dem Schluss, dass die Grundstimmung und die sozialpolitischen Erwartungen in unserem Lande linksorientiert sind. Das lässt sich mit einer ganzen Reihe von Beispielen belegen.

Bekanntlich hat die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) vor einigen Jahren aktiv für ein Referendum zu den Grundfragen von Politik und Wirtschaft geworben. Die Behörden haben ein derartiges Referendum verboten und sich damit in eklatanten Widerspruch zu den Normen der Demokratie, zu Geist und Buchstaben der geltenden Verfassung gegeben.

Im Sommer 2005 hat das Levada-Zentrum (eines der renommierten privaten Meinungsforschungsinstitute Russlands – d. Ü.) zu den für dieses Referendum vorgesehenen Fragen eine Meinungsumfrage durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten ganz eindeutig, weshalb die Staatsmacht so panisch mit Verbot reagiert hatte. Die KPRF hätte dieses Referendum haushoch gewonnen. Aber darum geht es gar nicht. Sondern darum, dass die Fragen im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich eindeutig aus linker Sicht formuliert waren. Mit dieser kann man einverstanden sein oder nicht wie auch mit der kommunistischen oder linken Ideologie insgesamt. Fakt ist jedoch, dass sie von einer Mehrheit eindeutig im Sinne der Initiatoren beantwortet wurden.

Die KPRF fand damals nicht die Kraft, auf der Durchführung des Referendums zu bestehen oder es selbstständig durchzuführen, bzw. das Volk zum Protest gegen das Verbot zu mobilisieren. Dagegen wurde der Staatsmacht damals offenbar klar, wie die Sympathien in der Gesellschaft verteilt waren, weshalb sie umgehend einen „Linksschwenk“ vollzog und von der Priorität des Sozialen in der Wirtschaftspolitik zu reden begann. In der Praxis ging sie zwar nicht zu einer linken, sondern eher zu einer paternalistischen Politik über, aber gezwungen wurde sie dazu durch die linken Erwartungen in der Gesellschaft. All das geschah nach dem Versuch, der Gesellschaft in ausgesprochen „rechter“ Manier die Politik der „Monetarisierung der Privilegien“ (der Ersetzung bisheriger Vorrechte für Kriegsveteranen, Rentner und Behinderte auf kostenlose Gesundheitsversorgung, Medikamente, Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel u. a. durch eine ge-



ringfügige Erhöhung von Renten und Sozialleistungen – d. Ü.) aufzudrängen. Der spontane Protest einiger zig-tausend Betroffener hätte daraufhin beinahe zu einer Spaltung in Staatsmacht und Elite des Landes geführt.

Darauf könnte man einwenden, das sei lange her, die KPRF habe seit dem bei Wahlen nicht gerade gegläntzt und sei im Parlament von der rechtsgerichteten Partei „Einheitliches Russland“ weit abgeschlagen worden. Aber wenn man einmal davon absieht, welche Maßnahmen „Einheitliches Russland“ zu ihrem beeindruckenden Wahlerfolg verhalfen, dann spielte vor allem eine Rolle, dass sie es fertig brachte, sich dem Wahlvolk als die „sowjetischere“, „linkere“ Partei darzustellen als die KPRF. Außerdem wurde sie zur Partei von Putin erklärt, der nach wie vor linke Erwartungen in der Gesellschaft auf sich zu fokussieren vermag.

Welche Ergebnisse haben spätere Meinungsumfragen erbracht? Nach Angaben des Levada-Zentrums antworteten im Herbst 2007 auf die Frage, welches Wirtschaftssystem sie vorziehen, 54 Prozent der Befragten, sie wünschten sich eine Wirtschaft mit staatlicher Planung und Verteilung. Nur 29 Prozent zogen ein System vor, das auf Marktverhältnissen und Privateigentum beruht. Wenn man die Ergebnisse der letzten zehn Jahre überblickt, dann weist die erste Antwort eine aufsteigende, die zweite dagegen eine absteigende Tendenz auf. In dem gesamten Zeitraum hat die zweite die erste niemals überwogen. Im April 1997 gaben 43 Prozent die erste und 40 Prozent die zweite Antwort.

Auf die Frage, ob die Staatsmacht von den Bürgern kontrolliert werden soll oder ob sie von dieser Kontrolle befreit werden kann, wenn sie im Interesse der Bürger handelt, sprachen sich für die erste Variante im Jahre 2005 57 Prozent und im Jahre 2007 66 Prozent der Befragten aus. Für die zweite Variante waren es 2005 30 Prozent und 2007 27 Prozent der Befragten.

Wenn man die beiden Varianten als links-demokratische und rechts-paternalistische Erwartungen definiert, dann steht die Mehrheit eindeutig auf Seiten der Ersteren. Die Gesellschaft will, dass der Staat die Wirtschaft kontrolliert und die Bürger den Staat.

Als im Herbst 2008 nach den Erwartungen der Russen an die Wirtschaftspolitik der Regierung gefragt wurde, lag an erster Stelle mit 45 Prozent die Kontrolle der Preise durch den Staat (2006 erwarteten das erst 32 Prozent der Befragten). An zweiter Stelle folgte mit 44 Prozent eine staatliche Politik zur Senkung der Preise, danach mit 34 Prozent der Kampf gegen die Unterschlagung von Staatseigentum und mit 33 Prozent ein ständiger Inflationsausgleich bei Löhnen und Renten. Dagegen erwarteten nur elf Prozent die Unterstützung der Banken durch den Staat, ebenfalls elf Prozent Garantien für die Entwicklung privater Unternehmen und ganze zwei Prozent ein besseres Warenangebot.

Bei einer Umfrage vom März 2009 erwarteten die Bürger vom Staat vor allem so „links“ orientierte Maßnahmen wie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (49 Prozent), eine Politik zur Senkung der Preise (44 Prozent) und staatliche Preiskontrolle (44 Prozent). „Rechtsgerichtete“ Erwartungen waren dagegen eindeutig auf dem Rückzug: finanzielle Unterstützung der Unternehmen (19 Prozent), Unterstützung der Banken und Garantien für Bankeinlagen (6 Prozent), Garantien für die Entwicklung der privaten Wirtschaft (6 Prozent), Kampf gegen Steuerflüchtlinge (5 Prozent) und ein besseres Warenangebot (4 Prozent).

Ähnliche Prioritäten ergeben sich auch, wenn man analysiert, welche Bürgerrechte von der Mehrheit für besonders wichtig gehalten werden. Hier liegen die besonders von den Linken vertretenen sozialen Rechte eindeutig vorn: das Recht auf kostenlose Bildung und Gesundheitsfürsorge, auf sozialen Schutz bei Alter und Krankheit (68 Prozent), das Recht auf Leben (58 Prozent), das Recht auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz entsprechend der eigenen Qualifikation (51 Prozent). Als „liberal“ empfundene Rechte bleiben deutlich zurück: das Recht auf Privateigentum (33 Prozent), auf Meinungsfreiheit (28 Prozent), auf Glaubensfreiheit (15 Prozent), auf Informationsfreiheit (14 Prozent) und auf Reisefreiheit (13 Prozent).

Auch bei einer Umfrage des staatlichen Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom März 2009 lagen die Vertreter linker politischer Orientierungen vorn, obwohl die Umfrage das durch Jonglieren mit Begriffen und geschickte Fragestellung zu verhindern suchte. Im Ergebnis musste WZIOM eingestehen, dass 31 Prozent der Befragten mit politischen Kräften linker Orientierung sympathisieren, während nur 18 Prozent den Marktfundamentalisten ihre Unterstützung gaben.

Das Bild ist klar: Die vorherrschende Orientierung in der russischen Gesellschaft ist links. Um diese Tatsache kommt weder die Staatsmacht herum, noch jene, die sich ihr entgegenstellen. Russland kann nur regieren, wer das in seiner Politik berücksichtigt.

Die kommunistische Partei der Slowakei (KSS)

Von Heiko Kosel, MdL Sachsen; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Linke in Europa. Analyse linker Parteien und Parteienallianzen*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2009

Die kommunistische Partei der Slowakei (KSS) ist ihrem Selbstverständnis nach eine marxistisch-leninistische Partei, die die bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten der slowakischen Verfassungsordnung und der internationalen Dokumente über bürgerliche und politische Rechte anerkennt. Sie agiert gegenwärtig als Oppositionskraft gegenüber einer Regierung, deren stärkste Kraft, die sozialdemokratische Partei SMER (Richtung) mit der Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der Volkspartei „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) eine Koalition bildet.

Zur Geschichte der KSS

Die Geschichte der KSS zeichnet sich durch folgende wesentliche Punkte aus: Ursprünglich Teil der kommunistischen Partei in der SSR (KP), entstand die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) 1990 als selbständige Partei zunächst noch im Rahmen der damaligen SFR. Sie ist ebenso wie die Partei der demokratischen Linken (SDL) in Konkurrenz zu anderen politischen Gruppierungen und Strömungen aus der ehemaligen Staatspartei hervorgegangen.

Am 3./4. November 1990 fand der letzte gemeinsame Parteitag zusammen mit der tschechischen Schwesterpartei statt, auf dem eine Kompromisslösung – eine Art Föderation zwischen der KSM, der KSS und der SDL – beschlossen wur-



de. Im Dezember 1990 nahm die Partei einen Doppelnamen an: Kommunistische Partei der Slowakei – Partei der demokratischen Linken (KSS – SDL).

In der Folgezeit entstand daraus die Partei der demokratischen Linken (SDL), die sich mehr und mehr zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelte und schließlich mit konservativen und neoliberalen Gruppierungen eine Regierungskoalition bildete. Als Teil dieser Koalition verlor die SDL jegliches linkes Profil und versank letztlich in der Bedeutungslosigkeit. Zu dieser Zeit konnte quasi von einer Auflösung der kommunistischen Partei in der Slowakei gesprochen werden.

Nach der Teilung der Tschechischen Slowakische Föderativen Republik (SFR), aus der die slowakische und die tschechische Republik hervorgingen, verstärkten politische Gruppierungen, die an den kommunistischen Traditionen und Organisationsstrukturen festhalten wollten, ihre Bemühungen zur Neuformierung einer kommunistischen Partei. Sie beantragten im März 1993 die entsprechende Zulassung. Im Laufe des Jahres 1993 entstanden daraus im Wesentlichen zwei kommunistische Parteien: die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) und der Bund der Kommunisten der Slowakei (ZKS). Am 29. August 1993 fand in Banska Bystrica der Vereinigungsparteitag dieser beider Parteien zur Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) statt. Bei den slowakischen Parlamentswahlen im Jahre 2002 errang die KSS 6,3 Prozent und war mit 12 Abgeordneten erstmals im Nationalrat vertreten. Bei den Parlamentswahlen am 17. Juni 2006 scheiterte sie mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde.

Als stärkste Kraft ging aus diesen Wahlen die sozialdemokratische Partei SMER unter Führung von Robert Fico hervor, die fortan eine Koalitionsregierung unter Einschluss der Mitte-Rechts-Partei „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) und der Slowakischen Nationalpartei (SNS) bildete.

Identität, Mitgliedschaft und Parteientwicklung

Ähnlich wie in Tschechien, gibt es auch in der Slowakei zumindest mittelfristig im linken Spektrum ein andauerndes Bedürfnis nach einer Partei mit kommunistischem Selbstverständnis. In dem „Bericht zur Ausrichtung und Identität der KSS“ des VI. Parteitages 2008 wird die Partei als eine marxistisch-leninistische Partei definiert, die an das positive Erbe der Vergangenheit anknüpft gleichzeitig eine Partei der modernen kommunistischen Linken ist. Die Partei sollte sich als eine prinzipienfeste und zugleich realistische und moderne linke Partei entwickeln, die die bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten der slowakischen Verfassungsordnung und die internationalen Vereinbarungen über bürgerliche und politische Rechte anerkennt.

2006 geriet die KSS nach der Wahlniederlage zu den Nationalratswahlen in eine tiefe Krise. Die damalige Parteiführung trat auf einem außerordentlichen Parteitag der KSS zurück. Es herrschte eine Situation in der allgemein – zum Teil auch in den Reihen der KSS selbst – von einem bevorstehenden Kollaps bzw. Zerfall der Partei gesprochen wurde. Eine solche Entwicklung konnte verhindert werden. Es gelang der Partei, sich zu stabilisieren, die einzelnen Gliederungen wieder zu aktivieren und den nach der Wahlniederlage einsetzenden Mitgliederschwund zu stoppen und sogar einen – wenn auch langsamen – Mitgliederzuwachs zu erreichen. Die KSS ist heute trotz des gegenwärtigen Verlustes ihrer

Parlamentsmandate keineswegs eine schwache Partei. Sie hat im Jahr 2008 8 797 Mitglieder, darunter 7 186 Männer und 1 612 Frauen. Ihr Frauenanteil liegt bei ca. 14 Prozent.

Setzt man die Zahl ihrer Mitglieder ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Slowakei von ca. 5,4 Millionen Einwohnern, so ergibt sich daraus eine höhere Mitgliederdichte pro Einwohner als sie z. B. DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland aufweist – eine Zahl, die zugleich auf die gesellschaftliche Verankerung der KSS verweist. Das Durchschnittsalter der KSS-Mitglieder beträgt 59 Jahre, d. h. die KSS ist im Durchschnitt auch „jünger“ als DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland. Ca. 93 Prozent der Mitglieder sind slowakischer Nationalität, knapp 7 Prozent gehören nationalen Minderheiten an. Besonders stark ist mit über 3 Prozent die ungarische Minderheit vertreten. Dies ist umso bemerkenswerter, da es in der Slowakei eine eigene ungarische Minderheitenpartei gibt.

Die Hochburgen der KSS befinden sich vor allem in Banska Bystrica, Košice und Prešov – also jenen Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Regionen des Landes relativ hoch ist.

Einige Daten zur sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft: Etwas mehr als 29 Prozent sind Arbeiter, zwischen einem und zwei Prozent Bauern, ca. fünf Prozent gehören der technischen Intelligenz an, ca. vier Prozent sind Sozialwissenschaftler. Im öffentlichen Dienst arbeiten fast vier Prozent, zwei Prozent sind Unternehmer, knapp ein Prozent sind Schüler. Ca. sieben Prozent sind arbeitslos und ca. 44 Prozent Rentner. Die Verankerung der KSS auf kommunalpolitischer Ebene kann zwar nicht mit jener der großen Koalitions- wie Oppositionsparteien Schritt halten, dennoch sind insbesondere die Bürgermeister und Kommunalpolitiker der KSS aktiv und eine der wesentlichen Grundlagen für die weitere Verankerung der KSS in der slowakischen Gesellschaft.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation der KSS ist schwierig. Sie erfährt jedoch die Solidarität anderer linker Parteien in der Region, insbesondere der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KS M) aus Tschechien.

Eine besondere Schwierigkeit der KSS besteht im Unterschied zur Lage der KSM in Tschechien in der vergleichsweise starken Position des konservativen katholischen Klerus in der Slowakei.

So wie in anderen Parteien auch, ist der höchste Souverän der Parteitag. Der VI. Parteitag der KSS fand am 6. und 7. September 2008 in Prešov statt, zu dem auch ausländische Gäste eingeladen wurden. Zu den Gästen dieses Parteitages zählten – und dies als Spiegel ihrer engeren parteipolitischen Partner in Europa – Vertreter der AKEL aus Zypern, der KSM aus Tschechien, der Kommunistischen Partei in Griechenland, der Partei DIE LINKE und der DKP aus der Bundesrepublik Deutschland, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, der Kommunistischen Partei Österreichs, der Kommunistischen Partei der Ukraine, der Arbeiterpartei Ungarns, der Kommunistischen Partei Spaniens und eine starke Delegation der Kommunistischen Partei Vietnams. Die Europäische Linkspartei war offiziell durch ihren Schatzmeister Pedro Marset Kampus vertreten. Gäste des Parteitages waren weiterhin die Botschafter Kubas, Palästinas und Nordkoreas. Vertreter verschiedener slowakischer Branchengewerkschaften bzw. Gewerkschaftsverbände und des Bundes des antifaschistischen Widerstands der Slowakei waren ebenfalls anwesend.



Von besonderer Bedeutung ist das Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Seit 1990 entwickelten sich nicht nur kontinuierliche Kontakte zwischen den Führungsgremien beider Parteien, sondern darüber hinaus auch traditionelle Kooperationsbeziehungen zwischen den Kreisverbänden DIE LINKE in den Kreisen Bautzen und Sächsische Schweiz/Osterzgebirge mit Kreisverbänden der KSM in Tschechien und der KSS in der Slowakei als Dreieckspartnerschaft.

Zur aktuellen Situation

Das Ergebnis der Nationalratswahlen von 2006 wird von der Partei selbst als verheerende Wahlniederlage eingeschätzt, mit deren Konsequenzen die Partei sich bis heute auseinandersetzen muss. Die KSS ist damit konfrontiert, dass die derzeitige sozialdemokratisch dominierte Regierung unter Robert Fico insbesondere in den Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Außenpolitik im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ein erheblich linkeres Profil aufweist. Dies vor allem wird neben dem Verlust der parlamentarischen Vertretung der KSS im Nationalrat als wichtigster Grund für die derzeit schwierige Situation der KSS beschrieben und diskutiert.

Unter der Führung der SMER – SD ist eine Koalitionsregierung an die Macht gekommen, die das komplette sozialpolitische Programm der KSS übernommen hat und nun – in beträchtlichem Umfang – in der Praxis umsetzt. Vor diesem Hintergrund glauben viele Bürgerinnen und Bürger der Slowakischen Republik auch zwei Jahre nach den Wahlen nach wie vor, dass die Regierung unter Fico und seine Partei es schaffen, der Slowakischen Republik den Charakter eines Sozialstaates zurückzugeben und die menschenfeindlichen Reformen der vorangegangenen rechtskonservativen und neoliberalen slowakischen Regierungen seit 1990 zu korrigieren und rückgängig zu machen. Auch der Versuch konservativer Parteien und Medien, Robert Ficos Kommunismus zu beschuldigen, führte nur dazu, dass sich die Umfragewerte für ihn und seine Partei eher weiter verbesserten.

Diese Entwicklungen der letzten Jahre vollzogen sich trotz der klaren Positionen der KSS in sozialen Fragen und konkreten Vorschlägen wie zum Beispiel dem Maßnahmenbündel für ein humanistisches Gesundheitswesen. Vor allem die KSS sprach sich in der Vergangenheit eindeutig gegen die Privatisierung der Rentenfonds aus, gegen eine Novellierung des Arbeitsgesetzbuches. Sie forderte die Stärkung der Gewerkschaften im Sozialdialog, ein kostenloses Bildungswesen aller Stufen bis einschließlich des Hochschulstudiums und ein Gesetz gegen die Auswirkungen der Privatisierungsorgien Anfang der 90er Jahre. Die KSS forderte bereits lange vor der Krise in den strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen ein Mehrheitsaktienpaket des Staates und sie setzt sich für eine objektive Aufarbeitung der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ein.

Das klare linke Profil der KSS zeigt sich auch in der Ablehnung der aggressiven Politik der NATO und der USA z. B. in Jugoslawien und im Irak, sie fordert den Rückzug slowakischer Soldaten aus solchen Einsätzen.

Inzwischen wurden viele Forderungen der KSS von der sozialdemokratischen Regierung Robert Ficos übernommen und in wesentlichen Punkten in der Praxis umgesetzt. In Teilbereichen der Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Außenpolitik realisiert die Regierung unbestreitbar linke Politikansätze. Dieses Problem der Umsetzung linker Forderungen

durch eine sozialdemokratische Partei in Regierungsverantwortung zwingt nicht nur die Linken in der Slowakei zum Nachdenken über das eigene Profil und den eigenständigen politischen Gebrauchswert.

Wie also kann – hier bezogen auf die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) – die Linke unter den Bedingungen einer linken, sozialdemokratischen Partei ihr eigenständiges Profil entwickeln? Wie muss sich eine Linkspartei positionieren, die zur Ablösung der neoliberalen Regierung beigetragen und das sozialdemokratische Kabinett Robert Ficos begrüßt hatte, weil dessen Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Einklang mit dem Programm der KSS standen? Diese Frage muss die KSS in der nächsten Zeit beantworten. Dazu müssen unter anderem auch Initiativen auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik gehören. Denn bisher hat die Regierung Ficos den einheitlichen Steuersatz – das politische Paradeferd der slowakischen Neoliberalen – nicht angetastet und noch gibt es, auch nicht angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, kein Gesetz zur Behebung der Folgen der Privatisierungsorgien in der Vergangenheit.

Aktuelle Debatten

Seit der Niederlage 2006 gibt es immer wieder Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zur weiteren strategischen Ausrichtung der KSS. Diese konnten auch auf dem außerordentlichen Parteitag 2006 nicht beigelegt werden. Was ist die Funktion und Aufgabe einer linken Partei neben einer zurzeit starken linken Sozialdemokratie? Dass zu dieser Frage die Positionen auseinandergehen, liegt in der Natur der Sache selbst. Wichtig aber erscheint neben dem Inhalt gleichermaßen die Form, in der diese Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Insofern ist der Satzungsänderungsvorschlag des Parteivorstandes auf dem VI. Parteitag 2008 zum Ausschluss von Parteimitgliedern, die Probleme mit dem Programm der KSS haben, ebenso bemerkenswert wie die mehrheitliche Ablehnung dieses Vorschlags in den Kreisverbänden. Die Mehrheit der Mitglieder der KSS steht für eine Partei mit eindeutig linkem Profil und klarem kommunistischen Selbstverständnis, aber vor dem Hintergrund der Geschichte kommunistischer Parteien stimmt die Mehrheit der Mitgliedschaft nur in besonderen Ausnahmefällen für Parteiausschlussverfahren als letztes Mittel, stark eingeschränkt und nur unter konkret formulierten Voraussetzungen.

Bemerkenswert sind die aktiven Versuche, die mit dem Verlust der Parlamentsmandate einsetzende Medienignoranz durch eigene Medienproduktionen zu begegnen. Dies geschieht und anderem mit der Herausgabe der eigenen Zeitung Kroký, die offiziell als Zeitung der KSS firmiert und weiterer Zeitschriften und Zeitungen, die in einzelnen Bezirken und Regionen vertrieben werden. Zum Teil erscheinen die Artikel auch in den Sprachen der nationalen Minderheiten, vor allem in Ungarisch. Ein weiterer Schritt zur Überwindung der Medienblockade ist die Teilnahme der KSS an den Präsidentschaftswahlen mit einem eigenen Kandidaten. Die Partei ist sich dabei bewusst, dass sie in diesen Wahlen mit anderen Parteien nicht erfolgreich konkurrieren kann. Sie hat sich aber auf diese Weise die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Inhalte während des Präsidentschaftskampfes in die Medien zu bringen. Präsidentschaftskandidat der KSS ist der parteilose 58-jährige Hochschullehrer Dr. Milan Sidor.



Das Verhältnis der KSS zu anderen politischen Parteien und Gruppierungen des linken Spektrums in der Slowakischen Republik

Die KSS hat in den vergangenen zwei Jahren zielgerichtet den Dialog mit anderen Parteien und Vereinigungen gesucht, die sich zu linken politischen Werten bekennen. Auch wenn das Verhältnis zur regierenden sozialdemokratischen Partei SMER – SD durch das übliche Verhältnis von Oppositions- und Regierungsparteien geprägt ist und SMER – SD natürlich alles tut, um links von sich keine parlamentarisch relevante politische Konkurrenz entstehen zu lassen, gab es auf verschiedenen Ebenen politische Konsultation zwischen den Vertretern beider Parteien. Die Fundamente für einen zukünftig gegebenenfalls erfreulichen politischen Dialog sind somit gelegt. Auch mit führenden Vertretern anderer linker politischer Parteien und Gruppierungen fanden jeweils mehrere Gesprächsrunden statt. Das gilt z. B. für die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei, den linken Block und die Partei der bürgerlichen Solidarität. Bei diesen o. g. Parteien und Organisationen handelt es sich um politische Strukturen von zurzeit allenfalls marginaler Bedeutung. Inzwischen hat sich der linke Block weitgehend in die sozialdemokratische Partei SMER – SD integriert. Die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei und die Partei der bürgerlichen Solidarität lehnten dies bisher ebenso ab, wie andererseits einen Beitritt zur KSS. Allerdings erklärten die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei und die Partei Bürgerlicher Solidarität ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der KSS insbesondere auf der kommunalen Ebene. Traditionell gute Beziehungen unterhält die KSS zu den Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer der Slowakei.

Die Europapolitik der KSS und ihr Verhältnis zur Europäischen Linken (EL)

Die Kommunistische Partei der Slowakei trat der Partei der Europäischen Linken (EL) mit Beobachterstatus bei. Sie begrüßte die Gründung der EL und ist aktiv an deren Ausprägung beteiligt. Sie beteiligt sich an ihren Parteitag – 10 Delegierte der KSS nahmen am EL Parteitag 2007 in Prag teil.

Die KSS schätzt den Anspruch der EL, die Werte und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, der internationalen Solidarität, des Humanismus und des Antifaschismus zu bewahren und sie betrachtet dies als einen Beitrag im Kampf gegen Kapitalismus, Ausbeutung, politische Verfolgung und Angriffskriege, gegen Faschismus und Diktatur. Die KSS teilt – wie in ihren Dokumenten nachlesbar – nicht alle Bewertungen der EL zur jüngeren Geschichte Ost-Mittel-Europas, insbesondere die „Gleichsetzung der Errichtung des Sozialismus mit Stalinschen Repressionen“. Deshalb wendet sich eine Resolution des VI. Parteitages vom September 2008 an die Parteigremien der EL und alle ihr angehörenden Einzelparteien mit der dringenden Bitte, eine Neubewertung einzelner Haltungen zu historischen Ereignissen in den ehemals sozialistischen Staaten herbeizuführen. Zu dieser Neubewertung sollen Vertreter von kommunistischen und Arbeiterparteien aus osteuropäischen Ländern in die Zusammenarbeit einbezogen werden.

Aber nicht nur bezogen auf die Fragen zur Geschichte sollte sich die EL noch stärker den osteuropäischen Ländern und ihren linken Parteien zuwenden – egal ob Mitglied der

EU oder nicht. Ungeachtet dessen steht die KSS hinter der gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linkspartei. Die darin enthaltene Formulierung von gemeinsamen grundlegenden politischen Eckpunkten zu den Europawahlen wird vom Vorsitzenden der KSS, Josef Hrdlicka, als ein erheblicher Fortschritt bezeichnet.

Die KSS unterstützt neben der EL auch die internationalen Organisationen der kommunistischen Parteien, darunter die Koordination des gemeinsamen Vorgehens der gemeinsamen Aktionen und die Bereitstellung konkreter gegenseitiger Hilfen im politischen Kampf.

Sie hat auf ihrem VI. Parteitag im September 2008 gezeigt, dass sie eine Partei ist, die sich nach einer Konsolidierungsphase seit 2006 unter komplizierten politischen, wirtschaftlichen und religiös-kulturellen Rahmenbedingungen stabilisiert und mit ihrer derzeitigen programmatischen und strukturellen Ausrichtung eine Perspektive entwickelt.

Sie ist dabei, die innerparteilichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, bei den nächsten Wahlen wieder erfolgreich parlamentarische Kraft zu werden. Zu den Grundlagen ihrer Stabilisierung gehört vor allem das Wirken ihrer Bürgermeister und Kommunalpolitiker – ihre kommunalpolitische Verankerung, ihre in diesem Umfang fast als Alleinstellungsmerkmal zu bezeichnende Präsenz sowohl in der slowakischen Mehrheitsbevölkerung als auch unter den durchaus zahlenmäßig starken nationalen Minderheiten des Landes. Eine weitere Stärke der KSS besteht auch in ihrer beträchtlichen Vernetzung zur linken Partei der slawisch geprägten Nachbarstaaten in Mittel- und Osteuropa sowie trotz oder gerade wegen des teilweise angespannten slowakischen-ungarischen Verhältnisses auf staatlicher Ebene zu linken Parteien und Gruppierungen in Ungarn.

ÖDP – Eine türkische Linkspartei zwischen Patriotismus und Links-liberalismus

Von Cem Sey, Journalist, Mitglied der BAG FIP; aus: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), Die Linke in Europa. Analyse linker Parteien und Parteiallianz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2009

Mustafa Kemal Atatürk, der Gründer der Türkischen Republik, hat einmal zynisch bemerkt, dass die politische Elite des Landes die Kommunistische Partei selbst gründen würde, wenn daran Bedarf bestünde. Im Jahr 1920, kurz nach diesem Ausspruch, rief die Regierung die Gründer der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), welche diese ohne Rücksprache mit Atatürk im aserbaidschanischen Baku gegründet hatten, dazu auf, nach Anatolien zu kommen und sich dem Befreiungskrieg der Türken anzuschließen. Mustafa Suphi, der Generalsekretär der Partei, und 14 seiner Genossen folgten dem Aufruf. Sie wurden in der Hafenstadt Trabzon an der Schwarzmeerküste auf Ankaras Befehl hin überwältigt, aufs Meer hinausgefahren, ermordet und ins Wasser geworfen.

Seit dieser Zeit hat sich die grundsätzlich feindliche Haltung des türkischen Staates gegenüber den Linken in der Türkei kaum gewandelt. Mit dem Militärputsch am 12. Sep-



tember 1980, der in Brutalität dem Pinochet-Putsch in Chile in Nichts nachstand, erreichte die historisch gewachsene Atmosphäre der Unterdrückung eine neue Qualität.

Ob sich türkische Linke heute mit der unterdrückten Minderheit der Kurden solidarisiert, in Istanbul den 1. Mai feiern will oder sich für die lückenlose Aufklärung des Mordes am armenischen Journalisten Hrant Dink einsetzt, stets muss sie mit Vergeltungsaktionen des Staates rechnen. Während die Regierung in Ankara mit der EU über eine Vollmitgliedschaft verhandelt, werden Linke verfolgt, auf offener Straße zusammengeschlagen und mit Gewalt eingeschüchert. So geschehen am 16. Januar 2009: An jenem Freitag hatten Tausende Islamisten in Istanbul nach dem Freitagsgebet gegen den Krieg in Gaza protestiert. Die Demonstration wurde von der Polizei geschützt und von einigen Fernsehsendern live übertragen. Als am selben Abend in Ankara einige hundert linke Schüler gegen denselben Krieg demonstrieren wollten, durften sie nicht einmal fünf Meter weit marschieren. Die Jugendlichen wurden von schwerbewaffneten Polizisten brutal zusammengeschlagen, viele wurden verhaftet.

Diese Unterdrückung sorgt seit Jahren für eine Neuaufgabe der stets selben Probleme: Die türkischen Linken sind untereinander zerstritten und verfeindet, sie können in der Bevölkerung kaum Sympathien finden und haben daher zu wenig Zulauf. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems hat diese Probleme verstärkt. Diese Schwierigkeiten und die politischen Rahmenbedingungen lassen der Partei der Freiheit und Solidarität (Özgürlük ve Dayanisma Partisi, kurz ÖDP) als Mitglied der Europäischen Linken nur einen geringen Spielraum, in welchem sie ihre Arbeit fortführen kann.

Gründung, Zusammensetzung und Entwicklung der ÖDP

Als sich die ÖDP 1996 gründete, wurde sie schnell zur Hoffnungsträgerin vieler Revolutionäre und Sozialisten im Land. Die Partei war ein Zusammenschluss verschiedener älterer linker Gruppen und Parteien, die bereits vor dem Militärputsch von 1980 aktiv gewesen waren, aber zuvor nur punktuell zusammenarbeiten konnten oder wollten.

Die treibenden Kräfte der neuen Partei waren Einzelpersonen, die vor dem Putsch aktiv Politik betrieben hatten und Organisationen wie dem Revolutionären Weg (Dev-Yol), der Kommunistischen Partei der Türkei (Türkiye Komünist Partisi, kurz TKP), der Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İsci Partisi, kurz TIP), der Befreiung (Kurtulus) oder den Trotzlisten nahe standen. Eine erhebliche Zahl der Gründungsmitglieder verließ die ÖDP allerdings schon im Jahr 2001 wieder, nachdem die Partei bei ihren ersten Parlamentswahlen lediglich 0,8 Prozent der Stimmen erhalten hatte.

Heute gibt es zwei große Fraktionen in der Partei: Die Revolutionäre Solidarität und die Freiheitliche Linke. Frühere Mitglieder und Sympathisanten des Revolutionären Weges bilden in beiden Fraktionen die Mehrheit. Beim letzten, außerordentlichen Parteitag am 1. Februar 2009 erreichte die Fraktion der Revolutionären Solidarität eine knappe Mehrheit in den Führungsgremien der Partei. Der einzige Parlamentsabgeordnete der ÖDP, Ufuk Uras, der bis dahin auch der Vorsitzende der ÖDP war, wurde im Februar abgewählt. Hayri Kozanoğlu, der bereits zwei Mal ÖDP-Vorsitzender gewesen war, wurde wieder gewählt, diesmal mit dem Auftrag, die Partei bis zum ordentlichen Parteitag im Juni 2009 zu

führen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Juli 2007 konnte die ÖDP ca. 80 000 Stimmen auf sich vereinen. Damit ist sie ungefähr genauso stark wie beispielsweise die Kommunistische Partei der Türkei (TKP).

Hayri Kozanoğlu erklärte im Interview, dass die Partei zurzeit hauptsächlich von Alt-Linken und Studenten unterstützt wird. Jedoch auch Berufsverbände wie die Ingenieurskammer hätten eine revolutionäre Tradition, die heute der ÖDP zugute komme.¹ Kozanoğlu berichtet zudem, dass die Beziehungen zum Dachverband linker Gewerkschaften, DISK, gut seien. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (KESK) 1995 mit Hilfe von Kadern gegründet wurde, die ein Jahr später die ÖDP gründeten. Allgemein gesprochen sei der Einfluss der ÖDP unter Arbeitern jedoch nicht groß. Denn nicht nur der DISK, sondern alle Gewerkschaften der Türkei seien schwach. „Wo die Gewerkschaften nicht an die Arbeiter herankommen, können es linke Parteien auch nicht“, meint auch Saruhan Oluc, einer der Gründer der Partei.

Die Frage, wie linkes Gedankengut zu verbreiten sei, ist in der Partei umstritten. Manche fordern, dass die ÖDP sich stärker auf die parlamentarische Arbeit konzentrieren soll. Die Mehrheit um Kozanoğlu will hingegen andere Akzente setzen. „Wir finden parlamentarische Arbeit wichtig“ sagt Kozanoğlu, „aber vor allem ist unserer Partei die Schaffung einer gesellschaftlichen Bewegung und eine von unten nach oben aufgebaute Struktur wichtig“. Kozanoğlu fügt selbstkritisch hinzu: „Leider waren wir dabei von Anfang an relativ erfolglos. Durch den Putsch 1980 wurde unsere Bindung zur Gesellschaft gekappt. In der ärmeren Bevölkerungsschicht sind wir heute nicht mehr vertreten. Seit Jahren arbeiten wir an einer Bauernbewegung, blieben bisher jedoch erfolglos. Wir unterstützen auch neue soziale Bewegungen, wie die feministische oder die ökologische Bewegung, aber auch diese sind in der Türkei noch eher schwach.“

Kozanoğlu sieht in der globalen Finanzkrise eine neue Chance. Er hofft, dass ausgelöst durch ein weltweites Umdenken auch in der Türkei eine Renaissance der politischen Linken erfolgt. „Natürlich kann eine Keynesianische Politik nützlich für jene sein, die die Krise gut managen wollen. Aber Parteien wie die unsere müssen mit radikaleren Vorschlägen kommen. Die Reichen müssen die Rechnung der Krise bezahlen. In einer Zeit, in der die Grundpfeiler des Kapitalismus ins Wanken geraten, müssen wir die Planwirtschaft, die Vergesellschaftung der Produktion verlangen.“

Im Spannungsfeld zwischen Patriotismus und Linkliberalismus

Trotz dieser eindeutigen Worte von Hayri Kozanoğlu, geht ein tiefer Riss durch die Partei. Der Prozess, der die ÖDP schließlich Anfang Februar 2009 zum außerordentlichen Parteitag zwang, ist nur im Zusammenhang mit der allgemeinen ideologischen Debatte unter den türkischen Linken nachzuvollziehen.

Nachdem die türkische Linke in Folge des Militärputsches nahezu zerstört worden war, erlitt sie mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems einen weiteren Schicksalsschlag. Seit Anfang der 1990er Jahre versuchen linke Gruppen, sich neu zu organisieren. Bei diesen Versuchen stehen türkische Linke immer wieder vor dem Problem, auf zwei Fragen Antworten bieten zu müssen.



Patriotismus

Bis zum Ende der 1960er Jahre galten kurdische Linke als selbstverständlicher Teil der türkischen Linken. In den 1970er Jahren wandten sich verschiedene kurdische Gruppen von den türkischen Linken ab und gingen ihre eigenen Wege. Während der Putsch 1980 der türkischen Linken nachhaltige Verluste bescherte, beflügelte er die kurdischen Bewegungen – allen voran die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die in Folge des Putsches nicht nur in ihrem Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit bestärkt wurde, sondern auch immer mehr Zulauf erhielt. Heute genießen die kurdischen Bewegungen nicht nur im kurdischen Teil der Türkei breite Unterstützung, sondern durch die massenhafte Binnenmigration längst auch in vielen türkischen Großstädten.

Da diese Entwicklung Kurden und Türken voneinander entfremdete und mittelfristig nicht mehr rückgängig zu machen scheint, stellt sich für die türkische Linke die Frage, wie sie sich im Hinblick auf die zahlenmäßig viel stärkeren kurdischen Bewegungen verhalten sollte. Ein Teil der türkischen Linken hat sich unwiderruflich für den „Patriotismus“ entschieden, der sich in der Praxis kaum vom „Nationalismus“ unterscheidet. Der Grundgedanke des Patriotismus ist, dass die Souveränität und Einheit der Türkei gefährdet sei und unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Die Folge ist, dass Gruppen wie die neugegründete TKP oder die Arbeiterpartei (Isci Partisi, kurz IP) unter der Führung des ehemaligen Maoisten Dogu Perincek in erster Linie gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind. IP und Perincek brandmarken außerdem kurdische Bewegungen im Land als Bedrohung.²

Ein anderer Teil der türkischen Linken befürwortet ein erneutes Zusammengehen mit linken kurdischen Bewegungen, wie es vor dem Militärputsch der Fall war. Doch viele türkische Linke empfinden die Stärke der kurdischen Gruppen als bedrohlich. Im kurdischen Lager gilt hingegen die landläufige Meinung, dass sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die türkischen Aktivisten den kurdischen unterzuordnen hätten. Diese Befindlichkeiten erschweren natürlich ein neuerliches Zusammengehen. Die Mehrheit der türkischen Linken jedoch scheint sich ratlos zwischen diesen beiden Fragenkomplexen zu bewegen.

Linksliberalismus

Die zweite große Problematik, die für die türkische Linke einer Zerreißprobe gleich kommt, ist die Frage nach der Haltung gegenüber dem Linksliberalismus. Ein Leitmotiv der Linksliberalen ist die Demokratisierung des türkischen Staates. Damit meinen sie, dass die bisherigen politischen Eliten entmachtet, die Armee unter Kontrolle der Zivilisten gestellt und geheime staatliche Sicherheitsorgane abgeschafft werden sollen.

Die Linksliberalen, die sich gegenwärtig vor allem in und um die Macher der Tageszeitung Taraf gruppieren, stellen – allgemein formuliert – den Kampf um mehr Demokratie in den Vordergrund. Das bedeutet für sie zum Beispiel, dass die 'kurdische Frage' politisch, d. h. durch möglichst viele politische und kulturelle Freiheiten für die Kurden gelöst werden müsste. Beispielsweise betrifft dies die Anerkennung und Gleichstellung der kurdischen Sprache und Identität.

In einem Beitritt der Türkei zur EU sehen die Linksliberalen eine Chance, die oben genannten Kernprobleme zu lösen. Um Fortschritte in diesen Bereichen zu erreichen, sind

sie bereit, den Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem in die Zukunft zu vertagen. Diese scheinbare Bereitschaft der Linksliberalen, den antikapitalistischen Kampf beiseite zu lassen, sorgt unter türkischen Linken für Ablehnung.

Der Ergenekon-Faktor

Mitten in den ideologischen Richtungsstreit wurde die Linke von einem Gerichtsprozess überrascht, der in der Türkei ein politisches Erdbeben auslöste. Am 12. Juni 2007 wurden bei einer Hausdurchsuchung in Istanbul 27 Handgranaten und große Mengen Sprengstoff gefunden. Kurz darauf verhaftete die türkische Polizei mehrere ehemalige Offiziere und klagte sie wegen Verschwörung gegen die Regierung an. Sie sollen einer Organisation Namens Ergenekon angehören, heißt es.

Seit eineinhalb Jahren führen Sicherheitskräfte des Staates regelmäßig Razzien gegen Ergenekon Mitglieder durch. In mehreren Verhaftungswellen wurden mittlerweile auch Ex-Generäle, die in den höchsten Entscheidungsgremien der türkischen Armee gedient haben, verhaftet. Des weiteren traf es Professoren, Journalisten, Angehörige der türkischen Mafia und jüngst auch Dutzende aktive Offiziere. Überall im Land wurden geheime Waffenlager ausgehoben. Hinweise darauf, dass bisher ungeklärte politische Morde wie der am armenischen Journalisten Hrant Dink oder dem Politologen Necip Hablemitoglu auf Ergenekons gehen, häufen sich. Vor allem aber wird mit jeder Festnahme deutlicher, dass Ergenekon eine wichtige Rolle im Krieg gegen die Kurden gespielt hat. Kritiker sind der Ansicht, dass die Organisation für mehrere Tausend unaufgeklärte Morde an Kurden verantwortlich ist.

Der Ergenekon Prozess spaltet die Türkei in zwei Lager, die sich gegenseitig aufs Schärfste angreifen. Ein Teil der Bevölkerung möchte, dass der Fall bis ins Detail aufgeklärt wird, dass die der Organisation vorgeworfenen kriminellen Taten in den kurdischen Landesteilen untersucht und die Schuldigen bestraft werden. Vor allem aber will dieser Teil der Bevölkerung, dass die Verbindungen zwischen dieser Geheimorganisation, dem türkischen Staat und der türkischen Armee ins Tageslicht gebracht werden. Das andere Lager glaubt an eine Verschwörung US-amerikanischer Geheimdienste in Zusammenarbeit mit türkischen Islamisten und der islamistischen Regierung der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkinma Partisi, kurz AKP) gegen die türkischen Staatsorgane. Ziel sei es, den Staat zu schwächen, die Türkei zu spalten und sie den US-Plänen im Nahen Osten zu unterwerfen.

Die Linke kann sich diesem ideologischen Zwist nicht entziehen. Auf der einen Seite stehen die Linksliberalen um die Tageszeitung Taraf, die fast täglich neue Fakten zu den Machenschaften der Ergenekon Seilschaft recherchiert und in die Öffentlichkeit bringt. Auf der anderen Seite sind es die Patrioten, die den türkischen Staat verteidigen und dafür Bündnisse eingehen, die bis vor kurzem als undenkbar galten.

Die ÖDP in der Zerreißprobe

Patriotismus und Linksliberalismus stellen heute die Sollbruchstellen der türkischen Linken dar und die ÖDP befindet sich genau in der Mitte. Der starke Sog aus beiden Richtungen stellt eine Zerreißprobe für die Partei dar.

Dementsprechend entwickelte sich die Debatte kurz vor dem außerordentlichen Parteitag Anfang Februar. Ufuk Uras, der bis zum Parteitag Vorsitzender der Partei war, beklagte



sich öffentlich über „Nationalisten in der Partei“. Die Fraktion Revolutionäre Solidarität kritisierte ihn für Sondierungsgespräche mit anderen linken und kurdischen Gruppen, um eine Dachpartei zu gründen, die diese Gruppen zusammenführen könnte.

Im Fall Ergenekon forderte die Fraktion Freiheitliche Linke um Ufuk Uras eine kompromisslose Aufklärung. Sie unterstützte die Aktionen der Sicherheitskräfte gegen Ergenekon. Die Revolutionäre Solidarität hingegen lehnte eine Teilnahme ab. Sie sieht den Prozess um Ergenekon als einen „Kampf der Herrschenden untereinander“ und lehnt es ab, Teil „dieses Kampfes der systeminternen Kräfte“ zu werden. Auch der neue Vorsitzende, Hayri Kozanoglu, der die Ergenekon Debatte als „extrem heikel“ bezeichnet, äußerte sich vorsichtig: „Sozialistisch-revolutionäre Bewegungen müssen sich die Entwicklungen vor Augen halten und einen dritten Weg finden zwischen den pro-amerikanischen und den patriotischen Haltungen.“

Mit der globalen Finanzkrise verschärfte sich zudem die Debatte darum, ob Demokratisierung oder Anti-Kapitalismus im Vordergrund der Parteiarbeit stehen sollten. Eine Erklärung der Fraktion „Revolutionäre Solidarität“ macht dies deutlich: „Die Hauptfrage heute ist folgende: Wird die ÖDP einen Kampf führen, der sich gegen imperialistisch-kapitalistische Strukturen und Systeme richtet und – im Lichte der Revolution und des Sozialismus – Arbeit und Klassenkampf als Basis nimmt und alle anderen Fragen hinsichtlich dieser Basis beantwortet? Oder wird sie einen Kampf führen, dessen Horizont und Grenzen durch soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung und um die Fragen der Kultur und der Identität (gemeint ist die Kurdische Frage – Anmerkung des Verfassers) festgelegt werden? Seit langem werden linke Bewegungen und Parteien durch den Druck liberaler und nationalistischer Politik dazu gezwungen, an der Seite der systeminternen Kräfte zu kämpfen. Das ist ein Übel, das es zu überwinden gilt.“³

Globalisierung und die EU

Obwohl beide Fraktionen der Partei sich in der Tagespolitik heftige Kämpfe liefern, sind sie sich über das Parteiprogramm weiterhin einig. Die ÖDP tritt für einen „freiheitlichen, selbstverwaltenden, internationalistischen, demokratisch planenden, ökologischen, anti-militaristischen und feministischen Sozialismus“ ein, wie es im Parteiprogramm heißt.⁴ Dabei wird die Globalisierung als eine Chance begriffen, denn sie stärke den Internationalismus und ermögliche breitere Organisationen. „Es wird erneut bestätigt, dass der Kampf gegen den Imperialismus an Bedeutung gewinnt, wenn er mit einer internationalistischen und anti-kapitalistischen Perspektive, gemeinsam mit allen Unterdrückten dieser Welt, geführt wird“⁵, heißt es dazu im Parteiprogramm. In diesem Sinne legt die ÖDP großen Wert auf das Weltsozialforum und das Europäische Sozialforum. Für die Partei bilden beide die Basis für den gemeinsamen Kampf der sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus und den Krieg.

Obwohl die ÖDP bisher keine eindeutigen Erklärungen abgibt, ob sie eine EU-Mitgliedschaft der Türkei befürwortet oder nicht, unterstützt sie die demokratischen Errungenschaften, die durch den Beitrittsprozess ermöglicht wurden. Das Ziel der Partei ist eine revolutionäre Veränderung Europas. Sie kritisiert die antidemokratischen Strukturen der EU,

die die Bürger von Entscheidungsmechanismen fern halten. So heißt es im Parteiprogramm: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Verteidiger des ‚sozialen Europas‘ und des ‚Europas der Arbeit‘ die konsequentesten Gegner der rassistischen und imperialistischen Politik gegenüber der Dritten Welt sind, so, wie sie auch Organisatoren der Anti-Kriegsbewegungen und Teil der globalen Bewegung für Gerechtigkeit sind.“⁶

Korrigierender Faktor gegen den Eurozentrismus

Auch das Verhältnis zwischen der ÖDP und der europäischen Linken scheint bisher unbelastet von internen Quereilen zu sein. Das liegt auch daran, dass die Partei keine Alternative zur europäischen Linken sieht. ÖDP Vorsitzender Kozanoglu beschreibt die Lage der ÖDP so: „Östlich der Türkei finden wir keine Organisationen oder Parteien, mit denen wir unser Ideal eines pluralistischen Sozialismus teilen könnten, wir finden keine, die die Erfahrungen des früher existierenden Sozialismus nicht negieren, sondern kritisch überwinden wollen. Deshalb sehen wir unseren Platz in der europäischen Linken.“

Tatsächlich hat die ÖDP ihre besten internationalen Kontakte in Europa, obwohl sie auch über Kontakte im Nahen Osten und im Kaukasus verfügt. Die innerparteiliche Krise, die die ÖDP zur Zeit erschüttert, birgt große strategische Nachteile für die europäische Linke. Denn wenn die ÖDP eine innere Ruhe finden und sich mehr auf ihre internationale Kontakte konzentrieren könnte, wäre sie in der Lage, den europäischen Linken eine fremde Welt östlich der EU näherzubringen. In diesem Fall könnte sie eine Rolle als korrigierender Faktor gegen jeglichen Eurozentrismus einnehmen.

Anmerkungen

- 1 Alle Zitate von Hayri Kozanoglu und Saruhan Oluc stammen aus Interviews des Verfassers.
- 2 Zu den Veröffentlichungen der beiden Parteien vgl. <http://www.tkp.org.tr/konferans2004>; <http://www.ip.org.tr>, abgerufen am 16.2.2009.
- 3 Vgl. ÖDP üyelerine cagrimizdir, Januar 2009, in: www.yenidenevrim.org, abgerufen am 15.12.2008.
- 4 ÖDP: Program. 9 Nisan 2006'da Kabul Edildi, in: <http://www.odp.org.tr/genel/program.php>, abgerufen am 16.2.2009.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda.

Tagung des ZK der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP)

Bagdad, 24. April 2009 (ausführliche Auszüge)

Das Zentralkomitee der Irakischen Kommunistischen Partei trat am 24. April 2009 zu einer turnusmäßigen Tagung zusammen. Sie begann mit einer Schweigeminute zu Ehren der Märtyrer, die in den vergangenen Monaten aus dem Leben geschieden sind. Die Tagung beschäftigte sich mit der politischen Lage und neuen Entwicklungen seit der letzten Zusammenkunft im Oktober 2008. Auf der Tagesordnung standen weiter die jüngsten Wahlen zu den Provinzräten und deren Folgen sowie Lehren für die Weiterentwicklung der Parteiarbeit. Die Tagung erörterte die Tätigkeit der Partei und ihrer Führungsgorgane im genannten Zeitraum und fasste



Beschlüsse zur Verstärkung der Rolle der Partei auf allen Ebenen. Da diese ZK-Tagung im Rahmen der Feierlichkeiten zum 75. Gründungstag der Partei stattfand, eröffnete sie der Sekretär des ZK, Genosse Hamid Majeed Mousa mit einer Rede, in der er die Leistungen der Vorkämpfer der Partei würdigte. Er nutzte den Jahrestag als Gelegenheit, um aus der Geschichte der Partei Lehren auf theoretischem, politischem und organisatorischem Gebiet für die komplizierten Heerausforderungen der Gegenwart zu ziehen, da die Partei für die Unabhängigkeit und den Fortschritt unseres Landes kämpft.

Die gegenwärtige politische Lage und die weitere Entwicklung

Auf der Tagung wurde festgestellt, dass die Lage in unserem Lande nach wie vor schwierig ist und an mehreren Fronten Kämpfe toben. Welche Formen diese auch immer annehmen, es geht dabei nach wie vor um die Zukunft des Iraks, um die Staatsform, um das politische und sozioökonomische System. Die politische Entwicklung seit der letzten ZK-Tagung ist von Umgruppierungen, vom Zerfall alter und der Entstehung neuer Bündnisse geprägt. Die Wahlen zu den Provinzräten vom 31. Januar 2009 haben der politischen Lage eine neue Dynamik verliehen und Bewegungen in verschiedenen Richtungen ausgelöst.

Die Wahlen haben zu einer Neuaufteilung der politischen Landschaft geführt. Die Entstehung neuer Bündnisse wird Einfluss auf die kommenden Parlamentswahlen haben. Der Wahlkampf der wichtigsten Blöcke hat gezeigt, dass im politischen Diskurs der stärksten machtausübenden Kräfte eine gewisse Veränderung weg von öffentlich zur Schau getragener religiöser Sektenwesen, ethnischer Intoleranz und dem Quotensystem, hin zu den Prinzipien von Staatsbürgerschaft, der Gleichheit aller Bürger, der Errichtung eines Bürgerstaates und der Achtung des Rechts vor sich geht.

Wir begrüßen diese Tendenzen, die zeigen, dass der demokratische Prozess im Lande vorankommt, dass sich seine soziale und politische Basis ungeachtet aller Schwierigkeiten erweitert und die Überzeugung Platz greift, dass die Wahlurne der beste Ort ist, um Differenzen zu überwinden und Konflikte zu regeln. Neben diesen positiven Aspekten gibt es allerdings auch eine ganze Reihe negativer Momente. Dazu gehören die Ausnutzung offizieller Positionen und Regierungsämter, Stimmenkauf, mangelnde Neutralität der staatlichen Medien, schwerwiegende Mängel in der Tätigkeit der Unabhängigen Wahlkommission oder die Tatsache, dass man Stimmen, die für Verliererlisten abgegeben wurden, den Siegern zugeschlagen hat.

Anzeichen für Stagnation und Lähmung in der politischen Landschaft

Vor den Provinzwahlen hatten viele Menschen erwartet, deren Ergebnisse und der Konsens auf der Grundlage eines veränderten Kräfteverhältnisses werde zur Überwindung bestehender Differenzen führen. Es ist jedoch anders gekommen. Die Wahlsieger haben die Gelegenheit nicht genutzt, Kontakte und Dialog zu befördern. Im Gegenteil, der Sieg hat zu noch mehr Einseitigkeit in Entscheidungsfindung und Machtausübung geführt.

In dem hier betrachteten Zeitraum zwischen Oktober 2008 und April 2009 ist es im Verhältnis zwischen den Parteien, die den politischen Prozess maßgeblich beeinflussen,

zu noch mehr Entfremdung, Stagnation und Spannungen gekommen. Das zeigt sich nach außen in einer Lähmung der Tätigkeit der staatlichen Institutionen und ihrer wichtigsten Exekutivorgane vor dem Hintergrund des Kampfes um Macht, Einfluss und Entscheidungsgewalt.

Dabei ist festzustellen, dass in der politischen Landschaft des Iraks nicht nur innere Faktoren wirken. Hinzu kommen regionale und internationale Faktoren, die den Kampf zeitweilig zuspitzen oder abschwächen können.

Auf der Tagung wurden als charakteristische Merkmale der gegenwärtigen Lage herausgearbeitet:

- Das Parlament war längere Zeit nicht in der Lage, einen neuen Präsidenten zu wählen. Dadurch war es in seiner Fähigkeit eingeschränkt, die Aufsichts- und Kontrollpflicht in den verschiedenen Bereichen und auf den verschiedenen Ebenen wahrzunehmen.
- Zwischen Exekutive und Legislative mangelt es an Koordination. Es herrscht kein normales Verhältnis; Misstrauen, Entfremdung und wechselseitige Vorwürfe sind an der Tagesordnung.
- Das Verhältnis zwischen den wichtigsten Institutionen der Exekutive – dem Präsidenten der Republik und dem Vorsitzenden des Ministerrates ist kalt und steht kurz vor dem Bruch.
- Der Politische Rat für Nationale Sicherheit ist seit acht Monaten nicht mehr zusammengetreten.
- Die Spannungen zwischen den Parteien sowie das schlechte Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive haben die Tätigkeit der Föderationsregierung beeinträchtigt.
- Das Verhältnis zwischen den Behörden der Föderation und denen der Region Kurdistan ist angespannt. Es funktioniert mit wenigen Ausnahmen nicht, wodurch sich Differenzen und Komplikationen angehäuft haben.
- Das Exekutivkomitee (3+1), das Komitee der Fünf und die Vier-Parteien-Allianz, die die Regierungskoalition trägt, treten nicht mehr zusammen, auch nicht die Kommissionen des Komitees der Fünf für einzelne Bereiche.
- Es ist nicht klar, wie mit dem Dokument für politische Reformen weiter umgegangen werden soll, das das Parlament im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens Irak-USA beschlossen hat.
- An den Ergänzungen zur Verfassung wird nicht mehr ernsthaft gearbeitet. Die entsprechende Kommission hat ihre Aufgabe erfüllt. Nun müssen die Regierungsparteien in fünf wichtigen Punkten einen Konsens erzielen. Die Differenzen in diesen Fragen können nur durch eine grundsätzliche Übereinkunft zwischen diesen Parteien geklärt werden, wonach entsprechende Gesetze auszuarbeiten sind – zu Artikel 140 der Verfassung, zur Frage der Erdölrressourcen und ihrer Verteilung, zur Aufteilung der Macht zwischen Zentrale und Regionen, ein Gesetz über Öl und Gas usw. Die Arbeit auf diesem Gebiet ruhte bereits vor den Provinzwahlen. Wegen der unterschiedlichen Orientierung der Kräfte, die seit den Wahlen um Macht und Einfluss ringen, hat sich die Situation weiter verschlechtert.
- Einige Gesetze (zum Beispiel das Amnestiegesetz, das Gesetz über Rechenschaft und Justiz) werden nicht in Kraft gesetzt oder nicht weiter ausgearbeitet.
- Die Nominierung von stellvertretenden Ministern, Beratern, Botschaftern und Leitern unabhängiger Gremien wird verhindert.



- Die ohnehin getrübteten Beziehungen zu den Verwaltungsgremien der Provinzen haben sich durch die Ergebnisse der jüngsten Provinzwahlen weiter verschlechtert. Bei der Einsetzung der neuen Provinzräte und der Verteilung der Aufgaben unter deren Mitgliedern sind Probleme entstanden.
- Auf Grund der politischen Konflikte zwischen den Machtzentren ist die Koordinierung zwischen Sicherheits-, Militär- und Geheimdienstorganen mangelhaft. Das wirkt sich negativ auf die Sicherheitslage im Lande aus.
- Wechselseitige Vorwürfe oder Medienkampagnen werden zuweilen bis zur offenen Konfrontation gesteigert.
- Misstrauen, Argwohn und Reibungen zwischen den verschiedenen Parteien sind im Wachsen begriffen.
- All das schafft größere Einwirkungsmöglichkeiten für feindliche Elemente im Lande (Saddam-Anhänger, Al Qaida, chauvinistische Saboteure), in einigen Nachbarländern sowie für alle Gegner von Stabilität und Demokratie im Irak.
- Die heftigen Rivalitäten um politische Führungspositionen haben zur Folge, dass der Staat seine Funktionen beim Wiederaufbau und bei der Lösung akuter Probleme vernachlässigt. Die Regierung erweckt in letzter Zeit den Eindruck, sie sei lediglich ein Treuhänder, statt den von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten komplizierten Problemen des Landes entgegenzutreten. Wenn sie in Wort und Tat zu einer Regierung der nationalen Einheit werden will, dann muss sie ein umfassendes Programm entwickeln, das nach den aktuellen Erfordernissen der gesamten irakischen Gesellschaft formuliert wird, und nicht nur nach den Interessen der Regierungsparteien entsprechend dem bekannten (religiösen und ethnischen) Quotensystem. Dieses Programm muss vom Grundsatz der Gleichheit aller Bürger als wirklicher Alternative zum System der Quoten und der gegenseitigen Furcht beruhen, das nur Misswirtschaft hervorbringt und den Nährboden für die wuchernde Korruption bildet.

Die beschriebene Stagnation in den politischen Verhältnissen ist jedoch nicht im absoluten Sinne zu verstehen. Es ist durchaus auch Bewegung zwischen einzelnen Kräften zu beobachten. Sie bringt eine gewisse Umgruppierung hervor, die zwar nicht radikaler Natur ist, aber zu neuen Kräfteverhältnissen führen kann.

Auf der ZK-Tagung wurde darauf hingewiesen, dass die relativen Veränderungen im politischen Diskurs einiger einflussreicher herrschender Kräfte nicht losgelöst vom Kampf der demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft, vom Scheitern religiös-sektiererischer Losungen zu sehen sind. Auf diese „Veränderungen“ sollte jedoch mit Vorsicht und ohne Übereilung reagiert werden. Die Prozesse sind noch im Fluss und werden von vielen Faktoren – inneren und äußeren – beeinflusst. Manche derer, die noch Macht über politische Entscheidungen haben, praktizieren insgeheim das, wovon sie sich öffentlich distanzieren. Der Kampf gegen das religiöse Quotensystem und die ethnische Intoleranz, die als Tarnung für die wuchernde Korruption im Lande dienen und eines der Haupthindernisse für Stabilität und Wiederaufbau darstellen, muss also fortgesetzt werden.

Die Verschlechterung der Sicherheitslage und ihre Ursachen

Die ZK-Tagung hat auch die aktuelle Sicherheitslage erörtert. Diese hat sich in den letzten Tagen deutlich verschlechtert. Bei einer Reihe von Bombenanschlägen in der Hauptstadt und in den Provinzen sind Hunderte Frauen, Männer und Kinder getötet und verletzt worden. Das wirkt sich negativ auf die Stimmung der Bevölkerung aus, die sich in den letzten Monaten spürbar verbessert hatte. Wenn sich solche Vorkommnisse fortsetzen, sind die Fortschritte bedroht, die auf dem Gebiet der Sicherheit erreicht wurden, was die Gesamtlage negativ beeinflussen würde.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, dass die neue Welle von Gewalt und Terrorismus u. a. darauf zielt, das Land erneut in Auseinandersetzungen zwischen den Religionsgemeinschaften zu verwickeln, unter den Bürgern ein Klima von Angst und Schrecken zu verbreiten, die Anzeichen einer Verbesserung der Sicherheitslage in den vergangenen Monaten wieder zu zerstören und die relative politische Stabilität zu erschüttern. Was diejenigen, die derartige Aktionen planen und durchführen, auch erklären mögen, die Welle von Bombenanschlägen trägt letzten Endes dazu bei, die Wiederherstellung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Iraks zu verhindern, die Umsetzung des Zeitplans für den Abzug der ausländischen Truppen zu stören und so deren Anwesenheit im Lande zu verlängern. Dies ist auch ein Versuch, auf das Referendum (über das Abkommen Irak-USA) Einfluss zu nehmen, das Ende Juli stattfinden soll.

Unsere Partei verurteilt die jüngsten Terrorakte gegen die Söhne und Töchter unseres Volkes in den verschiedenen Regionen des Landes und spricht den Familien der Opfer ihr Beileid aus. Sie appelliert vor allem an die einflussreichen politischen Kräfte in der Regierung, entschlossen zu handeln, um endlich die Schlupflöcher im politischen und Sicherheitssystem zu schließen, die der Terrorismus ausnutzt. Die Partei ruft jedermann auf, die verbrecherischen Ziele dieser neuen Welle der Gewalt zu erkennen, dagegen vorzugehen, sich aktiv für den Schutz, den Fortschritt und die Weiterentwicklung des politischen Prozesses einzusetzen, um so der Sicherheit, Stabilität und dem Wohlergehen des irakischen Volkes zu dienen.

Auf der Tagung des ZK wurden mehrere Ursachen für die Verschlechterung der Sicherheitslage benannt:

- Ungenügende Wachsamkeit von Sicherheitsorganen und Geheimdiensten. Diese ist auf eine Arroganz der Macht zurückzuführen, die sich in diesen Organen nach konkreten Erfolgen bei der Kontrolle der Sicherheitslage breitgemacht hat.
- Zunehmende Wühlätigkeit von Saddam-Anhängern, Al Qaida-Banden und anderen Gegnern auf militärischem und politischem Gebiet.
- Verstärkte Aktivitäten ausländischer Geheimdienste und Sabotageorganisationen.
- Bemühungen von Terroristen und Saboteuren zu beweisen, dass mit ihnen weiter zu rechnen ist.
- Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb und außerhalb des politischen Prozesses.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, dass es hier um mehr geht als um reine Sicherheitsfragen. Die Verhinderung von Terroranschlägen und das Austrocknen der Quellen des



Terrorismus erfordert ein umfassendes System politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen. Die Sicherheitsorgane müssen auf einer gesunden Basis von Kompetenz, Integrität, Patriotismus sowie Treue zur Verfassung und zum demokratischen System errichtet und ausgebildet werden. Das ist besonders wichtig, da wir uns darauf vorbereiten, die Verantwortung für die Sicherheit von den amerikanischen und anderen ausländischen Truppen auf der Grundlage von Abkommen zwischen dem Irak und diesen Staaten zu übernehmen.

Hier sei auch darauf hingewiesen, dass die jüngste Verschlechterung der Sicherheitslage in einigen Regionen mit der Wiederaufnahme der Aktivitäten von Milizen einhergeht. Wenn die Behörden hier nicht einschreiten, die Kontrolle übernehmen und die Verletzung von Recht und Gesetz verhindern, steht unserer Gesellschaft eine neue Runde von Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Milizen bevor.

Nationale Versöhnung

Die Irakische Kommunistische Partei hat den verkündeten Plan der nationalen Versöhnung von Anfang an begrüßt, weil sie ihn für einen wichtigen und bedeutsamen Schritt zur Normalisierung der Lage und zum Dialog als Mittel zur Verbesserung der Situation betrachtet. Er wurde auch als der richtige Weg zu einer politischen Lösung gesehen, die die Interessen aller berücksichtigt, mehr Kräfte in den politischen Prozess einbezieht und Vertrauen zwischen allen Beteiligten schafft. Aber dieser Prozess hat sich leider verlangsamt und wird in der jüngsten Zeit von dem Klima der Spannungen und der Entfremdung zwischen einzelnen Beteiligten beeinträchtigt. Unsere Partei hat einige Methoden der Verantwortlichen für die nationale Versöhnung sowie die Leistung des Hohen Komitees kritisiert. Später mussten wir bemängeln, dass das Hohe Komitee beiseite gedrängt wurde, dass es an einer klaren und einheitlichen Politik gegenüber den Gruppen fehlt, die in die Versöhnung einbezogen werden sollen und dass die Beschlüsse früherer Konferenzen für nationale Vereinigung nur zögerlich umgesetzt werden. Hier sei festgestellt, dass die schlechte Führung dieses Prozesses zu der gegenwärtigen Lage geführt hat, da er bei weitem nicht vollendet ist, obwohl so viel von Gruppen der Baathisten und anderen geschrieben wird, die an der Versöhnung interessiert sein sollen. Das Zentralkomitee hat darauf hingewiesen, dass in dieser Frage ein einheitliches Vorgehen dringend geboten ist.

Zugleich muss auch betont werden, dass einige arabische, regionale und internationale Akteure, darunter die USA, starken Druck auf die Verantwortlichen in unserem Lande ausüben, um die Versöhnung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Obwohl der Prozess bereits vor einigen Jahren in Gang gesetzt wurde, ist er bis jetzt nur langsam vorangekommen und stößt auf vielfältige Widerstände. Dies ist von den Spannungen zwischen den Hauptkräften der politischen Landschaft Iraks nicht zu trennen. Dieses Klima, dazu die geschwächten Beziehungen zwischen den Akteuren des politischen Prozesses bieten keine günstigen Bedingungen für neue Erfolge auf dem Wege der Versöhnung.

Uns war immer wichtig, dass normale Bedingungen ohne Spannungen und Konfrontation im Lande einziehen. Daher haben wir uns an allen Bemühungen um die Versöhnung beteiligt und sind auch dem Hohen Komitee beigetreten.

Wenn dieser Prozess Erfolg haben soll, dann sind bestimmte Voraussetzungen notwendig, darunter Zusammenarbeit zwischen den Kräften, die unser Land wieder aufbauen und den Wunsch unseres Volkes nach Wiederherstellung seiner Souveränität und Unabhängigkeit, nach Errichtung eines einheitlichen, demokratischen und föderalen Iraks erfüllen wollen. Der Prozess der Versöhnung darf nicht auf Konferenzen beschränkt bleiben. Nötig ist Arbeit in der Gesellschaft, sind Beschlüsse, die in die Praxis umgesetzt und kontrolliert werden.

Auf der Tagung wurde auch das Thema der Entbaathifizierung erörtert. Von einigen missverständlichen Erklärungen der Regierung sind in diesem Zusammenhang falsche Signale ausgegangen. Dazu erklärt das Zentralkomitee:

1. Die Entbaathifizierung hat auf der Grundlage der Verfassung zu erfolgen. Artikel 1 der Verfassung, der die Tätigkeit der saddamistischen Baath-Partei und ihrer führenden Vertreter im Irak verbietet, ist einzuhalten.
2. Es ist zu unterscheiden zwischen führenden Vertretern des gestürzten Baath-Regimes und seinen Folterbanden einerseits sowie der großen Mehrheit der Bürger andererseits, die aus unterschiedlichen Gründen der Baath-Partei beigetreten sind oder mit verschiedenen Mitteln zum Beitritt gezwungen wurden.
3. Nationale Versöhnung kann nicht die führenden Figuren des ehemaligen Regimes und diejenigen einschließen, die Verbrechen an unserem Volk begangen haben. Diese müssen vor Gericht gestellt, für die Verwüstung des Landes und das Vergießen des Blutes unschuldiger Menschen zur Verantwortung gezogen werden.
4. Versöhnung kann auch nicht für jene gelten, die nach dem 9. April 2003 für das Regime und die Partei von Saddam weiter gearbeitet, in deren Interesse Terrorakte verübt oder unterstützt haben.
5. Einfachen Mitgliedern der Baath-Partei muss die Chance gegeben werden, die Last der Vergangenheit abzuwerfen. Ihnen muss geholfen werden, in die Reihen des Volkes zurückzukehren, sich an der Errichtung eines demokratischen Systems und dem Aufbau des neuen Iraks zu beteiligen. Das bedeutet aber, dass sie das frühere Regime und dessen Partei, Politik und Kriege verurteilen, sich für die Verbrechen entschuldigen, die es am irakischen Volk verübt hat, ihre Unterstützung für die Demokratie erklären, sich von Gewalt lossagen und ihren Willen zum Ausdruck bringen, einen wirklichen Beitrag zur Schaffung eines demokratischen Systems im Lande zu leisten.
6. Die Überarbeitung und Inkraftsetzung des Gesetzes über Rechenschaft und Gerechtigkeit, die Bildung der Kommission, die dieses Gesetz umsetzen soll, sind zu beschleunigen.

Die Beziehungen Iraks zu den arabischen und anderen Staaten

Die negativen Aspekte der Situation sollen nicht die Erfolge herabmindern, die bei der Verbesserung der Auslandsbeziehungen (Delegationen, Vereinbarungen ...) erreicht worden sind. Damit wird anerkannt, dass die politische Situation und die Sicherheitslage im Irak gegenwärtig besser sind als zu früheren Zeiten. Andererseits werden die Verschlechterung der politischen Lage und eine verlangsamte Aussöhnung im Lande negative Folgen für den neuen Irak haben. Die Entsendung von Botschaftern in den Irak und die Stärkung unserer



Beziehungen zu den Staaten der Welt hängt wesentlich von der Verbesserung der Sicherheitslage und von der politischen Stabilität im Lande ab. Die Beziehungen des Iraks zu seinen Partnern müssen auf den Prinzipien der guten Nachbarschaft, der Partnerschaft und der Respektierung der wechselseitigen Interessen beruhen.

Die Haltung der USA

Auf der ZK-Tagung wurde die Entwicklung der Haltung der USA seit der Machtübernahme des neuen Präsidenten Barack Obama erörtert. Er ist mit einem Programm angetreten, das sich von der Orientierung der vorherigen Administration unterscheidet. Unter der Losung von Change – Veränderung – hat er gegenüber dem amerikanischen Volk einige Versprechen abgegeben. Es scheint, dass er das Versprechen halten will, die amerikanischen Truppen binnen 16 Monaten aus dem Irak abzuziehen. Ob die neue US-Administration die Vereinbarung zwischen Irak und USA hinsichtlich dieses Zeitplanes einhält, wird ein Hinweis darauf sein, wie ernst sie ihr Versprechen nimmt. Außerdem übt die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren riesigen Dimensionen großen Druck auf die US-Verantwortlichen aus, die Lasten und Verpflichtungen zu erleichtern, die auf dem Lande liegen. Die neue Administration hat 800 Milliarden Dollar bereitgestellt, um die amerikanische Wirtschaft zu retten. Wo soll die Administration dieses Geld hernehmen? Es wäre logisch, die Militärausgaben in Irak und Afghanistan zu verringern.

Angesichts dieser Faktoren fällt es den USA ungeachtet bestimmter Erklärungen von Militärs immer schwerer, ihre Militärpräsenz über lange Zeit aufrechtzuerhalten. Es überrascht nicht, dass die USA auf Versöhnung im Irak drängen (was immer sie darunter verstehen), um eine normale Lage im Lande zu erreichen, dass sie die Wünsche arabischer Regierungen berücksichtigen und eine Lösung mit dem Iran anstreben. All das wird sich auf die Umsetzung des Abkommens zwischen Irak und den USA auswirken. Dabei stehen so komplizierte Fragen an wie der Rückzug der ausländischen Truppen aus den Städten bis zum Juni 2009, die Probleme von Mosul, Diyala und weiteren Konfliktherden, die Entlassung der Häftlinge aus den US-Gefängnissen in Irak usw.

Ein aktuelles Problem ist die Freilassung solcher Häftlinge ohne Kontrolle und Untersuchungen seitens der Sicherheitsorgane der irakischen Regierung. Das löst zahlreiche Probleme und schwere Zweifel an der Idee der Amnestie aus. Wir lehnen die Idee der Amnestie nicht ab, betonen aber, dass Transparenz und Offenheit hinsichtlich der Vereinbarungen zwischen den irakischen und amerikanischen Stellen zu diesen Fragen notwendig sind. Die Bürger des Iraks sollen im Juli 2009 in einem Referendum ihre Meinung zu dem Abkommen mit den USA zum Ausdruck bringen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage

Auf der ZK-Tagung wurde über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate, vor allem über die Auswirkungen des starken Rückgangs der irakischen Öleinnahmen gesprochen. Das ZK stellte fest, dass die praktische Entwicklung, aber auch jüngste Studien und Berichte des Planungsministeriums die Analysen und Schlussfolgerungen unserer Partei über die irakische Wirtschaft bestätigen. Diese leidet an schweren strukturellen Disproportionen, insbesondere riesigen Unterschieden im Entwicklungsniveau von ländlichen und städtischen Regionen sowie zwischen einzelnen Provin-

zen, der tiefen Kluft bei den Indikatoren der Humanentwicklung zwischen Männern und Frauen, besonders was Bildung und Beschäftigung betrifft. Statistiken der vergangenen zwei Jahre haben ergeben, dass etwa 23 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. In manchen ländlichen Gebieten erreicht dieser Wert 65 Prozent, das heißt, das Dreifache des Niveaus in den Städten. Die Studien haben auch den engen Zusammenhang zwischen Armut und Arbeitslosigkeit sowie die hohe Arbeitslosenrate aufgezeigt, die auf die Zerrüttung des größten Teils der Industrieproduktion und anderer produktiver Bereiche zurückzuführen ist. Von der Geißel der Arbeitslosigkeit ist besonders die Jugend schwer betroffen. Dort beträgt sie etwa 30 Prozent. Diese Rate kann mit dem Übergang zur Privatisierung kurzfristig weiter ansteigen.

Die Studien bestätigen weiter, dass der gegenwärtige Prozess des Umbaus der irakischen Wirtschaft die Armut noch verschärfen wird. Sie zeigen die großen Unterschiede bei den Einkommen zugunsten der Schichten, die durch nichtproduktive Aktivitäten und illegale finanzielle Machenschaften zu Reichtum gekommen sind. Die Statistik besagt weiter, dass diese Unterschiede durch Lohnerhöhungen in den vergangenen zwei Jahren relativ verringert wurden. Diese Verbesserungen werden jedoch nicht nachhaltig sein, solange die Produktion nicht in Gang kommt, die Landwirtschaft sich nicht erholt und die Ölproduktion nicht steigt.

Das Bild, das sich aus diesen Berichten und Studien ergibt, stimmt mit den Schlussfolgerungen der ZK-Tagung vom Oktober 2008 überein. Bereits dort wurde auf das Fehlen der notwendigen strategischen Orientierung für die Wirtschaft und ihren Umbau, auf die enorme Schwäche der Sozialsysteme und das anhaltende Leiden großer Teile der Gesellschaft ungeachtet der konkreten Verbesserungen für die Angestellten der Staatsorgane hingewiesen. Dieses Leiden hat sich wegen des nach wie vor mangelhaften Funktionierens der kommunalen Dienstleistungen, besonders der Strom- und Wasserversorgung, des Gesundheits- und Bildungswesens sowie der Verteilung der Lebensmittelrationen weiter verschärft.

Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die irakische Wirtschaft und Gesellschaft

Unsere Partei hat davor gewarnt, die Gefahren und Auswirkungen der globalen Krise auf Irak zu unterschätzen, wie dies in den Erklärungen einiger Beamter und Verantwortlicher der Regierung zum Ausdruck kam. Die Krise mit ihren gewaltigen Dimensionen, mit ihren ideologischen und politischen Folgen wirkt sich unmittelbar auf unser Land aus. Mit jedem Tag wird klarer, wie oberflächlich die Behauptungen waren, Irak könnte von den Wirkungen der Krise verschont bleiben. Das Gegenteil ist der Fall. Dafür sind folgende Gründe zu nennen:

→ Die einseitige Struktur der irakischen Wirtschaft. Ihre Entwicklung hängt fast ausschließlich von den Öleinnahmen ab. Als Auswirkung der Krise sind diese um 70 Prozent (von über 140 auf 50 US-\$ pro Barrel) zurückgegangen. Das hat schwere Folgen für den Staatshaushalt und seine Handlungsfähigkeit. Dabei hat das Parlament verhindert, dass die Sparmaßnahmen der Regierung auch die Einkommen der Staatsangestellten, der Rentner und die Lebensmittelrationen betreffen. Das heißt aber nicht, dass



ein weiterer Rückgang der Einnahmen sich nicht noch mehr auf das Leben der Bürger oder die Investitionen auswirken kann.

- Die irakische Wirtschaft wird durch die enge Ankoppelung des irakischen Dinars an den US-Dollar stark beeinträchtigt. Die Schwäche des Dollars reduziert auch die Kaufkraft der irakischen Währung. Außerdem werden die Öleinnahmen des Iraks in Dollar verrechnet. Der größte Teil seiner Devisenreserven besteht ebenfalls aus Dollars.

Diese Betrachtungen führen zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen der globalen Krise in aller Transparenz und Offenheit dargelegt werden müssen. Es ist eine gesellschaftliche Debatte über die Ursachen der Krise und über mögliche negative Auswirkungen auf unsere nationale Wirtschaft zu führen, es sind Wege aufzuzeigen, wie diese beschränkt werden können.

Die Krise und ihre Lehren zeigen, wie abwegig die Vorstellung von einer Privatisierung ohne Bedingungen und Einschränkungen ist. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, die Wirtschaftspolitik insgesamt zu überprüfen, um Haushalts- und Geldpolitik miteinander in Einklang zu bringen. Letztere muss ihre starren Rahmen bei Leitzins und Wechselkurs aufgeben, um Investitionen und Produktionsaktivitäten zu fördern, um das notwendige Gleichgewicht zwischen dem Eingreifen des Staates und der Freiheit des Marktes herzustellen.

Hier sei darauf hingewiesen, dass der Haushalt für 2009 ein Opfer der politischen Auseinandersetzungen geworden ist. Der Streit im Parlament ging überhaupt nicht um den Haushalt, sondern darum, die Regierung und Ministerpräsident Nouri al-Maliki in Schwierigkeiten zu bringen. Unsere Partei hat sich detailliert mit dem Haushalt auseinandergesetzt, und zahlreiche unserer Ergänzungen wurden in der Endfassung berücksichtigt.

Die demokratische Strömung

Die Tagung des Zentralkomitees hat das Thema der demokratischen Strömung, ihrer Aktivierung und der Suche nach einer klaren gemeinsamen Plattform behandelt. Es wurde hervorgehoben, dass angesichts der komplizierten politischen Landschaft, verschiedener Polarisierungen, des Zerfalls alter und der Entstehung neuer Bündnisse die Kräfte, denen Gegenwart und Zukunft unseres Landes am Herzen liegen, sich auf der Grundlage politischer Übereinstimmung in den Hauptfragen über gemeinsame Positionen einigen und danach handeln müssen. Mit dem Projekt eines modernen demokratischen Staates, der die Grenzen der Religionsgemeinschaften überschreitet, müssen sie neue Hoffnungen wecken. Das bedeutet, dass wir unsere Beziehungen zur demokratischen Strömung stärker beleben müssen. Wir haben die Beziehungen zwischen diesen Kräften durch das Bündnis Madaniyoun (Verfechter eines demokratischen Bürgerstaates) aktivieren wollen. Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, das Bündnis in Konsultation mit allen Beteiligten zu erhalten oder zu erweitern und seinen Inhalt zu prüfen. Wir sind uns der Schwierigkeiten und Konflikte über Inhalt und Beteiligte dieser Strömung bewusst. Daher sollten wir als erstes Kriterien entwickeln, nach denen wir die Kräfte prüfen und ihr Verhältnis zur demokratischen Strömung bestimmen. Ebenso wichtig ist es, mit den Kräften auf Provinzebene Kontakt aufzunehmen und den Dialog zu führen, um danach gemeinsame

Positionen zu entwickeln, die von den Menschen akzeptiert werden.

Uns ist klar, dass die Aktivierung und Zusammenführung der demokratischen Strömung nicht sofort und auch nicht in einem einzigen Rahmen zu erreichen ist. Dies ist ein Prozess, der sich aus Aktionen auf zahlreichen Ebenen und in vielfältigen Formen zusammensetzt.

Dabei ist es wichtig, bestehende Formen nicht zu verwerfen, sondern sie alle zu aktivieren und besser miteinander zu koordinieren, um eine Harmonisierung ihrer Aktivitäten zu erreichen. Sie sollen zu einem großen Ganzen zusammenlaufen, dessen Charakter durch die gemeinsamen ideologischen und politischen Positionen des breiten Spektrums der demokratischen Kräfte bestimmt wird. Das Zentralkomitee hob hervor, dass wir gegen übermäßige Empfindlichkeiten, gegen Ausschließung und Marginalisierung von Kräften sind. All unser Streben muss darauf gerichtet sein, die Massen des Volkes einzubeziehen, denn ohne deren Beteiligung wird es keine Politik und keinen wirksamen Kampf geben.

Schlussfolgerungen und konkrete Aufgaben

Angesichts der geschilderten komplizierten politischen Situation sind viele Entwicklungsrichtungen möglich. Das erfordert, dass die politischen Parteien und Bündnisse einen Konsens erreichen, um das Land von Stagnation und Spannungen zu befreien und auf den Weg der Errichtung eines demokratischen Systems, des Wiederaufbaus und der Entwicklung zu führen.

- Angesichts der Stagnation der Beziehungen zwischen den politischen Kräften, der wachsenden Differenzen zwischen den Behörden der Föderation und der Region Kurdistan warnen wir davor, engstirnige chauvinistische nationalistische Gefühle zu schüren und die aktuellen Auseinandersetzungen in Mosul und Kirkuk zu manipulieren. Von den Kräften, denen Gegenwart und Zukunft unseres Landes am Herzen liegen, fordern wir, gemeinsame Positionen auf der Grundlage des politischen Konsens in den Hauptfragen zu erzielen, die Probleme im Geiste des Dialogs und der gemeinsamen Interessen zu lösen und in der aktuellen Lage nicht vom Prinzip des Konsens abzugehen.
- Gegenwärtig sehen wir uns einer neuen Runde des Kampfes gegen den Terrorismus gegenüber, der durch frühere Schläge wesentlich geschwächt aber nicht völlig beseitigt worden ist. Diese Kräfte nehmen jetzt ihre Aktivitäten wieder auf, um die politische und die Sicherheitslage zu verschlechtern.
- Der Erfolg des Prozesses der nationalen Versöhnung hängt vor allem davon ab, dass die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Die wichtigsten sind gesunde und gute Beziehungen zwischen den verschiedenen politischen Kräften, die das Volk in den letzten Jahrzehnten im Kampf gegen die Diktatur und zur Errichtung eines neuen Iraks erprobt hat. Die gegenwärtige fragile Situation macht es erforderlich, dass alle ihrer nationalen Verantwortung gerecht werden und jenen den Weg verlegen, die unserem Land und unserem Volk Schaden zufügen wollen. Das erfordert, im Geiste der Brüderlichkeit zu handeln, sich von politischer Weisheit und Umsicht leiten zu lassen und Differenzen im Dialog zu lösen. Vor allem wenn es um große nationale Fragen geht, darf keine Kosten-Nutzen-Rechnung im engen persönlichen, religiösen oder anderen Interesse im Vordergrund stehen. Sollten wir den



- Ernst der Lage nicht erkennen, werden wir alle verlieren.
- Wenn wir die Krise der irakischen Wirtschaft überwinden und diese wiederbeleben wollen, dann gelingt das nur durch die Ausarbeitung einer nationalen Entwicklungsstrategie mit klaren Zielen. Im Moment ringen unterschiedliche Visionen und „Strategien“ zur Überwindung der Krise miteinander. Notwendig ist aber, die konkreten Erfordernisse unseres Landes, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft sowie deren aktuelle Probleme ins Auge zu fassen, damit wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung aller Teile des irakischen Volkes und aller Regionen des Landes schaffen. Das muss ohne Diskriminierung und nach den Prinzipien einer effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen, gerechter Verteilung und der Überwindung der aus früheren Zeiten überkommenen Ungleichheiten erfolgen.
 - Das bedeutet, dass die gesamte Wirtschaftspolitik, insbesondere die Haushaltspolitik überprüft werden muss, um das erforderliche Gleichgewicht zwischen staatlichem Eingreifen und Freiheit des Marktes zu erreichen. Vor allem sollte vermieden werden, unter dem Vorwand knapper finanzieller Ressourcen Großprojekte, ehrgeizige Partnerschaften und neue Rezepte ohne ausreichende Kontrolle zu unterstützen. Unser Land ist gegenwärtig nicht nur mit einer reinen Finanzkrise, sondern mit einer Wirtschaftskrise von strukturellen Ausmaßen konfrontiert, die eine Entwicklungsstrategie für Wiederaufbau und Entwicklung der produktiven Sektoren nach klaren Prioritäten, dazu konkrete Schritte zum Schutz der nationalen Produktion, zur Förderung von Investitionen und zur Bekämpfung von Korruption erforderlich macht.
 - Da die jüngsten Provinzwahlen den großen Widerspruch zwischen den populären Ideen und Themen der demokratischen Strömung und der geringen Zahl von Stimmen für die damit verbundenen politischen Kräfte und Persönlichkeiten, darunter auch unsere Partei, deutlich gemacht haben, müssen die Beziehungen zwischen diesen Kräften entwickelt und aktiviert werden. Es gilt, dies durch vielfältige gemeinsame politische Initiativen zu erreichen, die den Einfluss der demokratischen Strömung unter den Volksmassen stärkt und verbreitert.
 - Ungeachtet der Bedeutung, die die Partei politischen Bündnissen in ihrem Kampf beimisst, müssen wir unablässig daran arbeiten, die selbstständige Rolle unserer Partei und ihren realen Einfluss unter den Massen auf einer gesunden politischen, sozialökonomischen und ideologischen Basis zu verstärken. Das erfordert, dass unsere Parteiorganisationen die Methoden und Mechanismen ihrer Tätigkeit unter den Massen der Arbeiter, Bauern, Studenten, der Jugend, der Frauen, der Intellektuellen, der Massenorganisationen usw. außerordentlich kritisch analysieren und einschätzen. Sie müssen die richtigen Lehren ziehen, um die genannte Tätigkeit zu verstärken, weil dies unabdingbar ist, wenn wir für die kommenden Herausforderungen gerüstet sein wollen.
 - Die jüngsten Wahlen zu den Provinzräten haben uns eine wichtige Lehre erteilt: Aktive, demokratische Massenarbeit ist notwendig und wirksam. Diese Lehre dürfen wir insbesondere in der kommenden Zeit nicht vergessen. Wir müssen der Massenbewegung für die Forderungen der Bevölkerung, ihrer Bedeutung und ihrer Konzeption wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen. Das wird für die

Verbesserung unserer Arbeit und für künftige Wahlkämpfe entscheidend sein.

Zum Ausgang der Unterhauswahlen in Indien im April/Mai 2009

Von Dr. Michael Schied, Koordinator des Linken Asien-Forums bei der LINKEN

Mit dem Auszählen der Stimmen am 16. Mai 2009 fanden die Wahlen zu 543 Sitzen des Unterhauses in Indien ihren Abschluss. Aus diesen gingen die regierende Kongresspartei und ihre Partner in der United Progressive Alliance (UPA) als stärkste Kraft hervor. Die oppositionellen Kräfte, darunter die Linksparteien, verloren für die Gestaltung der Regierung an Einfluss. Der Abstand zwischen der Kongresspartei und den verschiedenen zu ihr in Opposition stehenden Kräften hatte sich wieder vergrößert.

Der Ausgang dieser Wahlen war Ergebnis Jahrzehnte lang anhaltender Machtkämpfe um politische und nationale Grundkonzepte und Strategien in der Ordnung Indiens. Das folgende Papier analysiert diese Prozesse vor dem Hintergrund der Ergebnisse zu diesen Wahlen. Es stellt die Wahlergebnisse als eine wichtige Zwischenzäsur in der Entwicklung Indiens und der Gesamtregion dar, die jedoch keine gesicherten Aussagen über die nähere Zukunft Indiens treffen lassen.

Nationalkongress und Bharatiya Janata Party als hauptsächliche politische Kräfte Indiens

Der Indische Nationalkongress (INK) stellt die wichtigste politische Kraft Indiens dar. Die Geschichte des nationalen Erwachens Indiens, die Entwicklung des indischen Nationalismus war unmittelbar mit ihm verbunden. Dies begründete gleichzeitig die zentrale Stellung des INK sowohl im indischen Parteiensystem als auch in der politischen Ordnung Indiens. Das Programm des Kongresses basierte hierbei auf der Idee, dass die Armut des Landes durch die britische Kolonialherrschaft begründet war und dass mittels des wirtschaftlichen Fortschritts Indiens seine Potentiale entfalten konnte. Die Persönlichkeit von Mahatma Gandhi machte 1919 den Nationalkongress in diesem Zusammenhang zu einer Organisation, die durch vielfältige Aktionen die ländlichen Massen für Politik mobilisierte.

„Prinzipiell waren alle ethnischen und religiösen Gruppen in seiner Definition der Nation eingeschlossen, und ihre Glaubensvorstellungen und Kulturen waren respektiert.“ In diesem Sinne wurde der Nationalkongress auch zu einem Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte, die sich vor allem als kulturell-soziale Gruppen politisch artikulierten. Eine wichtige Etappe in der politischen Entwicklung war die Verabschiedung der Resolution über die Grundrechte vom März 1931 auf seiner 45. Jahrestagung.

Die Rede Jawaharlal Nehrus am Vorabend der Unabhängigkeit am 15. August 1947 gab eindrucksvoll den Geist Indiens wider. Nehru mahnte an, sich die Hoffnungen der breiten Masse und der einfachen Menschen stets vor Augen zu führen: „Ein neuer Stern geht auf, der Stern der Freiheit



im Osten, eine neue Hoffnung entsteht, eine Vision, die genährt wurde, wird verwirklicht. Mag der Stern niemals untergehen und die Hoffnung niemals betrogen werden! ... Die Zukunft ruft uns. Wohin gehen wir, und was sollte unser Bestreben sein? Dem einfachen Mann, dem Bauern und dem Arbeiter Indiens Freiheit und Möglichkeit zu geben, Armut, Ignoranz und Krankheit zu bekämpfen und zu beenden; eine blühende, demokratische und fortschrittliche Nation aufzubauen, und soziale, wirtschaftliche und politische Institutionen zu errichten, die jedem Gerechtigkeit und Fülle des Lebens sichern.“

In den 1950er Jahren untermauerte die Kongresspartei ihre dominierende politische Position durch ein umfassendes Programm zum Aufbau der nationalen Wirtschaft. Der Kongress konzentrierte sich nun konzeptionell auf die Realisierung von Großindustrien bzw. Wirtschaftsprojekten, die dann in eine evolutionäre Hebung des allgemeinen Lebensstandards münden sollten. Dieses Herangehen führte zum Konzept der gemischten Wirtschaft, wo ein starker staatlicher Sektor die Hauptsäule Indiens bildete. Die Tagung in Avadi 1955 propagierte hierzu die Idee der „Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft“ jenseits von Kapitalismus und Kommunismus.

Die Durchsetzung dieser Ideen bzw. ihre Interpretationen gestalteten sich indes höchst widersprüchlich. Diese Widersprüchlichkeit hatte viele, auch politische, Ursachen und war im Kern auf die unveränderte soziale Ordnung, das Bündnis der bürgerlichen mit feudalen bzw. anderen vor-bürgerlichen Kräften innerhalb des Kongresses sowie die Kontinuität des kolonialen Rechts- und Verwaltungssystem nach der Unabhängigkeit zurückzuführen. Der Kongress selbst schätzte z. B. letzteres als „natürlich“ ein, da er nun „das administrative System (... in) einem innigen Verhältnis mit dem Volke“ verbunden sah. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen indes zeigten sich vielfacher Hinsicht. Ausnahmebestimmungen erhielten im Interesse der Sicherheit des Staates und der öffentlichen Ordnung eine wachsende Position in der politischen Ordnung Indiens. Auch beendete die Teilung des Subkontinents 1947 in Indien und Pakistan die in dieser Teilung zum Ausdruck gekommenen machtpolitischen Spannungen zwischen Hindus und Muslimen nicht, sondern begründete sie nun dauerhaft auf zwischenstaatlicher Ebene.

Eine Folge von autoritären Strukturen und Entwicklungen in Staat und Partei war eine wachsende Opposition zum Kongress als Regierungspartei. Zu den Wahlen im Jahre 1967 wurden auf Ebene der Unionsstaaten erstmalig Regierungen geschaffen, die gemäß des hierzu entwickelten Konzepts des „Nicht-Kongressismus“ des Politikers der Praja Socialist Party, Rammanohar Lohia, nicht vom Kongress getragen wurden. Unter dem Eindruck des von Indira Gandhi (INK) ausgerufenen Ausnahmezustandes von 1975 bis 1977 beschleunigten die Oppositionskräfte ihr Zusammenwirken. 1977 wurde erstmalig eine Regierung auf der Unionsebene etabliert, die nicht vom Kongress gestellt wurde. Da die sie tragenden politischen Kräfte jedoch keine weiteren Gemeinsamkeiten als ihre Opposition zum INK hatten, sie konträr zueinander standen und andererseits die Basis des INK größtenteils noch intakt war, gelangte der Kongress innerhalb von drei Jahren wieder an die Macht. Es brauchte noch weitere 15 Jahre ehe sich eine Kräftekonstellation bildete, bei der nur eine Partei, die Bharatiya Janata Party (BJP), die Gravitationskraft bildete und die Opposition zum Kongress

stabil konstituierte. Ein Charakteristikum des Zeitraums von 1980/1985 bis 1998/99 war es, dass die BJP mit Hilfe ihres ideologischen Profils die Einheit der Opposition gegen den Kongress wirkungsvoll schärfte und ein alternatives Regierungsmodell präsentieren konnte. Kern dieses Modells war die verbindliche Einbindung und letztlich, auch gewaltsam, Disziplinierung unter einer Ideologie. Die BJP verstand die indische Gesellschaft als organisches Ganzes, wo das Einzelne dem Ganzen untergeordnet war. Indien wurde hierbei als ein Staat der Hindus mit einer durch sie getragenen Kultur wahrgenommen.

Diese Ideologie offenbarte ihr konfrontatives Potential zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung Indiens, als Führer und Anhänger der BJP am 6. Dezember 1992 die Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya vorantrieben bzw. billigten. Die Stellung der BJP im politischen System Indiens zeigte sich in folgenden Punkten:

- Abschaffung des Artikels 370 der indischen Verfassung, der dem Unionsstaat Jammu und Kaschmir einen gewissen Sonderstatus innerhalb der Union einräumte;
- Abschaffung des Muslim Civil Code und damit verbundene Verabschiedung eines für alle Staatsbürger geltenden einheitlichen Zivilgesetzes;
- Bau eines Tempels für Gott Rama in Ayodhya;
- Schutz der Kuh bzw. ein Verbot ihrer Schlachtung;
- Regeln der Konversionen zu Religionen;
- Wirkungsvolle Projektion von Indien als Großmacht.

Die BJP konnte in den Jahren der von ihr getragenen Regierungen von 1998 bis 2004 eine Reihe dieser Programmpunkte durchsetzen. Die wohl spektakulärste Maßnahme waren die Atomtests gleich in den ersten Monaten ihrer Amtszeit. Sie löste die bis dahin betriebene Politik des Offenhaltens der Atomfrage zugunsten einer Nuklearstrategie auf. Im historischen Rückblick sollte darauf hingewiesen werden, dass diese Tests zu einem Zeitpunkt stattfanden, als erstmalig in der indischen Geschichte eine Partei, die BJP, einen Kräftegleichstand mit dem Kongress hergestellt hatte. Weitere wichtige Punkte der Regierungsarbeit waren: Besetzung von verschiedenen Regierungsposten durch Kader der mit der BJP ideologisch verbundenen Organisation Rashtriya Svayamsevak Sangh (RSS), Verabschiedung des Prevention of Terrorism Act, 2001 (POTA), Einsetzung einer Verfassungskommission 2000, Änderungen in den Lehrplänen zugunsten einer linear hinduistischen Geschichtsschreibung, ambivalente Positionen bei den Massakern an den Muslimen in dem von der BJP geführten Unionsstaat Gujarat 2002.

Die Wahlen von 2004 veränderten abermals die Kräfte der Regierungsbildung auf der Ebene der Union. Die BJP wurde aus ihrer gerade errungenen Stellung verdrängt, und der Kongress trug wieder die Regierung. Die allgemeine Perception zu diesem Wahlverlust der BJP war es, dass die BJP mit ihrem Wahlspruch „Shining India“ nur den Lebenswelten der städtischen Metropolen entsprach, jedoch nicht die Realitäten der überwiegend ländlichen Bevölkerungsgruppen abbildete. Der Kongress wurde allein genommen wieder stärkste nationale Partei, wenngleich er weitere Verluste feststellte. Um diese Regierungskonstellation zu kräftigen und die Marginalisierung der BJP zu bestätigen, bildete der Kongress 2004 eine Koalition mit regionalen Parteien, die United Progressive Alliance (UPA). In dieser Konstellation bildeten die



linken Parteien mit ihren 52 Sitzen im Unterhaus eine wichtige Stütze der Kongress/UPA-Regierung. So trugen die beiden kommunistischen Parteien wichtige politische Entscheidungen der Regierung mit und gingen erst im Sommer 2008 zur Frage des Nuklearabkommens mit den USA in Opposition zur UPA-Regierung.

Um die Kräfteverhältnisse auf der für Indien bedeutenden zentralen Ebene seit 1947 nachzeichnen zu können, werden nachfolgend die Stimmenanteile und Anzahl der Sitze zwischen Kongress und BJP (Vorgängerpartei BJS) dargestellt. Diese Parteien stellten auch in Zeiten von Koalitionen die Hauptkräfte dar, denn es gab in Indien keine politische Kultur der Koalitionsbildung. Wahl- bzw. Regierungallianzen bildeten ad-hoc-Bündnisse von in bestimmten Regionen sich gegenseitig ausschließenden Kräften, seit den 1990er Jahren zumeist unter dem Dach einer dieser Hauptkräfte.

Die Tabelle zeigt die grundsätzlich herausragende bzw. dominierende Position des Kongresses bis 1991 und seine Verluste seit 1991/96. Der schrittweise wachsende Einfluss der BJP ließ sich seit 1977 feststellen und führte schließlich zu seinem historischen Gleichstand mit dem Kongress im Jahre 1998. Nach 1999 konnte der Abstieg der BJP aufgezeigt werden, der jedoch nicht in ein adäquat kontinuierliches Wachstum des Kongresses mündete.

Die Wahlen von 2009

Die Wahlen des Jahres 2009 fanden vor dem Hintergrund des Stellens wichtiger offener Fragen zur Zukunft der indischen Nation und des Staates statt: Würde es der BJP gelingen, abermals die Geschicke des Landes zu übernehmen, oder setzten sich ihre Wahlverluste fort? Konnten regionale Kräfte in Indien an Übermacht gewonnen, bzw. würde das Land in die Unregierbarkeit stürzen? Würde die Rolle des INK im indischen System bestätigt, oder zeigten sich weitere politische Optionen? Der Ausgang der Wahlen von 2009 gab auf keine dieser Fragen gesicherte Antworten.

Der Wahlkampf

Infolge der oben dargestellten gesellschaftlichen und politischen Ereignisse erschienen die Wahlen des Jahres 2009 als eine Auseinandersetzung zwischen drei bzw. vier politischen Lagern. Die zwei wichtigsten Lager stellten das Kongressgeführte Bündnis der United Progressive Alliance (UPA) und die von der Bharatiya Janata Party-geführte National Democratic Alliance (NDA) dar. Die Parteien der Linksfrente – KPI, KPI(M), Forward Bloc, Revolutionary Party –, die nun die Zusammenarbeit mit dem Kongress aufgekündigt hatten, traten in ein Bündnis der sog. Dritten Front mit weiteren regionalen Partnern. Die Dritte Front trat sowohl gegen Kongress/UPA als auch gegen BJP/NDA an. Zwei weitere regionale Parteien sahen ihre Interessen in keinem der oben genannten Wahlbündnisse vertreten und versuchten, sich als sog. Vierte Front die Optionen zu wahren.

Auch wenn die unmittelbare Zeit vor den Wahlen durchaus nicht ereignislos war, so wurde der Wahlkampf lau und wenig emotional geführt. Dies war bemerkenswert, denn Indien stand unter dem Eindruck einer Reihe von schweren Terrorattentaten, u. a. der Angriff auf Mumbai im November 2008 mit rund 190 Opfern, sowie den negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise.

Bereits der Wahlkampf zeigte, dass die BJP von diesen Ereignissen nicht profitierte und dass andere Themen die Gemüter der Menschen bewegten. Bereits zu den Staatwahlen von Delhi im Dezember 2008 hatte die BJP die Auseinandersetzung gegen den Kongress verloren. Dies zeigte, dass sie wichtige Wählergruppen in den Mittelschichten mit ihren eigenen Themen der Sicherheit und des Terrorismus nicht überzeugen konnten. Die BJP versuchte nun, mit einem Paukenschlag in die Kampagne zu starten. Ihr Kandidat, Varun Gandhi, profilierte sich hierzu mit einer scharfen Hassrede gegen Muslime auf einer Veranstaltung in seinem Wahlkreis Pilibhit. Diese Rede, deren Inhalt noch zu Beginn der

Tabelle: Wahlergebnisse von BJP und Kongresspartei

| Wahlen Jahr | Stimmenanteil (in %) | | Sitze | |
|-------------|----------------------|----------------|---------|----------------|
| | BSJ/BJP | Kongresspartei | BSJ/BJP | Kongresspartei |
| 1951 | 3,06 | 44,99 | 3 | 364 |
| 1957 | 5,97 | 47,78 | 4 | 371 |
| 1962 | 6,44 | 44,72 | 14 | 361 |
| 1967 | 9,31 | 40,78 | 35 | 283 |
| 1971 | 7,35 | 43,68 | 22 | 352 |
| 1977 | 14,0 | 34,52 | 98 | 154 |
| 1980 | 8,6 | 42,69 | 11 | 353 |
| 1984 | 7,74 | 49,01 | 2 | 404 |
| 1989 | 11,4 | 39,5 | 86 | 192 |
| 1991 | 20,04 | 35,66 | 120 | 244 |
| 1996 | 20,29 | 28,8 | 161 | 140 |
| 1998 | 25,59 | 25,82 | 182 | 141 |
| 1999 | 23,75 | 28,3 | 182 | 112 |
| 2004 | 22,16 | 26,53 | 138 | 145 |
| 2009 | 18,83 | 28,52 | 116 | 206 |



1990er Jahre im Lager der BJP fast Praxis gewesen war, rief nun Entrüstung hervor. Auch Führer der BJP mussten sich von ihren Aussagen distanzieren. Ein weiterer Schicksalsschlag für die BJP war die Aufkündigung der Zusammenarbeit in der NDA durch die Biju Janata Dal in Orissa. Das BJP-Lager war weiter geschwächt. Die Frage bei den Unterhauswahlen im April/Mai 2009 war nun, ob sich dieser Trend weiter vertiefte.

Wahlen in Indien wurden in der Geschichte meist um bestimmte Hauptthemen, sog. Wellen, geführt. Für den Ausgang von Wahlen waren diese Wellen meist entscheidend, da Parteien mit bestimmten Themen identifiziert wurden. Diese Themen bestimmten dann den Wahlausgang. Für das Jahr 2009 war anfangs ein solches Hauptthema schwer auszumachen. Im Laufe des Wahlkampfes kristallisierten sich hingegen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der dafür adäquat empfundenen Regierung als solche Hauptthemen heraus. Sichtbar wurde dies in der Kampagne des Kongresses, der damit auch die Führerschaft im Wahlkampf übernahm. Die Losung des Wahlprogrammes der Kongresspartei lautete „Der einfache Mann geht vorwärts, und mit jedem Schritt blüht Indien“. Dies war im Grunde genommen eine Vision der Unabhängigkeitsbewegung, die nun, auch angesichts globaler Herausforderungen, wieder attraktiv geworden war. Die Wahlstrategen der Kongresspartei deuteten hierzu u.a. die Musik des Oscar-prämierten Films „Slumdog Millionaire“ von A. R. Rahman „Jay Ho!“ (Lasst es Sieg geben) zur politischen Aussage über eine letztlich seit 60 Jahren erfolgreich vom Kongress getragene Wirtschaftsentwicklung um. Die BJP versuchte hierauf zu kontern und fragte in einer anderen Neudichtung dieses Liedes, von welchem Sieg die Rede sei, wenn es immer noch Hunger, Inflation, Terrorismus, ja Angst gab.

Die Wahlen selbst erstreckten sich über fünf Tage in den Monaten April bis Mai 2009. Diese Praxis war aufgrund des riesigen Sicherheitsaufwandes notwendig geworden. Ihr fiel selbst die zeitgleich anberaumte Profimeisterschaft im Cricket zum Opfer, bevor ihre Austragung kurzerhand nach Süd-Afrika verlegt werden musste.

Noch während der Stimmabgabe wurden unklare Mehrheitsverhältnisse vorhergesagt. Selbst das Kongresslager prognostizierte höchstens 150 bis 160 Sitze und richtete sich nach den Wahlen auf langwierige Gespräche mit weiteren möglichen Partnern ein. Regionale Parteien standen im Wartestand und versuchten sich Optionen in verschiedenen Richtungen offenzuhalten. Die Parteien der Dritten Front waren mit keinen Kandidaten fürs Amt des Premierministers in die Wahl gegangen und entgingen somit der Vision einer dauerhaft angelegten Alternative.

Der Wahlausgang und eine Interpretation

Das Ergebnis, dass den Kongress mit 206 Sitzen als stärkste Kraft im Unterhaus herausbildete, traf in dieser Dimension auf allgemeine Überraschung.

Die meisten Beobachter verstanden diese Ergebnisse als eine Anerkennung der Wahlkampagne des Kongresses, die bestimmten Maßnahmen der von ihm geführten Regierung entsprochen hatte. Dazu zählte eine Reihe von sozialen Programmen, die sich an den sogenannten einfachen Mann gerichtet hatten und nun honoriert wurden. Das waren das ländliche Beschäftigungsprogramm – National Rural Employment Guarantee Act –, das einem Mitglied einer Familie im

Tabelle: Ergebnisse der Wahlen 2009 (545 Sitze)

| | | |
|------------------------------|--|---|
| United Progressive Alliance | → Indian National Congress → Dravida Munnetra Kazhagam (Tamil Nadu) → Nationalist Congress Party → Trinamool Congress (West-Bengal) → Jharkhand Mukti Morcha → Jammu and Kashmir National Conference → Andere | 206 18 9 19 2 3 5 =262 |
| National Democratic Alliance | → Bharatiya Janata Party (BJP) → Janata Dal/United → Shiv Sena (Maharashtra) → Shiromani Akali Dal (Punjab) → Assom Gana Parishad (Assam) → Rashtriya Lok Dal | 116 20 11 4 1 5 = 157 |
| Dritte Front | → Communist Party of India/Marxist → Communist Party of India → All-India Forward Bloc → Revolutionary Socialist Party Linke insg. → Bahujan Samaj Party (Dalits) → Janata Dal/Secular → All-India Anna Dravida Munnetra Kazhagam → Telegu Desam Party (Andhra Pradesh) → Biju Janata Dal (Orissa) → Telangana Rashtra Samiti → Andere | 16 4 2 2 = 24 21 3 9 6 14 2 3 = 82 |
| Vierte Front | → Samajwadi Party (Uttar Pradesh) → Rashtriya Janata Dal (stark in Bihar) | 23 4 |
| Andere | | 17 |

Quelle: <http://eci.nic.in/results/FrmPartyWiseTrendsAndResults.aspx> (Zugriff 15.8.2009)

Jahr eine Beschäftigung von 100 Tagen zusichern sollte, der Schuldenerlass für Bauern sowie ein freies Mittagessen für Schulkinder. Und auch wenn die Umsetzung dieser Programme lückenhaft war, führten sie zu einer positiven Wahrnehmung für die Kongress/UPA-Regierung. Die Regierung hatte Willen gezeigt, das Wirtschaftswachstum der Jahre 2005 bis 2008, das im ersten Quartal 2009 immerhin 5,8 Prozent betrug, auf breiterer Basis zu verteilen. Die Ausgaben für die Landwirtschaft wurden in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Dies gab letztlich für die zu 70 Prozent auf dem Land lebende Bevölkerung den Ausschlag.

Der Erfolg der Kampagne wurde des Weiteren dem jungen Team um den Generalsekretär der Kongresspartei und Sohn der Präsidentin der Partei, Rahul Gandhi, zugeschrieben. Er setzte einen Prozess der Neuorientierung in den seit Ende der 1980er Jahren sichtbar gewordenen Schwächen der Par-



teorganisationen in den bevölkerungsreichen Schlüsselregionen des Nordens und Ostens in Gang. In Uttar Pradesh konnte der Kongress 2009 seinen Niedergang stoppen und gewann hier 21 von 80 Sitzen für das Unterhaus. Positiv wurde in diesem Zusammenhang registriert, dass Rahul Gandhi im letzten Jahr die Idee der „Entdeckung Indiens“ seines Urgroßvaters Jawaharlal Nehrus wiederbelebt und ausgedehnte Touren durchs Land unternommen hatte. Dies konfrontierte ihn mit den Lebenswelten der einfachen Leute wie Stammesangehörigen und Unberührbaren. Rahul Gandhi interpretierte folglich das Wahlergebnis als eines der Jugend und der Armen. Bekannte Führer der Dalits, wie die Chefministerin von Uttar Pradesh, Mayawati (Bahujan Samaj Party) konnte den Kongress nicht klein halten, da sich ihre bisherigen Strategien somit erschöpft hatten.

Die Schere zwischen BJP und Kongress hatte sich nun in diesen Wahlen wieder zugunsten des letzteren verbreitert. In dieser Position war der Kongress unangefochten. Parteien, die vorher in der Dritten und Vierten Front gegen ihn angetreten waren, wie z. B. Bahujan Samaj Party, Samajwadi Party oder Rasthriya Janata Dal, schwenkten auf die neue Regierung um und unterstützten nun diese. Schon drei Tagen nach Stimmenausschüttung war klar, dass die UPA-Regierung sich mit 322 Sitzen auf eine solide Mehrheit im Unterhaus stützen kann.

Die Verluste der Dritten Front wurden mit deren mangelndem Alternativcharakter erklärt. Die Dritte Front war in sich zerstritten, was die Dauerhaftigkeit einer von ihr installierten Regierung verneinte. Angesichts der globalen Unsicherheiten wollten die indischen Wähler keine weiteren innerindischen. Es „gab eine Kongress-Welle für die Bildung einer stabilen Zentralregierung“. Die Linksparteien, deren Sitze sich im Unterhaus durch ihre Verluste vor allem in West-Bengalen und Kerala auf 24 Sitze mehr als halbierten, hatten einen Teil ihrer Verbindungen zu den Massen verloren. Somit wurde ihr positiver Einfluss auf die für den Wahlerfolg entscheidenden Sozialprogramme der UPA-Regierung auch nicht honoriert, da die Linke nun als Opposition zu diesen Programmen erschien. Stattdessen konnte eine Reihe von politischen Maßnahmen der KPI-M-geführten Regierung in West-Bengalen der letzten Jahre als negativ hervorgehoben werden. Hierzu zählten der Einsatz von Polizeikräften bei den Ereignissen in Nandigram sowie die Bodenenteignungen zum Zwecke des Baus des Tata-Autowerkes in Singur. Der Trinamool-Kongress bot sich als Opposition zu diesen Entscheidungen der KPI-M-Regierung an und konnte somit in West-Bengalen gewinnen. Die Kommunistische Partei (Marxist) gestand auf ihrer Politbürositzung am 18. Mai ihre „ernstzunehmenden Verluste“ ein und kündigte eine kritische Analyse ihres Abschneidens an. Sie wies jedoch darauf hin, dass viele soziale Maßnahmen unter der UPA-Regierung auf ihren Einfluss zurückzuführen waren. Daher warnten Kommentatoren davor, die Wahlverluste der Linksparteien als ein Mandat für den Neoliberalismus zu interpretieren.

Auch gilt es, bei der weiteren Analyse der Wahlen den Erfolg der Kongresspartei zu relativieren. Es gehört nämlich zu den Unwägbarkeiten des Mehrheitswahlsystems, dass die Anzahl der errungenen Parlamentssitze nur teilweise die tatsächliche Stärke von Parteien widerspiegelt. Tatsächlich sollte zur Analyse auch der Stimmenanteil berücksichtigt werden. Und dieser hat sich für die Kongress/UPA-Regierung gegenüber den vorherigen Wahlen mit +2,4 Prozent nur

geringfügig auf 38 Prozent verbessert. Tatsache war, dass sich der Abstieg der BJP und NDA (-11%) auf 25 Prozent beschleunigt hat. Auch die Linke kann in diesem Zusammenhang nicht tot gesagt werden. Die KPI-M errang 5,34 Prozent gegenüber 5,66 im Jahre 2004, die KPI 1,43 Prozent gegenüber 1,41. In ihren Wahlgebieten (West-Bengal und Kerala) hatte es also eigentlich insgesamt eher eine geringe Erosion ihrer Stimmbasis gegeben. In Tripura konnte sie ihre Positionen halten.

Auch wenn der Kongress als stärkste Kraft die Politik für die nächsten Jahre bestimmen kann, haben sich die Koordinaten der indischen Politik nicht verändert. Indien befand sich vielmehr immer noch in der Post-Ayodhya-Phase. Vor allem der Kongress stand noch unter dem Eindruck der Ereignisse um die Babri-Moschee von Ayodhya. Die gewaltsame Zerstörung der dieser Moschee am 6. Dezember 1992 hatte die grundsätzlichen Defizite in der Politik der Partei offengelegt. Diese Defizite hatten sich schließlich in der Erosion der Wählerbasis des Kongresses manifestiert. Mit 29 Prozent im Jahre 2009 bewegte sich der Stimmenanteil des Kongresses immer noch im Bereich vom Beginn der 1990er Jahre. Es soll hier nur kurz darauf hingewiesen werden, dass ähnliche Wahlergebnisse im Jahre 1989 die Abwahl des Kongresses bedeutet und im Jahre 1991 unsichere Verhältnisse ausgelöst hatten.

Die Zahlen offenbarten des Weiteren, dass regionale Parteien in der politischen Matrix Indiens auch weiterhin einen hohen Einfluss innehaben. Kongress und BJP verringerten, zusammen genommen, ihre Stimmenanteile und erreichten den historischen Tiefstand von rund 47 Prozent. Die regional ausgerichteten Parteien der dritten und vierten Front überflügelten die Parteien der NDA und vereinigten auf sich immerhin 28 Prozent.

Fragen im Zuge der Wahlen 2009

Zur Charakterisierung Indiens ließe sich also festhalten, dass seine Politik weiterhin vor einer Reihe von Fragen im Kontext der Entwicklung des indischen Nationalismus und der Identität steht. In diesem Zusammenhang haben Wahlen in Indien bzw. Südasien eine andere Funktion als in Europa. Sie stellen sich hier weniger als eine Auseinandersetzung um bestimmte politische Maßnahmen und ideologische Richtungen dar. Vielmehr sind sie ein Schauplatz für Nationalismus bzw. Regionalismus. Dies ist der Fall, da in Indien und Südasien nationale und politische Ideen und Kulturen überhaupt im Vergleich zu europäischen Traditionen schwach ausgebildet sind. Parteien und Bewegungen, wie auch die Links-Front, rekrutieren sich entlang sozio-kultureller Gruppen von Ethnie, Region, Kaste, Religion usw. und versuchen deren Interessen einander anzupassen, zuweilen auch mit autoritären Mitteln. Da Prozesse von Kaste, Region usw. die Achsen der politischen Kultur durchkreuzen bzw. bestimmen und sich Wahlen somit als ethnische Volkszählung darstellen, sind eine Rechts-Links-Schiene oder andere Kategorien aus der westlich-europäischen Kultur zur Charakterisierung Indiens nicht hilfreich. Eine Anzahl von gewalttätigen Konflikten zeigte u.a. diese Unterschiede in der politischen Kultur der Gesellschaften auf und war, neben Pakistan, Bangladesh und Sri Lanka, auch in Indiens Entwicklung immanent.

In diesem Zusammenhang bleibt es eine wichtige Frage, wie sich die Kongresspartei weiterentwickelt und sich dessen Organisationsaufbau gestaltet. Bislang hat sich der vom



Nehru-Gandhi-Klan begründete autoritäre Organisationsaufbau als größte Hemmschwelle für die Entwicklung der Partei und des Landes überhaupt erwiesen. Diese Machtstrukturen hatten auch den Abstieg der Partei seit den 1970er Jahren verursacht. Sie standen einer an den Bedürfnissen der Massen orientierten Politik entgegen. Es ist nun eine Ironie, dass gerade dessen junger Spross – Rahul Gandhi – die notwendige Neustrukturierung der Organisation in die Wege leiten will. Auch wenn der Kongress wieder die Regierung anführt, muss er zunächst grundsätzliche Fragen der Organisation und des Programms klären. Die Aufgabe stellt sich hier, säkulare und auch linke Elemente seines Erbes wieder zu entdecken und „sein Parteiprogramm ernst zu nehmen“.

Die Parteien der Linksfrent stehen in diesem Zusammenhang nicht vor geringeren Herausforderungen. Grundsätzlich gilt es hierbei festzustellen, dass in Indien linkes Denken in der politischen Diskussion seit den 1920er Jahren eine Geschichte und Tradition hat. Eine detaillierte Charakterisierung dieser Ideen in der indischen Geschichte würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen. Es sollte aber festgehalten werden, dass Vorstellungen von Sozialismus in bestimmten Phasen Indiens wichtig wurden und dass der Begriff als solcher, im Gegensatz z. B. zu den USA, in Indien mit positiven Vorstellungen besetzt war.

In den 1970er Jahren wurde der Grundsatz des Sozialismus in die Verfassung aufgenommen. Jawaharlal Nehru, der erste Premierminister Indiens, verarbeitete marxistische Philosophien in seinem Weltbild und stand lange Jahre im sogenannten linken Flügel der Kongresspartei. Aufgrund des Kompromisscharakters der vorrangig bürgerlichen Kongresspartei machten sich in den 1920er/30er Jahren neben ihr kommunistische und sozialistische Organisationen notwendig. Die Ideen des Kommunismus waren vor allem durch M. N. Roy, der 1920 Vertreter auf der Kommunistischen Internationale in Moskau war, nach Indien getragen worden. 1925 wurde die Kommunistische Partei unter dem Einfluss von Moskau gegründet. Zu Beginn der 1960er Jahre spaltete sie sich aufgrund der Entwicklungen in China und des Krieges zwischen Indien und China in KPI und KPI(M). Sozialisten trennten sich zu Beginn der 1930er Jahre vom Kongress und sind heutzutage in verschiedenen, eher regional ausgerichteten Parteien aktiv.

Auch wenn linke Ideen in Indien präsent waren, so gestaltete sich deren reale Umsetzung widersprüchlich und ist vor dem Hintergrund der politischen Kultur Indiens insgesamt zu sehen. Allgemein gesprochen, orientierte sich indische Politik an einem evolutionären Wandel. Die Realisierung großer Wirtschaftsprogramme wurde anderen Maßnahmen vorgezogen. Dies führte zu einem statischen Charakter der politischen Kultur und hatte eine Verfestigung der traditionellen Sozialstrukturen zur Folge. Ziel und Hoffnung war es einst gewesen, dass Wirtschaftsprojekte Wandel bewirkten und nicht politische oder soziale Maßnahmen bzw. Reformen. Somit waren auch politische Programme in diesem Kontext wahlpolitisch nicht umzusetzen. Viele soziale Entwicklungen Indiens der letzten beiden Jahrzehnte, so das Wachstum regionaler Kräfte, die Zunahme der Quotenregelungen für Stellen im öffentlichen Dienst und die religiöse und fundamentalistische Politik verschärften diese Trends und stellten sich somit als Hindernisse für die Durchsetzung von Politik im Allgemeinen und linker Politik im Besonderen dar. Linke Parteien haben sich oftmals nicht konstruktiv mit den oben ge-

nannten Entwicklungen und Fragen auseinandergesetzt, sondern sie mit ihren Maßnahmen verstärkt.

Der Ausgang der Wahlen 2009 ist insofern ermutigend, als dass soziale Ideen und Programme honoriert wurden und die fundamentalistische Politik der BJP keinen direkten Einfluss auf die Regierungsbildung in Neu-Delhi erlangte. Das Budget für das Jahr 2009/10 legt weiter den Schwerpunkt auf soziale Programme. Und auch die Bestrafung der Schuldigen an der Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya konnte Fortschritte machen, als der hierzu endlich nach 17-jährigen Verhandlungen der Regierung am 30. Juni 2009 vorgelegte Bericht öffentlich gemacht wurde und zu entsprechenden Verurteilungen führte. Diese Trends gilt es nun, auch im Hinblick der von der BJP-geführten Staatenregierung in Gujarat fortzusetzen, wo die Bestrafung der Schuldigen bei Übergriffen auf ethnisch oder religiös definierte Bevölkerungsgruppen eine wichtige Aufgabe bleibt.

Die linken Parteien haben die Gründe ihres historischen Tiefstands zu analysieren. Es scheint, dass sie einerseits für bestimmte Maßnahmen ihrer Regierungen in West-Bengalen und Kerala bestraft wurden und sie andererseits ihre Koalitionsfähigkeit auf Unionsebene überdenken sollten. Auch wenn es für die Linksparteien momentan schwer vorstellbar ist, scheint diese Koalitionsfähigkeit nur gegeben, wenn sie langfristig mit den linken bzw. progressiven Potentialen innerhalb des Kongresses zusammenarbeiten und diese nicht durch Opposition zum Kongress verprellen. Auch ist in der Strategie der Parteien davon Abstand zu nehmen, regionale Parteien als Hauptstütze zu betrachten. In diesem Sinne könnten so Entwicklungen eingeleitet werden, da politische Prinzipien erst wieder die Grundlage Indiens bilden. Angesichts wachsender Ungleichheiten im Zuge der indischen Entwicklung des Kapitalismus ist dies eine tatsächliche Herausforderung, da derzeit das politische System diese Ungleichheiten kaum absorbiert und somit weitere offene Konflikte programmiert sind.

Indische Linke: Verbindung zum Wähler verloren

Von Sonja Blasig, Projektmanagerin Südasiens der RLS;
aus: www.rosalux.de

Das klare Votum für eine Fortsetzung der United Progressive Alliance (UPA) unter Führung der Kongresspartei hat in seiner Eindeutigkeit Parteien wie politische Beobachter überrascht. Die linken Parteien wurden gerade in ihren traditionellen Hochburgen Westbengalen und Kerala von den Wählern abgestraft. Welche Schlüsse sollte die indische Linke aus dem Wahlergebnis ziehen?

Die entscheidenden Themen für die Wähler

Angesichts der globalen Rezession, die einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums auf für indische Verhältnisse magere 5 Prozent verursacht hat, ist das Votum als Wunsch nach einer stabilen Regierungsmehrheit zu bewerten. Durch die knappen Mehrheitsverhältnisse der letzten Legislaturperiode kamen Reformvorhaben der Regierung nur stockend in Gang. Die neue Regierung plant denn auch, den größeren



politischen Spielraum zu nutzen, um Reformen voranzutreiben. Sie hat ein stabiles Wirtschaftswachstum sowie breit angelegte Infrastrukturmaßnahmen zu Prioritäten erklärt.

Das Wahlergebnis würdigt außerdem bereits eingeleitete Reformen im sozialen Bereich, etwa das Beschäftigungsprogramm NREGS und den Schuldenerlass für Bauern. Auch wenn diese Initiativen mitunter kontrovers betrachtet werden, waren dennoch ihre Ergebnisse für den Wähler sichtbar. Durch den Entzug der Regierungsunterstützung im vergangenen Jahr konnten die kommunistischen Parteien nicht von diesen Erfolgen profitieren, auch wenn sie an der Verabschiedung und Implementierung dieser Projekte maßgeblichen Anteil hatten.

Das unerwartet schlechte Abschneiden der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) kann schließlich als Zeichen dafür verstanden werden, dass der Wähler sich angesichts grundlegender Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich nicht durch an religiösen Trennlinien entlang emotional aufgelegte Kampagnen gewinnen lässt. Insofern ist das Votum auch als ein Auftrag zur Stärkung des Säkularismus zu verstehen.

Die Illusion der Dritten Front

Die im Vorfeld der Wahlen mit heißer Nadel gestrickten Bündnisse mit regionalen Parteien – zum Teil mit konträr ausgerichtetem ideologischem Hintergrund – sind den kommunistischen Parteien bereits im Vorfeld der Wahlen vorgehalten worden. Sowohl die Bahujan Samaj Party in Uttar Pradesh, die Telugu Desam Party (TDP) in Andhra Pradesh als auch die AIADMK in Tamil Nadu haben in der Vergangenheit die hindu-nationalistische BJP unterstützt. Da die muslimische Minderheit einen beachtlichen Anteil an der Wählerschaft der bedeutendsten indischen Linkspartei Communist Party of India (Marxist) (CPI-M) hat, brach der Partei ein Teil dieser Unterstützung weg.

Der größte strategische Fehler der CPI-M war der Entzug der politischen Unterstützung für die Regierungallianz in Folge des indisch-amerikanischen Abkommens zur friedlichen Nutzung von Atomenergie im vergangenen Jahr, mit dem sich die Partei zusehends politisch isolierte. Für die Wähler war die Ablehnung des Abkommens mit der dogmatischen Begründung der Gefahr eines imperialistischen Einflusses der USA schlicht nicht nachvollziehbar. Innerparteiliche Kritiker argumentierten zudem, dass die Aufkündigung der Regierungsunterstützung durch Parteichef Prakash Karat erst eine Allianz zwischen dem Trinamool Congress in Westbengalen und der Kongresspartei zu einer anti-linken Wahloption ermöglichen würde.

Wahldebakel in der traditionellen Hochburg

Im von der CPI-M regierten Bundesstaat Westbengalen war das Wahlergebnis ebenso ein Votum gegen Regierungschef Buddhadeb Bhattacharya. Nach mehr als dreißigjähriger Regierungsverantwortung hat die CPI-M in Westbengalen das Image, ebenso zum politischen Establishment zu gehören wie die großen Parteien. Verbreitete Korruptionsvorwürfe und Vetternwirtschaft haben die Wähler über die Jahre müde gemacht.

Das Fass zum Überlaufen brachte letztlich die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen für industrielle Großprojekte und die damit verbundene Enteignung von Bauern, die 2007 in der gewaltsamen Niederschlagung von Protestbewegun-

gen mit zahlreichen Todesopfern in Nandigram durch ein von der Regierung gesandtes Polizeikontingent ihren Höhepunkt fand. Der Verlust der Glaubwürdigkeit der Regierung hat die CPI-M in ihre bisher tiefste Krise gestürzt.

Hinzu kommt der Verlust der Verbindung zum Wähler, welche die Partei über Jahrzehnte hinweg so stark gemacht hat. Die seit Ende der siebziger Jahre von der CPI-M eingeleiteten Landreformen hatten der Partei die Unterstützung von Kleinbauern gesichert, die Einbindung von Gewerkschaften verbreiterte die Wählerbasis. Heute kritisieren viele Unterstützer die Arroganz der Führungsspitze der Partei. Die dogmatische Ausrichtung der Parteispitze erschwert zunehmend eine Identifizierung des Wählers mit dem politischen Programm. Nicht zuletzt muss sich die Regierung an der unterdurchschnittlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Westbengalens messen lassen. Das von der UPA-Regierung eingesetzte Sachar-Komitee zur Analyse der Lebenssituation der muslimischen Minderheit im Land stellte in seinem 2006 veröffentlichten Bericht gravierende Benachteiligungen in den Bereichen Bildung und Berufsaussichten fest. Da die Situation der Muslime in Westbengalen noch unter dem nationalen Durchschnitt liegt, verlor die CPI-M in dieser Wählergruppe massiv an Unterstützung.

Rückbesinnung auf die Basis

Eine überzeugende linke Politikalternative auf Bundesebene wird dringend benötigt, um das Profil der Partei nach außen zu schärfen. Beobachter sagen aufgrund der komfortablen Regierungsmehrheit der Kongresspartei eine mögliche innerparteiliche Stärkung des linken Flügels unter Rahul Gandhi voraus, was eine klare Positionierung der linken Parteien zusätzlich erschweren würde.

Bei der Analyse der Wahlen ist eine größere Ehrlichkeit als bisher gefragt. Das schlechte Ergebnis der kommunistischen Parteien spiegelt mehr als nur den Wunsch nach einer stabilen Regierung in Zeiten der Krise wider. Gerade das Votum gegen die CPI-M in Westbengalen ist als Aufforderung zu einem grundlegenden Wandel zu verstehen. Die Partei muss nun die Chance nutzen, auf bestehende linke Traditionen im Land aufzubauen und sich überzeugend für die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen einsetzen. Soziale Gerechtigkeit muss wieder in den Fokus linker Politik rücken, um nachhaltige Entwicklungskonzepte zu präsentieren. Dazu gehören neben einer Verbesserung der Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen auch die Bekämpfung von Korruption und eine gesteigerte Transparenz der Regierung.

Eine strategische Neuaufstellung und mehr innerparteiliche Demokratie der CPI-M sind zudem nötig, um 2011 bei den Wahlen in Westbengalen die Regierungsmehrheit zu erhalten. Angesichts des massiven Verlusts an politischer Glaubwürdigkeit in Folge des Gewaltexzesses von Nandigram muss die Entfremdung traditioneller Wählergruppen überwunden werden.

Darüber hinaus muss eine Einbindung junger Kräfte erfolgen, um entsprechende Wählerschichten zu erreichen. Der Erfolg der Kongresspartei gerade bei jungen Wählergruppen hat eindrücklich gezeigt, dass jede Partei in Indien angesichts eines Bevölkerungsanteils von über 70 Prozent unter fünfundsiebzig Jahren eine überzeugende Basisarbeit für junge Wähler leisten muss.

Die Linke in Indien muss ihre Niederlage nun als Denkan-



stoss für eine Neuausrichtung nutzen. Um die Glaubwürdigkeit der Partei wiederherzustellen, sollte konsequent ein progressiver linker Politikansatz verfolgt werden, um eine größere gesellschaftliche Akzeptanz und Bürgernähe zu schaffen. Nur so können die kommunistischen Parteien ihre politische Isolation überwinden und auf Bundesebene wieder koalitionsfähig werden.

IV. Kontinentales Gipfeltreffen indigener Völker in Puno, Peru

Das IV. Kontinentale Gipfeltreffen indigener Völker und Nationalitäten des Abya Yala (die alte Bezeichnung für den lateinamerikanischen Kontinent, in der Sprache der Kuna „Blühen des Land“) fand vom 27. bis 31. Mai 2009 in der südperuanischen Stadt Puno am Titicacasee an der Grenze zu Bolivien statt. Es stand unter der Losung „Für plurinationale Staaten und Gutes Leben“. Zu den etwa 5 000 Teilnehmern zählten neben den Vertretern der indigenen Organisationen aus Süd- und Mittelamerika, Mexiko und der Karibik auch Delegationen der Urvölker aus Alaska und Kanada, afrikanischen Ländern, palästinensischen Territorien, von Kurden, Samen und Basken. In diesem Rahmen fanden auch ein Treffen der Jugend und ein Treffen indigener Frauen mit 2 000 Teilnehmerinnen statt.

Politische Erklärung

Erklärung vom Titicacasee, 31. Mai 2009

Weltweite Mobilisierung zur Verteidigung der Mutter Erde und der Völker vom 12. bis 16. Oktober

Zusammengekommen in dem zeremoniellen Zentrum Paqarina Mayor am Titicacasee, beschließen wir – 6 500 Delegierte repräsentativer Organisationen der indigenen Völker aus 22 Ländern des Abya Yala und von Brudervölkern aus Afrika, den Vereinigten Staaten, Kanada, den Polargebieten und aus anderen Teilen der Welt, in Anwesenheit von 500 Beobachtern verschiedener sozialer Bewegungen:

Wir erklären, dass wir eine tiefe Krise der westlichen kapitalistischen Zivilisation erleben, in der sich Umweltkrise, Energiekrise, kulturelle Krise, die Krise der sozialen Ausgrenzung und des Hungers überlagern. Sie ist Ausdruck des Scheiterns von Eurozentrismus und kolonialistischer Modernität nach dem Völkermord, die heute die ganze Menschheit ins Verderben führen.

Wir bieten eine Alternative des Lebens anstelle der Zivilisation des Todes, indem wir unsere Wurzeln zurückgewinnen, indem wir mit unseren Prinzipien und Praktiken des Gleichgewichts zwischen Männern, Frauen und der Mutter Erde, zwischen Spiritualität, Kulturen und Völkern, die wir Gutes Leben nennen, die Zukunft entwerfen. Eine Vielfalt von Tausenden Zivilisationen mit mehr als 40 000 Jahren Geschichte, die durch Invasion unterworfen und kolonisiert wurden von jenen, die uns kaum fünf Jahrhunderte später zum planetaren Selbstmord führen. Es gilt die Ernährungssouveränität zu verteidigen, indem die einheimischen Kulturen, der Binnenbedarf und das gemeinschaftliche Wirtschaften bevorzugt werden. Wir erteilen unseren Organisationen das Mandat, unsere Strategien des Guten Lebens zu vertie-

fen und sie durch unsere Regierungen in den Gemeinden zu praktizieren.

Es gilt, plurinationale kommunitäre Staaten aufzubauen, die sich auf die Selbstregierung, die freie Selbstbestimmung der Völker, die Wiederherstellung der Territorien und der originären Nationen gründen – mit interkulturellen Rechts- und Wahlsystemen, mit direkter politischer Vertretung der Völker ohne die Vermittlung politischer Parteien. Es gilt, für neue Verfassungen in allen Ländern zu kämpfen, die noch nicht die Plurinationalität anerkennen. Es geht um plurinationale Staaten nicht nur für die indigenen Völker, sondern für alle Ausgegrenzten. Wir richten einen Aufruf an die gesellschaftlichen Organisationen und sozialen Akteure für einen interkulturellen Dialog, der mit Respekt und auf Augenhöhe geführt werden soll, der vertikale Hierarchien und die Ignorierung des Anderen überwindet.

Wir wollen unsere angestammten Territorien als Quelle unserer Identität, Spiritualität, Geschichte und Zukunft wiederherstellen. Die Völker und ihre Territorien sind eins. Wir weisen alle Formen von Aufteilung, Privatisierung, Konzessionen, Plünderung und Kontaminierung durch extraktive Industrien zurück. Wir fordern Konsultationen und die Herstellung von Einvernehmen mit den betroffenen Völkern nicht nur bei einzelnen Projekten, sondern bei der gesamten Politik und den Regeln der nationalen Entwicklung. Das muss im Voraus, in freier, informierter, öffentlicher Verhandlung in der Sprache der Betroffenen und in redlicher Absicht mit den repräsentativen Organisationen unserer Völker erfolgen. Wir fordern die Entkriminalisierung der Kokapflanze.

Wir beschließen, eine globale Mobilisierungskampagne (Minga) vom 12. bis 16. Oktober zur Verteidigung der Mutter Erde und der Völker, gegen die Vermarktung des Lebens (Land, Wälder, Wasser, Meere, Agrotreibstoffe, Auslandsverschuldung), gegen Kontaminierung durch extraktive transnationale Unternehmen, gegen internationale Finanzinstitute, gegenverändernde Maßnahmen, Pestizide, Lebensmittelvergiftung und gegen die Kriminalisierung der indigenen und sozialen Bewegungen zu organisieren.

Wir fordern ein Tribunal der Klimagerechtigkeit, mit Verurteilung der transnationalen Unternehmen, die die Mutter Natur plündern, unsere Naturreichtümer rauben und unsere Rechte verletzen, und der Regierungen, die ihre Komplizen sind. Dies soll der erste Schritt für eine Klage vor einem Internationalen Gerichtshof für Umweltdelikte sein.

Während der Klimakonvention in Kopenhagen im Dezember 2009 organisieren wir einen Alternativen Gipfel in Verteidigung der Mutter Erde, um angesichts der drohenden Klimakatastrophe durch wirksame Mittel Druck auszuüben. Zugleich wollen wir für die Sicherung der indigenen Territorien, des Guten Lebens, für vorherige Konsultationen und die Vereinbarung wirtschaftlicher Aktivitäten als Strategien zur Rettung des Planeten demonstrieren.

Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung der Wahrnehmung unserer Rechte, gegen Militarisierung, gegen ausländische Stützpunkte, gegen gewaltsame Vertreibungen und den Genozid an unseren Völkern. Wir schließen breite Bündnisse und mobilisieren für die Amnestierung aller unserer Führer und Vertreter, die unter Anklage stehen und eingekerkert sind, besonders der Kämpfer für die Freiheit und das Leben in Gefängnissen der USA und in der ganzen Welt. Wir unterstützen und erweitern die Anklagen, die vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und dem UNO-Aus-



schuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung erhoben werden. Wir drängen auf eine internationale Verurteilung der Regierungen von Kolumbien, Peru und Chile; der Regierung von Álvaro Uribe Vélez wegen des Genozids an den indigenen Völkern Kolumbiens, des chilenischen Staates wegen der Anwendung des Antiterrorismus-Gesetzes, der Verfolgung und gerichtlichen Verurteilung der Forderungen der Mapuche und der Militarisierung ihres Territoriums, Wallmapu, und des peruanischen Präsidenten Alan García wegen des legislativen Putsches durch 102 Dekrete zugunsten des Freihandelsvertrages, um die indigenen Territorien zu privatisieren, und wegen der Verfolgung und Verurteilung von mehr als 1 000 Führern der indigenen Bewegung.

Wir fordern, unsere Rechte festzuschreiben, sie entsprechend der UNO-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker in den Rang nationalen Rechts zu erheben, wie es das Beispiel Boliviens, Australiens, Mexikos, Venezuelas und anderer Länder vorgibt. Dazu gehört auch das Recht der indigenen Völker auf Kommunikation. Wenn Barack Obama Veränderungen an dem imperialen Verhängnis vornehmen will, so soll er im eigenen Hause beginnen und die Deklaration der UNO über die indigenen Völker zu USA-Recht erklären.

Wir mobilisieren unsere Organisationen zur Verteidigung des Kampfes der indigenen Völker des peruanischen Amazonasgebietes gegen die Normen zur Privatisierung ihrer Territorien und Naturschätze. Ihr Kampf ist unser Kampf. Wir rufen auf, in der ersten Juniwoche Mahnwachen vor den peruanischen Botschaften in allen unseren Ländern zu organisieren, die Lösung der Probleme und die Einstellung der Repression gegen unsere Brüder zu fordern. In dieser Hinsicht vereinbaren die indigenen und Bauernorganisationen Perus eine nationale Erhebung der Völker Perus im Juni 2009 für die Aufhebung der Anti-Indigena-Dekrete, die durch den Freihandelsvertrag mit den USA veranlasst wurden.

Wir lehnen die Freihandelsverträge mit den Vereinigten Staaten, mit Europa, Kanada, China und anderen Ländern ab, mit unseren zerrütteten Wirtschaften, unseren Systemen der Unterdrückung der Völker und dem Raub an der Mutter Erde. Wir weisen die Manöver der Europäischen Union zurück, die sie zusammen mit den Diktatoren von Kolumbien und Peru unternimmt, um die Andengemeinschaft zu zerstören und den Freihandelsvertrag durchzusetzen.

Wir mobilisieren unsere Organisationen und die sozialen Bewegungen unserer Länder zur Verteidigung des Prozesses der Entkolonialisierung, der in Bolivien begonnen wurde, und weisen die Putschabsichten, die separatistischen, rassistischen und Mordbestrebungen der lokalen Oligarchie und des USA-Imperiums zurück. Wir wenden uns dagegen, dass den bolivianischen Völkermördern durch die peruanische Regierung politisches Asyl gewährt wird. In diesem Sinne vereinbaren wir, das V. Treffen der indigenen Völker des Abya Yala 2011 in Bolivien durchzuführen.

Wir wollen unsere interkulturellen zweisprachigen Bildungssysteme und unsere Gesundheitssysteme für die indigene Bevölkerung stärken, um bei der Entkolonialisierung des Wissens voranzukommen, um die Biopiraterie aufzuhalten und das besondere Regime des intellektuellen Eigentums der indigenen Völker zu verteidigen, das kollektiven und generationsübergreifenden Charakter hat.

Wir unterstützen den Kampf der Völker der Welt gegen die imperialen Mächte. Das schließt die Aufhebung der Blockade gegen Kuba, den Rückzug Israels aus den palästinensischen

Gebieten, die kollektiven Rechte der Völker der Massai, Mohawk, Shoshoni, Samen, Kurden, Katalanen, Basken und anderer ein.

Wir rufen auf, der Krise der westlichen Zivilisation und ihrer kolonialen Modernität alternative Paradigmen des Lebens entgegenzustellen durch ein Forum über die Krise der westlichen Zivilisation, über Entkolonisierung, Gutes Leben und weitere Aspekte, das vom 26. bis 28. März 2010 in Cusco stattfinden soll.

Wir wollen unsere Kämpfe globalisieren mit der Durchführung des I. Treffens zum Thema indigener Kommunikation 2011 in Cauca, Kolumbien, des I. Indigenen Treffens zum Thema Wasser, eines Treffens indigener Kommunikatoren und des II. Kontinentalen Treffens Indigener Frauen 2011 im Rahmen des V. Kontinentalen Treffens Indigener Völker.

Wir rufen auf, eine Koordinierungsorganisation indigener Völker und Nationalitäten des Abya Yala zu konstituieren und damit den Prozess der Formierung von unten nach oben fortzusetzen, indem wir Kommissionen der Frauen, der Heranwachsenden und Kinder, der Jugendlichen und der indigenen Kommunikatoren bilden und insbesondere die regionale Verknüpfung in Nordamerika weiterführen. Die Koordination für das Abya Yala soll gegenüber der Organisation Amerikanischer Staaten und der Organisation der Vereinten Nationen wachsam sein, um deren Unterordnung unter die imperiale Macht zu überwinden; und, wenn das nicht möglich ist, die Organisation Vereinter Nationen des Abya Yala und der Welt aufzubauen.

Die Erde gehört nicht uns, wir gehören ihr! Der Kondor und der Adler fliegen wieder zusammen!

Brief des Präsidenten Boliviens, Evo Morales

La Paz, 29. Mai 2009

Die Durchführung dieses IV. Kontinentalen Treffens fällt mit dem Gedenken an die Kämpfe für die Unabhängigkeit in verschiedenen Ländern zusammen. Unstrittig waren die Kämpfe gegen das imperiale Joch durch unsere Großeltern initiiert. Sie waren es, die seit fünf Jahrhunderten an der Spitze verschiedener Erhebungen gestanden haben. Die offizielle Geschichte hat versucht, uns vergessen zu machen, dass wir diese Jahrhunderte hindurch Widerstand geleistet und Aufstände geführt haben. Wir sind die Erben der Amaru, der Bastidas, der Apaza, der Katari, der Sisa und so vieler anderer. Vor 200 Jahren schlossen sich ihnen Mestizen und Kreolen an, bis die Geburt der neuen Republiken gesichert war.

Seit mehr als 200 Jahren ist für uns der Kampf für die Unabhängigkeit zugleich ein Kampf um Land und Territorien. Wie die Beschlüsse des III. Treffens des Abya Yala (2007 in Guatemala – d. Ü.) sehr richtig aufzeigten, sind Land und Territorium eine einheitliche, sich gegenseitig ergänzende Dimension. In diesem Sinne ist für die indigenen Völker „das Territorium alles, nicht nur ein geographisches Gebiet. Es ist der Raum ihrer Kultur und Identität. Es ist der Raum, wo sich ihre Technologie entwickelt, wo die nachhaltige Bewirtschaftung ihrer natürlichen Reichtümer stattfindet, ihre Kunst, ihre Lebensart und Denkweise, ihre Kosmvision, ihr Leben selbst sich entfaltet“.

Für die indigenen Völker des Planeten ist die Mutter Erde das Leben selbst. Wir begreifen das menschliche Wesen als



integralen Bestandteil der Natur und haben ihr gegenüber immer große Achtung empfunden und praktiziert.

Über Tausende und Abertausende von Jahren haben wir mit der Natur zusammengelebt, im beständigen Gleichgewicht mit ihr und in ihr. Heute spüren wir die verheerenden Wirkungen des transnationalen und neoliberalen kapitalistischen Systems, das in beschleunigtem Tempo unseren Planeten zerstört.

Von außen und von oben versuchen sie noch immer uns ökonomische Praktiken aufzuzwingen, die gegen die Rechte der Menschen, die Rechte anderer Lebewesen und die Rechte des Planeten Erde verstoßen. Sie möchten uns Gold für wertlosen Plunder abhandeln. Sie sprachen von Entdeckung, als es sich um eine Invasion handelte, von einer Eroberung, während es um Völkermord ging. Jetzt sagen sie uns, dass sie Integration wollen und uns in die Weltwirtschaft einbeziehen wollen, während das, was sie wollen, der Raub unserer Naturreichtümer ist, der Vorrang des Profits vor der Solidarität.

In dieser Logik zielen Freihandelsverträge darauf ab, die Beziehungen zwischen den Menschen und ihr harmonisches Verhältnis zur Natur zu zerstören. Sie vermarkten die Naturressourcen und die Kultur der Völker; sie privatisieren die grundlegenden Dienstleistungen; sie wollen das Leben patentieren.

Wir sind Gefangene der Kräfte dieses Modells, das den Menschen als absoluten Beherrscher des Planeten hinstellen will. Das kapitalistische, imperialistische und koloniale System stützt sich auf Lebensformen der Beherrschung, der Unterwerfung und Unterordnung der einen durch die anderen. Deshalb, Schwestern und Brüder, um den Planeten, das Leben und den Menschen selbst zu retten, müssen wir uns gegen den Kapitalismus wenden.

Wir sind weit vorangekommen. Deshalb können wir heute mit Sicherheit sagen, dass das Opfer derer, die uns vorangegangen sind, nicht umsonst gewesen ist. Wir setzen ihren Weg fort in diesem unaufhaltsamen und unumkehrbaren Prozess. Aber uns bleibt noch viel zu tun. Vergessen wir nicht. Für die Befreiung unserer Völker müssen wir erkennen, dass die Erde nicht uns gehört, sondern dass wir der Erde gehören.

Wie wir zu verschiedenen Anlässen bekräftigt haben, ist es nach 500 Jahren Widerstand, nach den mutigen Erhebungen unserer Vorfahren heute an uns, unsere Rechte und die Rechte der Mutter Erde durch demokratische Machtergreifung zu sichern. Dies ist der Moment, dass wir, die Indigenen, die Bauern, die Arbeiter, die Jugendlichen, die Schaffenden, die Männer und die Frauen unsere Geschicke als Völker in die Hände nehmen; dass wir vom Lande her, aus den Gemeinden, aus den Fabriken, aus den Stadtvierteln mit unseren eigenen Händen die Welt, die wir wollen, für unsere Kinder aufbauen. Dies ist der Moment, da alle wissen sollen, dass unser Kampf nicht endet, dass wir vom Widerstand zur Rebellion und von der Rebellion zur Revolution übergehen. Dies ist der Moment der zweiten und endgültigen Unabhängigkeit.

Ich sage euch den größten Erfolg dieses IV. Kontinentalen Treffens voraus und bin überzeugt, dass die Beschlüsse des Treffens unsere Einheit bei der Verteidigung der Erde und unserer Naturressourcen begründen werden.

*Evo Morales Aima
Präsident des Plurinationalen Staates Bolivien*

Die Mitgliedsländer und Beobachter der ALBA rufen die entwickelten Länder auf, ihre Klimaschulden zu bezahlen

Bolivien und die Mitgliedsländer und Beobachter der ALBA (Bolivarische Initiative für die Völker unseres Amerikas) – Bolivien, Honduras, Nicaragua, Venezuela und Ecuador – vereinbarten im Rahmen der Generalversammlung der OAS, die am 2. und 3. Juni in San Pedro de Sula, Honduras, stattgefunden hat, eine Erklärung auf Ministerebene, in der sie die entwickelten Länder auffordern, ihre Klimaschulden an die Entwicklungsländer zu bezahlen

Diese Erklärung stellt in ihren wichtigsten Punkten fest, dass der Klimawandel Ergebnis der Entwicklungsmodelle und der Wirtschaftspolitik ist, die die entwickelten Länder gewählt und verfolgt haben, und dass daher eine Klimaschuld gegenüber der Menschheit und dem Planeten besteht.

Die Erde besitzt eine begrenzte Aufnahmefähigkeit für Treibhausgase, die unumkehrbare Wirkungen in unseren Ländern hervorrufen, besonders in den Entwicklungsländern, die ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung, auf die sie nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit ein Recht haben, eingeschränkt sehen.

Die Entwicklungsländer müssen bedeutende Ressourcen für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel aufbringen, die für ihre Entwicklung bestimmt sein sollten, um der ganzen Bevölkerung ein würdiges Lebensniveau zu sichern.

Die entwickelten Länder müssen in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Kyoto-Protokolls Verpflichtungen zur Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen übernehmen und erfüllen, um die Stabilität des Klimasystems der Erde zu sichern, und die Schulden für die Anpassung zahlen.

Ebenso muss man daran erinnern, dass die entwickelten Länder mit weniger als 20 Prozent der Weltbevölkerung verantwortlich sind für annähernd drei Viertel der Emissionen im Laufe der Geschichte, und auch gegenwärtig bleibt ihr Treibgasausstoß pro Person viermal höher als in den Entwicklungsländern.

Die entwickelten Länder, die unverhältnismäßig zu den Ursachen des Klimawandels beigetragen haben, versuchen jetzt, sich einen unverhältnismäßigen Teil dessen, was von der Erdatmosphäre übrigbleibt, anzueignen. Zum Beispiel bedeutet eine mögliche Reduzierung ihrer Emissionen um 30 Prozent, dass sie bis 2017 weiterhin 70 Prozent, bezogen auf ihr Niveau von 1990, an die Atmosphäre abgeben.

Zusammengefasst: Die „Klimaschulden“ der entwickelten Länder sind die Summe ihrer Schulden aus Emissionen und Anpassungsmaßnahmen, die Teil einer noch weit größeren ökologischen Schuld sind, die ihren tiefen ökologischen Fußabdruck, den exzessiven Verbrauch von Ressourcen und Energie sowie ihren Beitrag zur Schädigung der Biodiversität und der Dienste der Ökosysteme einschließt.

Diese historische Klimaschuld der entwickelten Länder muss bezahlt werden, und diese Zahlung muss beginnen mit den Ergebnissen, die im Dezember auf der 15. Konferenz der Vertragsstaaten in Kopenhagen, Dänemark, zu vereinbaren sind.



„Jetzt müssen erst einmal Trümmer beseitigt werden“

Gespräch mit Bruno Mahlow, Mitglied der BAG FIP, über eine Reise nach Nicaragua; aus: „Junge Welt“, 30. Mai 2009, Interviewer: Robert Allertz

● Sie reisten privat nach Nicaragua. Es war also wohl mehr eine touristische Exkursion?

Keineswegs, auch wenn ich Gast der Familie meiner Tochter Eleni war, die in Nicaragua als Ärztin arbeitet. Ich sah mich im Land um und führte viele Gespräche. Denn als ich meinem Verlag erklärte, ich wolle sechs Wochen nach Nicaragua gehen, bekam ich die freundliche Order, nicht ohne eine Lagebeurteilung zurückzukehren, um daraus ein Büchlein zu machen. Schließlich seien viele Illusionen über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts im Umlauf. Diesen müsse man mit objektiven, realitätsnahen Beobachtungen und Eindrücken begegnen.

● Wer gehörte zu Ihren Gesprächspartnern vor Ort?

Bekannte Persönlichkeiten der sandinistischen Revolution wie Comandante Henry Ruiz, der schon seit Jahren zu den schärfsten Kritikern von Präsident Daniel Ortega gehört. Vor allem aber habe ich mich mit Abgeordneten und Kommunalpolitikern ausgetauscht und mit vielen einfachen Bürgern. So habe ich denn ein ziemlich klares Bild der Lage im Lande gewinnen können. Und um gleich Ihrer Frage zuvorzukommen: Diese ist nicht mit pauschalen Urteilen zu charakterisieren. Es bleiben viele Fragen offen.

● Ehe wir darauf detailliert eingehen: Was kritisiert Ruiz an seinem ehemaligen Kampfgefährten?

Ich gebe diplomatisch-höflich wieder, was Ruiz und andere über ihren Präsidenten sagen. Ruiz erklärte, er habe Ortega nicht gewählt – ohne zu erwähnen, ob er überhaupt gewählt hat. Ortega sei nicht mehr jener Mensch, der er einmal war. Dabei kritisierten Ruiz und andere nicht nur die Art und Weise der Machtausübung in der FSLN und Ortegas gewachsene Eitelkeit, sondern vor allem die Haltung des einstigen Revolutionsführers. Er und auch andere hätten die Ideale und Ziele der sandinistischen Bewegung vergessen und klammerten sich nur an die Macht. Ortegas Politik unterscheide sich nicht mehr von der der Liberalen. Jedoch: Weder Henry Ruiz noch andere Opponenten Ortegas nannten inhaltliche und personelle Alternativen. Sie beschränkten sich in ihren Ausführungen auf eine Aufzählung von Fehlern, Emotionen und charakterlichen Schwächen und sagten kaum etwas über soziale Leistungen der Regierung für die Ärmsten und die Verankerung der FSLN an der Basis. Daniel Ortega hat seine Politik unter die Losung „Reconciliación“ (Versöhnung) gestellt. Aber die gespaltene nikaraguanische Gesellschaft lässt sich mit Weihrauch allein nicht „vereinen“, heißt es.

● Wodurch ist die nikaraguanische Gesellschaft gespalten, wenn damit nicht der grundsätzliche Klassenwiderspruch gemeint ist?

Ich erinnere daran, dass in den 80er Jahren in jenem von den USA finanzierten Bürgerkrieg in Nicaragua an die 30 000 Menschen starben. Die Wirtschaftsblockade unter US-Präsident Ronald Reagan tat ein Übriges. Trotz der Landreform

und der sichtlichen Fortschritte im Gesundheitswesen und in der Bildung – auch mit Hilfe der sozialistischen Staaten zuwege gebracht – kam es 1990 zum Machtwechsel. Gewiss spielten dabei der Druck von außen und der Untergang des europäischen Sozialismus eine wichtige Rolle. Der danach in Nicaragua eingeschlagene neoliberale Kurs forcierte den wirtschaftlichen Niedergang. Die Auslandsverschuldung, die Arbeitslosigkeit, das Analphabetentum, die Kindersterblichkeit usw. stiegen dramatisch an. Somozas Anhänger kehrten aus den USA zurück und übernahmen wieder ihre einstigen Besitztümer. Was die Sandinisten zuvor enteignet hatten, wurde privatisiert. Nach dem Ende seiner Amtszeit wurde der dafür maßgeblich verantwortliche Präsident Arnoldo Alemán wegen Korruption und Vetternwirtschaft im Dezember 2003 zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Die Gefängnisstrafe hat er bis heute nicht antreten müssen. Im Gegenteil, er wurde kürzlich freigesprochen.

● Wegen der „Reconciliación“?

Vermutlich. Das Grundproblem ist: Ortega und die Sandinisten haben ein schweres Erbe angetreten. Doch so, wie sie es in den 80er Jahren zu überwinden hofften, können und wollen sie es nicht mehr angehen. Also haben die Sandinisten mit den Liberalen in diesem De-facto-Zweiparteienstaat eine Art Burgfrieden oder, wie es die Italienische KP in den 70er Jahren vorhatte, einen historischen Kompromiss geschlossen. Das ist pragmatisch und scheint vom Wesen her unter den Umständen auch vernünftig, aber mit einem gesellschaftlichen Umbruch zum Sozialismus ist das nicht gleichzusetzen. Jetzt müssen erst einmal Trümmer beseitigt werden. Deshalb bin ich vorsichtig mit zu harten Urteilen. Man sollte nicht grundsätzlich ausschließen, dass sich damit irgendwann die Perspektive einer linken, ja, auch einer sozialistischen Entwicklung eröffnen kann. Doch derzeit ist das kein Thema für Nicaragua. Und auch kein Rezept für die Welt.

● Das sehen manche Zeitgenossen hierzulande aber anders.

Nicht nur hier. Revolutionäre Romantiker und Träumer gibt es überall, auch und erst recht in Lateinamerika. Das ist natürlich und verständlich, vor allem wenn man mit der krisengeschüttelten kapitaldominierten Welt konfrontiert ist und einen Ausweg aus der Misere sucht. Als ich drüben war, brachte die Zeitung El Nuevo Diario am 17. März eine politische Karte Lateinamerikas, des traditionellen „Patio trasero“, des Hinterhofs der USA. Zwölf Staaten und deren Präsidenten waren rot markiert, sechs waren blau: Mexiko, Honduras, El Salvador, Kostarika, Kolumbien und Peru. Laut dieser Darstellung und dem beigefügten Kommentar handelte es sich bei den roten um „Mitte-Links-Staaten“, woraus abgeleitet wurde, dass aus dem Hinterhof nunmehr der „Patio delantero centroizquierda“, also der „mitte-linke Vorhof“ der USA, werden würde. Ich wünschte es mir gleich vielen. Aber das ist nicht realistisch und gewiss auch von jener Zeitung als Beruhigungsspiel gedacht gewesen. Mit einer „Sozialdemokratisierung“ progressiver Bewegungen hofft man, sozialen Konflikten die Schärfe zu nehmen. Ich erinnerte mich in diesem Zusammenhang an das 1969er Welttreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Monatelang hatten im Vorfeld 26 lateinamerikanische Parteien miteinander diskutiert, um in Moskau mit einer Stimme zu sprechen.



Es kam zu keiner Einigung. Die historischen, geographischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und auch mentalen Unterschiede zwischen den Parteien und ihren Ländern waren einfach zu groß. Trotz positiver Tendenzen im heutigen Lateinamerika spielen diese Differenzen weiterhin eine Rolle. Die Sprache als Bindeglied und die kollektive Heimsuchung durch die spanische Krone und deren Konquistadoren bilden wichtige Gemeinsamkeiten, jedoch keine ausreichend stabile Handlungsbasis.

● **Die Kirche ist traditionell überall in Lateinamerika präsent. Wenn es nicht der Marxismus ist, kann ja vielleicht die Kirche den Kitt liefern, um mit einer Stimme zu sprechen. Ich erinnere an die sogenannte Befreiungstheologie. Warum soll nicht mit Hilfe der Religion für ein besseres Diesseits gekämpft werden?**

Dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Kein Geringerer als Fidel Castro hat sich eindeutig zu vielen Gemeinsamkeiten der Bibel und der kommunistischen Ideale und zur Mitgliedschaft von Gläubigen in einer kommunistischen Partei geäußert. Alle meine Gesprächspartner erklärten übereinstimmend, dass in einem solch strenggläubigen katholischen Land wie Nicaragua keine linke Kraft ohne ein Zusammenwirken mit der Kirche erfolgreich sein kann. Ich stimme ihnen zu. Aber als Marxist werde ich mich doch wohl wundern dürfen, wenn vor der „Semana Santa“, der „Karwoche“ mit dem Osterfest – dem auch in Nicaragua höchsten christlichen Feiertag – überall im Land Plakate mit dem Konterfei Ortegas und der Inschrift „Cumplir al pueblo es cumplir a Dios“ zu sehen sind.

● **Das heißt?**

Sinngemäß etwa, man vollziehe den Willen Gottes, wenn man die Bedürfnisse der Menschen befriedige.

● **Nun ja, so lange sich der Präsident nicht auf eine „göttliche Vorsehung“ beruft, ist das doch hinnehmbar.**

Ich sehe es ja auch entspannt. Weitaus bedenklicher fand ich, was mir eine Mitarbeiterin des Gesundheitswesens sagte. Man sei, um sich gegenüber der starken Opposition und den USA zu behaupten, Kompromisse mit der Kirche eingegangen, doch manches gehe einfach zu weit. Auch der Bürgermeister von Esteli sprach in diesem Zusammenhang von einem hohen Preis. Etwa in der Abtreibungsfrage. Mit den Stimmen von 28 Parlamentariern der FSLN war wenige Wochen vor der Präsidentenwahl eine Gesetzesänderung vorgenommen worden. Seither ist der Schwangerschaftsabbruch auch aus medizinischen Gründen unter Strafe gestellt. Im Kampf um die Frauenrechte sei Nicaragua dadurch um Jahre zurückgeworfen worden, hieß es überall empört. Unumwunden sagte man mir, dass dies zur Wahlstrategie des damaligen Präsidentschaftskandidaten und insbesondere seiner Frau Rosario Murillo gehört habe, um die katholische Kirche für sich zu gewinnen. Doch die wahltaktische Entscheidung scheint keineswegs temporärer Natur gewesen zu sein. Das Gesetz gilt und eine Aufhebung scheint unvorstellbar.

Auch andere „linke“ Regierungen in Lateinamerika praktizieren eine konservative Frauen- und Familienpolitik. Die nicaraguanische Frauenbewegung „Movimiento Autónomo de Mujeres“ (MAM), und nicht nur sie, fordert jedenfalls die Korrektur des geänderten Gesetzes. Bisher ohne Erfolg. Sechs bis zwölf Kinder in einer Familie sind in Nicaragua

nichts Ungewöhnliches. Das erklärt, weshalb etwa 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 18 Jahre sind.

● **Sie waren im Land unterwegs. Wie stark sind die Sandinisten in den Kommunen?**

Es gibt 146 Kommunalparlamente, in 69 stellt die FSLN die Mehrheit, 37 gewannen die Liberalen. Ich sprach in diesem Zusammenhang mit Francisco Valenzuela. „Pancho“, wie er gerufen wird, ist Abgeordneter und Bürgermeister von Esteli, Zentrum eines Departments mit rund 120 000 Menschen, 150 Kilometer nördlich von Managua und in etwa 800 Metern Höhe gelegen. Die Partnerstadt von Bielefeld gilt als Hochburg der Sandinisten. Vermutlich habe ich Pancho mit meiner Frage nach seinen Vorstellungen über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts etwas verwundert. Ihn bewegten ganz andere Fragen. Die Menschen würden von ihren Alltagsorgen gedrückt, sagte er, und hätten weder Zeit noch Phantasie, über die nächsten Monate hinauszudenken. Auf der einen Seite hätten die meisten das Interesse an der Politik verloren, weil sie in der Vergangenheit zu oft von Politikern enttäuscht worden seien. Auf der anderen Seite setzten sie zu hohe Erwartungen in die neue Regierung.

● **Mit anderen Worten: Es ist nicht anders als hier?**

Genau, wenn auch viele Menschen trotz ihrer Armut mir nicht so verbissen erschienen wie meine Landsleute in ihrem Wohlstand hier. Mit Sozialismus verbinden aber die meisten, meinte Pancho, allenfalls vage Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Das sei aber auch schon alles. Henry Ruiz meinte dazu recht abrupt, Sozialismus des 21. Jahrhunderts sei bisher nur Gerede, ohne konkrete Vorstellungen. Die wichtigste Aufgabe jetzt sei die Integration Zentralamerikas. Außerdem komme es darauf an, dafür eine neue echte revolutionäre Kraft, gestützt vor allem auf die Jugend, zu formieren. Pancho dazu: Es sehe heute dafür besser aus als noch vor zwanzig Jahren. Der „Zusammenbruch“ des kapitalistischen Systems sei sichtbar, das trüge zur Förderung „linker Tendenzen“ bei. Es gebe Fortschritte in den Kommunen, gute Nachrichten von linksgerichteten Regierungen in Venezuela, Bolivien, Argentinien, Chile und somit insgesamt in Lateinamerika. Auch Honduras habe sich unter Präsident Zelaya im Rahmen der „Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América“, kurz ALBA, der Ortega-Regierung angenähert.

● **Was ist ALBA?**

Die „Bolivarische Alternative für die Völker Unseres Amerikas“ ist eine Wirtschaftsgemeinschaft, die Ende 2004 von Venezuela und Kuba aus der Taufe gehoben wurde. Inzwischen gehören ihr Bolivien, Nicaragua, Dominica und eben auch Honduras an. Ziel ist es, in Lateinamerika und der Karibik durch wirtschaftliche Zusammenarbeit die Region unabhängiger von den USA und Europa werden zu lassen. Zu diesem Zweck wurden zwischen den Staaten spezielle Kooperationsabkommen, etwa im Energiesektor, abgeschlossen. Dabei bemüht man sich um solidarische Handelsbeziehungen. Venezuela zum Beispiel räumt die Möglichkeit ein, Öl auch mit Waren oder Dienstleistungen zu begleichen. 2008 hat man eine eigene Entwicklungsbank, die Banco del ALBA, gegründet, deren Sitz in Havanna ist, Startkapital zwei Milliarden Dollar. Und vor einigen Monaten beschloss man, ein eigenes Währungsgebiet mit einem gemeinsamen Zahlungsmittel zu etablieren, um eine größere Unabhängigkeit von



den internationalen Finanzmärkten zu erreichen und sich vor Krisen und ihren Folgen zu schützen. In diesem Rahmen soll auch ein gemeinsamer Fonds für die Stabilisierung der Geldreserven und eine kontinuierliche Investitionspolitik etabliert werden. Der Name der gemeinsamen Währung soll „Sucre“ lauten.

● **Wie ist denn der Umgang der Nikaraguaner mit ihrer Obrigkeit?**

Ich war mit Pancho in Esteli unterwegs. Er wurde, sobald man ihn erkannt hatte, sofort umringt und mit Fragen bedrängt. Nach meiner Feststellung ist die FSLN die einzige wirklich organisierte politische Kraft im Lande. Sie hat als Partei ein stabiles Fundament und ist in der Gesellschaft verankert. Besonders an der Basis merkt man, wie viel vom Engagement jedes Einzelnen abhängt.

● **Wie wird dies motiviert?**

Es gibt seit einiger Zeit die Bürgerräte CPC, was für „Consejos del Poder Ciudadano“ steht. Sie formieren sich zur Lösung insbesondere sozialer Probleme. Das verstehen sie als Ausdruck der Volksmacht und der direkten Demokratie. Diese „Massenarbeit“ stärke den Einfluss der FSLN, sagte mir Pancho. Es gehe um die Mobilisierung der Massen in Stadt und Land, vom Wohngebiet über die Departments bis auf die nationale Ebene.

● **Und wozu?**

Für die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Realisierung von Sozialprogrammen, Projekte im Bildungs- und Gesundheitswesen, für die Lebensmittelversorgung armer Bevölkerungsschichten...

● **Es gab unlängst eine Meldung von einem dazu aufgelegten Nahrungsmittel-Produktionsprogramm.**

Ja, das läuft unter der Bezeichnung „Hambre Cero“, was man vielleicht mit „Null Hunger“ übersetzen kann. In den nächsten fünf Jahren sollen 75 000 Familien Unterstützung erhalten, um ihre Existenz selbständig zu sichern. Das hatte Ortega im Wahlkampf versprochen, die Hälfte davon ist schon erreicht. Die zumeist auf dem Lande lebenden Familien erhalten je nach Bedarf eine Kuh, ein Schwein, Hühner, Pflanzensamen, Baumaterial für ihre Hütte und dergleichen. Die politische Opposition hat diese existentiellen Zuwendungen als Wahlgeschenk für FSLN-Anhänger denunziert, als kaufe man sich damit Stimmen. Daraufhin hat die UNO sofort die Zuschüsse aus dem Welternährungsprogramm und die Europäische Union die Hilfe für Nicaragua für das Jahr 2009 gestrichen. So schnell geht das.

● **Und wer finanziert nun?**

Es fließen, wie bisher, Mittel aus dem Staatshaushalt und, was neu ist, aus einem Kredit der Banco del ALBA. Alba heißt übrigens im Spanischen „Morgenröte“.

● **Sind Ihnen in Nicaragua auch ehemalige Mitglieder der FDJ-Freundschaftsbrigade begegnet?**

Ja, ich traf in San Juan del Sur – nicht zum ersten Mal – Kerstin und Klement. Die beiden betreiben ein kleines Hotel mit vier Angestellten. Kerstin stammt aus Dresden und war Lehrerin für Kunst und Literatur, Klement ist gelernter Kfz-Mechaniker und kommt aus Gera. Er war in Jinotepe, als die

DDR 1990 unterging und hatte Glück, dass er vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) übernommen wurde. 1997 eröffneten beide eine kleine Gaststätte, daraus wurde langsam dieses Hotel. Die Arbeitskraft ist in Nicaragua billig. Ein Angestellter bekommt 150 Dollar im Monat, ein Lehrer 160, weshalb viele von ihnen noch einem Zweitjob nachgehen. Seit zwei Jahren gehen die Zahl der Gäste und damit die Einnahmen stetig zurück, erzählten sie mir, aber man komme durch. „Don Klement“ hält unverändert die Fahne der FSLN hoch, doch von Ortega und seiner immer stärker ins Rampenlicht drängenden Frau hält er wenig. Er meint, persönliche Interessen stünden beim Präsidentenpaar wie auch bei anderen Funktionären der FSLN, die an Posten gekommen sind, über den gesellschaftlichen. Aber Ortega habe Charisma, und ohne Charisma könne man in diesem Teil der Welt nun mal nichts bewegen. Gleiches merkte auch Pancho bezüglich Venezuela an: „Hugo Chávez hat keine eigene organisierte Partei und wirkt allein durch sein Charisma.“

● **Welches Fazit ziehen Sie nach Ihrer sechswöchigen Reise?**

Da ist vieles im Fluss. Mit allem Nachdruck muss ich sagen, dass viel von der Solidarität mit dem Volk von Nicaragua abhängt. Das ist auch eine Sache der Ehre und des Profils der Linken, sie sollte nicht subjektiven Schwankungen und Gefühlen nachgeben. Nicaragua hat – da können die EU und andere meinen, was sie wollen – unsere Unterstützung verdient, wir sind es seinen Menschen schuldig.

Internationale Umschau

Das deutsche Blutsmodell

Aus: *www.german-foreign-policy.com*, 24. Juni 2009

Chisinau/Bukarest/Flensburg

Unter Berufung auf deutsche Blutsrechts-Praktiken kündigt der Staatspräsident Rumäniens Übergriffe auf Moldawien an. Demnach will Bukarest beinahe einem Drittel der Einwohner des Grenznachbarn die rumänische Staatsbürgerschaft verleihen, da sie „ethnische Rumänen“ seien. Das Vorgehen entspreche „voll und ganz dem deutschen Modell“, begründet der rumänische Staatspräsident Traian Basescu den Plan. Tatsächlich hat auch die Bundesrepublik Hunderttausende Polen und Zehntausende Tschechen unter Verweis auf ein angebliches „Deutschtum“ eingebürgert. Die Bukarester Revisionspolitik hatte schon im April europaweit für Aufsehen gesorgt, als Demonstranten in Moldawien während Unruhen den Anschluss des Staates an Rumänien verlangt hatten. Dieselbe Forderung vertritt auch eine moldawische Partnerorganisation der CDU. Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft hat kürzlich ihre „Besorgnis“ über die rumänische Ethno-Politik geäußert. Eine Stellungnahme aus Berlin, dessen völkische Praktiken Bukarest explizit zum Vorbild für seine expansiven Absichten erklärt und damit die Spannungen in Südosteuropa noch verschärft, ist hingegen nicht bekannt.



Revisionistische Ziele

Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen sind Spannungen zwischen Rumänien und Moldawien, die schon seit der Loslösung Moldawiens aus der zerfallenden Sowjetunion im Jahr 1991 bestehen. Die Mehrheit der moldawischen Bevölkerung spricht einen rumänischen Dialekt und erfüllt nach Auffassung völkischer Kräfte in Bukarest die Kriterien „ethnischen Rumänentums“. Schon in den frühen 1990er Jahren eskalierten in Moldawien die Spannungen zwischen völkischen Befürwortern sowie Gegnern eines Anschlusses an Rumänien zum Bürgerkrieg, der 1994 beigelegt werden konnte. Die Spannungen werden durch Bukarest jedoch weiterhin geschürt. Bei einer Umfrage im Jahr 2006 gaben 51 Prozent der befragten Rumänen an, sich eine Fusion mit Moldawien zu wünschen.¹ Im selben Jahr behauptete der rumänische Staatspräsident Basescu, Rumänien sei „das einzige Volk, das noch geteilt ist, da die deutsche Nation ja wiedervereinigt ist“.² Erklärungen Basescus können dem rumänischen Osteuropaexperten Vladimir Socor zufolge oft „in dem Sinne interpretiert werden, dass sie territorial-revisionistische Ziele verfolgen“.³

Anschlussforderungen

Revisionistische Forderungen nach einem Anschluss Moldawiens an Rumänien haben zuletzt im April EU-weit für Aufsehen gesorgt. Damals kam es wegen angeblicher Fälschungen bei den moldawischen Parlamentswahlen zu massiven Protesten in der moldawischen Hauptstadt. Es wurden Parolen skandiert, Moldawien müsse sich an Rumänien anschließen. Demonstranten stürmten das Parlament und hissten auf dem Parlamentsgebäude die rumänische Flagge. Die Regierung vermutete „rumänische Kräfte“ hinter dem gewalttätigen Umsturzversuch und verwies den Botschafter Bukarests sowie mehrere rumänische Journalisten des Landes. Außerdem führte sie die Visapflicht für Rumänen wieder ein.⁴ Tatsächlich werden auch in Moldawien selbst nach wie vor Anschlussforderungen vertreten, an die Bukarest mit seinem Revisionsbegehren anknüpfen kann. Dies findet die Billigung einflussreicher deutsch-europäischer Kräfte. So zählt der moldawische Partidul Popular Crestin Democrat (PPCD) die „Idee der nationalen Einheit zwischen Rumänien und der Republik Moldawien“ explizit zu seinen wichtigsten Zielen.⁵ Die PPCD hat Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Bündnis christlich-konservativer Parteien ganz Europas, in dem die deutsche CDU eine starke Stellung innehat.

Einbürgerung

Unmittelbar nach den Unruhen in der moldawischen Hauptstadt eskalierten die Spannungen zwischen Rumänien und Moldawien erneut. Staatspräsident Basescu teilte mit, seine Regierung werde einer Million Moldawiern die rumänische Staatsbürgerschaft verleihen – wegen ethnischer Zugehörigkeit zum „Rumänentum“. Moldawien hat 3,3 Millionen Einwohner. „Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft entspricht dabei voll und ganz dem deutschen Modell“, erklärt Basescu.⁶ Tatsächlich erhebt das Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland bis heute die blutliche Abstammung zum Kernmerkmal. In den letzten 20 Jahren haben Hunderttausende Polen und Zehntausende Tschechen wegen angeblich deutscher Abstammung die deutsche Staats-

bürgerschaft erhalten – mit allen Rechten und Pflichten, die dies mit sich bringt. Die aktuelle Nachahmung des deutschen Blutsmodells in Südosteuropa geschieht mit Billigung Berlins.

Unmissverständlich

Die rumänischen Pläne zur Einbürgerung eines Drittels der moldawischen Bevölkerung rufen in Moldawien schweren Protest hervor. „Seit der Unabhängigkeit Moldawiens hat die rumänische Staatsführung wiederholt unmissverständliche Erklärungen abgegeben, dass Moldawiens Anschluss an Rumänien unvermeidlich sei“, ist in einem Hilfsappell des moldawischen Kabinetts zu lesen.⁷ „Als Folge sind die bilateralen Beziehungen zwischen Rumänien und Moldawien in den vergangenen zwei Jahren in ein regionales Problem ausgearbeitet, das von den EU-Staaten nicht weiter ignoriert werden darf.“ Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft erklärte bereits im April eine „gewisse Besorgnis“ über die „Risiken“⁸, die mit der Verleihung der rumänischen Staatsbürgerschaft an eine Million Moldawier verbunden seien. Trotz mehrmaliger Aufforderungen aus der moldawischen Hauptstadt bleibt eine geschlossene Erklärung der EU-Staaten zu den rumänischen Übergriffen jedoch ebenso aus wie eine Stellungnahme Berlins.

Rumänentum

Statt dessen unterstützen Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik bis heute ethnisch legitimierte Ansprüche Bukarests auf Teile der Bevölkerung seiner Nachbarstaaten. So hat die in Flensburg beheimatete und mit deutschen Staatsgeldern finanzierte „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) die „Union für aromunische Sprache und Kultur“ zum assoziierten Mitglied ernannt. „Aromunisch“ ist eine dem Rumänischen verwandte Sprache, die unter anderem in Teilen Griechenlands, Bulgariens und Serbiens gesprochen wird. Völkische Kräfte in Bukarest erklären aromunisch sprechende Griechen, Bulgaren und Serben ebenso zu „ethnischen Rumänen“ wie die Mehrheit der moldawischen Bevölkerung. Die Regierung Rumäniens hat bereits vor Jahren Griechenland und Bulgarien aufgefordert, dem „Rumänentum“ in ihren Ländern neue Minderheitenrechte zu verleihen.

Kurswechsel

Der Konflikt um das rumänische Expansionsbegehren weist im Falle Moldawiens über eine rein völkische Komponente hinaus. Hatte Moldawien lange eine offene Außenpolitik und eine Annäherung sowohl an Moskau als auch an EU und NATO betrieben, vollzog vor einigen Jahren der nun scheidende Präsident Voronin eine Wende. Er bekundete, sein Land werde nie der NATO beitreten. Ein auf zwei Jahre angelegter NATO-Plan, Moldawien an das westliche Kriegsbündnis heranzuführen (Individual Partnership Action Plan, IPAP), läuft daher dieses Jahr aus. Der Westen droht die enge Anbindung des südosteuropäischen Staates zu verlieren – und forciert seine dortigen Aktivitäten. Prowestliche Kräfte wie die Partidul Popular Crestin Democrat (PPCD), die sich explizit für eine NATO-Mitgliedschaft ausspricht, gehören zu den Anschlussbefürwortern, die ihre Anstrengungen in den letzten Monaten verstärkt haben.



Schlüsselstellung

Die Gesamtbedeutung der Thematik hat schon vor Jahren der CSU-Politiker Otto Habsburg hervorgehoben. „Die russische Politik“ sei „immer bestrebt“ gewesen, zum Mittelmeer vorzudringen, erklärt Habsburg; die Achsenmächte Deutschland und Österreich hätten ihrerseits stets versucht, genau dies zu verhindern. Eine geostrategische „Schlüsselstellung“ beim Kampf um den „Durchbruch für die Russen oder Deutschland“⁹ hätten dabei die beiden Länder eingenommen, deren komplette Übernahme durch den Westen bei den aktuellen Anschlussstreitigkeiten auf dem Spiel steht: Rumänien und Moldawien.

Anmerkungen

- 1 Romanians want Basarabia to unify with Romania; www.ziua.ro 3.4.2006
- 2 President proposed unification with Basarabia; www.ziua.ro 3.7.2006
- 3 Rumänien muss auf willkürliche Gebietsansprüche verzichten, de.rian.ru 21.4.2009
- 4 „Gespenst der Revolution“ erreicht Moldawien; de.rian.ru 7.4.2009
- 5 About us; www.ppcd.md
- 6 Das rumänische Staatsbürgerschaftsrecht sieht eine Verleihung der Staatsbürgerschaft vor, sofern ein Nachweis erbracht werden kann, in dritter Generation von einem Rumänen abzustammen. Rumanian citizenship: a review of the past and a future forecast regarding the authorities' policy, romanianpassport.co.il
- 7 Moldawien ersucht EU um Schutz vor aggressiver Politik Rumäniens; RIA Novosti 19.5.2009
- 8 EU über Rumäniens Pläne für Einbürgerung von einer Million Moldawiern besorgt; RIA Novosti 17.4.2009
- 9 Europas östliches Einfalltor; Die Tagespost 3.3.2005

Der Iran ist heißer Kandidat für eine geopolitische Umorientierung

Interview mit Dr. Guido Steinberg, Islamwissenschaftler und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik; aus: Eurasisches Magazin, Nr. 6/2009

● Sie haben zusammen mit weiteren Experten der Stiftung Wissenschaft und Politik eine Studie erstellt, in der Sie die deutsche Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika untersuchen. Deutschland tut sich schwer, seine Interessen in dieser Region zu definieren, lautet eine Ihrer Feststellungen. Wie kann es sein, dass ein Land seine eigenen Interessen nicht artikulieren kann?

Ich denke schon, dass Deutschland seine Interessen artikulieren kann. Das ist eine der Forderungen, die wir mit unserer Studie verbinden. Aber Deutschland ist bei der Formulierung seiner Interessen sehr viel vorsichtiger als andere Nationen. Ich glaube, dass der Begriff der eigenen Interessen in Deutschland noch immer zu sehr nach harter Machtpolitik klingt und deshalb Unbehagen verursacht. Das ist ein Problem unserer politischen Kultur. Wer aber nicht definiert, was er eigentlich will, der droht erstens sich zu verzetteln, weil er keine genauen Zielvorstellungen hat. Und zweitens ist er als Partner für andere Staaten schwierig. Wie will man mit jemandem zusammenarbeiten, der seine Interessen nicht öffentlich und auch deutlich definiert?

● Nach der Definition Bismarcks gibt es in der Außenpolitik keine Freunde, sondern nur Interessen. Das wuss-

ten wir Deutschen schon mal. Wo ist dieses Wissen verblieben?

Wir haben Werte, die es zu vertreten gilt, gerade in der Nahostpolitik. Insofern ist Bismarcks Definition nicht mehr gültig. Aber auch wenn man werteorientiert handelt, muss man darüber hinaus seine Interessen definieren. Und das geschieht nur sehr zurückhaltend.

● Im Nahen und Mittleren Osten betreiben die USA eine knallharte Interessenpolitik. Länder, die den US-Interessen nicht entsprechen, wurden bislang zu einer Achse des Bösen gerechnet, als Schurkenstaaten tituliert, mit Krieg oder zumindest Geheimdienstaktionen überzogen. Fällt es Deutschland deshalb so schwer, seine Interessen, zum Beispiel im Iran, zu definieren und zu vertreten, weil es Rücksicht auf US-Interessen nehmen muss?

In den letzten acht Jahren unter dem Präsidenten George Bush stand die Ideologie in der amerikanischen Außenpolitik sehr prominent im Vordergrund. Das sollte man nicht übersehen. Der Irak wurde ja angegriffen, weil man ihn zum demokratischen Leuchtturm machen wollte. Eine ganz absurde Idee. Wenn die Bush-Administration Interessenpolitik betrieben hätte, dann wären wir heute nicht mit so vielen Problemen im Irak, in Afghanistan und Pakistan konfrontiert. Ich sehe unser Problem deshalb auch weniger in der US-Politik als in unserer eigenen politischen Kultur. Wer wagt es denn, in Deutschland offen zu sagen, dass es in unserem ureigensten Interesse ist, Gas aus dem Irak und dem Iran für die europäische Nabucco-Pipeline zu beziehen, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern und dass dies Auswirkungen auf unsere Außenpolitik haben muss? Interessen werden häufig nur von Fachleuten benannt.

● War das unter der SPD-geführten Regierung Schröder anders?

Die Regierung Schröder hat Ansätze für stärker interessegeleitete Außenpolitik aufgezeigt, insbesondere in den Feldern, in denen der Kanzler selbst die Außenpolitik prägte. Gerhard Schröder war weniger vorsichtig in der Formulierung eigener Interessen als die deutsche Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Er hat zum Beispiel eine Kommerzialisierung unserer Außenpolitik betrieben – gegenüber Russland und China, aber auch den Golfstaaten. Es hat einen zielgerichteten Ausbau der Beziehungen zu Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gegeben. Die Beziehungen zu den VAE wurden damals etwas großspurig strategische Partnerschaft genannt. Die Regierung Schröder wollte die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Saudi Arabien und den VAE intensivieren, weil das in unserem Interesse liegt. Aber wenn man die Gesamtregion Naher Osten ansieht, gibt es doch eine große Kontinuität der deutschen Politik.

● Bundeskanzlerin Angela Merkel war schon als Oppositionsführerin während der Regierung Schröder stets auf Seiten der Koalition der Willigen zu finden. Schadet diese enge Gefolgschaft gegenüber den USA eigenen deutschen Interessen?

Ich glaube, dass diese enge Bindung an die USA sowohl einer Anerkennung unserer eigenen Schwächen als auch der Realitäten in der internationalen Politik entspringt. Diese Bindung kann natürlich schaden, wenn die US-Außenpolitik so überhaupt nicht zielführend ist, wie sie das unter Bush



meist war. In unserer Studie werden dafür Fälle genannt wie die Isolierung Syriens und der Hamas beispielsweise. Das war falsche Politik. Und gegenüber dem Iran ist es aktuell noch immer falsche Politik. Die Sanktionen haben ja überhaupt keinen Effekt und werden auch künftig keinen haben, schaden gleichzeitig aber unseren wirtschaftlichen Interessen. Da wäre es an der Zeit zu überlegen und zu sagen, was wir eigentlich wollen. Allerdings muss man klar sehen, dass wir in der Iran-Politik nur mit den USA zusammen etwas erreichen können.

● **Weiß man denn in Washington, was Deutschland will?**

Das ist Teil des Problems. Wenn wir Partner sein wollen – und nicht nur wie Sie das gesagt haben Gefolge –, dann müssen wir unsere Vorstellungen definieren, darlegen und zur Geltung bringen. Wir Nahostfachleute werden andauernd mit der Frage konfrontiert, was denn die Ziele, Interessen und die Politik Deutschlands eigentlich sind? Zum Beispiel gegenüber Syrien? Zum Beispiel im Iran? Am Golf? Das ist nicht nur ausländischen Beobachtern in vielen Fällen nicht klar.

● **Wo liegen sie denn? Welches sind die wichtigsten Interessen Deutschlands in der Nah- und Mittelostregion und in Nordafrika?**

Aktuell vorrangig ist natürlich eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts. Ebenso wichtig ist eine friedliche Lösung des Konflikts über das iranische Atomprogramm – sofern das denn möglich ist. Und wir wollen eine Stabilisierung des Iraks aber auch anderer schwacher Staaten, des Libanon beispielsweise und vor allem des Jemen. Dieser Staat läuft Gefahr zusammenzubrechen. Es gibt einen kleinen Bürgerkrieg im Norden, dazu derzeit separatistische Unruhen im Süden. Es gibt ein massives Terrorproblem durch Zuwanderung von Irakveteranen und saudiarabischen Kämpfern. Dazu ist das Land wirtschaftlich sehr instabil. In unserem Interesse ist es, so etwas zu verhindern, soweit wir eben dazu in der Lage sind. Es sollte nicht so weit kommen wie in Somalia oder Afghanistan, die bereits einen staatlichen Zusammenbruch hinter sich haben.

● **Also sollte sich Deutschland dort im Jemen mehr engagieren, schon aus Gründen der Terrorbekämpfung?**

Ja, die Stabilisierung schwacher Staaten und die Eindämmung des Terrorismus gehen meistens Hand in Hand. Aber wir haben darüber hinaus auch noch weitere Interessen, nämlich eine sichere Energieversorgung und die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen.

● **Der amtierende US-Präsident Barack Obama erweckt den Eindruck, als würde er von der harten Linie seines Vorgängers abrücken. Aber bislang ist davon nur im Umgangston etwas zu merken. Wird Obama US-Interessen am Golf aufgeben, sich aus anderen Regionen Eurasiens zurückziehen, in denen Konfliktlinien, zum Beispiel mit Russland, bestehen?**

Das sehe ich nur teilweise so wie Sie. Im Falle Afghanistan und Pakistan ist Obama schon über Ankündigungen hinausgegangen. Für eine amerikanische Administration ist das im Mai des ersten Regierungsjahres sehr beachtlich. Die USA haben eine ganz genaue Vorstellung davon, was sie dort wollen, sie haben eine Strategie ausgearbeitet und sie

haben Truppen entsandt. Für Nahost stimmt allerdings das, was Sie sagen. Es gibt bisher nur Ankündigungen. Aber die Obama-Administration hat doch sehr deutlich gemacht, dass sie aktiv werden will. Das macht ein klein wenig Hoffnung.

● **Wo sehen Sie dann die Ansätze, was wird sich ändern?**

Ich sehe vor allem, dass die USA Probleme damit haben werden, Prioritäten zu setzen. Ich bin mir nämlich nicht sicher, dass diese Administration so viele Themen, wie sie nun auf sie zukommen, tatsächlich auch schultern kann. Da sind einmal die ganzen wirtschaftlichen Aspekte, die schon ein großes Problem darstellen. Dazu kommen Nordkorea, Afghanistan, Pakistan, der Irak. Der Iran wird sicherlich auch noch dazukommen. Und inwieweit dann noch Luft ist für eine intensive Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt oder anderen Themen in der Region, werden wir wahrscheinlich erst im nächsten Jahr sehen. Ich habe meine Zweifel, ob die Obama-Administration das alles bewältigen kann. Sie wird Prioritäten setzen müssen.

● **Was hindert die Deutschen und die EU-Staaten, sich hier weit stärker zu engagieren als bisher?**

Voraussetzung für eine Änderung ist die Aufgabe der eigenen Zurückhaltung. Dazu muss man sich klar werden, was man dort eigentlich erreichen will. Es ist eine Grundlinie der deutschen Außenpolitik, dass sie stark auf multilaterale Ansätze setzt. Und das zu Recht. Vor allem natürlich innerhalb der EU. Da allerdings ist die Uneinigkeit gerade in wichtigen Fragen der Nahostpolitik sehr groß, zum Beispiel im Umgang mit Israel. Es gibt außerdem einzelne Akteure, die in der Region sehr viel gezielter als wir nationale Interessen vertreten. Dazu gehören vor allem Frankreich, aber in Nordafrika auch Spanien und Italien. Die EU ist infolge ihrer eigenen Uneinigkeit kein ernst zu nehmender Akteur im Nahen Osten. Diejenigen europäischen Nationalstaaten, die wie Frankreich selbstbewusst auftreten, spielen eine kleine Rolle. Deutschland ist noch unbedeutender, auch, weil es stärker auf die EU setzt.

● **Gibt es denn nun in der deutschen Außenpolitik überhaupt definierte Interessen und eine klare Strategie, diese durchzusetzen, egal wo?**

Jedenfalls stoßen wir überall, wo wir solche Interessen haben, die ja in unserer Studie auch dargestellt sind, auf andere Akteure, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Also die USA, aber auch Frankreich. Aber die wichtigste Entwicklung in den letzten Jahren ist, dass andere Staaten als Konkurrenten dazukommen. Das sind vor allem Russland und China. Gerade im Iran werden Russen und Chinesen für die deutsche Wirtschaft eine ganz ernst zu nehmende Konkurrenz. Sie profitieren von der Sanktionspolitik und den zusätzlichen Hemmnissen, die die Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft aufbaut.

● **Täuscht der Eindruck oder wird der Iran künftig in der Region eine immer wichtigere Rolle spielen?**

Der Iran wird tatsächlich immer wichtiger. Er ist ein heißer Kandidat für eine geopolitische Umorientierung, also eine Abwendung vom Westen. Wenn die Iraner mit uns nicht mehr ins Geschäft kommen, werden sie sich andere Partner suchen. Sie haben Öl und Gas. Ihre neuen Partner werden Russland und China sein.



- Beide sind auch Mitglieder der Vereinten Nationen, scheuen sich aber offenbar weniger um die Sanktionsauflagen, richtig?

Vor allem verhindern beide effektivere Sanktionen. Dabei sind die Sanktionsauflagen für die deutsche Wirtschaft noch nicht einmal das Schlimmste. Vielmehr ist es die darüber hinausgehende Entmutigungspolitik der Bundesregierung, die die Geschäfte letztlich verhindert. Zum Beispiel durch die massive Reduzierung der Hermes-Bürgschaften. Die deutsche Wirtschaft wird so davon abgehalten, mit dem Iran ins Geschäft zu kommen. So etwas gibt es natürlich in Russland oder China nicht.

- Und warum macht eine deutsche Bundesregierung das?

Beim Thema Iran folgen wir natürlich der amerikanischen Linie. Die Bundesrepublik kann nur hoffen, dass die Iraner das Gesprächsangebot von Obama annehmen. So könnte Deutschland die Gelegenheit erhalten, vielleicht noch rechtzeitig die Beziehungen zum Iran wieder zu reparieren. Ich bin da allerdings sehr skeptisch.

- Das ist doch wie ein Schuss ins Knie, wie eine gezielte Selbstentlebung. Man sollte doch nicht erwarten, dass eine Regierung so etwas tut, ihrer eigenen Wirtschaft gegenüber, die ja doch die ökonomische Basis ist. Oder gibt es dafür eine andere Erklärung?

Eine solche Politik wäre nur unter der Voraussetzung zielführend, dass die Sanktionen wirken. Die Bundesregierung hofft darauf; ich halte das nicht für realistisch. Letztlich schaden die Sanktionen unserer Wirtschaft. Und zwar auf Feldern, die dann von anderen beachtet werden. Das müssen nicht nur Russland und China sein, es kann durchaus sein, dass bei einer amerikanisch-iranischen Annäherung das Geschäft dann von den Amerikanern gemacht wird. Ich gehe jedoch eher von einer Eskalation des Konfliktes aus.

- Zu guter Letzt die Frage: Wie kann sich die deutsche Politik aus ihren Fesseln befreien – oder sehen Sie gar nicht die Möglichkeit?

- Was wir zunächst brauchen, sind intensivere und niveauvollere Debatten über diese Fragen. Auch ehrlichere. Es gibt in Deutschland kaum große und länger anhaltende außen- und sicherheitspolitische Auseinandersetzungen. Diskussionen sind immer nur anlassbezogen und werden dann sehr schnell von innenpolitischen Themen überlagert. Dabei betreibt die deutsche Politik eine immer aktivere Außenpolitik, sei es im Libanon, in Afghanistan oder am Horn von Afrika. Dies geschieht aber oft ohne eine vorherige Definition der deutschen Interessen. In den Fällen, in denen deutsche Truppen entsandt werden, geschah dies zumindest in der Vergangenheit mehrmals ohne genügende Abwägung der Risiken und der Folgen. Wir sehen das in Afghanistan. Der deutsche Einsatz dort erfolgte aus einem einzigen Grund, nämlich dass die Regierung Schröder 2001 Solidarität mit den USA zeigen wollte. Die Bundesregierung wusste damals nicht, was unsere Truppen da erwartet und war auch überrascht, als die Bush-Administration 2002 Afghanistan für gar nicht mehr so wichtig hielt. Jetzt wundern sich Politik und Öffentlichkeit, dass der Widerstand gegen die deutsche Präsenz zunimmt. So etwas darf künftig nicht mehr passieren. Eine gut entwickelte außen- und sicherheitspolitische Debatte kann solchen Überraschungen entgegenwirken.

- Und nun?

Die Bundesrepublik lernt mit den Erfahrungen der Deutschen in Afghanistan – Militärs und Zivilisten. Wir erleben eine Entwicklung, wie sie im Grunde von den Kolonialmächten im 19. Jahrhundert durchgemacht wurde. Durch die deutsche Präsenz in Krisenregionen und die oft schmerzlichen Erfahrungen dort werden wir gezwungen, uns intensiv mit diesen Ländern zu befassen. Mehr junge Leute befassen sich mit Weltregionen, die bisher wenig Interesse gefunden haben. Neue Studiengänge für Internationale Beziehungen werden eingerichtet. In Deutschland entstehen neue politische und militärische Eliten, die in Zukunft die deutsche Politik mitprägen und ihr etwas von ihrer heutigen Provinzialität nehmen werden.

- Sehen Sie bei einer Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode eine Wahrscheinlichkeit dafür, dass sich an den hier beschriebenen außenpolitischen Defiziten etwas ändert?

Das hat wenig mit der einen oder anderen Bundesregierung zu tun. Deutschland hat viele wichtige Interessen und macht die Erfahrung, dass es nur sehr wenige durchsetzen kann. Deshalb gibt es eine Entwicklung hin zu interessengeleitetem Handeln in der Außenpolitik und die wird sich auch nach September 2009 fortsetzen – je nach Regierung mehr oder weniger schnell. Ob sich diese Entwicklung allerdings auf die Nahostpolitik auswirken wird, ist bisher noch fraglich. Unsere Studie soll eine Anregung in dieser Richtung sein.

- Herr Dr. Steinberg, haben Sie herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Das amerikanische Dilemma zwischen alter und neuer Politik Von Ali Fatholla-Nejad, Politologe

Aus: *Eurasisches Magazin*, Nr. 6/2009

Der neue Mann im Weißen Haus hat eine Reduzierung der Kampftruppen im Irak bis Ende 2011 angekündigt, aber es sollen 50 000 bis 60 000 der 142 000 Mann starken dort stationierten Einheiten als „Ausbildungstruppen, Schutz von amerikanischen Interessen und Kräfte zur Terrorismusbekämpfung“ (als „Garnisonen“ bezeichnet) bestehen bleiben. Dazu kommt eine Präsenz von geschätzten 100 000 privaten Söldnertruppen (sog. Private Military Contractors, PMCs), welche die Sicherheitslage im Irak unmittelbar tangieren und deren Mitarbeiter zudem nur schwer für ihre Vergehen haftbar gemacht werden können.

Neben der Ausweitung des Afghanistan-Krieges, soll die unilaterale Gewaltanwendung gegen die neue „Zielscheibe“ Pakistan forciert werden. Im Washingtoner Jargon wird diese von Obama erkorene „zentrale Front im Global War on Terrorism“ als „AfPak“ tituiert. Insgesamt deutet nicht viel darauf hin, dass es einen Riss gibt im Konsens darüber, dass bei der „Terrorismusbekämpfung“ weiterhin die als völkerrechtswidrig einzustufende „Prävention“ – die jedoch gerne irreführend als „Präemption“ bezeichnet wird – zu gelten hat.



Der „Krieg gegen den Terror“ wird also nur rhetorisch abgeschafft. Um jedoch eine glaubwürdige Kehrtwende einzuleiten, müsste Obama dem unsäglichen „Global War on Terror“ ein Ende bereiten. Und die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS, die sog. Bush-Wolfowitz-Doktrin), die völkerrechtswidrige Angriffskriege vorsieht, müsste einer radikalen Erneuerung unterzogen werden. Doch beides ist nicht absehbar. In den Worten des Redenschreibers der ehemaligen Außenministerin Rice wird Obama den „pragmatischen Internationalismus“ der zweiten Amtszeit Bushs weiterführen, um einer „stabilen, nachhaltigen globalen Leadership“ zum Erfolg zu verhelfen. Nach Meinung vieler Analysten hat jedoch gerade die unilaterale Politik der Bush/Cheney-Regierung die Herausbildung einer multipolaren Welt beschleunigt.

Gestaltung einer neuen Weltordnung?

Die Eliten in den USA, aber auch jene des transatlantischen Bündnisses, hegen die Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama wieder an Macht und Einfluss gewinnen. Um mit dem einflussreichen amerikanischen Politikwissenschaftler Charles Kupchan (u. a. Senior Fellow am Council on Foreign Relations) zu sprechen, habe sich mit Obama das Fenster für die USA geöffnet, um eine aus den Händen Washingtons gegleitene Weltordnung wieder neu zu gestalten. Dieser Einschätzung widerspricht jedoch der Direktor des einflussreichen britischen Royal Institute of International Affairs (Chatham House) Robin Niblett und meint, dass das Fenster irreversibel geschlossen sei. Darin stimmt ihm auch der amerikanische Analyst Parag Khanna zu, wenn er in der Zeit (Nr. 2/2009 vom 31.12.2008, S. 3) schreibt: „Aus geistiger Bequemlichkeit möchte man vielleicht gern glauben, Präsident Obama sei in der Lage, die Führungsrolle der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Doch Amerikas geschrumpfte Macht hat strukturelle Ursachen und hängt nicht von einzelnen Akteuren ab. Unser Sonnensystem hat keine Sonne mehr.“ (Dazu: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20081104>, EM 11-08 „Pax Americana – Die Weltmacht stürzt“).

In „Der Kampf um die zweite Welt: Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung“ (Berlin Verlag, 2008) spricht der indischstämmige Khanna von nunmehr drei „Imperien“ – die USA, die EU und China – zwischen denen das Gros des globalen Handels abgewickelt wird. Die sog. „Zweite Welt“ (darunter Russland, Indien, Brasilien, aber auch Länder wie Kasachstan und der Iran) bildet jenen umkämpften Schauplatz, auf dem entschieden wird, welcher der drei Imperien der „Ersten Welt“ in der Lage sein wird, global ein Machtgewicht zu seinem Gunsten herzustellen.

Mit neuen Tönen und alter Politik?

Der israelischen Logik folgend hatte Obama im Wahlkampf wiederholt hervorgehoben, dass ein nuklear bewaffneter Iran „unakzeptabel“ sei, eine solche Entwicklung käme einem – wohl geopolitisch verstandenen – „Game Changer“ gleich. Sein Vize Joseph Biden sprach unterdessen von dem „unerbauten (illicit)“ zivilen Atomprogramm der Iraner. Direkte Gespräche, so der Präsident, sollten an einem Ort und zu einer Zeit, welche US-Interessen dienen, dazu abgehalten werden.

Ebenfalls im Rennen um das Weiße Haus hatte Obama die Doktrinen seiner Vorgänger bekräftigt, indem er erklärte: „Ich werde nicht zögern, Gewalt anzuwenden, notfalls auch unilateral, um das amerikanische Volk oder unsere vitalen In-

teressen zu schützen, wenn wir attackiert oder sie bedroht werden.“ In der Washington Post (29.4.2007) bezeichnete ihn der wohl führende neokonservative Außenpolitikstratege Robert Kagan mit nicht zu übersehender Genugtuung als „Interventionisten“: „Obama spricht über ‚Schurkennationen‘, ‚verfeindete Diktatoren‘, ‚muskulöse Bündnisse‘ und die Aufrechterhaltung ‚einer starken atomaren Abschreckung‘. Er spricht darüber, wie wir den ‚amerikanischen Moment‘ ‚greifen‘ müssen. Wir müssen ‚die Welt von Neuem beginnen‘. Ist dies Realismus? Ist dies linksliberale Außenpolitik?“, so der Post-Kolumnist. Sicherlich gibt es auch Gründe, Obamas Aussagen im Lichte des Wahlkampfes zu betrachten. Denn dabei kommt der mächtigen Israel-Lobby traditionell großer Einfluss zu. Doch wie zu zeigen sein wird, hat sich nichts Substantielles verändert.

In den an Obama in der Iran-Frage gerichteten Policy-Empfehlungen – von realistischer bis hin zu neokonservativer Seite – werden jedoch gemeinsame Linien deutlich. Neben einer stärker koordinierten Zusammenarbeit mit Israel sollen die Teheran gegenüber misstrauisch eingestellten pro-amerikanischen sunnitisch-arabischen Autokratien in die US-Strategie eingebunden werden. Wenn möglich, soll auch Syrien dem Iran als Bündnispartner abgeworben werden. Außerhalb der Region wollen die USA – wie die Münchner Sicherheitskonferenz 2009 gezeigt hat – die NATO-Bündnispartner sowie Russland auf eine gemeinsame Position in der Iran-Politik einschwören. Washington hat Moskau gegenüber bereits signalisiert, dass es seine Pläne für eine National Missile Defense (NMD) in Osteuropa überdenken würde, wenn denn Russland in der Iran-Politik kooperiere. Diese NMD ermöglicht nach Einschätzung mancher Experten eine nukleare Erstschlagsfähigkeit Washingtons.

Während insbesondere die Einbindung Moskaus aufgrund der wirtschaftlichen Interessen Russlands gegenüber dem Iran und der strategischen Rivalität des Landes mit den USA schwierig zu erreichen wäre, könnte eine moderate Töne anschlagende und in anderen Bereichen Moskau entgegenkommende Obama-Administration in der Lage sein, verlorenes politisches Terrain wettzumachen. Hinzu kommt, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb der mächtigen Staaten eher eine Anbindung an politische Vorgaben Washingtons zur Folge hat, als eine Distanzierung. So hat China, das 22 Prozent (Ende November 2008) an US-amerikanischen Staatsanleihen (treasury securities) hält, keinerlei Interesse am „Niedergang“ der USA. An der Strategie global eine „Koalition der Willigen“ gegen Iran griffbereit zu halten wird zweifelsohne festgehalten, um gegebenenfalls den Druck auf Teheran, etwa durch Sanktionsverschärfungen, zu erhöhen. Des Weiteren weist der US-Präsident auch seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 darauf hin, im Umgang mit dem Iran die „militärische Option“ nicht vom Tisch nehmen zu wollen, womit die USA weiterhin das in der UN-Charta (Art. 2, Abs. 4) aufgeführte Verbot zur Androhung militärischer Gewalt verletzen.

Forcierung einer gescheiterten Strategie ist zum Scheitern verurteilt

Obama hat eine Iran-Politik mit „Bigger Carrots & Bigger Sticks“ („größeres Zuckerbrot und größere Peitsche,“) proklamiert. Dieser Ansatz beinhaltet signifikante Defizite, die einer friedlichen diplomatischen Einigung im Weg stehen sowie Aussichten auf Entspannung und Annäherung maßgeblich



trüben: Eine Beibehaltung oder sogar Verstärkung dieser gescheiterten und kontraproduktiven transatlantischen Strategie verspricht kaum Erfolge, sondern führt in eine Sackgasse (vgl. Christoph Bertram, „Partner, nicht Gegner: Für eine andere Iran-Politik“, Hamburg: Edition Körber-Stiftung, 2008).

Es gibt bislang keinerlei Hinweise, wo die „Larger Carrots“ zu vermuten sind, die insbesondere in Bezug auf das iranische Sicherheitsdilemma vorzuweisen wären (z. B. in Form einer Nichtangriffsgarantie). Zumindest benutzt Obama nun, wie erstmals in seiner Rede zum iranischen Neujahr, den offiziellen Namen „Islamische Republik Iran“, womit er zusammen mit der gegenüber Teheran bekundeten Gesprächsbereitschaft eine Abkehr vom Regimewechsel-Vorhaben seines Vorgängers erkennen lässt.

Diese verbale Zusicherung zugunsten Teheraner Regimesicherheit ändert an der „New Insecurity“ des Landes in Folge des „11. September“ und der Potenzierung amerikanischer Militärpräsenz in der unmittelbaren Nachbarschaft des Iran jedoch wenig (vgl. K. Afrasiabi & A. Maleki, „Iran's Foreign Policy After 11 September“, *The Brown Journal of World Affairs*, Heft IX, Nr. 2 [Winter/Frühjahr 2003], S. 255 – 65).

Allein das Festhalten an einer an die koloniale Ära erinnernden Herr/Knecht-Metapher erzeugt widerspenstige Reaktionen in einem Land, das in seiner jüngsten Geschichte eine halbkoloniale Erfahrung durchgemacht hat und dessen daraus resultierende antikolonialistische Dritte-Welt-Logik Teil seiner gegenwärtigen politischen Identität ist.

Der Ansatz basiert zudem auf einer fehlgeleiteten Einschätzung der iranischen Politik, welche vor allem davon ausgeht, dass Teheran nach der Atombombe strebe und von diesem Weg abgebracht werden müsse (vgl. Ali Fathollah-Nejad, „Playing Nuclear Politics“, *guardian.co.uk*, 20.2.2009).

Zwangsdiplomatie und Griff nach der „militärischen Option“

Eine in dieser Art durchgeführte diplomatische Offensive ist kaum dazu geeignet, eine friedliche Lösung, welche legitime wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen und Rechte der Iraner respektiert, herbeizuführen. Falls Gespräche aufgrund der Forderung nach einer Aufgabe des iranischen Atomprogramms scheitern – wovon auszugehen ist –, dann soll es in den Augen der „Falken“, zu denen zuvorderst der in den USA als „Israel-Lobbyist“ bekannte Iran-Beauftragte des US-Außenministeriums Dennis Ross gehört, zu einer raschen Eskalation samt kriegsähnlichen Maßnahmen kommen (vgl. Ross, „Talk Tough With Tehran“, *Newsweek*, 31.12.2008). Eine derartige Zwangsdiplomatie erleichtert den Griff nach der „militärischen Option“, eine Tatsache die den erwähnten Robert Kagan zu einer guten Note der bisherigen Iran-Politik Obamas hinreißt: „Seine Politik gegenüber Iran macht Sinn, solange er einen ernsthaften Plan B bereithält, falls der Gesprächspfad mit Teheran scheitert.“ Kurz vor der Amtseinführung Obamas hatte schon der Israel-Lobbyist und Obama-Berater Martin Indyk verkündet: „Falls er [Obama] es [Verhandlungen mit dem Iran] versucht und scheitert, dann werden andere Optionen [vor allem die militärische] legitimer werden.“ Es gehe darum, den „Kurs zu korrigieren“, ist sich dieser indes sicher.

Was darüber hinaus kaum die notwendige Beachtung findet, ist eine nüchterne Diskussion über die nuklearen Ambitionen des Irans. In „Iran – Eine politische Herausforderung“ (Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp, 2008) schreibt der Direk-

tor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Volker Perthes zutreffend: „Es spricht ... vieles dafür, dass eine strategische Entscheidung über das endgültige Ziel des iranischen Atomprogramms bislang nicht gefallen ist.“ (S. 113). Betreibe man eine realistische Einschätzung, so gehe keine unmittelbare Gefahr vom Nuklearprogramm des Irans aus, stellt auch Christoph Bertram fest. Der frühere Leiter des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS, 1974 – 1982) stellt klar, dass ein „nuklearer Iran“ nicht im strategischen Interesse Teherans läge; ganz im Gegenteil, eine Atommacht Iran würde nach dem Iran-Irak-Krieg mühsam erworbenes politisches Kapital durch das notwendigerweise zu erwartende Misstrauen der Nachbarn einbüßen.

Iranische Atombombe als self-fulfilling prophecy?

An der Richtigkeit dieser Einschätzungen dürfte sich bis heute nicht viel geändert haben. Denn, das stellt Perthes unter Angabe israelischer Strategie-Analysten klar, Iran sei durchaus als „rationaler oder ‚logisch‘ handelnder Akteur“ zu verstehen (S. 61). Demnach würden militärische Drohungen jene Kräfte im Iran stärken, die eine zwecks Abschreckung eingeleitete Militarisierung des Nuklearprogramms für sinnvoll halten. Daraus kann man schließen, dass im Falle des Ausbleibens der Reduzierung des Sicherheitsdilemmas das Atomprogramm als Abschreckungsinstrument weiterentwickelt werden würde. Wenn Teheran jedoch sein ziviles Programm zur niedrigen Anreicherung von Uran (Low Enriched Uranium, LEU) auf ein militärisch nutzbares Niveau (High Enriched Uranium, HEU) bringen wollte, dann würde dieser illegale Pfad sofort von der Aufsicht führenden Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) registriert werden. Diese zentralen Differenzierungen spiegeln sich jedoch in Obamas Äußerungen nicht wider, was eine eher auf den dominanten Diskurs als auf eine Einsicht in Tatsachen gestützte Politik vermuten lässt. Falls der bisherige Politikansatz weiterverfolgt werden sollte, dann könnte in letzter Konsequenz eine iranische Atombombe zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden.

Falls Teheran sich jedoch weigert, den Wünschen Washingtons in Gänze nachzukommen, ist im Falle eines Ausbleibens eines eindeutigen Kurswechsels mit der Fortsetzung einer Druck- und Drohpolitik der USA zu rechnen. Während wirtschaftliche Sanktionen in Europa aufgrund der Rezession auf größere Kritik stoßen könnten, kann davon ausgegangen werden, dass im US-Kongress weiterhin eine politische Mehrheit sicher ist, um unilaterale Sanktionen aufrechtzuerhalten. Hingegen ist eine Kursänderung Teherans im Falle der Fortführung solch einer „Peitschen“-Politik auch im Falle nicht mehr sprudelnder Öleinnahmen nicht zu erwarten.

Die „War Party“ als Kontinuum

Zum Anderen ist ein militärischer Angriff auf den Iran nach wie vor wegen seiner zu erwartenden unkalkulierbaren Folgen – vor allem für US-Interessen in der ölreichen Region – eine für Washington kaum gangbare Alternative (vgl. den Bericht des Militärstrategie-Experten Sam Gardiner, *The End of „Summer of Diplomacy“: Assessing U.S. Military Options on Iran*, New York: The Century Foundation, 2006).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weswegen dennoch beachtlich viele Gruppen eine solche antizipieren. Eine Antwort hierauf könnte darin liegen, dass der gigantisch aufgeblähte militär-industrielle Komplex (MIK) der USA we-



gen seines Selbsterhaltungstriebes nicht daran interessiert ist, sich nach der jahrelang aufgebauten „iranischen Bedrohung“ die „militärische Option“ vom Tisch nehmen zu lassen. Hinzu kommt, dass in den USA mit der Wahl Obamas und seinem versprochenen Wandel dringend notwendigen Finanzspritzen in den zivilen Sektor nur mit dem Abbau des gigantischen, sich über eine Billion US-Dollar belaufenden Verteidigungs- und Sicherheitshaushaltes möglich erscheinen. Eine Folge dieser Notwendigkeiten ist die zunehmende Nervosität des MIK und des Pentagons, welche sich laut Angaben des Center for Responsive Politics in der historischen Rekordsumme von 24,5 Millionen US-Dollar an Spendengeldern für die beiden Kandidaten der großen Parteien im Präsidentschaftswahlkampf 2008 niederschlägt. In Robert Kagans Argumentation („Necessary Threat“, The New Republic, 23.4.2007), wonach eine glaubhafte Androhung militärischer Aktionen gegen Iran notwendig ist, um einen Krieg zu vermeiden, spiegelt sich die krude Logik der Militaristen wider, die damit im Grunde genommen die Interessen des MIK zu sichern suchen.

Neben dem Einfluss des MIK ist die Israel-Lobby als gewichtiger Faktor zugunsten einer weiteren konfrontativen Politik gegenüber Iran zu betrachten. Aufgrund ihrer Mobilisierungsfähigkeit im US-Kongress kann mit scharfen anti-iranischen Resolutionen gerechnet werden, die zu einer kriegerischen Eskalation der fragilen Situation führen könnten. In beiden Häusern des US-Kongresses befinden sich bereits von dem mächtigen American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) in Gang gebrachte Gesetzesentwürfe („Iran Refined Petroleum Sanctions Act“), die – ganz im Sinne eines „Plan B“ à la Dennis Ross – eine militärisch umgesetzte Blockade des Iran zwecks Benzineinfuhr- und Ölausfuhrverbots zur Folge hätten. Aufgrund dieses Machtpotentials jedoch ist auch das Bewusstsein jener Gruppen, die eine Eskalation gegenüber Iran ablehnen, gestiegen. Angesichts der weithin alarmierenden Berichterstattung der Medien, welche vermutlich durch das fortlaufende iranische Atomprogramm nur forciert wird, und der darin nach wie vor stark vertretenen neokonservativen und MIK-„Experten“ kann nicht ausgeschlossen werden, dass kriegswillige Gruppen in der medialen und politischen Öffentlichkeit schlussendlich die Oberhand gewinnen. Es ist zudem absehbar, dass die amerikanische Israel-Lobby wegen der politischen Entwicklungen in Israel Aufwind erhalten wird.

Covert Actions und selektive Annäherung

Während ein mit unkontrollierbaren Risiken verbundener Waffengang gegen den Iran zumindest von amerikanischer – nicht so sehr von israelischer Seite – unwahrscheinlicher geworden ist, aber nicht ausgeschlossen werden kann, werden die seit Anfang 2005 laufenden verdeckten Maßnahmen im Iran vermutlich intensiviert. Die von den israelischen und amerikanischen Geheimdiensten ausgeführten Aktionen zielen darauf ab, mit Hilfe von weit reichenden Sabotageakten und Tötungen von führenden Nuklearwissenschaftlern des Landes das iranische Atomprogramm zu verzögern (vgl. Thomas Frankenfeld, „Israels geheimer Krieg gegen den Iran“, Hamburger Abendblatt, 18.2.2009).

Überdies scheint ein vollkommener Wandel der US-Politik im „Greater Middle East“ unwahrscheinlich, da Obama größtenteils mit dem von seinem Vorgänger ernannten Verteidigungsstab sowohl im Pentagon als auch in der Region zu-

sammenarbeiten muss. Zumindest in der Iran-Politik hat Außenministerin Hillary Clinton während ihres Confirmation Hearing vor dem Senat bekräftigt, dass ihr Ministerium die Vorstellungen Obamas umzusetzen beabsichtige, hat aber auf ihrer ersten Amtsreise in die Region signalisiert, dass sie nicht mit einem diplomatischen Erfolg rechne.

Dass die USA den Iran – nicht zuletzt wegen ihrer global schwindenden Kräfte (vgl. National Intelligence Council, Global Trends 2025: A World Transformed, November 2008) – für die Verbesserung ihrer misslichen Position in der Region dringend benötigen, ist eine Erkenntnis, die den meisten Iran-Papieren zugrunde liegt. Und Teheran bietet sich auch dafür an, sofern ihm als Regionalmacht und auf gleicher Augenhöhe begegnet wird. Wie der iranische Parlamentspräsident und frühere Verhandlungsführer im Atomkonflikt Ali Larijdani auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 hervorhob, müsse der Iran aufgrund der kulturellen Kenntnis der Region – im Gegensatz zu den nicht-regionalen und manch anderen regionalen Mächten – stärker in Afghanistan und anderswo einbezogen werden. Irans Rolle ist auf vielen für Washington ausschlaggebenden Schauplätzen von maßgeblicher Bedeutung: Im Irak, um eine pro-amerikanische und stabile Regierung, welche naturgemäß von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit dominiert sein müsste, sicherzustellen. In Afghanistan, um eine ebenso geartete Regierung zu stellen sowie das Land wirtschaftlich aufzubauen. Und schließlich in Pakistan, um eine (Wieder-)Erstarkung der Taliban zu vermeiden helfen.

Dem Iran kommt eine Schlüsselrolle bei vielen Konfliktherden zu

Falls der politische Wille beibehalten werden sollte, all diesen Konfliktherden nicht mehr unilateral, sondern in einem multilateralen Rahmen zu begegnen, dann kommt dem Iran eine Schlüsselrolle zu. Schon in Bezug auf den allmählichen Rückzug aus dem Irak steht für Washington einiges auf dem Spiel: Um den Iranern im Zuge dessen keinen größeren Einfluss in diesem für die US-Vorherrschaft „vitalen“ Land zu ermöglichen, wird schon nahe gelegt, die „saudische Karte“ zu spielen. Ein aggressiver agierendes Saudi-Arabien sollte von den USA als Gegenspieler Teherans positioniert werden. Um die verstärkten US- und NATO-Militäroperationen in Afghanistan zu ermöglichen, müssen zudem verlässliche Truppenversorgungsrouten sichergestellt werden. Aufgrund der Instabilität der Route über die pakistanische Nordwestprovinz Peschawar nach Kabul wäre jedoch die einfachste Möglichkeit, auf die von den Indern erbaute Autobahn im Nordosten des Irans zurückzugreifen. Damit Teheran diesem jedoch zustimmt, müssten die USA z. B. ihre Ablehnung der Iran-Pakistan-Indien-Gaspipeline aufgeben. Unterm Strich lässt sich feststellen, dass eine selektive Annäherung zwischen den USA und Iran in beiderseitigem Interesse liegt, deren Komplexität jedoch wahrlich jene der hier skizzierten Vorschläge übersteigt.

In seiner Vereidigungsrede sagte Obama, wenn die Kräfte der Region – gemeint waren die nicht-amerikafreundlichen, vor allem der Iran – ihre „geballten Fäuste aufgeben“, dann „strecken wir ihnen die Hand aus“. Daraufhin reagierte sein iranischer Amtskollege mit der Forderung, dass die USA ihre globale Militärpräsenz beenden müssten und sich für ihre Missetaten beim iranischen Volk (ein Verweis auf den Sturz der Mossadegh-Regierung 1953, die Unterstützung der



Schah-Diktatur und der Irak-Aggression) zu entschuldigen hätten, bevor es zu einer Annäherung kommen könne. Wenn eine Änderung der Politik herbeigeführt werden sollte, dann müsste Washington jegliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen aufgeben. Obgleich vieles von dem verbalen Schlagabtausch auf innerpolitische Sensibilitäten ausgerichtet ist, blendet Obamas Vorwurf einer „geballten Faust“ des Irans die aggressive Politik seines Vorgängers aus. Immerhin war Teheran diejenige der beiden Parteien, die willens war zu verhandeln – nur ohne jede Vorbedingungen, deren Sinn nun auch Washington einzusehen scheint. Insgesamt darf man davon ausgehen, dass die Forderung nach „Regime Change“ durch jene des „Verhaltenswechsels des Regimes“ ersetzt wurde.

Europas Haltungen in der Obama-Ära

Neben positiven Signalen aus strategischen Kreisen in der EU für eine Umkehr der bisherigen Iran-Politik, scheint die weithin transatlantisch orientierte politische Klasse an der Coercive Diplomacy der letzten Jahre festhalten zu wollen. Drei Tage nach der Wahl Obamas gab die französische Ratspräsidentschaft ein vertrauliches sechsseitiges Papier zur „transatlantischen Partnerschaft“ heraus. Vier Kernthemen werden ins Zentrum des außen- und sicherheitspolitischen Dialogs der EU mit der neuen US-Administration gestellt: (1.) Effektiver Multilateralismus; (2.) die Situation in Afghanistan und Pakistan; (3.) die Situation im Nahen Osten; und (4.) die transatlantischen Beziehungen zu Russland.

Zum ersten Themenkomplex wird recht ausführlich auf den Iran eingegangen. Die bisherige Dual-Track-Strategie müsse fortgesetzt werden. Druck, vor allem ökonomischer Natur, müsse erhöht werden, bis Teheran sich für einen „substantiven Dialog“ bereit erklärt. So soll der Iran zu politischen Zugeständnissen in der Region gebracht und zur Einhaltung der UN-Sicherheitsresolutionen für die Einstellung seines Atomprogramms gebracht werden. Um die bisherige Taktik nicht zu gefährden, wäre ein amerikanisch-iranischer Dialog nur unter „bestimmten Konditionen nützlich“, heißt es warnend.

Um das Beharren der EU auf der alten Iran-Strategie gegenüber dem neuen US-Präsidenten zu bekunden, reiste der französische Außenminister Bernard Kouchner (als Außenminister der EU-Präsidentschaft seines Landes) am 12. November 2008 nach Washington. Vor der dem Obama-Team nahestehenden Brookings Institution, warnte der französische Politiker den US-Präsidenten vor einem neuen Kurs in der Iran-Politik, die vorbedingungslose Verhandlungen mit Teheran in Aussicht stellte. Die bisherige Strategie, so Kouchner, sei „gewiss nicht gescheitert“. Ein die Normalisierung der Beziehungen ermöglichender Dialog von Seiten der USA werde den bislang verfolgten „dual track process“ „verdammten“. Er betonte, dass jeglicher Dialog „sinnvoll“ sein müsse. Zum Schluss ließ er durchblicken, dass er nicht wünsche, dass die neue US-Administration einen „neuen Blick auf die ganze Sache“ werfe. Vor diesem Hintergrund kann trotz anders lautender europäischer Bekundungen vermutet werden, dass die EU daran interessiert ist, die USA durch das Ausbleiben einer Normalisierung vom iranischen Markt fernzuhalten. Aus diesem Grund scheint Washington auch entschlossen, stärker darauf zu achten, dass die Europäer und andere Mächte stärker als bisher das Handels- und Investitionsverbot gegenüber dem Iran einhalten. Zumal aber eine

Normalisierung amerikanisch-iranischer Beziehung im strategischen Interesse Europas anzusehen ist, kommt es nun darauf an, dass die EU-Staaten eine auf Ausgleich bedachte Iran-Politik dadurch unterstützen, indem auch sie ihre Politik gegenüber Teheran ändern.

Was wird sich denn ändern?

Vieles deutet darauf hin, dass an der alten Strategie, welche im Kern darauf ausgerichtet ist, via politischem Druck und Sanktionen dem Iran das Recht auf die Fortsetzung des Anreicherungsprogramms streitig zu machen, festgehalten wird. Daraus folgt, dass der Konflikt weiterhin krisenanfällig bleiben wird. Um jedoch eine für alle Seiten akzeptable Lösung herbeizuführen, müssen neue Wege beschritten werden. Nicht nur in der Iran-Politik besteht Obamas Mission nicht darin, einen wahrhaftigen Wandel einzuleiten, sondern einen notwendigen Wandel durchzusetzen. Es soll sichergestellt werden, dass die Kontinuität der amerikanischen Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gewahrt bleibt. Die Dominanz in der „vitalen“ Region des Nahen und Mittleren Ostens soll zugunsten der globalen Vorreiterrolle sichergestellt werden.

Somit muss Obama diejenigen Risiken, die sein Vorgänger zu verantworten hat, möglichst aus dem Weg schaffen und gleichzeitig die Möglichkeiten, die dank Bushs Interventionspolitik zustande gekommen sind, vor allem die errichteten Militärpräsenzen in Afghanistan und Irak (die zu einer Einkesselung des Iran geführt haben), vollends absichern. Dafür braucht es einen charismatischen Führer wie den schwarzen US-Präsidenten und der verstärkten Einbindung von Washingtons Partnern, die nicht nur weiterhin für die finanzielle Absicherung zu sorgen haben, sondern auch verstärkt militärisch gefordert werden sollen. Mit den Worten des US-Vizepräsidenten Biden formuliert, heißt dies: „Die gute Nachricht ist: Amerika wird mehr tun. Die schlechte Nachricht ist: Amerika wird auch von unseren Partnern mehr verlangen.“ (auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 7.2.09).

Will Netanjahu den Krieg?

Vielleicht der zurzeit wichtigste Faktor ist der Umgang mit dem israelischen Kriegsdrängen. Die dortige Regierung pocht nicht erst seit dem dramatischen Rechtsruck in Folge der März-Wahlen auf einen Krieg gegen Iran. Zum Ende des Mandats von George W. Bush wies seine Regierung noch eine israelische Anfrage zur Nutzung des irakischen Luftraums für einen Angriff auf Iran ab, wohl wissend, dass solch ein Akt von der Komplizenschaft Washingtons gezeugt hätte und somit amerikanische Truppen durch iranische Vergeltungsschläge in Gefahr gebracht hätte. Doch die Situation hat sich nun mit der erneuten Ministerpräsidentschaft des für seine kriegstreiberische Anti-Iran-Haltung bekannte Likud-Hardliners Benjamin Netanjahu verschärft, der noch vor seiner Wahl angekündigt hatte, dass seine erste Amtsmission darin bestünde, die von Iran ausgehende „nukleare Bedrohung“, wenn nötig mit militärischen Mitteln, abzuwenden.

Dieser Rhetorik ist er auch weiterhin treu geblieben. Als sich am 18. Mai zum ersten Mal die jüngst ins Amt berufenen beiden israelischen und amerikanischen Regierungschefs trafen, sprach man jedoch aneinander vorbei. Während Netanjahu von der angeblichen Gefahr eines in absehbarer Zeit nicht über Atomwaffen verfügenden Irans (vgl. D. Sevastopulo, „Iran Missile Threat Not Seen in Six Years“, Financial Times, 20.5.2009) für die über Hunderte von Atom-



sprengköpfen verfügende viertgrößte Militärmacht der Welt besessen schien, machte Obama deutlich, dass die Bildung eines palästinensischen Staates oberste Priorität haben müsse. Die israelische Strategie besteht momentan denn auch darin, jegliche Zugeständnisse an die Palästinenser von einem harten Iran-Kurs der USA abhängig zu machen.

Das Treffen machte die diametral zueinander stehende Interessenlage beider Länder in Bezug auf den Iran deutlich. Während die USA auf den Machtfaktor Iran zur Reduzierung ihrer Probleme in der Region angewiesen sind, fürchtet Israel um seine „special relationship“ mit Washington, was in den Augen der dortigen Elite zu empfindlichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einbußen führen würde. Die Crux in der Iran-Frage besteht also zu erheblichen Anteilen darin, inwieweit die neue US-Regierung ihren Iran-Kurs gegen harsche Proteste aus Israel durchzusetzen vermag. Die Israel-Frage steht auch deswegen im Zentrum der außenpolitischen Debatten in Washington und ist in den Augen führender Realisten, wie dem Harvard-Professor Stephen Walt, eine potentielle Gefahr für die Durchsetzung amerikanischer Interessen. Um Israel von einem militärischen Alleingang, welcher kaum zugunsten seiner tatsächlichen Sicherheitsinteressen ausfallen dürfte, abzuhalten und eine produktive Iran-Politik zu aktivieren, kommt Europa eine durchaus nicht zu unterschätzende Rolle zu.

Die Zukunft Ost-Turkestans

Aus: *www.german-foreign-policy.com*, 7. Juli 2009

Beijing/Urumqi/München

Berlin nutzt die Unruhen in der westchinesischen Region Xinjiang zu scharfen Attacken gegen Beijing. Die Volksrepublik müsse „eine schnelle und vorbehaltlose Aufklärung“ der blutigen Auseinandersetzungen in die Wege leiten, fordert die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth. Einflussreiche deutsche Medien erklären die Minderheitenpolitik Beijings für „gescheitert“ und sehen China vor der „Explosion“. Die uigurischen Separatisten, die am Wochenende mit einem antichinesischen Pogrom die mörderischen Unruhen in Gang gesetzt hatten, unterhalten bereits seit Jahren enge Verbindungen nach Deutschland. Federführend ist der World Uyghur Congress in München, der im Westen um Unterstützung für die uigurische Sezessionspolitik wirbt. Die Organisation hat im Mai auf ihrer jüngsten Generalversammlung in Washington ihre nächsten Schritte festgelegt. Sie findet auch im Auswärtigen Amt Gehör. Der World Uyghur Congress hat kurz vor den aktuellen Unruhen zu Kundgebungen gegen Beijing aufgerufen. Berichten aus China zufolge trägt er Verantwortung für die blutige Gewalt am Wochenende.

Bei den Unruhen in Urumqi, der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang in Westchina, sind am Wochenende mindestens 150 Menschen ums Leben gekommen. Die Spannungen in dem Gebiet nehmen schon seit geraumer Zeit zu. Im September steht der 60. Jahrestag der Wiedereingliederung Xinjiangs in die Volksrepublik China bevor. Uigurische Separatisten wollen dagegen protestieren. Bei den Uiguren handelt es sich um die in Xinjiang lebende muslimische Minderheit, die eine Turksprache spricht; manche von ihnen möchten Xinjiang als „Ost-Turkestan“ an andere turksprachi-

ge Territorien Zentralasiens anschließen. Die Sezession aus der Volksrepublik gilt als Voraussetzung dafür. Weiter verschärft hatten sich die Spannungen in Xinjiang bereits Ende Juni nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und anderen Chinesen in Südchina, bei denen zwei Uiguren umgebracht worden waren. Am Wochenende starteten Uiguren in Urumqi jetzt ein antichinesisches Pogrom und griffen mit Knüppeln, Steinen und Messern Nicht-Uiguren und deren Immobilien und Fahrzeuge an. Wie viele Nicht-Uiguren bei dem Pogrom und wie viele Uiguren durch chinesische Sicherheitskräfte bei der Niederschlagung der Angriffe zu Tode kamen, ist bislang unbekannt.

Lösungen

In die Eskalation der Spannungen und möglicherweise auch in die Aufrufe zu dem antichinesischen Pogrom vom Wochenende ist eine Organisation mit Hauptsitz in München involviert: der World Uyghur Congress. Der Verband steuert Uiguren im westlichen Exil und hat Ende Mai seine dritte Generalversammlung abgehalten – in Washington. In Verbindung damit führte er gemeinsam mit dem US-amerikanischen National Endowment for Democracy (NED) eine „Menschenrechtskonferenz“ durch, die auch „Lösungen für die Zukunft Ost-Turkestans“ erarbeiten sollte. Auf der Rednerliste der Konferenz wird ein Abgesandter der deutschen Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV) genannt. Wirkte bereits die Teilnahme von US-Parlamentariern an der Veranstaltung¹ motivierend auf die uigurischen Separatisten, so rief der World Uyghur Congress danach, Anfang Juli, zu weltweiten Kundgebungen vor den Botschaften Chinas auf mit der Begründung, gegen den Tod der beiden Uiguren bei den Auseinandersetzungen Ende Juni in Südchina protestieren zu wollen. Laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua folgten auf die Demonstrationsaufrufe via Internet verbreitete Appelle, jetzt noch „tapferer zu sein“ und „etwas Großes zu tun“ – Floskeln, die als verklausulierte Aufforderungen zu gewalttätigem Vorgehen in Xinjiang verstanden worden seien.²

In vorderster Reihe

Der World Uyghur Congress basiert auf Strukturen jahrzehntelanger deutsch-US-amerikanischer Kooperation gegen China. An seiner Gründung wirkte maßgeblich der prominente Sezessionist Erkin Alptekin mit; seine Familie genießt in uigurischen Kreisen hohe Anerkennung. Alptekin hatte im Jahr 1971 seinen Wohnsitz in München genommen und dort als „Senior Policy Advisor“ den Direktor des US-Senders Radio Liberty beraten – zu einer Zeit, als der US-Geheimdienst CIA mit dem Aufbau von Kontakten zu uigurischen Sezessionisten begann. „Einige von ihnen wie Erkin Alptekin, die für den Münchner CIA-Sender Radio Liberty gearbeitet hatten“, schreibt der Analytiker B. Raman, ehemals Kabinettssekretär der indischen Regierung, „befinden sich inzwischen in der vordersten Reihe der Sezessionsbewegung“.³ Alptekin war Gründungspräsident des World Uyghur Congress, der im April 2004 in München ins Leben gerufen wurde und nach Auskunft Beijings Kontakte zu terroristischen Milieus unterhält.⁴

Im Auswärtigen Amt

Alptekins Nachfolgerin Rebiya Kadeer, Ende der 1990er Jahre die reichste Geschäftsfrau der Volksrepublik China, lebt seit 2005 in den Vereinigten Staaten im Exil. Im November



2006 wurde sie zur Präsidentin des World Uyghur Congress gewählt – in München – und besuchte aus diesem Anlass zum ersten Mal Berlin. Nur ein Jahr später, im Oktober 2007, traf sie mit Vertretern parteinaher Stiftungen und dem Ausschuss des Bundestages für Menschenrechte zusammen und konferierte zudem im Auswärtigen Amt.⁵ Systematisch wird sie zur PR-Figur für die Außendarstellung der Uiguren aufgebaut – nach dem Vorbild des Dalai Lama, der Sympathiewerbung für den tibetischen Separatismus betreibt. Rebiya Kadeer („Mutter der Uiguren“) war schon mehrfach Kandidatin für den Friedensnobelpreis, ihre Biographie ist in der Bundespressekonferenz vorgestellt worden und wurde damals in den deutschen Medien mit entsprechender Aufmerksamkeit bedacht.

Drei Völker

Deutsche Medien weisen mit Interesse darauf hin, dass das von Sezessionisten bedrohte Gebiet Xinjiang für China erhebliche Bedeutung besitzt: Es bildet eine geostrategische Brücke nach Zentralasien und ist reich an Bodenschätzen. Insbesondere werden umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen dort vermutet, auch Gold und Uran sind in Xinjiang zu finden. Vor allem jedoch sind die uigurischen Separatisten keineswegs isoliert. Sie unterhalten neben ihren Kontakten zu Regierungskreisen im Westen auch gute Beziehungen zu Abspaltungsbefürwortern aus den Autonomen Regionen Tibet und Innere Mongolei. „Unsere drei Völker sind durch Geographie und Geschichte miteinander verbunden, und in diesen Tagen auch noch durch die chinesische Besatzung“, behauptete der Dalai Lama Ende der 1990er Jahre: „Ich bleibe optimistisch, dass sich in nicht allzu ferner Zukunft das wahre Sehnen der Völker Ost-Turkestans, der Inneren Mongolei und Tibets erfüllen wird.“⁶ In der Hoffnung, den strategischen Rivalen VR China durch Abspaltung riesiger Landesteile von Tibet über Xinjiang bis zur Inneren Mongolei empfindlich schwächen zu können, liegt die Ursache für die Sympathie, die Berlin den uigurischen Sezessionisten entgegenbringt.

Anmerkungen

- 1 Conference to Celebrate Uyghur Week; www.unpo.org 18.5.2009
- 2 Civilians and armed police officer killed in NW China violence; Xinhua 6.7.2009
- 3 B. Raman: US and Terrorism in Xinjiang; South Asia Analysis Group, Paper No. 499, 24.7.2002
- 4 China Seeks Int'l Support In Counter-Terrorism; People's Daily Online 16.12.2003
- 5 s. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57047
- 6 B. Raman: US and Terrorism in Xinjiang; South Asia Analysis Group, Paper No. 499, 24.7.2002

Deklassierungsgänge

Aus: www.german-foreign-policy.com, 16. Juli 2009

Berlin/Washington/Beijing

Mit erheblicher Sorge betrachten Polit-Strategen aus der EU US-Vorschläge zur engeren Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Man fürchte, „Europa“ könne „in einer neuen Weltordnung an den Rand gedrängt werden“, heißt es bei dem EU-Thinktank European Council on Foreign Relations (ECFR). Hintergrund ist die Forderung des einstigen US-Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski, in Zukunft regelmäßig informelle amerikanisch-chine-

sische Absprachen zu wichtigen weltpolitischen Themen zu treffen. Brzezinski will die Zusammenarbeit zwischen Washington und Beijing auf eine Ebene mit den Zusammenkünften der acht großen Industrienationen („G 8“) stellen und nennt das neue Format „G 2“ („Group of Two“). In Berlin verschärft die sich immer deutlicher abzeichnende Verschiebung der weltpolitischen Gewichte vom Atlantik zum Pazifik die schon seit je harte antichinesische Agitation. Jüngster Ausdruck ist die Xinjiang-Kampagne, mit der Deutschland und die EU auf ein Uiguren-Massaker an beinahe 140 nicht-ugurischen Chinesen reagieren. Die Kampagne zielt darauf ab, den Rivalen China in seinen strategisch wichtigen Westgebieten zu schwächen und ihn damit an einem weiteren Aufstieg zu hindern.

Zu früh zu mächtig

Hintergrund für die aktuelle Debatte ist der ungebrochene weltpolitische Aufstieg der Volksrepublik China. Weil Beijing über „die größten Währungsreserven weltweit“ verfüge, komme ihm beim Kampf gegen die Wirtschaftskrise entscheidende Bedeutung zu, urteilt der US-Milliardär George Soros:

„Die Entscheidungen Chinas werden sich auf die Zukunft der Weltwirtschaft fast ebenso stark auswirken wie die von Präsident Obama.“ Die Volksrepublik sei „zu früh zu mächtig geworden“.¹ Auf die sehr schnell wachsende Bedeutung Beijings weist auch der deutsch-europäische Thinktank European Council on Foreign Relations (ECFR) hin. Demnach sind vor allem die Vereinigten Staaten finanziell von China abhängig; auch das Atomprogramm des Iran lasse sich ohne chinesische Unterstützung nicht beeinflussen, zumal die Volksrepublik nicht nur im UN-Sicherheitsrat per Veto, sondern auch mit ihrem exklusiven Wirtschaftseinfluss vor Ort intervenieren könne. Schließlich grenze das afghanisch-pakistani-sche Kriegsgebiet direkt an China, weshalb gemeinsame Aktionen auch dort unumgänglich seien.²

G2

Weil der Aufstieg Chinas es unmöglich macht, das Land länger zu ignorieren, hat bereits im Januar der einstige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, einen Vorschlag für den künftigen Umgang mit Beijing vorgelegt. Brzezinski hatte in den 1970er Jahren die erste Annäherung zwischen China und den USA maßgeblich vorangetrieben und auf diese Weise der Sowjetunion einen ersten Schlag verpasst.³ Wie Brzezinski jetzt erklärt, erfordert die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten in hohem Maß auf die Volksrepublik angewiesen sind, eine entsprechend institutionalisierte Kooperation. Dazu genüge es nicht, im Zusammenhang größerer multinationaler Zusammenkünfte („G 14“, „G 16“ oder „G 20“) die nötigen Absprachen zu treffen. Vielmehr müssten sich die Spitzen beider Staaten regelmäßig zu einem tiefergehenden informellen Austausch zusammenkommen. Dabei habe es nicht nur um bilaterale Themen, sondern „um die Welt im Allgemeinen“ zu gehen. Brzezinski nennt das Format, das ihm vorschwebt, in Anlehnung an die Zusammenkünfte der acht großen Industrienationen („G 8“) „G 2“ („Group of Two“).⁴

An den Rand gedrängt

In Europa ruft Brzezinskis Vorschlag, obwohl er in den Vereinigten Staaten heftig umstritten ist und viele Gegner hat, ernste Sorgen hervor. Zwar konzipiert der ehemalige US-Prä-



sidentenberater die „G2“ gleichwertig zu den amerikanisch-europäischen und zu den amerikanisch-japanischen Beziehungen; Chinas rasant wachsender Einfluss lässt jedoch erahnen, dass der „G2“ auf lange Sicht entscheidende Bedeutung zukommen dürfte. Die Aussicht, dass die zentralsten Fragen der Weltpolitik nicht mehr transatlantisch, sondern transpazifisch entschieden werden könnten, lässt in den europäischen Hauptstädten Alarmglocken schrillen. Die Aussicht auf „G2“ „belebt Befürchtungen in Europa“, schreibt der ECFR, die EU könne „in einer neuen Weltordnung, die ihre Schwäche ausnutzt, an den Rand gedrängt werden“.⁵ Zwar rechnet der ECFR vorläufig nicht mit einer Verwirklichung von „G2“: Niemand aus der Obama-Administration verwende den Begriff, und auch in China werde kaum darüber gesprochen. Die grundsätzliche Besorgnis ist dennoch unverkennbar.

Kein Mittler mehr

Berlin träfen chinesisch-amerikanische Absprachen in ganz besonderem Maße. Zu den Spezialitäten der deutschen Außenpolitik gehört seit je die Methode, sich als „Mittler“ zwischen gegnerischen Mächten zu positionieren und mal mit der einen, mal mit der anderen Seite zu paktieren – Schaukelpolitik, wie sie die Bundesregierung exemplarisch zwischen Russland und den Vereinigten Staaten betreibt.⁶ Käme es zu einem Kooperationsformat zwischen den USA und der Volksrepublik China, dann entfiere diese Möglichkeit gegenüber den beiden zentralen Mächten der kommenden Jahrzehnte – eine Möglichkeit, die seit Jahren in Berlin in Erwägung gezogen wird.⁷ Der Bundesregierung muss deshalb in besonderem Maße daran gelegen sein, regelmäßige Absprachen zwischen Washington und Beijing zu verhindern.

Die Xinjiang-Kampagne

Dabei verschärft die sich immer deutlicher abzeichnende Verschiebung der weltpolitischen Gewichte vom Atlantik hin zum Pazifik ohnehin die traditionelle antichinesische Agitation. Jüngster Ausdruck ist die aktuelle Xinjiang-Kampagne, die nach einem Uiguren-Massaker an beinahe 140 nichtuigurischen Chinesen im Westen gestartet worden ist. Die Kampagne, die die Schuld an dem Massaker nicht den uigurischen Tätern, sondern den chinesischen Sicherheitskräften zuzuschreiben sucht, schließt an die Tibet-Kampagne aus dem vergangenen Jahr an – in ihrer Stoßrichtung gegen Beijing, aber auch im Rückgriff auf Fälschungen sowie klassische Propagandatechniken.⁸ Sie zielt darauf ab, den Rivalen China in seinen geostrategisch und ökonomisch wichtigen Westgebieten zu schwächen. Zugleich stärkt sie antichinesische Kräfte in den USA, die in die Subversionstätigkeit in Xinjiang ebenso wie in Tibet eingebunden sind: ein zufälliger, aber willkommener Beitrag zur Verhinderung amerikanisch-chinesischer Sonderabsprachen à la „G2“.

Anmerkungen

- 1 China ist zu früh zu mächtig geworden; Welt Online 14.7.2009
- 2 European Council on Foreign Relations: No Rush into Marriage. China's Response to the G2; China Analysis 22, June 2009
- 3 The Group of Two that could change the world; Financial Times 13.1.2009
- 4 ebenda
- 5 European Council on Foreign Relations: No Rush into Marriage. China's Response to the G2; China Analysis 22, June 2009
- 6 s. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57302 und www.german-foreignpolicy.com/de/fulltext/57492
- 7 s. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57371

- 8 Selbst die antichinesisch orientierte Presse ist gezwungen, die Fälschung angeblicher Beweise für Repressionsmaßnahmen Beijings einzugestehen. Belege bietet etwa: Die falschen Beweise der Rebiya Kadeer; Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.7.2009. Obwohl China-Korrespondenten über das Uiguren-Massaker an fast 150 nicht-uigurischen Chinesen informieren – so etwa im heute-journal vom 8. Juli –, wird es in den Medien weitgehend verschwiegen und unter nicht näher definierten „Todesopfern“ versteckt, die dann meist auch noch den chinesischen Sicherheitskräften angelastet werden. S. auch www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57199 und www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57211

Die Rückkehr Asiens. Das Ende der westlichen Dominanz

Johann von Arnberg rezensiert Kishore Mahbubani: „Die Rückkehr Asiens. Das Ende der westlichen Dominanz“, Propyläen Verlag, Berlin 2008

Aus: Eurasisches Magazin Nr. 4/2009

Jeden Morgen erscheinen noch heute in chinesischen Kleinstädten die Fäkaliensammler. Dann stehen die transportablen Toiletten auf den Gehwegen und werden geleert. Dieses Bild verschwindet nur langsam aus den Altbauvierteln der Vororte.

Die Vereinten Nationen haben ermittelt, dass trotz allen Fortschritts immer noch weniger als die Hälfte aller Asiaten Zugang zu einer Toilette hat. Deshalb sieht Kishore Mahbubani hierin ein wichtiges Merkmal für die Entwicklung der asiatischen Gesellschaften.

„Die private Verfügbarkeit von Wasserklosetts könnte der beste Indikator dafür sein, wie viele der 6,5 Millionen Menschen auf der Welt noch in vormoderner Zeit leben und wie viele sie bereits hinter sich gelassen haben. Nach einer offiziellen Schätzung besitzen nur 15 Prozent der Weltbevölkerung Wasserklosetts.“

Westlicher mittelständischer Wohlstand ist der große Traum

Doch der Aufstieg Asiens ist eindrucksvoll. Für den singapurischen Politikwissenschaftler Kishore Mahbubani geht das Zeitalter der westlichen Dominanz unaufhaltsam zu Ende. „Die Zahl der Menschen, die den westlichen Traum von einem bequemen Mittelschichtleben verfolgen, war noch nie so groß wie heute“, schreibt er. Und der Autor liefert auch eine Reihe sehr einleuchtender Beispiele für seine Behauptung. Eines davon im Kapitel „Warum Asien jetzt aufsteigt“: „Als die jungen Leute die Dörfer verließen, um in Nike-Schuhfabriken zu arbeiten, hatten Haushalte, die daran gewöhnt waren, mit einem Jahreseinkommen von 467 US-Dollar ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, plötzlich 4 300 US-Dollar zur Verfügung“, schreibt er. Deshalb gäbe es in China keine Antiglobalisierungsbewegung. „Für die jungen Chinesen, die in ihnen arbeiteten, waren die Nike-Fabriken, die die Globalisierungsgegner der WTO-Tagung in Seattle im Jahr 1999 so vehement verurteilten, ein Ort der Befreiung. Zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte konnten sich bäuerliche Chinesen vorstellen, aus der elenden Plackerei des Landlebens auszubrechen. Für den menschlichen Geist ist nichts befreiender als die Erkenntnis, dass es eine Hoffnung gibt.“



Bildung als Chance für den großen Sprung

In Asien verlassen Jahr für Jahr mehr Ingenieure die Hochschulen als in allen westlichen Ländern zusammen. Immer noch gehen fähige junge Leute nach Amerika, aber immer mehr kommen hinterher, reich an Erfahrungen, zurück in die Heimat, wo sie, wie in Indien, in die Informationstechnologie einsteigen. Oder, wie in China, nicht mehr nur kopieren, sondern für eigene Innovationen sorgen.

Überall in Asien trifft man heute auf Stolz und Selbstbewusstsein, Optimismus und Zukunftsgläubigkeit – kein Wunder bei wirtschaftlichen Wachstumsraten von beinahe zehn Prozent in Indien und China. Millionen von Menschen entkommen in jedem Jahr der Armutsfalle, lernen lesen und schreiben.

Das ganze Buch durchzieht die Forderung nach einer neuen Weltordnung. Die Wiederkehr Asiens als globaler Spieler bringe Vorteile für die Welt insgesamt. Die asiatische Renaissance fuße auf europäischen Idealen und Ideen, die zu einer gerechteren Verteilung von Vermögen und Macht führen könnten.

Mit der Rückkehr Asiens werde die Welt ein Stück friedlicher. Manchmal klingt es bei Mahbubani so als wolle ganz Asien ein besserer Westen werden. Aber auch der Tatsache, dass Asien nicht länger als Objekt der Geschichte behandelt werden könne, gewinnt der Autor sehr positive Züge ab. Der Umgang der USA mit der UNO werde dann nicht mehr länger ein beherrschender sein können. Die militärische Supermacht werde sich mäßigen müssen. Die westliche Doppelmoral hinsichtlich ihrer demokratischen Ideale ließe sich nicht auf ewig aufrechterhalten.

Der Politikwissenschaftler aus Singapur hält vielen westlichen Organisationen und Staaten den Spiegel vor. Sein Blick auf das heraufziehende Asien des 21. Jahrhundert muss indes niemand Angst machen – auch wenn der Autor ein paar markige Sätze fallen lässt, etwa die vom „Tag der Abrechnung“.

Asien nutzt seine Chance!

Interview mit Dr. Hanne Seelmann-Holzmann, Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin; aus: Eurasisches Magazin Nr. 4/2009

● Kishore Mahbubani, Politikwissenschaftler aus Singapur, hat ein bemerkenswertes Buch geschrieben mit dem Titel „Die Rückkehr Asiens: Das Ende der westlichen Dominanz“. Er sagt: **Dass der Westen die Welt zwei Jahrhunderte dominiert hat, war eine Anomalie der Geschichte. Ihr Arbeitsfeld ist Asien. Sehen Sie das auch so?**

Europa erlebte ab dem 16. Jahrhundert eine technisch-industrielle Revolution. Sie hat verschiedene Ursachen wie etwa die Bauernbefreiung oder die Französische Revolution im politischen Bereich, wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Erfindungen. Diese Entwicklungen wurden unterstützt durch ein wirtschaftsfreundliches Denken, wie zum Beispiel das protestantische Arbeitsethos. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Erfolge – zusammen mit dem grundsätzlichen Überlegenheitsgefühl christlich-abendländischen Denkens – bewirkten, dass der Westen in den letzten zwei Jahrhunderten eine dominante Macht war. Mahbubani weist

ja darauf hin, dass zwischen dem 10. und dem 15. Jahrhundert die asiatischen Länder, wie etwa China, Indien oder Japan in wirtschaftlicher Hinsicht mit Europa gleichauf lagen. Ich sehe allerdings keine Anomalie der Geschichte in der westlichen Dominanz, sondern einfach den wirtschaftlichen Vorsprung, bedingt durch die geschickte Nutzung oben erwähnter Parameter.

● **Der Asiate Mahbubani hat eine auffallend sanfte Diktion für seine uns Westlern gegenüber doch ungeheuerliche Prophezeiung. Er sagt uns nichts weniger als den Niedergang voraus und wählt dafür die Worte: Die Asiaten wollen den Westen nicht dominieren, sondern ihn imitieren. Wie ist das zu begreifen?**

Für Mahbubani gehört dazu vor allem die Beseitigung von Hunger und der Zugang zu Wasser. Zum Beispiel die hygienische Revolution der Wassertoiletten. Allgemein ist es die Erhöhung materiellen Wohlstandes und damit mehr Wahlmöglichkeiten für das eigene Leben und für die nachzuziehenden Dinge. Mahbubani sieht die Europäische Gemeinschaft als einen Garanten für Frieden zwischen den europäischen Staaten. Auch das zu imitieren empfiehlt er den asiatischen Nationen. Und dann ermahnt er natürlich den Westen, die dort so hoch geschätzten demokratischen Werte auch umzusetzen und zum Beispiel in den internationalen Organisationen wie IWF oder Vereinte Nationen Führungspositionen endlich mit Vertretern asiatischer oder afrikanischer Staaten zu besetzen. Das würde eben bedeuten, die westliche Dominanz zu beenden. Mit einem Satz könnte man sagen: Mahbubani fordert gleiche Rechte in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auch für die asiatischen Staaten.

● **Ist das die asiatische Form des Kampfes der Kulturen?**

Für mich ist das kein Ausdruck eines Kampfes der Kulturen, sondern einfach die konsequente Folge neuer weltwirtschaftlicher Machtverhältnisse. Wenn China im März 2009 über zwei Billionen US-Dollar an Devisenreserven verfügt, eine Ablösung des US-Dollars als Leitwährung fordert und dem IWF Kredite geben kann, so sind das einfach Fakten. „Wer zahlt, schafft an“, sagt man auch bei uns. Auch die neue amerikanische Regierung hat erkannt, dass eine multipolare Weltwirtschaft entstanden ist, die neue politische Strategien fordert.

● **Der US-Amerikaner Samuel Huntington war es, der einen Zivilisationenkampf vorhersagte. Von Kampf ist bei Mahbubani kaum die Rede, sondern von Friedenskultur, von Bildung, sozialer Gerechtigkeit, Rechtsstaat und Partnerschaft – alles Begriffe aus dem westlichen Denken. Will Asien zum besseren Westen aufsteigen?**

Die Sichtweise und Prognose Huntingtons erscheint mir als typischer Ausdruck westlichen Denkens, das stark mit Entweder-oder-Kategorien arbeitet. Deshalb geht es erst einmal um Kampf, wenn zwei Denksysteme aufeinander treffen – noch dazu wenn eines davon einen großen Dominanzanspruch hat. Alle asiatischen Philosophien propagieren das Sowohl-als-auch-Konzept. Sie sprechen anderen Deutungssystemen durchaus Legitimität zu, anerkennen ein gleichberechtigtes Nebeneinander. Ganz pragmatisch formulierte das einmal der frühere Premierminister von Singapur, Lee Kuan Yew, als er sagte: „Ihr müsst uns nicht lieben. Ihr müsst nur mit uns Geschäfte machen.“ Äußerungen von



Mahbubani – der ja auch aus Singapur stammt – sind Ausdruck solcher Einstellungen. Er betont einfach die Legitimität unterschiedlicher Weltansichten. Und das kann dem Westen ganz schön wehtun, z. B. wenn er anführt, dass wir es zu akzeptieren haben, wenn ein Land die Scharia als Grundlage der Rechtsprechung einführt. Ich möchte zum Beispiel nicht akzeptieren, dass eine vergewaltigte Frau als Täterin dargestellt und dann auch noch zu Tode gesteinigt werden kann.

● **Wie sollte man sich als Westen, als westlicher Unternehmer vor allem, verhalten? Sie hatten in einem vielbeachteten Interview im Dezember 2004 gesagt: „Was unsere Unternehmer in China machen, ist Harakiri“. Und was machen unsere Unternehmer heute?**

Das ist sehr unterschiedlich. Gerade in China sind westliche Unternehmen manchmal – auch durch eigene Sorglosigkeit – in eine schlimme Zwickmühle geraten. Chinesische Partner – und da sind natürlich Ministerien oder Staatsbetriebe am deutlichsten – fordern offen und vehement technisches Know-How, machen den Technologietransfer zum Teil zur Bedingung für eine weitere Kundenbeziehung. Einige meiner Kunden sprechen von Erpressung. Ganz allgemein kann man sagen, dass das wachsende Selbstbewusstsein in Asien, aber auch in Afrika oder Russland, die Arbeit für die westlichen Unternehmen nicht leichter macht. Denn sie werden verstärkt in ihrer betrieblichen Organisation Forderungen berücksichtigen müssen, wie die nach kulturangepasster Mitarbeiterführung, Vertriebspolitik etc. Und richtig spannend wird es, wenn es um eine Anpassung ethischer Unternehmensgrundsätze geht: Da ist von Korruption bis zur Akzeptanz von Kinderarbeit alles zu finden. Die international tätigen Unternehmen sind nicht zu beneiden. Auf der einen Seite sollen sie mit ihrem Engagement Arbeitsplätze in einer hoch exportabhängigen Volkswirtschaft sichern. Auf der anderen Seite wachen gerade im Westen Presse und eine kritische Verbraucherschaft darüber, dass dies alles politisch korrekt erfolgt. Diesen Spagat erfolgreich zu meistern wird in den nächsten Jahren die Hauptaufgabe westlicher Unternehmen darstellen.

● **„Yes we can“ kann eigentlich kaum mehr jemand hören – es erinnert angesichts der Situation des Westens inzwischen eher an das Pfeifen im Walde. Mahbubani schreibt, der Westen verliert seinen Optimismus. Hat er Recht?**

Wir wissen ja, dass es in Bezug auf die Optimismusausprägung auch im Westen Unterschiede gibt. Die politischen oder wirtschaftlichen Kräfte im Westen, die das Ausmaß der globalen Veränderungen erkannt haben, sind zumindest verunsichert. Denn wir waren ja in den letzten Jahrhunderten eher in der Durchsetzung unserer Werte und Lösungswege geübt, als darin, mit anderen starken Partnern friedlich verhandeln zu müssen. Der Paradigmenwechsel, der von einigen Wissenschaftlern prognostiziert wird, muss gar nicht so dramatisch ausfallen. Es geht zuerst einmal darum, die Schnittmengen interkulturellen Handelns – z. B. in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – für beide Partner befriedigend zu definieren. Und da werden sich die westlichen Menschen aufgrund ihrer Denkstrukturen, aber auch ihrer politischen Überzeugungen schwer tun. Manchmal denke ich ganz optimistisch, dass man in den USA die besten Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Aufgabe geschaffen hat, indem man einen Präsidenten mit afrikanischen Wurzeln,

Kenntnissen des Islams, aufgewachsen in den USA, Indonesien und Hawaii wählte.

● **Vielleicht. Optimismus scheint jedenfalls längst die bevorzugte Bewusstseinsverfassung Asiens zu sein. Die Zahl der Menschen, die den westlichen Traum von einem bequemen Mittelschichtleben verfolgen, war noch nie so groß wie heute, schreibt Mahbubani. Wie kommt das?**

Viele Menschen in Asien erleben eine historisch einmalige Situation. Noch nie hatten sie – auch in China! – so viele Möglichkeiten, ihre materielle Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Wir sehen, dass viele Menschen in China, Südostasien, früher bereits in Japan, diese Chancen mit beiden Händen nutzen. In Indien profitieren bisher am meisten die privilegierten Schichten von der wirtschaftlichen Öffnung. Dort ist das Kastenwesen nach wie vor ein Hemmschuh für gleichberechtigte Teilnahme am wirtschaftlichen Fortschritt.

● **Liegt es möglicherweise auch daran, dass Asiaten heute bereit sind, sich dafür mehr anzustrengen? Während im Westen oft Bildungsanforderungen zurückgenommen werden, um den Nachwuchs nicht überzustrapazieren, scheint dies in Asien kein Problem zu sein?**

Vor allem in den konfuzianisch geprägten Ländern, also China, Taiwan, Korea, Japan, Singapur, wird eine gute Ausbildung der Kinder nach wie vor – oder sogar verstärkt – als Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg gesehen. Und der Leistungsanspruch, aber auch die persönliche Leistungsbereitschaft der Kinder, kann überhaupt nicht mit dem verglichen werden, wie das im Westen größtenteils praktiziert wird. Ich bin aber auch gegen eine Glorifizierung des intellektuellen Leistungsvermögens in diesen asiatischen Ländern. Bestimmte Fähigkeiten wie eigenständiges, kreatives, innovatives Denken können aufgrund des Schulsystems nicht selbstverständlich erwartet werden. Ich wünsche mir auch hier, dass wir uns auf unsere Stärken besinnen und den Kindern vermitteln, wie viel Spaß Leistung macht. Wir sollten allerdings öfter an die auch im Westen bekannte Erfahrung denken: „Wer dich schont, betrügt dich!“

● **Wenn der Geist der Demokratisierung stärker wird und immer mehr Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, werden sie in zunehmendem Maß die undemokratische Weltordnung, in der sie leben, in Frage stellen. Also die westliche. Diese Voraussage Mahbubanis gipfelt in dem Satz, dass „der Tag der Abrechnung“ kommen wird. Wie kann man sich diesen Tag vorstellen?**

Ich bin keinesfalls davon überzeugt, dass überall die Demokratie ersehnt wird, wie das der Westen unterstellt. Warum soll z. B. die Mehrzahl der Chinesen an ihrer kommunistischen Regierung zweifeln? Und wenn ich mir die Wahlbeteiligung in Europa oder den USA ansehe, ebenso wie das politische Wissen von Normalbürgern, dann frage ich mich, wie weit auch hier Anspruch und Realität auseinanderklaffen. Manchmal tauchen in Mahbubanis Buch solche martialischen Töne auf. Ich hatte oft den Verdacht, dass diese Formulierungen eher den absatzsteigernden Zweck hatten, Aufmerksamkeit bei der westlichen Presse zu erzielen. Ich glaube nicht, dass man in Asien die „Abrechnung“ mit dem Westen anstrebt. Man will einfach die eigene wirtschaftliche, vielleicht auch politische Position stärken und weiter ausbauen. Der Westen kann so lange davon profitieren, so lange



er für dieses Ziel nützlich ist und z. B. technologische Lösungen anbieten kann. Sorgen wir also dafür, dass uns viele Länder der Welt noch lange brauchen!

● **Angesichts der sanften Sicht Mahbubanis dürfen wir wohl zugrunde legen, dass damit nicht die Vergeltung für Hiroshima und Nagasaki gemeint ist. Aber vielleicht werden in nicht allzu ferner Zeit europäische Bildungsbürger beginnen, ihre Kinder auf Hochschulen in Peking, Singapur oder Mumbai zu schicken, statt wie gewohnt auf britische Internate oder auf amerikanische Colleges, wie unser Autor Rudolf Maresch geschrieben hat. Halten Sie das auch für realistisch?**

Gegenwärtig sehe ich keine chinesischen oder indischen Eliteuniversitäten. Auf dieser Ebene dominiert nach wie vor der Westen. Ich würde aber unabhängig davon jedem Studenten einen Studienaufenthalt in Asien empfehlen, damit er die Dynamik und den Aufstiegswillen von zweieinhalb Milliarden Menschen hautnah erlebt. Gerade zukünftige Führungskräfte müssen frühzeitig begreifen, dass der Nabel der Welt nicht mehr nur im Westen liegen wird.

● **Maresch meint, dass westliche Eltern dies nicht nur deshalb tun werden, weil sie dort eine bessere Ausbildung für ihre Sprösslinge erwarten, sondern auch, weil sie sich mehr und besser mit russischen, chinesischen oder indischen Lebensweisen oder Gewohnheiten bekannt und vertraut machen können. Ist das unsere ideale Bildungszukunft – lernen von Asien – und nicht mehr die bisher favorisierten westlichen Institute und Universitäten?**

Es gibt viel, was Kulturen voneinander lernen können. Ich arbeite gerade an einem Buch, das sich auch mit dem Thema der Kulturintelligenz beschäftigt. Kulturintelligenz ist für mich eine Kombination aus interkultureller Kompetenz und zusätzlich der Fähigkeit, die Synergieeffekte unterschiedlicher Kulturen konkret nutzen zu können. Dies wird der entscheidende Wettbewerbsvorteil in der multipolaren Welt sein, nur so können wir alle Chancen nutzen. Ich rate also den jungen Leuten: schwärmt aus! Dieses Motto hat übrigens die chinesische Regierung für ihre chinesischen Unternehmen ausgegeben.

Ein Amtsenthebungsverfahren

Aus: *www.german-foreign-policy.com*, 8. Juli 2009

FDP-Politiker und die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) kämpfen weiter für die honduranischen Putschisten und verlangen eine führende Rolle für Berlin bei Verhandlungen in Tegucigalpa. Der Repräsentant der Stiftung in Honduras weist dem aus dem Amt geputschten Präsidenten Manuel Zelaya indirekt die Verantwortung für Repressionen der Putschisten zu. Damit setzt die FNSt eine Reihe relativierender und verfälschender Darstellungen zum honduranischen Staatsstreich fort. Bereits vergangene Woche hatte die Stiftung erklärt, es habe sich bei dem Putsch in Honduras keineswegs um einen Staatsstreich gehandelt, sondern um ein „Amtsenthebungsverfahren“, das zudem „völlig verfassungskonform“ verlaufen sei. Die Naumann-Stiftung, die von sich behauptet, „Demokratieförderung“ zu betreiben, wird mit

Millionengeldern aus Steuermitteln finanziert, im Jahr 2007 mit mindestens 36,2 Millionen Euro aus staatlichen Etats. Die Organisation nutzt die Millionensummen nicht nur zum Kampf für honduranische Putschisten, sondern treibt ihre Aktivitäten auch in anderen lateinamerikanischen Staaten voran. Ziel ist es, Gegenkräfte zu der Staatengruppe um Venezuela und Bolivien (Alternativa Bolivariana para las Américas, ALBA) zu fördern. Zu den Kontaktpersonen der Stiftung gehört die letzte Woche von den Putschisten in Tegucigalpa vereidigte neue Finanzministerin von Honduras.

Legenden

Bereits in den ersten Stunden nach dem Staatsstreich hatte der honduranische Repräsentant der Friedrich-Naumann-Stiftung, Christian Lüth, einen „Bericht aus aktuellem Anlass“ veröffentlicht, in dem er Zelaya bezichtigte, „mehr Täter als Opfer“ zu sein.¹ Die Unterstellung läuft sämtlichen Äußerungen der UNO und anderer internationaler Zusammenschlüsse zuwider und war vergangene Woche Gegenstand einer Fragestunde im Deutschen Bundestag. Während FDP-Politiker dabei die Aussagen ihres Stiftungs-Vertreters bestritten, legte Lüth in weiteren Statements nach. In einem Folgebericht behauptete er, es habe keinen Putsch gegeben; jede Rede von einem Staatsstreich sei eine „Legende“.² Darüber hinaus kritisierte er die einhellige internationale Verurteilung des Putsches scharf. Die EU und die UNO täten „denen, die Zelaya des Landes verwiesen, unrecht“;³ „das Amtsenthebungsverfahren“ sei „völlig verfassungskonform“ abgelaufen.⁴ Noch kurz bevor die honduranische Putscharmee am Flughafen von Tegucigalpa das Feuer auf Demonstranten eröffnete, meinte Lüth zu erkennen, dass Zelaya „im Zweifel auch mit militärischer Gewalt zurück an die Macht“ gelangen wolle.⁵

Deutsche Führung

Beistand erfährt Lüth mittlerweile vom stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Werner Hoyer. Hoyer, zugleich außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, leugnet ebenso wie Lüth den Putsch, beklagt sich aber über die „Tollpatschigkeit“ der Putschisten. Deren ungeschicktes Vorgehen habe Zelaya „zum Märtyrer gemacht“, doziert Hoyer: „Das ist ebenso bedrückend wie gefährlich“. Der FDP-Mann fordert nun, Deutschland müsse bei etwaigen Verhandlungen in Honduras eine Führungsrolle übernehmen – besonders gegenüber Spanien: „Deutschland und die EU sollten hier ansetzen und sich dabei nicht ausgerechnet von den in der Region mit eigenen Interessen beschäftigten Kollegen in Madrid die Feder führen lassen.“⁶

Kontaktpersonen

Begünstigt wird Hoyers Forderung nach einer deutschen Führungsrolle durch die engen Kontakte der Naumann-Stiftung zu hochrangigen Mitgliedern des Partido Liberal de Honduras (PLH), dem die führenden Putschisten entstammen. Hoyer selbst beriet sich vergangenes Jahr mit dem jetzigen Putschpräsidenten Roberto Micheletti. Zahlreiche derzeitige oder ehemalige Minister und stellvertretende Minister haben der Naumann-Stiftung zufolge einen „Stiftungshintergrund“ (*german-foreign-policy.com* berichtete⁷). Als besonderer Erfolg für die deutsche Stiftung kann gelten, dass eine ihrer Kontaktpersonen kurz nach dem Staatsstreich in ein Regierungsamt befördert worden ist. Gabriela Nuñez hatte



unter Staatspräsident Zelaya zeitweise das Amt der Zentralbankpräsidentin inne, wurde allerdings abgesetzt, nachdem sie sich geweigert hatte, Geldtransfers aus Venezuela nach Honduras durchzuführen. Vergangene Woche vereidigte Putschpräsident Micheletti sie – als Finanzministerin.

Staatspräsident

Die aktuellen Ereignisse in Honduras sowie die Positionierung der Naumann-Stiftung werfen ein Schlaglicht auf deren Aktivitäten in der Region. Sie reichen weit über die honduranische Grenze hinaus, etwa nach Panama. Dort wurde in Anwesenheit eines Vertreters der FDP-nahen Stiftung vergangene Woche Ricardo Martinelli als neues Staatsoberhaupt vereidigt. Der konservative Unternehmer war Anfang Mai mit seiner Partei, dem Cambio Democrático (CD, Demokratischer Wandel) als Sieger aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangen. Während der Inaugurationszeremonie erklärte Martinelli, den Abschluss von Freihandelsabkommen unter anderem mit der EU voranbringen zu wollen.⁸ Damit liegt er ganz auf der Linie wirtschaftsliberaler Politik, wie sie von der Naumann-Stiftung und dem von ihr getragenen lateinamerikanischen Netzwerk Red Liberal de América Latina (RELIAL, german-foreign-policy.com berichtete⁹) unterstützt wird. Martinellis Partei CD ist Mitglied des Naumann-Netzwerks RELIAL.

Keine Annäherung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung und RELIAL arbeiten bereits seit Jahren daran, die anti-neoliberalen Tendenzen in Lateinamerika zu untergraben. Entsprechend zufrieden zeigen sich beide in gleichlautenden Stellungnahmen zum Wahlergebnis in Panama: Von Martinelli sei keine „Annäherung an die sozialistischen Präsidenten Südamerikas, wie Chávez oder Morales“, zu erwarten.¹⁰ Der Sieg Martinellis „repräsentiert ein Ereignis, das sich der lateinamerikanischen Tendenz entgegengesetzt, sozialistische Regime zu wählen“, heißt es weiter.¹¹ Ein Ereignis, dessen Wiederholung die Naumann-Stiftung und ihr Netzwerk RELIAL also auf dem gesamten Subkontinent anstreben – wenn nötig, offenbar auch mit Mitteln wie in Honduras.

Anmerkungen

- 1 S. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57565
- 2 Die Legende vom Militärputsch in Honduras dient vor allem „Mel“ Zelaya; www.freiheit.org 29.6.2009
- 3 Warum Europa und UN bei Honduras falsch liegen; Welt Online 4.7.2009
- 4 Honduras: Staatsstreich oder Amtsenthebungsverfahren?; antibuerokratieteam.net 30.6.2009
- 5 Honduras: Präsident Zelaya will im Zweifel auch mit militärischer Gewalt zurück an die Macht; www.freiheit.org 2.7.2009
- 6 Werner Hoyer: Von einem „Militärputsch“, der keiner war. Honduras braucht Vermittlung; Welt Online 3.7.2009
- 7 s. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57565
- 8 Discurso de Toma de Posesión; www.presidencia.gob.pa/trans_presidente.php
- 9 s. dazu www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56929; www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57283 und www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57364
- 10 Toma de posesión de Ricardo Martinelli como Presidente de Panamá; www.la.fnst-freiheit.org und www.reliat.org
- 11 ebenda



Notizen





Notizen



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Anne Quart)
Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 24. Juli 2009

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Mercedes Alvarez, Helma Chrenko, Hilde Ettinger, Norbert Hagemann und Dietmar Schulz.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

